

GESIS

ZUMA

NACHRICHTEN

46

Mai 2000

Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA)

ZUMA ist Mitglied der Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen e.V. (GESIS). Die GESIS ist eine Einrichtung der *Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz (WGL)* (www.wgl.de).

Vorsitzender des Trägervereins ZUMA e.V.: Prof. Dr. Max Kaase

Direktor: Prof. Dr. Peter Ph. Mohler

Hausanschrift

B 2, 1
68 159 Mannheim

Postanschrift

Postfach 12 21 55
68 072 Mannheim

Telefon 0621/1246 - 0

Fax 0621/1246 - 100

Redaktion: 0621/1246 - 268

E-Mail luettinger@zuma-mannheim.de

Internet www.zuma-mannheim.de/ ZUMA
www.social-science-geis.de/ GESIS

Redaktion: Dr. Paul Lüttinger

ISSN 0941-1670 24. Jahrgang

Die ZUMA-Nachrichten informieren über Forschungsarbeiten und Dienstleistungen des Instituts. Beiträge externer Autoren werden dann aufgenommen, wenn sie aus Kooperationsprojekten mit ZUMA resultieren oder von besonderem wissenschaftlichen Interesse für die Arbeiten im Hause und die Empirische Sozialforschung sind. Alle Beiträge unterliegen einem internen förmlichen Begutachtungsverfahren durch jeweils zwei Gutachter. Der Herausgeber entscheidet auf der Grundlage der Gutachten über die Annahme eines Beitrages. Hinweise zur Manuskriptgestaltung sind auf der letzten Seite des Hefes.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren wieder. Der Nachdruck von Beiträgen ist nach Absprache möglich. Die ZUMA-Nachrichten erscheinen im Mai und November eines Jahres. Sie werden Interessenten auf Anforderung kostenlos zugesandt. Die ZUMA-Nachrichten finden Sie auch im WWW:
<http://www.zuma-mannheim.de/publications/periodicals/zuma-nachrichten/>.

Druck: Verlag Pfälzische Post GmbH, Neustadt/Weinstraße.
Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier.

© ZUMA

In eigener Sache.....	5
-----------------------	---

FORSCHUNGSBERICHTE

Die Konstruktion des Klassenschemas nach Erikson, Goldthorpe und Portocarero (EGP) am Beispiel nationaler Datenquellen aus Deutschland und Frankreich. <i>Hildegard Brauns, Susanne Steinmann und Dietmar Haun.....</i>	7
--	---

Formulierung und Klassifikation von Fragen. <i>Irmtraud N. Gallhofer und Willem E. Saris.....</i>	43
--	----

Welche Gemeinde repräsentiert die „Mitte“ des Landes Nordrhein-Westfalen? <i>Wolfgang Gerß.....</i>	73
--	----

Subjektiv sicher und trotzdem falsch? Methodische Ergebnisse einer Delphi-Studie zur Zukunft des Mobilfunks. <i>Michael Häder.....</i>	89
---	----

Was kann man am Beispiel des SOEP bezüglich Nonresponse lernen? <i>Jörg-Peter Schräpler.....</i>	117
---	-----

MITTEILUNGEN

Agenda Setting: Leipziger Konferenz soll neue Impulse liefern. <i>Oliver Bange, Rolf Hackenbroch und Roland Schatz.....</i>	150
--	-----

DISKUSSION

Empirische Soziologie im Dritten Reich und in der Nachkriegszeit. Eine Stellungnahme zu Erwin K. Scheuch. <i>Carsten Klingemann.....</i>	171
--	-----

Antwort zum Beitrag von Carsten Klingemann. <i>Erwin K. Scheuch.....</i>	181
---	-----

BUCHBESPRECHUNG

<i>D. JANSEN</i> : Einführung in die Netzwerkanalyse: Grundlagen, Methoden, Anwendungen	187
---	-----

ZUMA-PUBLIKATIONEN

ZUMA-Arbeitsberichte.....	191
Querschnitt: Festschrift für Max Kaase.....	193
Datenreport 1999.....	194
Blickpunkt Gesellschaft Band 5: Deutsche und Ausländer.....	196

ZUMA-VERANSTALTUNGEN

Übersicht über die Veranstaltungen.....	198
Workshop: „Studying change over time with longitudinal surveys“, 9. - 10. 11.....	198
Workshop: „Einführung in die computerunterstützte Inhaltsanalyse (cui) mit TEXTPACK“, 28. - 29. 11.....	199
Workshop: „Pretesting“, 30. 11.	199
Konferenz: 2. Nutzerkonferenz „Forschung mit dem Mikrozensus“, 12. - 13.10.....	200

ADRESSENPFLEGE**BESTELLUNGEN****DURCHWAHL-RUFNUMMERN****HINWEISE ZUR MANUSKRIP TGESTALTUNG**

IN EIGENER SACHE

In der soziologischen Ungleichheits- und Mobilitätsforschung hat das Klassenschema von Erikson, Goldthorpe und Portocarero (EGP) einen hohen Stellenwert. Die empirische Umsetzung erfolgt auf der Basis erwerbsstatistischer Angaben, die im Rahmen repräsentativer Umfragen in den meisten Gesellschaften regelmäßig abgefragt werden. Die komparative Ungleichheitsforschung ist dabei mit dem Problem konfrontiert, daß die Datenquellen sich teilweise erheblich darin unterscheiden, wie die erwerbsstatistischen Informationen erhoben und kategorisiert werden. Auch im Zeitverlauf unterliegen die nationalen Erhebungen diesbezüglich einem Wandel. Der Beitrag von *Hildegard Brauns*, *Susanne Steinmann* und *Dietmar Haun* beschreibt die Operationalisierung des EGP-Klassenschemas für amtliche Datensätze Deutschlands und Frankreichs aus den achtziger und neunziger Jahren.

Irmtraud N. Gallhofer und *Willem E. Saris* befassen sich mit der Übertragung von theoretischen Konstrukten in Fragen. Durch die Operationalisierung von Konstrukten kann angegeben werden, auf welche Begriffe sie sich beziehen und welche Fragen in Betracht kommen. Die Autoren beschreiben ein Verfahren zur systematischen Klassifizierung von Fragen, das Fehler in den Fragen entdecken und die Qualität der Fragen verbessern soll.

Wolfgang Gerß zeigt anhand eines statistischen Modells, wie eine „Durchschnittsgemeinde“ eines bestimmten Gebietes in Abhängigkeit von beliebig vorzugebenden Merkmalen bestimmt werden kann. Angewendet wird das Modell auf Daten der Gemeinden des Landes Nordrhein-Westfalen. Es handelt sich dabei um 40 Merkmale aus dem Bestand der amtlichen Landesdatenbank, die in vier Merkmalsgruppen zusammengefaßt werden. Für jede Gruppe ergibt sich eine Gemeinde, die den demographischen, sozialen, ökonomischen oder ökologischen Mittelpunkt des Landes darstellt.

In Delphi-Studien geben Experten Schätzungen zu unterschiedlichen inhaltlichen Sachverhalten ab. Die Expertise der verschiedenen Teilnehmer schwankt jedoch bei den einzelnen Fragen, so daß oft auch Bewertungen zum eigenen Expertenstatus erhoben werden. Der Beitrag von *Michael Häder* untersucht, wie diese Einschätzungen zustandekommen und was sie aussagen. Als Ausgangspunkt wählt er dabei eine Adaption des Modells der kognitiven Informationsverarbeitung in Umfragesituationen für Fragen nach der subjektiven Sicherheit von Urteilen. Gegenstand der Untersuchung ist eine Studie zur Zukunft des Mobilfunks.

Die Untersuchung von *Jörg-Peter Schräpler* beschäftigt sich mit der Basiserhebung des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) und beschreibt detailliert die Ausfälle in der ersten Welle. Mit Hilfe von Mehrebenenmodellen wird die Entscheidung zur Interviewteilnahme in Abhängigkeit von Befragten- Interviewer- und Situationsmerkmalen erklärt.

Hinweisen möchte ich noch auf die 1. Internationale Konferenz zu Agenda-Setting und Massenmedien, die vom Institut für Medienanalysen (Medien-Tenor) und dem Institut für Kommunikationswissenschaften der Universität Leipzig am 15. und 16. September 2000 durchgeführt wird. Im Mittelpunkt der Konferenz stehen Fragen nach der Entstehung der Agenden von elektronischen Medien, Printmedien und Internet und ihrer Bedeutung für die Themen- und Meinungsbildung in der Gesellschaft. Die Konferenz bildet den Auftakt einer insgesamt vierjährigen Konferenzreihe. In unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen wird die wachsende Bedeutung der massenmedialen Vermittlung für die Gesellschaft allgemein und die verschiedenen Akteure im speziellen thematisiert und analysiert.

Im personellen Bereich haben sich bei ZUMA folgende Änderungen ergeben. Nach fünfjähriger Tätigkeit als Wissenschaftlicher Leiter für den Bereich Dauerbeobachtung kehrt *Prof. Dr. Peter Schmidt* auf seine Stelle als Professor für Empirische Sozialforschung an der Universität Gießen zurück, von der er beurlaubt war. Wir danken Peter Schmidt für seine hervorragende Arbeit und sein großes Engagement für die Belange von ZUMA. Dank gebührt auch dem Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Universität Gießen und dem Land Hessen, die der Beurlaubung zugestimmt hatten. Am 28. April 2000 hat das Kuratorium der GESIS e.V. auf Vorschlag des ZUMA e.V. der Berufung von Herrn *PD Dr. Rüdiger Schmitt-Beck* als Nachfolger von Peter Schmidt zugestimmt. Herr Schmitt-Beck wird seine Tätigkeit bei ZUMA am 1. Oktober aufnehmen. Weiterhin ist erfreulicherweise zu berichten, daß nach langwierigen Verhandlungen alle Beteiligten der Errichtung einer gemeinsam von ZUMA und der Universität Gießen zu besetzenden Stiftungsprofessur für Angewandte Psychologische Methodik zugestimmt haben. In einem ordentlichen Ausschreibungsverfahren ist *Prof. Dr. Ingwer Borg* mit Wirkung vom 1. Mai 2000 auf diese Stiftungsprofessur berufen worden. Wir freuen uns sowohl auf seine Mitarbeit wie auch auf die von Herrn Schmitt-Beck bei ZUMA. Last but not least ist *Michael Blohm* als neuer Mitarbeiter beim ALLBUS gewonnen worden.

Max Kaase
Vorsitzender des ZUMA e.V.

DIE KONSTRUKTION DES KLASSENSCHEMAS NACH ERIKSON, GOLDTHORPE UND PORTOCARERO (EGP) AM BEISPIEL NATIONALER DATENQUELLEN AUS DEUTSCHLAND, GROßBRITANNIEN UND FRANKREICH

HILDEGARD BRAUNS, SUSANNE STEINMANN UND DIETMAR HAUN

In der soziologischen Ungleichheits- und Mobilitätsforschung hat das Klassenschema von Erikson, Goldthorpe und Portocarero (vgl. Erikson/Goldthorpe 1992) einen wichtigen Stellenwert. Die empirische Umsetzung erfolgt auf der Basis erwerbsstatistischer Angaben, die im Rahmen repräsentativer Umfragen in den meisten Gesellschaften regelmäßig abgefragt werden. Die komparative Ungleichheitsforschung, die auf die Entwicklung eines vergleichbaren Instrumentes zur Messung der sozialen Lage von Individuen, Familien oder Haushalten angewiesen ist, ist dabei mit einem spezifischen Problem konfrontiert: Die Datenquellen verschiedener Gesellschaften unterscheiden sich teilweise erheblich darin, wie erwerbsstatistische Informationen erhoben und kategorisiert werden. Auch im Zeitverlauf unterliegen die nationalen Erhebungen diesbezüglich einem Wandel. Dieser Beitrag schlägt eine an Datensätze der 90er und 80er Jahre angepasste Operationalisierung des EGP-Klassenschemas vor, die sich an den ursprünglichen Überlegungen der CASMIN-Forscher orientiert. Wir konzentrieren uns auf die Länder Deutschland, Großbritannien und Frankreich. Besonderheiten der von den nationalen statistischen Ämtern verwendeten Systematiken, zugrundeliegende Klassifizierungsprinzipien und historische Veränderungen werden skizziert und im Hinblick auf ihre Probleme für die Entwicklung eines für international vergleichende Studien geeigneten Klassenschemas beleuchtet.

The class scheme of Erikson, Goldthorpe and Portocarero has an important role in sociological research on social inequality and mobility. The operationalization is based on information about individuals' labour market situation which is regularly collected in representative population surveys in most societies. This constitutes a

specific problem for comparative inequality research. The data sources in different societies sometimes vary greatly with regard to the collection and technical systematization of information related to individuals' occupational situation. Over time national surveys also undergo change in this regard. This paper proposes an operationalization of the EGP class scheme which is adapted to datasets of the 1990s and is orientated on the original considerations of the CASMIN researchers. We concentrate on Germany, France, and Great Britain. Peculiarities of the classification systems used by the national statistical offices, for coding occupations for example, the principles they are based on, and historical changes are sketched out in detail and discussed with regard to the problems they pose for the development of a comparative measuring instrument.

1. Einleitung*

Soziale Klasse, soziale Schicht, sozio-ökonomischer Status sowie (Berufs-) Prestige gehören zu den soziologischen Grundbegriffen, die die Lage von Personengruppen innerhalb der Sozialstruktur von Gesellschaften charakterisieren. Die empirische Umsetzung solcher sozialstrukturellen Konzepte basiert meist auf sozio-ökonomischen und erwerbsstatistischen Angaben, die im Rahmen repräsentativer Umfragen in den meisten Gesellschaften regelmäßig abgefragt werden. Jedoch unterscheiden sich Erhebung und Systematisierung dieser Informationen oft erheblich zwischen den nationalen Datenquellen sowie im Zeitverlauf. Für die komparative Forschung, die im Verlauf des letzten Jahrzehntes enorm an Bedeutung gewonnen hat, ergibt sich hieraus ein spezifisches Problem: die Entwicklung eines international und historisch vergleichbaren Instrumentes zur Bestimmung der sozialen Lage von Individuen, Familien oder Haushalten.

In der komparativen Ungleichheits- und Mobilitätsforschung kommt dem Klassenschema von Erikson, Goldthorpe und Portocarero (vgl. Erikson/Goldthorpe 1992) eine besondere Bedeutung zu. Das EGP-Klassenschema wurde in den 80er Jahren im

* Wir danken der Deutschen Forschungsgemeinschaft für die Finanzierung des Projektes „Bildungsexpansion und soziale Reproduktion in Europa“, in dessen Rahmen dieser Beitrag entstanden ist. Die Entwicklung des hier präsentierten Klassifikationsschemas wäre ohne den konstruktiven Austausch mit Walter Müller, Robert Erikson und John Goldthorpe in dieser Form nicht möglich gewesen. Ihnen gilt unser besonderer Dank. Gleichmaßen möchten wir den drei anonymen Gutachtern für ihre konstruktiven Hinweise danken.

Rahmen des CASMIN-Projektes¹ an der Universität Mannheim entwickelt und auf der Basis von Datensätzen der 70er Jahre für 13 Länder umgesetzt. Dieser Beitrag schlägt eine „aktualisierte“, an Datensätzen der 80er und 90er Jahre angepasste Operationalisierung des EGP-Klassenschemas vor, die sich an den Überlegungen der CASMIN-Forscher orientiert.² Für die komparative Forschung ist eine detaillierte Kenntnis insbesondere der von den nationalen statistischen Ämtern verwendeten Systematiken zur Klassifizierung beruflicher Tätigkeiten unabdingbar. Daher werden in diesem Beitrag auch die Besonderheiten dieser Systematiken, die ihnen zugrundeliegende Klassifizierungsprinzipien und historische Veränderungen skizziert und im Hinblick auf ihre Probleme für die Entwicklung eines vergleichbaren Klassenschemas diskutiert. Wir beschränken uns in diesem Beitrag auf die Länder Deutschland, Frankreich und das Vereinigte Königreich. Die Umsetzung des EGP-Schemas erfolgt am Beispiel nationaler Arbeitskräfteerhebungen. Diese Erhebungen haben sich in den letzten Jahren zu einer wichtigen Datenquelle für die komparative Forschung entwickelt, nicht zuletzt aufgrund ihrer Einbindung in die Arbeitskräfteerhebung der EU. In den meisten Fällen können die hier dargelegten Schemata auch auf andere Datenquellen der jeweiligen Länder übertragen werden.

Der Beitrag ist folgendermaßen aufgebaut: Zunächst werden die für die Konstruktion des EGP-Klassenschemas zentralen theoretischen und operationalen Grundlagen dargestellt (Abschnitt 2). Anschließend wird das Vorgehen bei der Erstellung des Schemas transparent gemacht (Abschnitt 3). Die Darstellung erfolgt in einzelnen Länderkapiteln, in denen jeweils die nationalen Besonderheiten in den erwerbsstatistischen Angaben, in den Klassifikationen und deren historischer Entwicklung im Detail betrachtet werden. Um gerade den länderspezifischen Besonderheiten Rechnung zu tragen, weichen die Länderkapitel in ihrer Organisation und Ausführlichkeit in einigen Aspekten voneinander ab.³ Die konkreten Recodeschemata, ebenso wie die nationalen

1 Zu näheren Informationen über das Projekt "Comparative Analysis of Social Mobility in Industrial Nations" (CASMIN) siehe u.a. Müller/Goldthorpe 1988 sowie Erikson/Goldthorpe 1992.

2 Gegenwärtig kursieren eine Vielzahl von Operationalisierungen, die sich jeweils mehr oder weniger an den ursprünglichen Überlegungen der CASMIN-Forscher orientieren. Die wenigsten Forschungsarbeiten legen dabei die vorgenommene Operationalisierung des Schemas und daraus möglicherweise resultierende Probleme für den Vergleich offen.

3 Dieses Vorgehen erscheint uns insofern gerechtfertigt, als internationale Vergleiche und Studien zu sozialen Veränderungsprozessen in verschiedenen Ländern zunehmend an Bedeutung gewinnen. Die von uns gewählte Darstellung bietet so für Interessierte die Möglichkeit, in einem vergleichsweise umfassenden Überblick detaillierten Zugang zu den spezifischen Besonderheiten der Berufssystematiken anderer Länder zu erhalten. Auf die Internationale Berufssy-

Systematiken zur Klassifizierung ausgeübter Berufe, sind auf der ZUMA-Homepage (Abteilung Mikrodaten) zugänglich. In Abschnitt 4 werden zusammenfassend Probleme der Vergleichbarkeit diskutiert.

2. Theoretische Grundlagen des EGP-Klassenschemas

Das EGP-Klassenschema ist im Kontext der Forschung zur sozialen Mobilität in Auseinandersetzung mit dem in den 60er und 70er Jahren dominierenden Paradigma der Statuserwerbsforschung entstanden. Ausgehend von einer konflikttheoretischen Perspektive orientiert es sich an Max Webers Konzept der Klassenlage. Im Unterschied zu einem an Prestige und/oder sozio-ökonomischen Status orientierten "hierarchischen" Konzept handelt es sich bei dem EGP-Klassenschema um ein kategoriales Differenzierungsschema. Ihm liegt eine mehrdimensionale Konzeption zugrunde, die die soziale Klassenlage von Personen, Haushalten oder Familien theoretisch als Resultat der jeweiligen *Marktlage* und *Arbeitsituation* der Beschäftigten betrachtet (Erikson/Goldthorpe 1992; Erikson/Goldthorpe/Portocarero 1979; Goldthorpe 1980, 1995, 1997b).

Das Schema unterscheidet zwischen drei Kategorien von Beschäftigten: 1.) Arbeitgebern bzw. Produktionsmittelbesitzern, die die Arbeit anderer kaufen, 2.) Selbständigen und 3.) Arbeitnehmern, die ihre Arbeitskraft an Unternehmer verkaufen. Sowohl die Gruppe der Arbeitgeber als auch die der lohnabhängig Erwerbstätigen werden dabei weiter differenziert. Für erstere sind beispielsweise die Größe des Unternehmens und die tatsächlich auszuübenden Funktionen von Bedeutung. Als entscheidendes Differenzierungselement für die Gruppe der Arbeitnehmer gilt die spezifische *Art der Regulierung des Beschäftigungsverhältnisses*. Wie Goldthorpe (1997b) näher ausführt, handelt es sich dabei um eine soziale Beziehung, in der die gegenseitigen Verpflichtungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer festgelegt werden. Dies geschieht teilweise explizit, indem diese Regeln in einem Arbeitsvertrag fixiert werden, teilweise auch implizit, in Form allgemeiner Verhaltenserwartungen. Zu diesen informellen Regeln des Beschäftigungsverhältnisses zählen z.B. die an Arbeitnehmer gestellten Anforderungen, wie das Ausmaß an Eigeninitiative und persönlicher Verantwortungs- und Einsatzbe-

stematik ISCO (1968 bzw. 1988) und den darauf basierenden Rekodierungen kann in diesem Beitrag jedoch nicht eingegangen werden. So sind diese Angaben bspw. in den französischen Arbeitskräfteerhebungen nicht enthalten und waren auch bis vor kurzem nicht für den Mikrozensus verfügbar. In diesen Fällen wäre eine ‚Übersetzung‘ der amtlichen Klassifikationssysteme in den ISCO und von diesem ausgehend, in das EGP-Klassenschema mit wesentlich größeren Vergleichsproblemen behaftet als das hier dargestellte Vorgehen.

reitschaft. Goldthorpe unterscheidet entsprechend zwischen zwei idealtypischen Formen des Beschäftigungsverhältnisses, dem *klassischen Arbeitskontrakt* und dem *Dienstverhältnis*.

Bei einem Beschäftigungsverhältnis im Sinne eines *klassischen Arbeits- oder Tauschkontraktes* werden Arbeitsleistungen im Austausch gegen Löhne erbracht, wobei sich diese entweder aufgrund von produzierter Stückzahl oder aufgrund der zur Produktion eines Gutes verwendeten Zeit errechnen. Die erforderlichen Arbeitsleistungen unterliegen dabei einer direkten Kontrolle durch die Arbeitgeber. Diese Art des Beschäftigungsverhältnisses ist typischer Weise im Bereich der manuellen Tätigkeiten vorzufinden ('blue-collar-wage-relationship') und kennzeichnet idealtypisch die Klassenlage der einfachen manuellen Arbeiter (Klasse VIIa und VIIb; siehe Tabelle 1), sowie in etwas modifizierter Form, die Klassenlage der manuellen Facharbeiter (Klasse VI) und der einfachen nicht-manuellen Beschäftigten (Klasse IIIb).

Ein *Dienstverhältnis* ('service-relationship') impliziert demgegenüber die Ausübung von delegierter Autorität - typischerweise bei den leitenden Angestellten und Beamten der öffentlichen Verwaltung oder Privatwirtschaft zu finden - oder die vergleichsweise eigenständige Anwendung von spezialisiertem Wissen und Fachkenntnissen - beispielsweise bei den Professionen und höheren Technikern. Im Gegensatz zum 'labour-contract' existiert hier kein direktes Kontrollsystem. Vielmehr basiert das Arbeitsverhältnis auf der Zusage von Loyalität von Seiten der Arbeitnehmer gegenüber der beschäftigenden Organisation. Umgekehrt sichern die Arbeitgeber durch spezielle Anreize, wie beispielsweise berufliche Aufstiegsmöglichkeiten, Vereinbarungen über Gehaltserhöhungen etc. die Leistungserbringung. Typischerweise sind damit Beschäftigungsverhältnisse in der Dienstklasse I und in etwas abgeschwächter Form in Dienstklasse II (siehe Tabelle 1) beschrieben. Neben diesen beiden 'Grundtypen' von Arbeits- oder Beschäftigungsverhältnissen existieren verschiedene Mischtypen, die sowohl prägende Elemente einer typischen 'blue-collar-wage-relationship' als auch einer 'white-collar-service-relationship' besitzen. Es handelt sich hierbei um die Klasse IIIa und V (Erikson/Goldthorpe 1992; Erikson/Goldthorpe/Portocarero 1979; Goldthorpe 1980, 1995, 1997b).

Ausgehend von den 'Grund- und Mischtypen' von Arbeits- oder Beschäftigungsverhältnissen wird in dieser Konzeptualisierung von sozialen Klassen deutlich, daß sie weit über eine herkömmliche Berufsabstufung hinausreicht. So werden nicht nur die von den Arbeitnehmern ausgeübten *Berufe*, sondern auch die *Form der Beschäftigungsverhältnisse* bzw. der Austauschprozesse berücksichtigt, in die die Personen eingebunden sind. Damit gewinnen Kriterien, wie der Grad an Arbeitsautonomie und der organisa-

tionsinternen Autoritäts- und Kontrollbefugnisse, das Ausmaß an Identifikation mit den Zielen des Arbeitgebers, aber auch Aspekte der Arbeitsplatzsicherheit und des Einkommens für die Klassifikation an Bedeutung. Es ist allerdings zu beachten, daß die operationale Einordnung in das Klassenschema nicht auf einer direkten Messung dieser Differenzierungskriterien basiert. Als Basisindikatoren werden lediglich Informationen zum ausgeübten Beruf, zum Beschäftigungsstatus und zur betrieblichen Stellung genutzt.⁴

Tabelle 1: Das EGP Klassenschema

Classes	Include
I	Higher-grade professionals, administrators, and officials; managers in large industrial establishments; large proprietors
II	Lower grade professionals, administrators, and officials; higher-grade technicians; managers in small industrial establishments; supervisors of non-manual employees
IIIa	Routine non-manual employees, higher grade (in administration and commerce)
IIIb	Routine non-manual employees, lower grade (sales and services)
IVab	Small proprietors and artisans with or without employees
IVc	Farmers and smallholders; other self-employed in primary production
V	Lower-grade technicians; supervisors of manual workers
VI	Skilled manual workers
VIIa	Semi- and unskilled manual workers (not in agriculture)
VIIb	Agricultural and other workers in primary production

Quelle: Erikson/Goldthorpe 1992: 38f.

Forschungspraktisch ist nun problematisch, daß gerade diese Basisindikatoren zwischen den nationalen Datenquellen und darüber hinaus in zeitlicher Perspektive innerhalb der jeweiligen nationalen Informationsquellen in hohem Maße variieren.

3. Die Konstruktion der EGP-Klassenvariable am Beispiel nationaler Datenquellen: Konsequenzen unterschiedlicher erwerbsstatistischer Informationen für die Implementierung eines standardisierten Klassenkonzepts

Trotz der Einbindung der nationalen Arbeitskräfteerhebungen in den gemeinsamen Rahmen der EU-Arbeitskräfteerhebung liegt keine vollständige Harmonisierung der

⁴ Wie verschiedene Forschungsarbeiten (Evans 1992, 1996; Evans/Mills 1996, 1997) zeigen, ermöglichen diese beiden Indikatoren - zumindest für den britischen Fall - eine adäquate Abbildung der unterschiedlichen Formen von Markt- und Arbeitsbeziehungen bzw. Beschäftigungsverhältnissen.

Daten vor. Da die nationalen statistischen Ämter die Lieferanten der Daten sind, werden die Berufsinformationen auch nach den in den Ländern üblichen Systematiken und Klassifikationen erhoben. Dies betrifft auch die Angaben über den ausgeübten Beruf und die berufliche oder betriebliche Stellung der Erwerbstätigen, die jeweils nur nach landeseigener Systematik erfaßt werden. Diese länderspezifischen Besonderheiten sind als Resultat einer spezifischen Tradition und Zielsetzung der amtlichen Statistik, als Folge sozialstruktureller Besonderheiten in den einzelnen Gesellschaften und nicht zuletzt als soziale Konstruktion der Wirklichkeit zu verstehen.⁵

3.1 Der deutsche Mikrozensus (faktisch anonymisierter Grundfile)

Der Mikrozensus ist eine jährlich stattfindende amtliche Stichproben-Erhebung. Er wird in den alten Bundesländern seit 1957 erhoben und erfuhrt seitdem über die Jahrzehnte einige methodologische Veränderungen (siehe u.a. Litz & Lipowatz 1986, Esser et al. 1989 sowie Statistisches Bundesamt 1997). Im April 1991 wurde der Mikrozensus erstmals auch in den neuen Ländern und Berlin-Ost durchgeführt.⁶ Beim Mikrozensus handelt es sich um eine 1-Prozent-Bevölkerungsstichprobe mit einer gesetzlich geregelten Auskunftspflicht der Befragten. Das Erhebungsprogramm liefert eine Reihe von erwerbsstatistischen, sozio-demographischen und sozio-ökonomischen Grundinformationen, die im wesentlichen über die Erhebungsjahre nur geringfügig modifiziert wurden und so eine kontinuierliche Beobachtung des Arbeitsmarktgeschehens und anderer sozialstruktureller Entwicklungen ermöglichen. Vergleichbar zu den französischen und britischen Daten ist der Mikrozensus als rotierende Panel-Umfrage konzipiert, in der jedes Jahr ein Viertel der Auswahlbezirke aus der Erhebung ausscheidet.⁷

3.1.1 Ausgangsvariablen zur Konstruktion der EGP-Klassenvariablen

Der ausgeübte Beruf wird im Mikrozensus auf der Basis der „Klassifizierung der Berufe“ erhoben, die in Abschnitt 3.1.2 ausführlicher dargestellt wird.⁸ Die Variable

5 Im folgenden werden in den einzelnen Länderkapiteln einleitend in einem Kasten Informationen zu den jeweiligen nationalen Datenquellen gegeben. Ebenso werden die spezifischen Besonderheiten und Probleme bei der Erstellung der jeweiligen Recodeschemata für das jeweilige Land separat in einem weiteren Kasten dokumentiert.

6 Probleme der Vergleichbarkeit von Berufsangaben und Klassenzuordnungen zwischen alten und neuen Bundesländern werden hier außer Betracht lassen. Zu den Klassenlagen der DDR-Gesellschaft s. Solga 1996.

7 Zum Stellenwert des Mikrozensus im Rahmen der amtlichen Statistik vgl. Krug/NourneySchmidt 1994, zu seiner Bedeutung als Datenquelle für die Sozialwissenschaften vgl. Hartmann 1989, Lüttinger/Riede 1997.

8 Den Ausgangspunkt zur Konstruktion des EGP-Klassenschemas auf Grundlage der Mikrozensus-Daten bildeten die Vorarbeiten von Kurz (1985) und die im Rahmen des CASMIN-Projekts erstellten Klassen-Kodierungen, u.a. basierend auf den Daten des ZUMA-Bus 1976-

der *beruflichen Stellung* erfaßt beim Mikrozensus die versicherungsrechtliche Unterscheidung der Erwerbstätigen in Selbständige, Beamte, Angestellte, Arbeiter, Auszubildende sowie mithelfende Familienangehörige, die bei abhängig Beschäftigten vertraglich fixiert ist und bei Selbständigen eine Folge des Eigentums an Produktionsmitteln darstellt. Die Ausgangsfrage und Antwortausprägung der Variable (EF94) ‚Stellung im Beruf‘ lautet beim Mikrozensus 1993:

"Sind (waren) Sie tätig als...? Für Nichterwerbstätige: Letzte Tätigkeit als..."

Selbständige(r) ohne Beschäftigte	1
<i>Selbständige(r) mit Beschäftigten</i>	2
<i>Mithelfende(r) Familienangehörige(r)</i>	3
<i>Beamter/Beamtin, Richter(in)</i>	4
<i>Angestellte(r)</i>	5
<i>Arbeiter(in), Heimarbeiter(in)</i>	6
<i>Kaufm./techn. Auszubildende(r)</i>	7
<i>Gewerblich Auszubildende(r)</i>	8
<i>Zeit-/Berufssoldat (einschl. BGS und Bereitschaftspolizei)</i>	9
<i>Grundwehr-/Zivildienstleistender</i>	10

Die hierarchische Stellung innerhalb des Positionsgefüges bzw. die Funktion der Erwerbstätigen innerhalb der Firma oder Behörde wird im Mikrozensus (1993) durch die zusätzliche Frage nach der *Stellung im Betrieb* ermittelt. Die Ausgangsfrage und Antwortausprägung der Variable (EF110) ‚Stellung im Betrieb‘ lautet

"Welche Stellung haben Sie innerhalb des Betriebes?"

<i>Auszubildende(r), Praktikant(in), Volontär(in) Selbständige(r)</i>	1
<i>Alleinschaffend; Selbständige(r) mit 1-4 Beschäftigten (u.a. freiberuflich tätig; selbständige(r). Landwirt(in))</i>	2
<i>Unternehmer(in)/Selbständige(r) mit 5 und mehr Beschäftigten; Angestellte(r), Beamter/Beamtin, Arbeiter(in), Mithelfende(r) Familienangehörige(r)</i>	3
<i>Bürokräft, Schreibkraft, angelernte(r) Arbeiter(in)/Nicht-Facharbeiter(in)</i>	4
<i>Verkäufer(in), Bearbeiter(in) oder Facharbeiter(in), Geselle/Gesellin</i>	5
<i>Sachbearbeiter(in), Vorarbeiter(in), Kolonnenführer(in), Schichtführer(in)</i>	6

1980 und den Daten der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) (vgl. Trometer 1993). Das auf die ALLBUS-Daten zugeschnittene Klassifikationsverfahren kategorisiert Erwerbstätige auf der Grundlage der Informationen zu ihrer beruflichen Stellung und ihrer beruflichen Tätigkeit, ausgewiesen nach der "International Standard Classification of Occupations" (ISCO). Diese Vorgehensweise konnte nicht unmittelbar auf den Mikrozensus übertragen werden.

<i>Herausgehobene, qualifizierte Fachkraft (u.a. Konstrukteur(in),</i>	
<i>Richter(in), Studienrat/-rätin, Abschnittsleiter(in), Meister(in), Polier, Schachtmeister)</i>	7
<i>Sachgebietsleiter(in)/Referent(in), Handlungsbevollmächtigte(r)</i>	8
<i>Abteilungsleiter(in), Prokurist(in)</i>	9
<i>Direktor(in), Amtsleiter(in), Geschäftsführer(in), Betriebsleiter(in)/ Werksleiter(in)</i>	10

3.1.2 Die Klassifizierung der Berufe

Die Ausgangsinformationen über den Beruf (Variable EF93) werden im Fragebogen des Mikrozensus in den 80er und 90er Jahren in unveränderter Form mit folgender offener Fragestellung erhoben: "Welchen Beruf üben Sie gegenwärtig aus?" bzw. für Nicht-erwerbstätige, "Welchen Beruf übten Sie zuletzt aus?"

Die Vielzahl der Berufsbenennungen, die als Antworten auf diese Frage eingehen, machen eine Klassifizierung von Berufsbenennungen erforderlich, deren Systematik das Statistische Bundesamt in einem eigenen Band erläutert. Maßgeblich für den Mikrozensus 1982 ist die Ausgabe 1975 des Statistischen Bundesamtes über die "Klassifizierung der Berufe" (KldB) und für den Mikrozensus 1993 die entsprechende Ausgabe 1992. Anlaß für eine Überarbeitung der Berufssystematik bildete bei beiden Erhebungen die vorausgehende Volks- und Berufszählung im Jahre 1970 bzw. 1987. Ungeachtet dieser noch näher zu betrachtenden Neuregelungen weist die vorgenommene Klassifizierung im Inhalt und Aufbau des Gliederungssystems ein hohes Maß an Kontinuität auf.

Unter einem Beruf versteht die amtliche Statistik seit 1961 "die auf Erwerb gerichteten, charakteristischen Kenntnisse und Fertigkeiten sowie Erfahrungen erfordernden und in einer typischen Kombination zusammenfließenden Arbeitsverrichtungen [...], durch die der einzelne an der Leistung der Gesamtheit im Rahmen der Volkswirtschaft mitschafft". Grundlegend für die Berufssystematik des Statistischen Bundesamtes ist die Zusammenfassung von Berufen, die nach dem Wesen ihrer Berufsaufgabe und Tätigkeit *gleichartig* sind (vgl. Statistisches Bundesamt 1975, 9).

Die sogenannten "Berufsordnungen", als Basiseinheiten des Systems, werden durch eine dreistellige Kennziffer dargestellt. In den Berichtsbänden sind zu jeder Berufsordnung, in alphabetischer Reihenfolge, die ihr zugeordneten Berufsbenennungen angefügt. In übergeordneter Gliederung werden die Berufsordnungen weiter zu Berufsgruppen, Berufsabschnitten und Berufsbereichen zusammengefaßt. In feinerer Untergliederung werden wiederum nach dem Prinzip der Artverwandtschaft des ausgeübten Berufes die vierstelligen Codes der sogenannten "Berufsklassen" gebildet, indem den Basis-Codes eine zusätzliche Endziffer hinzugefügt wird, die allgemeine

Formen des Grundberufs von Spezialisierungsformen unterscheidet sowie berufsfachliche Hilfstätigkeiten und weitere Spezialgebiete kennzeichnet.

Für die Abgrenzung zwischen den *übergeordneten* Einheiten war weniger die Artverwandtschaft des ausgeübten Berufes, sondern verschiedene Bestimmungsfaktoren relevant. Gestützt auf berufskundliche Informationen und Erfahrungswerte werden Tätigkeiten zusammengefaßt, die stark von den Besonderheiten eines zu verarbeitenden Materials geprägt sind (z.B. Papierhersteller und -verarbeiter), in anderen Berufen dient ein spezielles Berufsmilieu als Ordnungskriterium (wie z.B. bei den Verkehrsberufen), oder es wird danach unterschieden, ob den Tätigkeiten eine typische Berufsaufgabe (wie z.B. bei den Ordnungs- und Sicherheitsberufen) oder ein spezifisches Objekt der Berufstätigkeit (wie z.B. bei den Straßenbauern) gemeinsam ist.

Im Hinblick auf die KldB 1992 hatte das Statistische Bundesamt insgesamt 29.500 Berufsbenennungen zu klassifizieren, die sie entsprechend ihrer hierarchischen Gliederung in 2.287 Berufsklassen, 369 Berufsordnungen, 88 Berufsgruppen, 33 Berufsabschnitte und 6 Berufsbereiche einordnete. Bei den Daten der anonymisierten Mikrozensus stand uns die dreistellige Berufsvercodung zur Verfügung, mit der Einschränkung, daß einzelne, gering besetzte Codes mit der benachbarten Ausprägung zusammengefaßt waren, um den Bestimmungen zur faktischen Anonymisierung der Daten zu entsprechen. Der Aufbau der aktuellen Berufssystematik wird in folgender Übersicht anhand zweier Beispiele illustriert.⁹

Tabelle 2: Aufbau der Berufssystematik 1992

Ebene	Kategorienzahl	1. Beispiel	Code	2. Beispiel	Code
Berufsbereich	6	Fertigungsberufe	III	Dienstleistungsberufe	V
Berufsabschnitt	33	Metall-, Maschinenbau- und verwandte Berufe	IIIg	Organisations-, Verwaltungs-, Büroberufe	Vd
Berufsgruppe	88	Maschinenbau- und Wartungsberufe	27	Bürofach-, Bürohilfskräfte	78
Berufsordnung	369	Industriemechaniker/in (Betriebschnik)	274	Bürohilfskräfte	784
Berufsklasse	2.287	Bahnbetriebsschlosser/innen	2741	Amtsgehilfen/innen, Wachtmeister/innen	7844
Berufsbenennungen (Auszug)	29.500	Achslagerprüfer/in (DB) Eisenbahnschlosser/in Stellwerkschlosser/in Bahnbetriebsschlosser Werkführer/in DB		Amtsgehilfe/in Beamte/r einf. Dienst Gemeindediener Justizwachtmeister/in Steueramtsgehilfe/in	

⁹ Eine analoge Gliederung für die KldB 1975 ist dargestellt in Stockmann/Willms-Herget 1985: 59.

3.1.2.1 Besonderheiten und Probleme

Grundsätzlich unterscheidet sich die Klassifizierung der Berufe des Statistischen Bundesamtes von den Berufsordnungen der anderen Länder dahingehend, daß auf der detaillierten Ebene vor allem auf die Artverwandtschaft der Tätigkeit als Abgrenzungskriterium zwischen Berufen fokussiert wird. Die für einen spezifischen Beruf erforderlichen Qualifikationen und Fachkenntnisse sollen bei der KldB außer Betracht bleiben.¹⁰ Stockmann und Willms-Herget (1985) verweisen jedoch in ihrer historischen Analyse der Erwerbsstatistik in Deutschland auf die mangelnde Konsequenz in der Anwendung des Kriteriums der beruflichen Artverwandtschaft. Vielmehr würden implizit noch weitere Kriterien zur Gliederung von Berufen verwandt, wie "Wirtschaftszweig", "hierarchische Einordnung im Betrieb", "Stellung im Beruf", "Qualifikation" (Stockmann/Willms-Herget 1985, 63).¹¹

Für die Erstellung des EGP-Schemas bedeutet die Vernachlässigung des qualifikatorischen Anforderungsniveaus des Arbeitsplatzes in der KldB, daß die Bestimmung einer sozialen Klassenlage allein auf Grundlage der Berufsangabe in den meisten Fällen nur wenig valide ist. Denn die Kategorien der KldB fassen Erwerbstätige auf teilweise sehr unterschiedlichen betrieblichen Qualifikations- und Hierarchiestufen zusammen, mit entsprechend ausgeprägten Divergenzen in den Besoldungsstufen und Gehaltsbezügen, den Tätigkeitsinhalten, Weisungs- und Kontrollbefugnissen sowie weiteren für die Operationalisierung des EGP-Schemas relevanten Kriterien. Das Ziel des EGP-Schemas, die spezifische Arbeitssituation und Marktlage von Personen beziehungsweise Haushalten zu erfassen, kann für die Bundesrepublik folglich nur mit Hilfe der

10 In der Begründung für diese Abweichung von internationalen Standards verweist die Behörde auf die unterschiedliche Zielsetzung des Mikrozensus als Mehrzweckerhebung und auf die unterschiedliche Prioritätensetzung. Vornehmliches Ziel sei es, die historische Vergleichbarkeit der Klassifikationsordnung über die Erhebungszeitpunkte hinweg zu gewährleisten, wie auch die verschiedenen, mit der Ausübung einer beruflichen Tätigkeit verbundenen Aspekte, wie Tätigkeitsspektrum, formale Schul- und Berufsausbildung oder Stellung im Beruf bzw. Stellung im Betrieb isoliert voneinander zu erfassen. An anderer Stelle wird in der diesbezüglichen Erörterung jedoch eingeräumt, "daß der Qualifikationsaspekt als Wesensmerkmal der ausgeübten Tätigkeit nicht nur ein personenbezogenes, sondern auch ein arbeits(platz)bezogenes Charakteristikum darstellt" (Statistisches Bundesamt 1992: 16), eine Erkenntnis, die allerdings keine konzeptionellen Folgen hat.

11 Als anschauliche Beispiele für derartige Anwendungen alternativer Klassifikationskriterien werden von den Autoren Berufsordnungen der KldB 1975 wie z.B. "Versicherungskaufleute", "Werkmeister", "Unternehmer", "Verwaltungsbedienstete des höheren und gehobenen Dienstes", "Ingenieure" oder "Techniker" genannt.

kombinierten Informationen zum ausgeübten Beruf, Stellung im Beruf und betrieblichen Stellung erreicht werden.

3.1.2.2 Zeitliche Vergleichbarkeit der Berufssystematiken von 1975 und 1992

Anlaß für eine Überarbeitung der Berufssystematik durch die KldB 1992 waren die Ergebnisse der Volks- und Berufszählung des Jahres 1987. Die von Stockmann und Willms-Herget bereits für die 80er Jahre konstatierte Unausgewogenheit einer amtlichen Berufssystematik, die "zentriert auf die Wiedergabe der Beschäftigungsverhältnisse in Industrie und Gewerbe" (Stockmann/Willms-Herget 1985, 69) lange Zeit den berufsstrukturellen Wandel und die Ausdifferenzierung der Berufe im Dienstleistungssektor ignorierte, wurde durch die Ergebnisse der Volks- und Berufszählung 1987 offensichtlich. Den berufsstrukturellen Entwicklungen von drei Jahrzehnten mußte nun mit einer Anpassung und Aktualisierung der Gliederungsstruktur Rechnung getragen werden.

Die traditionelle Priorität auf zeitlicher Kontinuität und Vergleichbarkeit der Systematiken mochte das Statistische Bundesamt jedoch keineswegs aufgeben, so daß die revidierte Fassung grundsätzlich an dem Gliederungs- und Kennziffernsystem der KldB 1975 ausgerichtet blieb (vgl. Statistisches Bundesamt 1992, 7). Die Überarbeitung vollzog sich vielmehr im Rahmen der bestehenden Systematik vor allem durch Streichungen überholter Berufsbenennungen und Neuaufnahme neuer Berufsbezeichnungen sowie Zusammenfassungen von gering besetzten Berufsordnungen und Ergänzungen durch neue Berufsordnungen in den besonders heterogenen und stark besetzten Berufsbereichen. Auf eine Wiedergabe der Modifikationen im Detail soll an dieser Stelle verzichtet werden, sind diese doch ausreichend in der KldB 1992 dokumentiert. Wichtiger ist der Hinweis auf einige systematische Veränderungen in der Berufsklassifikation, die u.U. eine vergleichbare Erstellung des EGP-Klassenschemas zu den beiden Untersuchungszeitpunkten beeinträchtigen könnten.¹²

Grundsätzlich konstatiert das Statistische Bundesamt, daß "sich die Zahl unterbesetzter Dreisteller von der Volks- und Berufszählung 1970 (33 Berufsordnungen) über den Mikrozensus 1980 (48 Berufsordnungen) bis zur Volks- und Berufszählung 1987 (61 Berufsordnungen) kontinuierlich vergrößert" hat (Statistisches Bundesamt 1992, 7). Infolge des kontinuierlichen Rückgangs der Erwerbspersonen konzentrierten sich

¹² Als hilfreich erwies sich eine Vergleichsübersicht im Anhang der KldB 1992, die es trotz teilweise unterschiedlicher Berufsbezeichnungen ermöglichte, die Berufscodes annähernd äquivalent zu erfassen.

die Minderbesetzungen¹³ bei Berufen im primären und sekundären Wirtschaftssektor. Demgegenüber steht eine unzulängliche Gliederungstiefe bei Berufen im Dienstleistungssektor, wo mehr als ein Drittel aller Erwerbstätigen auf die am stärksten besetzten 10 Berufsordnungen entfallen. Unter Berücksichtigung der Besetzungszahlen und der Homogenität bzw. Heterogenität des jeweiligen Tätigkeitsspektrums lassen sich die systematischen Veränderungen der Berufsordnungen in folgenden Punkten zusammenfassen:

- In den Berufen der Land-, Tier- und Forstwirtschaft, bei Bergleuten und Mineralgewinnern sowie bei Fertigungsberufen erfolgt eine Straffung der Berufsordnungen. Bei den Fertigungsberufen reduziert sich beispielsweise die Zahl der Basiscodes von 165 auf 157. Weitere strukturelle Änderungen wie Aktualisierungen der Berufsbezeichnungen, Zusammenfassungen sowie vereinzelt Aufgliederungen und Umsetzungen einzelner Berufsordnungen, insbesondere bei handwerklichen und industriellen Berufen, werden sich im Rahmen der globaleren Zuordnungskriterien des EGP-Schemas in keinem nennenswerten Umfang auswirken.
- Infolge einer Zunahme der Erwerbspersonen im Berufsbereich IV erfolgt eine tiefere Gliederung der "Technischen Berufe" z.B. durch eine differenziertere Erfassung von Architekten, Ingenieuren und Technikern.
- Die umfassendste Revision der bestehenden berufssystematischen Gliederung erfuhren die Dienstleistungsberufe. Generell veranlaßte die Ausweitung der Beschäftigtenzahlen im tertiären Sektor das Statistische Bundesamt zu einer differenzierteren Erfassung bislang recht heterogener Berufsgruppen durch Hinzunahme weiterer Berufsordnungen. Die Umsetzung einzelner Berufe in andere Berufsordnungen und die Zusammenfassung gering besetzter Basiscodes führte in einzelnen Fällen zu Komplikationen bei der Herstellung zeitlich vergleichbarer Berufskodierungen. Ein Problemfall resultierte z.B. aus der recht willkürlich erscheinenden Kombination der bisher getrennt erfaßten Berufsordnungen der "ambulanten Händler" mit den "Einzelhandelskaufleuten ohne Fachbereichsangabe". Unter Berücksichtigung der gestellten Arbeitsanforderungen wäre eine alternative Zuordnung der "ambulanten Händler" zu den "Verkäufern und Verkäuferinnen o.n.A." (660) vermutlich plausibler, zumal diese ebenfalls nicht gegen das Einordnungsprinzip der Artverwandtschaft des ausgeübten Berufes verstoßen würde.

13 Als Minderbesetzungen werden Berufsordnungen bezeichnet, die nach den Ergebnissen der Volks- und Berufszählung 1987 weniger als 5000 Erwerbstätige umfassen.

Begrüßenswert ist die schematische Neuordnung und Ausweitung der Berufssystematik im Bereich der Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufe, die explizit (und in Abweichung von der bisherigen Praxis) darauf abzielt, "für mehr Transparenz hinsichtlich Entscheidungskompetenz, Qualifikationsniveau und fachlicher Zuständigkeit" (Statistisches Bundesamt 1992: 11) zu sorgen. Im Gegensatz zu der KldB 1975 ist es nun beispielsweise möglich, die "Fachgehilfen und Fachgehilfinnen in steuer- und wirtschaftsberatenden Berufen" von der eigentlichen Profession der "Wirtschaftsprüfer(innen) und Steuerberater(innen)" analytisch zu trennen. Ähnliches gilt für die Aufgliederung der ehemaligen Berufsordnung "Leitende und administrativ entscheidende Verwaltungsfachleute" auf die nach den Laufbahngruppen des höheren oder gehobenen Dienstes differenzierten Berufsordnungen. Die Aufteilung der vormals singulären Berufsordnung der "Datenverarbeitungsfachleute" auf nunmehr sechs Dreisteller resultiert nicht nur aus der zunehmenden Bedeutung der EDV-Berufe, sondern erhöht auch den Informationsgehalt dieser Berufsordnungen im Sinne der o.g. Kriterien. Ähnliches trifft für die "Bürofachkräfte" zu. An die Stelle der äußerst heterogenen Berufsordnung der "Bürofach- und Bürohilfskräfte" in der KldB 1975 sind fünf neue Berufsordnungen getreten, die eine nähere Bestimmung der beruflichen Position im Hinblick auf Arbeitsanforderungen und Verantwortungsbereich auch unabhängig von Informationen zur betrieblichen Stellung ermöglichen.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß die Neuordnung der Berufssystematik durch die KldB 1992 den Informationsgehalt der dreistelligen Berufsordnungen im Sinne der Operationalisierungskriterien von Erikson und Goldthorpe sicherlich erhöht hat. Insgesamt ermöglicht jedoch eine Vergleichsübersicht und die Beibehaltung der grundsätzlichen Klassifikationslogik einen weitgehend unverzerrten Vergleich zwischen den Erhebungszeitpunkten.

3.1.3 Konstruktion eines international vergleichbaren Klassenschemas

Ausgehend von den jeweiligen Berufsordnungen des Mikrozensus 1982 und 1993 wurde zunächst eine Gruppierung der Berufsvariablen vorgenommen, um eine systematische Klassenzuordnung zu erleichtern. Die in den Berufsangaben enthaltene Information zu den Merkmalen der Arbeitssituation und der Marktlage, die mit der Ausübung dieser Berufstätigkeit üblicherweise verbunden ist, konnte so zu einer ersten Grobgliederung genutzt werden. Das Ergebnis dieser Zusammenfassung von Berufen

nach dem Ähnlichkeitsprinzip ist die Hilfsvariable BKAT (s. unten), die nach 16 unterschiedlichen Berufsgruppen differenziert.¹⁴

Hilfsvariable BKAT (Basis: gegenwärtiger/ehemaliger Beruf)

1	Manuelle Berufe I (Hilfs-/Anlernberufe)
2	Manuelle Berufe II
3	Manuelle Berufe III
4	Werkmeister
5	Techniker
6	Ingenieure
7	Agrarberufe
8	Wissenschaftlich-akademische Berufe
9	Semiprofessionen
10	Qualifizierte Dienste
11	Einfache Dienste
12	Management-Berufe, Leiter von Behörden
13	Hochqualifizierte Verwaltungsberufe
14	Qualifizierte Verwaltungsberufe
15	Einfache Verwaltungsberufe
16	Sonstige o.n.T./Azubis/Mithelfende a.n.g.

Durch diese erste Einordnung ist bereits eine grobe Differenzierung zwischen manuellen und nicht-manuellen Berufstätigkeiten sowie nach Agrarberufen erfolgt. In den ersten drei Ausprägungen der Hilfsvariablen *BKAT* wird eine Unterscheidung zwischen den manuellen Berufen in Handwerk und Industrie vorgenommen. Grundsätzlich handelt es sich dabei um eine Strategie, um der aus der Anwendung des bereits besprochenen Berufskonzepts der amtlichen Statistik resultierenden Heterogenität der Berufsordnungen entgegenzuwirken. Einfache manuelle Hilfs- und Anlernberufe sind in der ersten Berufsgruppe zusammengefaßt. Die Abgrenzung zu der zweiten und dritten Gruppe der manuellen Berufe erfolgt teilweise nach empirisch ermittelten Kriterien, wie z.B. dem Anteil von Facharbeitern und Meistern sowie auf Basis von berufskundlichen Informationen, etwa über die Existenz einer allgemeinen Berufsausbildung innerhalb der einzelnen Berufsordnungen. Bei der dritten manuellen Berufsgruppe handelt es sich überwiegend um Tätigkeiten von Handwerkern und Facharbeitern, während die Arbeitsanforderungen in der zweiten manuellen Berufsgruppe im allgemeinen niedriger zu veranschlagen sind.

¹⁴ Das detaillierte Schema dieser Berufsgruppierung und die in den einzelnen Kategorien zusammengefaßten Berufsordnungen sind separat für die Berufssystematiken der KldB 1975 sowie für die KldB 1992 auf der ZUMA-Homepage (Abteilung Mikrodaten) ausgewiesen.

Es folgen die Berufsgruppen der Werkmeister, der technischen Berufe, der Ingenieure und Naturwissenschaftler, Agrarberufe und wissenschaftlich-akademischen Berufe, deren Zuordnung weitgehend unproblematisch erscheint. Sicherlich wären einige alternative Zuordnungen ebenso denkbar gewesen. Für einige dieser kritischen Zuordnungen, wie z.B. die der Krankenschwestern und Hebammen zu der Berufsgruppe der Semiprofessionen spielten auch Kriterien, wie die Anpassung an die Klassifikationsstandards in den anderen Ländern eine wichtige Rolle. Zudem darf nicht übersehen werden, daß es sich bei dieser Gruppierung zunächst um eine vorläufige Einordnung handelt und noch nicht um eine Zuordnung zu Klassenpositionen. Für Berufstätigkeiten in Dienstleistung und Verwaltung wurde eine hierarchische Differenzierung gewählt, welche zwischen einfachen und qualifizierten Dienstleistungen sowie zwischen einfachen, qualifizierten und hochqualifizierten Verwaltungsberufen unterscheidet. Die konkrete Bestimmung orientierte sich für jeden einzelnen der Berufe an einer Vielzahl von Entscheidungskriterien, deren Details hier nicht aufgeführt werden können.

Die eigentliche Zuordnung zu den einzelnen Kategorien des Klassenschemas erfolgt in einem zweiten Schritt auf Grundlage der gemeinsamen Information über die Tätigkeit einer Berufsgruppe sowie der jeweiligen beruflichen und betrieblichen Stellung eines Erwerbstätigen. Für jede einzelne dieser Kombinationen war eine Entscheidung über die Zuordnung zu einer der 11 Klassenlagen zu treffen. Grundsätzlich erfolgte die Zuordnung auf Basis der einfachen Merkmalskombination zwischen *Berufsgruppenzugehörigkeit* und *betrieblicher Stellung*. Die dritte Dimension der beruflichen Stellung der Erwerbstätigen wurde berücksichtigt, indem diese Merkmalskombinationen jeweils getrennt, nach der *beruflichen Stellung* der Personen vorgenommen wurden. Die angewandten Korrespondenzregeln sind in Form eines Kodierungsrasters und als Recodeschema auf der ZUMA-Homepage (Abteilung Mikrodaten) veröffentlicht.

Besonderheiten und Probleme

Einige der empirisch beobachteten Merkmalskombinationen sind nicht eindeutig den Idealtypen des EGP-Schemas zuzuordnen. Ein Unsicherheitsfaktor war in den Ausgangsdaten der Mikrozensus begründet. Bei einer Stichprobe von mehreren hunderttausend Personen sind Meßungenauigkeiten, Fehlinterpretationen zu Fragestellungen und Antwortkategorien sowie divergente Angaben zu einigen Merkmalsdimensionen nicht vollständig zu vermeiden. Hinzu kommen die bereits angesprochenen heterogenen Zusammensetzungen einzelner Berufsordnungen, die in einigen Fällen eine exakte Bestimmung der sozialen Klassenlage erschweren. Dies gilt z.B. für Arbeiter, die in einem typischen manuellen Hilfs- oder Anlernberuf beschäftigt sind und bei *betrieblicher Stellung* die Kategorie "5" (Facharbeiter) angeben. In diesem Fall war als weitere Besonderheit der erwerbsstatistischen Ausgangsdaten zu berücksichtigen, daß die Ausprägung "5" der Variablen Stellung im Betrieb nicht nur Facharbeiter, sondern auch Positionen nach einer mehrjährigen betrieblichen Anlernzeit umfaßt. On-the-Job-Training sichert bei einfachen manu-

ellen Tätigkeiten jedoch nicht unbedingt eine betriebliche Statusfunktion, die einem Facharbeiter äquivalent wäre. Nähere empirische Analysen zu dieser Gruppe von Erwerbstätigen z.B. im Vergleich zu den manuellen Berufsgruppen II und III liefern auch einige signifikante Hinweise auf eine ungünstigere Arbeitssituation und Marktlage ihrer beruflichen Tätigkeit, so daß in diesem Fall der Berufsangabe Priorität eingeräumt wurde und die *Klassenposition VIIa* angemessener erscheint.

Eine andere Zuordnungsstrategie wird bei den *wissenschaftlich-akademischen Berufen* angewandt, wo unabhängig von der Angabe zur betrieblichen Stellung eine Zuweisung zur *Oberen Dienstklasse* erfolgt. Für eine einheitliche Zuordnung dieser Berufe sprechen vor allem zwei Argumente. Zum einen handelt es sich um eine Berufsgruppe mit einer ausgesprochen homogenen Struktur der ausgeübten Tätigkeiten. Selbst wenn die feinsten Gliederungseinheiten der Berufssystematik, die Berufsbenennungen, inspiziert werden, sind keine nennenswerten Abweichungen vom typisch wissenschaftlichen Tätigkeitsspektrum zu erkennen. Hinzu kommt, daß auch bei den anderen Ländern die Zuordnung wissenschaftlich-akademischer Positionen zur Dienstklasse I in erster Linie auf Grundlage der Berufsangaben erfolgt, so daß die getroffene Klassifikationsregel schon aus Gründen der Vergleichbarkeit geboten scheint.

Systematische Unterschiede zwischen Deutschland und den anderen Ländern sind anhand der Ausgangsdaten der Mikrozensus infolge einer vergleichsweise undifferenzierten Erfassung der Unternehmensgröße bzw. der Anzahl der Beschäftigten für die *Berufsgruppe der Selbständigen und Unternehmer* in der Bundesrepublik zu erwarten. Die Variablen der beruflichen und betrieblichen Stellung erlauben lediglich die Unterscheidung zwischen Alleinschaffenden, Selbständigen mit bis zu maximal 4 Beschäftigten und Unternehmern mit 5 und mehr Beschäftigten. Detaillierte Informationen zur Betriebsgröße, wie etwa bei den britischen oder französischen Daten wurden im Rahmen des Mikrozensus nicht erhoben. Somit kann auch der von Goldthorpe intendierten Zuordnung der großen Kapitaleigner und Unternehmer zur Dienstklasse I und ihrer Unterscheidung von den Alleinschaffenden und "kleinen" Selbständigen der "Petite Bourgeoisie" (Klasse IVab) nur unzulänglich entsprochen werden.

Angesichts dieser Datenlage blieb keine andere Wahl, als die Klassenzuweisung der *Selbständigen* für die Mikrozensus vornehmlich auf die Berufsangaben zu stützen. Ingenieure, wissenschaftlich-akademische Berufe sowie Manager und Geschäftsführer von Organisationen werden der Oberen Dienstklasse zugesprochen. Ebenso in Klasse I gelangen selbständige Publizisten sowie die Gruppe der hochqualifizierten Angestellten und einige Berufsordnungen wie Handelsmakler und Bilanzbuchhalter, sofern sie über ein Unternehmen mit 5 und mehr Beschäftigten verfügen. Alle anderen Selbständigen werden dem Kleinbürgertum der Klasse IVab zugewiesen. Als Folge dieser spezifischen Kodierung für die Mikrozensus ist mit einer insgesamt homogeneren Zusammensetzung der in Dienstklasse I zusammengefaßten Erwerbstätigen zu rechnen, während Klasse IVab eine etwas heterogenere Struktur ihrer Mitglieder aufweisen dürfte.

3.2 Die britischen Labour-Force-Surveys¹⁵

Die britischen Labour-Force Surveys (LFS) werden seit 1973 in variierenden Zeitabständen erhoben. Von 1984 bis 1991 fand die Erhebung mit ungefähr 60.000 befragten Haushalten jährlich im Frühjahrsquartal zwischen März und Mai statt.¹⁶ Mit dem Quartal März/Mai 1992 wurde der Quarterly LFS (QLFS) etabliert, eine vierteljährliche Befragung in England, Schottland und Wales (etwa 60.000 Haushalte), die für Nordirland (ca. 5200 Adressen) durch eine weiterhin nur im Frühjahrsquartal stattfindende Erhebung ergänzt wurde¹⁷. Haushalte, die Bestandteil der vierteljährlichen Stichprobe sind, werden ebenfalls insgesamt fünfmal befragt, so daß annäherungsweise ein Panel-Design vorliegt. Durch die Rotation der Stichprobe werden in jeder Erhebung 20% der Erhebungseinheiten 'ausgetauscht'. Weitere konzeptionelle und methodologische Veränderungen betreffen beispielsweise die Aufnahme von Personen in Gemeinschaftsunterkünften (NHS National Health Accomodation) und Studierenden in Wohnheimen. Seit Beginn des Winterquartals 1992/93 werden regelmäßig Informationen über Einkommen und Vermögen abgefragt. Generell besteht der Fragekatalog aus den sog. core-questions und den non-core questions, wobei letztere nur ein- oder zweimal jährlich erhoben werden.

3.2.1 Ausgangsvariablen zur Konstruktion des EGP - Klassenschemas

Die Ausgangsinformationen der britischen Arbeitskräfteerhebungen (QLFS 1994 und LFS 1984), die zur Konstruktion der Klassenvariable genutzt wurden, beziehen sich zum einen auf den ausgeübten Beruf und zum anderen auf die berufliche Stellung. Letztere entspricht im wesentlichen den Angaben zur *Stellung im Beruf* im deutschen Mikrozensus und umfaßt die sozialrechtliche Differenzierung zwischen abhängig Beschäftigten, Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen.¹⁸ Im ersten Schritt

15 Der Begriff 'Großbritannien' wird im vorliegenden Fall - dem alltäglichen Sprachgebrauch entsprechend - stellvertretend für das Vereinigte Königreich verwendet. Wenn für Nord-Irland oder andere Teile besondere Regelungen vorliegen, wird dies im Text jeweils deutlich gekennzeichnet.

16 Kennzeichnend für diese Periode sind zwei Teilelemente des LFS: a) eine vierteljährliche Erhebung (ohne Nordirland) mit einem reduzierten Sample (nur 15.000 Haushalte). Die daran beteiligten Haushalte wurden insgesamt, einem Panel-Design ähnlich, fünfmal befragt; b) der sog. Boost-survey, der immer im Frühjahrsquartal erhoben wurde und im eigentlichen Sinne den LFS darstellt.

17 Seit dem Winterquartal 1994/1995 wird auch in Nordirland der LFS vierteljährlich durchgeführt (ca. 3250 Haushalte).

18 Die vom Mikrozensus bekannte Dimension der Stellung im Betrieb oder der *qualification* im Fall der Enquête Emploi, die die Position innerhalb einer hierarchischen Struktur einer Arbeits-

werden die Personen nach der genauen *Bezeichnung* ihrer beruflichen Tätigkeit befragt:
19

„*What was your (main) job (in the week ending Sunday...)*“
[enter job title]

Zur Überprüfung dieser Angaben werden im zweiten Schritt Informationen über die tatsächlich ausgeübten Tätigkeiten der Befragten erhoben:

„*What did you mainly do in your job?*“
[check special qualifications/training needed to do the job]

In der Regel werden nur diese beiden Angaben (zu den Ausnahmen siehe Kap. 3.2.2) vom Statistical Office nach entsprechenden Konsistenzprüfungen genutzt, um die berufliche Tätigkeit der seit den 90er Jahren gültigen Systematik der Berufe, die *Standard Occupational Classification SOC*, zuzuordnen (siehe Kap. 3.2.2).

Zur Konstruktion des Klassenschemas sind neben den Angaben zur beruflichen Tätigkeit der befragten Person weitere Informationen zur Beschäftigungssituation relevant. Hierzu gehören Angaben zur beruflichen Stellung sowie für abhängig Beschäftigte, Informationen über die Ausübung von Managementaufgaben und Aufsichtsfunktionen:

„*Were you working as an employee or were you self-employed?*“

<i>Employee</i>	1
<i>Self-employed</i>	2
<i>Government Scheme</i>	3
<i>Unpaid Family Worker</i>	4

organisation abbilden, haben keine direkte Entsprechung im QLFS. Zur Verfügung stehen hier nur Informationen über Management- und/oder Aufsichtsfunktionen.

19 Im Labour Force Survey 1984 sind die Interviewfragen im wesentlichen identisch zu denjenigen im QLFS 1994 (siehe dazu im Detail Brauns/Haun/Steinmann 1997). Dies betrifft sowohl die Ausgangsinformationen zur beruflichen Stellung als auch zur beruflichen Tätigkeit. Der wesentliche Unterschied liegt in der Verkodung der Angaben zur beruflichen Tätigkeit nach der jeweils gültigen Berufssystematik. Während in der Erhebung 1994 die *Standard Occupational Classification (SOC)* genutzt wurde, bildete 1984 die *Classification of Occupations (CO80)* die Grundlage der Systematisierung von Berufsangaben. Diese beiden amtlichen Systematiken (*SOC* und *CO80*) werden in den Abschnitten 3.2.2 sowie 3.2.3 jeweils vorgestellt.

„Did you have any managerial duties, or were you supervising any other employees? (if employee)“

Manager	1
Foreman/ supervisor	2
Not manager/ supervisor	3

Diese Variablen werden vom Office of Population Censuses and Surveys OPCS zusammen mit den Angaben zur beruflichen Tätigkeiten bei den Editierarbeiten (sog. Census Matrix Edit des OPCS) auf Konsistenzen geprüft und entsprechende Bereinigungen vorgenommen. Hinsichtlich der Angaben zu *Managementaufgaben* und Aufsichtsfunktionen ist darauf hinzuweisen, daß es sich hierbei um subjektive Einschätzungen handelt.²⁰

Der QLFS 1994 stellt darüber hinaus für abhängig Beschäftigte Angaben zur Betriebsgröße und entsprechend für Selbständige Angaben über die Zahl der beschäftigten Personen zur Verfügung.

„How many employees were there at the place where you worked?“

1-10	1
11-19	2
20-24	3
Don't know but under 25	4
25-49	5
Don't know but over 24	6
50 or more	7

Die verschiedenen Informationen zur beruflichen Stellung im weiteren Sinne wurden von uns in einer neu gebildeten (Hilfs-)Variablen zusammengeführt:

Employment Status:

1	Self-employed with >25 employees
2	Self-employed with 1-25 employees
3	Self-employed without employees
4	Managers with >25 employees
5	Managers with 1-25 employees
6	Foreman/supervisor
7	Employees

²⁰ Als generelle Richtlinie gilt dabei, daß Manager eine größere Verantwortung für allgemeine Aufgaben, Richtlinienentscheidungen und langfristige Planungen haben, während der Status einer Aufsichtsperson stärker die tägliche 'Kontrolle' und Führung von Personen oder Personengruppen beinhaltet. Als weiteres Charakteristikum gilt, daß Supervisoren auch gelegentlich die Tätigkeiten von Personen zu übernehmen haben, die sie leiten und beaufsichtigen.

Die Angaben bei Managern über die Zahl der Beschäftigten in den Kategorien 4 und 5 (des *employment status*) weisen das Problem auf, daß sie nicht die Zahl der zu beaufsichtigenden Personen umfassen, sondern die Betriebs- bzw. Unternehmensgröße. Hier liegt im Vergleich zu den anderen Datenquellen eine gewisse Ungenauigkeit vor.

Mittels der von K. Prandy zur Verfügung gestellten Routine wurde auf der Basis der Berufscodes (*SOC*) und der Angaben zum *Employment Status* die EGP-Klassenvariable konstruiert. Um eine Kompatibilität zu den anderen Datenquellen zu erreichen, ohne jedoch die Besonderheiten des britischen Beschäftigungssystems zu vernachlässigen, wurden einige Veränderungen innerhalb der Routine für die Zuweisung zu bestimmten Klassenpositionen vorgenommen. Zusätzlich zu diesen Überlegungen, die die Vergleichbarkeit für ein international gültiges Klassenschema in den Vordergrund rücken, wurde versucht, den Veränderungen und Besonderheiten in der historischen Dimension Rechnung zu tragen (siehe Kap. 3.2.4).

Wie bereits erwähnt unterscheiden sich die Ausgangsinformationen in den Datenquellen QLFS 1994 und LFS 1984 für Großbritannien in der Verkodung der Angaben zur beruflichen Tätigkeit nach der jeweils gültigen Berufssystematik. Während in der Erhebung 1994 die *Standard Occupational Classification (SOC)* genutzt wurde, bildete 1984 die *Classification of Occupations (CO80)* die Grundlage der Systematisierung von Berufsangaben. Da es sich hierbei um die zentralen Ausgangsinformationen für die Konstruktion des EGP-Klassenschemas handelt, werden diese amtlichen Systematiken (*SOC* und *CO80*) werden im folgenden kurz charakterisiert.

3.2.2 Die Standard Occupational Classification (SOC)

Seit Beginn der 90er Jahre wird in den meisten britischen Umfragen - unabhängig von der jeweiligen Forschungs- oder Trägerinstitution - die *Standard Occupational Classification* zur Erfassung von Berufsangaben angewandt. Diese Berufssystematik ersetzt zwei bis dato gültige Schemata (siehe Kap. 3.2.3), die untereinander nur begrenzt kompatibel waren. Damit traten nicht nur im internationalen Vergleich z.B. zum ISCO68, sondern auch im nationalen Kontext erhebliche Kompatibilitätsprobleme auf. Mitte der 80er Jahre wurden von Seiten des Employment Departments (ED) und der Manpower Service Commission (MSC) gemeinsame Anstrengungen unternommen, eine neue Klassifikation zu erarbeiten.

Die Überarbeitung der britischen Systematik der Berufe ist nicht nur durch die o.g. Kompatibilitätsprobleme, sondern vor allem durch die Veränderung der Berufswelt notwendig geworden. Im Zuge neuer Technologien, Modernisierungen, Globalisierungstendenzen, aber auch der verstärkten Frauenerwerbsbeteiligung und Verände-

rungen von Organisationsstrukturen wandeln sich Art, Form und Inhalte der Berufe ständig, die eine regelmäßige Überarbeitung der Klassifikationssysteme und eine Anpassung an die Entwicklungen in der Arbeits- und Berufswelt erforderlich machen. Zugleich gehörte zu den wesentlichen Zielsetzungen dieser neuen Berufssystematik, auch im internationalen Vergleich eine Kompatibilität oder zumindest größere Ähnlichkeit zum ISCO88 herzustellen.

Prinzipien und Konzept

Mit der Standard Occupational Classification wird das Ziel verfolgt, Berufe oder – exakt ausgedrückt – die auf Erwerb gerichtete berufliche Tätigkeit im Hinblick auf zwei Kriterien systematisch zu gruppieren: 1.) dem Niveau der Kenntnisse, Fertigkeiten und Erfahrungen, die erforderlich sind, um die entsprechenden beruflichen Tätigkeiten adäquat ausüben zu können und 2.) die Art oder die Artverwandtschaft der Tätigkeiten.

Als Indikator zur Bestimmung des Niveaus der Kenntnisse und Fertigkeiten werden meist die *formalen Qualifikationen* herangezogen, die gefordert werden, um berufliche Tätigkeiten kompetent ausüben zu können. In sonstigen Fällen spielt die *Ausbildungsdauer* und/oder die *Berufserfahrung* eine größere Rolle.²¹

Das Kriterium der Art oder Artverwandtschaft der Tätigkeiten bezieht sich auf mehrere Faktoren, z.B. die Besonderheit des zu verarbeitenden Materials und die zu bedienenden Werkzeuge, Maschinen, oder allgemein auf Ähnlichkeiten der Arbeitssituation und des Kontextes. Unberücksichtigt bleiben alle Aspekte, die in irgendeiner Weise die berufliche Stellung innerhalb der Betriebs- oder Arbeitsorganisation betreffen.

Struktur der SOC

Die SOC besitzt eine explizite hierarchische Struktur mit drei Aggregationsniveaus, die eine große Ähnlichkeit zum ISCO88 aufweist. In der ausführlichsten Fassung enthält die SOC 371 Berufsgruppen oder Einheiten, die sogenannten *Unit Groups*. Hierbei handelt es sich um einen 3-Steller. Diese Einheiten können auf der nächst höheren Ebene zu einem 2-Steller, den sogenannten *Minor Groups* aggregiert werden. Es existieren 77 *Minor Groups*. Eine Aggregation auf die nächste Ebene führt zu 7 *Major Groups* (einstellig). Insbesondere auf der Ebene der Hauptgruppen wird die Ähnlichkeit zum ISCO88 deutlich.

21 So liegen beispielsweise typische 'entry skills' und 'entry roots' für die jeweiligen Berufsgruppen vor (siehe SOC 1992, Vol 1).

Die Hauptgruppen sind in erster Linie durch die generelle Art der erforderlichen Qualifikationen, Fertigkeiten, Erfahrungen und Kenntnisse definiert, während zur Differenzierung der Untergruppen die Art der Tätigkeit und der Bereich der beruflichen Spezialisierung als Kriterien herangezogen werden.²² Letztere sind explizit oder implizit vielen Berufssystematiken gemeinsam, für die SOC wurde jedoch explizit eine strikte Anwendung angestrebt.

Besonderheiten und Probleme

Ein besonderes Problem stellen die Berufe im Bereich des Managements dar.²³ In diesem Fall können die oben diskutierten, der SOC zugrundeliegenden Dimensionen meist nicht strikt bei den Editierarbeiten angewandt werden. Sowohl die Art der Tätigkeiten als auch Fertigkeiten, Kenntnisse und Erfahrungen sowie die genaue Bestimmung der Hierarchieebene sind für den Bereich des Managements nicht exakt differenzierbar. Ein pragmatische Lösung wird von Seiten des Statistical Office durch folgende Kodierungsstrategie verfolgt: alle Berufe mit Management-Funktionen oberhalb der ersten Ebene eines Supervisors oder eines Vorarbeiters werden separat klassifiziert durch Einordnung in die Hauptgruppe 1 'Managers & administrators'. Gleichzeitig erfolgt eine Zuordnung der Inhaber/Eigentümer von Unternehmen in diese Gruppe. Entgegen der grundsätzlichen Logik wird für diesen letzten Fall die berufliche Stellung (employment status) als weitere Information zur Einordnung in die SOC herangezogen.

Alle Berufsangaben, die den Titel '(Hilfs-)Arbeiter' (labourer) enthalten, werden vom Statistical Office der Hauptgruppe 9 'Other occupations' zugewiesen. Häufig treten dabei sehr unspezifische Bezeichnungen auf, zu deren Systematisierung annäherungsweise ein Industrie- oder Branchenprinzip herangezogen wird. Diese Hauptgruppe unterscheidet sich somit in ihrer Konstruktionslogik von den übrigen Hauptgruppen und ist damit durch eine vergleichsweise hohe Heterogenität gekennzeichnet.²⁴

Die letzte hier zu erwähnende Besonderheit betrifft die Behandlung der Berufe im militärischen Bereich. Viele dieser Berufe sind durch den militärischen Rang eindeutig zu identifizieren und werden in die entsprechenden Untergruppen eingeordnet, z.B. Code 60 „NOCs non-commis-

22 Es besteht - vergleichbar zum ISCO88 - die Möglichkeit, die Hauptgruppen nochmals in Subgruppen zu unterteilen, d.h. eine Ebene zwischen den Major und den Minor Groups einzufügen. Beispielsweise kann so die Hauptgruppe 1 'Manager and Administrator' in die Subgruppen a) 'Corporate Managers and Administrators' und b) 'Managers/Proprietors in Agriculture and Services' unterteilt werden.

23 Explizit geht es hier um Berufe und nicht um die betriebliche Stellung innerhalb einer Arbeitsorganisation.

24 Diese Heterogenität hätte reduziert werden können, wenn man die Untergruppe 90 'Other Occupations in Agriculture, Forestry and Fishing', die sich in vielerlei Hinsicht stark von den anderen unterscheidet, als eigenständige Hauptgruppe in der Berufssystematik der SOC definiert hätte. Diese Variante ist beispielsweise im ISCO88 realisiert. Dem steht allerdings entgegen, daß das Kriterium, einen substantiellen Anteil an allen Berufen abzudecken, nicht erfüllt gewesen wäre und diese Berufe zudem von abnehmender Bedeutung sind. Dieses Argument war letztlich ausschlaggebend für den nun vorliegenden Kompromiß.

sioned officers and other ranks, UK, foreign and Commonwealth Armed Forces“. Häufig üben die Personen jedoch Berufe aus, die denen im Zivilbereich entsprechen, z.B. Automechaniker. In diesen Fällen wird nach dem Prinzip verfahren, daß diese Berufe ohne Berücksichtigung von Militär- oder Zivilbereich in den selben Gruppen verkodet werden.

3.2.3 Die Occupational Classification von 1980 (CO80)

In Großbritannien fanden vor der Entwicklung der SOC zwei verschiedene Systematiken zur Klassifikation der Berufe Anwendung, was folglich in hohem Maße zu Kompatibilitätsproblemen zwischen den jeweiligen Erhebungen führte. Beide Systematiken gelten im Grunde als 'gleichrangige' Vorgänger der SOC. Hierbei handelt es sich einerseits um die *Classification of Occupations and Directory of Occupational Titles* CODOT, die 1972 veröffentlicht wurde und über die Jahre durch verschiedene Aktualisierungen den Veränderungen in der Arbeits- und Berufswelt angepaßt wurde. Insbesondere das Employment Department machte von dieser Klassifikation Gebrauch.²⁵

Als zweites Klassifikationsschema kam die *OPCS Classification of Occupations 1980* (CO80) in vielen Bereichen zur Anwendung. Der Einsatzbereich dieser Systematik, die ebenso über die Jahre jeweils ergänzt und überarbeitet wurde, reichte vom Census, der Bevölkerungsstatistik, dem General Household Survey etc. zu den Labour Force Surveys. Für diese Systematik (CO80) ist nun kennzeichnend, daß neben der eigentlichen beruflichen Tätigkeit Informationen zur beruflichen Stellung für eine Reihe von Berufen berücksichtigt sind. Zwar betreffen diese Differenzierungen nur den Supervisionsstatus - beispielsweise werden in dieser Systematik Bäcker und Bäckermeister unterschiedlichen Berufsgruppen zugeordnet -, damit werden aber unterschiedliche Dimensionen der Erwerbstätigkeit in einem Ordnungsschema miteinander vermischt. Dieser zentrale Kritikpunkt an der Systematik spielte bei der Konzeptualisierung der SOC eine bedeutende Rolle. In vielen Erhebungen wurde die CO80 nur in Form der Kombination von beruflicher Tätigkeit und beruflicher Stellung mit 547 Berufsgruppen angewandt. Diese 547 Berufsgruppen selbst sind jedoch hergeleitet aus einem

²⁵ Bei der CODOT handelt es sich um eine Berufssystematik mit explizit hierarchischem Charakter. Auf 4-steller Ebene geht dieses Schema von 3.800 Berufen aus, die durch Aggregation zu 378 Berufseinheiten, 73 Untergruppen und 18 Hauptgruppen führen. Auf der Basis der Berufe existiert darüber hinaus eine assoziierte Systematik, die sog. 'Key List of Occupations for Statistics' (KOS), die unmittelbar in die 18 Hauptgruppen der CODOT zu übersetzen ist. Die einzige Verbindung zwischen der CO80 und der CODOT besteht in der 'Condensed Key List' mit 161 Berufskategorien (vgl. Abb. xx unter <http://www.xxxxxxxx>). Im folgenden wird auf diese Berufssystematik nicht weiter Bezug genommen, da die britischen Arbeitserhebungen diese Systematik nicht beinhalten, sondern die Angaben zum ausgeübten Beruf über die CO80 klassifiziert sind.

System von 350 Berufskategorien, den sog. OPCS Operational Coding Groups. Die eigentliche CO80²⁶ bzw. exakt ausgedrückt die *OPCS Occupation Groups* (547 Kategorien) resultieren aus diesen *OPCS Operational Coding Groups* (350 Kategorien)²⁷ und der gleichzeitigen Berücksichtigung des Supervisionsstatus

Üblicherweise wird in den unterschiedlichen Erhebungen die CO80 mit den 547 Kategorien verwendet. Im LFS 1984 sind beide Informationen vorhanden, sowohl die *Operational Coding Groups* als auch die eigentlichen *Occupation Groups*. Damit ist der Nutzer des LFS 1984 nicht mit dem Problem der Vermischung zweier unterschiedlicher Dimensionen in der CO80 konfrontiert. Zur Konstruktion der EGP-Klassenvariable wurde daher auf die *OPCS Operational Coding Groups* zurückgegriffen.

Bei den *OPCS Operational Coding Groups* handelt es sich um ein statistisches Ordnungsschema, das die Vielzahl der Berufe zur Komplexitätsreduktion zu Berufseinheiten zusammenfaßt. Wesentliches Kriterium für diese Aggregation war dabei, daß die Berufe einer Gruppe im Hinblick auf die Art der ausgeübten Tätigkeit Ähnlichkeit besitzen. Je nach Unterschieden bzgl. der ausgeübten Tätigkeiten, des zu bearbeitenden Materials sowie des Anforderungsniveaus sind diese Gruppen weiter differenziert. Diese Auffächerung der Berufssystematik wird jedoch dadurch begrenzt, daß 'kleinere' Einheiten noch einen substantiellen Bestandteil sowohl des Schemas insgesamt als auch in der faktischen empirischen Verteilung bilden.

Vergleichbar zur Systematik der KldB im deutschen Mikrozensus erfolgt die Verkodung nach dem ausgeübten Beruf. Allerdings ergeben sich im britischen Fall einige Probleme bzw. konzeptionelle Unstimmigkeiten. Selbständige Personen werden in manchen Fällen entsprechenden Berufskategorien für Manager zugeordnet; dies trifft beispielsweise bei Inhabern von Reisebüros zu, die unter 'office manager' klassifiziert werden. Diese Strategie der Verkodung ist für die Konstruktion des Klassenschema unproblematisch, da die berufliche Stellung getrennt kontrolliert wird und erst danach eine Zuweisung in EGP erfolgt. In der Mehrzahl der Fälle werden Selbständige jedoch nach ihrer ausgeübten Tätigkeit in der Berufssystematik verkodet, d.h. ein selbständiger Bäcker beispielsweise ist der Berufsgruppe der Bäcker, Konditoren etc. zugeordnet.

26 Die Terminologie ist in den Veröffentlichungen leider nicht immer sehr trennscharf.

27 Die OPCS Operational groups bildeten die eigentliche Ausgangsbasis für die Entwicklung des Konzepts der SOC. Einige Berufseinheiten konnten im wesentlichen unverändert in die neue Klassifikation der SOC übernommen werden, für andere Berufsgruppen wurde eine weitere Differenzierung - hier insbesondere im Bereich typisch weiblicher Berufe - notwendig. Andere Berufsgruppen wiederum wurden völlig neu strukturiert.

Wie bereits bei der SOC diskutiert, stellen Manager auch in dieser älteren Berufssystematik ein Problem dar, da häufig das genaue Aufgaben- und Tätigkeitsfeld nicht bestimmbar ist. Ebenso sind kaum Angaben über Aufsichtsfunktionen von Managern vorhanden. Man fragt nicht nach der genauen Anzahl der zu beaufsichtigenden Personen, sondern nimmt als eine - allerdings recht grobe - Annäherung die Größe des Unternehmens, in dem sie arbeiten. Dies hat zur Konsequenz, daß beispielsweise alle Angestellten (mit Managerstatus) im öffentlichen Dienst, in Behörden und Verwaltungseinheiten automatisch in 'großen' Unternehmen (mehr als 25 Arbeitnehmer) beschäftigt sind. Jedoch ist damit nicht impliziert, daß diese Angestellten eine entsprechende große Anzahl von Personen tatsächlich beaufsichtigen. Ihre Aufsichtsfunktionen können sich auch auf eine Abteilung mit weniger als 25 Beschäftigten beschränken.

Die wesentlichen Unterschiede der OPCS Operational Coding Groups zur SOC liegen zum einen in der stärkeren Berücksichtigung des Industrieprinzips (in den OPCS Codes). Dies trifft insbesondere für die manuellen Berufe zu. Darüber hinaus werden Soldaten und sonstige Personen im Militärbereich ihrem Rang entsprechend einer eigenen Berufsgruppe zugeordnet. Die strikte Trennung von Militärbereich und zivilem Bereich wurde in der SOC aufgehoben. Sowohl die CO80 als auch die OPCS Operational Coding Groups weisen weiterhin keine vergleichbare hierarchische Struktur wie die SOC auf. Bei den OPCS Codes handelt es sich um einen 3-Steller, der jedoch nicht auf einer höheren Ebene zu einem 2- oder gar 1-Steller aggregiert werden kann. Schließlich sind die zugrundeliegenden Prinzipien weniger klar herausgearbeitet. Dies zeigt sich bspw. auch daran, daß insbesondere die 'Restkategorien', *'not elsewhere classified'*, in der empirischen Verteilung aller Berufsgruppen besonders häufig auftreten.

Wichtig bleibt zu betonen, daß es sich bei den britischen Berufssystematiken um ein statistisches Ordnungsschema handelt, dem kein theoretisches oder gar soziologisches Konzept, wie in Frankreich, zugrunde liegt. In Großbritannien werden stattdessen von amtlicher Seite zwei Konzepte zur Verfügung gestellt, die über die reine Aggregation auf der Ebene der Berufsgruppen hinausgehen.²⁸ Hierzu zählt erstens das Konzept der *Social Class*, das seit dem Census 1911 in den meisten Erhebungen zu finden ist. Die grundlegende Idee dieses Konzeptes basiert auf der Überlegung, Personen mit einem vergleichbaren Niveau beruflicher Kenntnisse und Fertigkeiten in einer Gruppe bzw. Klasse zusammenzufassen (vgl. dazu bspw. Leete/Fox 1977; Szreter 1984,1993;

²⁸ Zur ausführlichen Darstellung der Konzepte der amtlichen Statistik zur Charakterisierung der britischen Sozialstruktur und ihrer sozial-historischen Bedeutung siehe Brauns/Haun/Steinmann 1997.

Rose 1995; Elias 1997). Im Allgemeinen wird dazu eine Berufsgruppe in ihrer Gesamtheit einer Klasse zugeordnet, ohne weitere Beachtung der individuellen Unterschiede innerhalb einer bestimmten Berufsgruppe. Bestimmte Umgruppierungen, meist Höhergruppierungen, beispielsweise von Class V zu Class II, erfolgen teilweise unter Berücksichtigung der beruflichen Statusinformationen eines Managers oder eines Technikers (vgl. OPCS 1980).

Zweitens existiert das Konzept der 'sozio-ökonomische Gruppierung' (*socio-economic groups, SEG*), das sowohl die berufliche Stellung als auch den Beruf zur Grundlage hat. Teilweise gehen auch Informationen zur Branche und vor allem die Größe des Unternehmens in die Zuordnungsregeln ein. Dieses Konzept versucht Personen mit Berufen, die einen ähnlichen ökonomischen und sozialen Status besitzen, in einer Gruppe zusammenzufassen und weist eine vergleichsweise große Ähnlichkeit zu dem EGP-Klassenschema auf (vgl. Brewer 1986; Martin 1997; Goldthorpe 1997a; Rose/O'Reilly 1997).

3.2.4 Besonderheiten bei der Konstruktion eines international vergleichbaren Klassenschemas

Zur Erstellung des Klassenschemas für den QLFS 1994 konnte auf eine Kodieroutine von K. Prandy zurückgegriffen werden. Auch für den LFS 1984 wurde uns eine Kodieroutine von J. Elder zur Verfügung gestellt.²⁹ Zwischen beiden „Ausgangsroutinen“ gab es nur geringfügige Unterschiede.³⁰ Ausgehend von unserer Zielsetzung, eine international vergleichbare Klassifikation zu erstellen, wurden an diesen Routinen einige Veränderungen vorgenommen. Wenngleich sich im folgenden die Darstellung auf den QLFS 1994 konzentriert, wurden die dokumentierten Veränderungen in beiden Datensätzen in der gleichen Weise umgesetzt. Eventuelle Unterschiede, die sich aufgrund der unterschiedlichen Systematiken der Berufe 1994 und 1984 ergeben können, wurden separat getestet und sind in Kap. 3.2.5 dokumentiert.

Problembereich Manager

²⁹ Für diese freundliche Unterstützung möchten wir uns besonders bedanken.

³⁰ Im britischen Fall wurde die Zuweisung zum EGP-Klassenschema nicht wie im deutschen oder französischen Fall auf der Basis von aggregierten Berufsgruppen vorgenommen, sondern anhand der einzelnen Berufe der jeweils gültigen Systematik. Auf eine detaillierte Beschreibung der Klassenzuordnungen muß hier verzichtet werden. Die Kombination aller relevanten Merkmale ist in einem separaten Datenfile abgelegt, der auf der Homepage von Zuma (Abteilung Mikrodaten) abgelegt ist.

Informationen zu 'Managementaufgaben' im LFS stellen - wie oben diskutiert - ein gewisses Problem dar. Die Angaben zur beruflichen Stellung sowie zum ausgeübten Beruf ermöglichen keine Identifikation des mittleren Management. Somit bilden alle Positionen, die in der Hierarchie über den Vorarbeitern und der ersten Managementebene liegen, eine vergleichsweise große und undifferenzierte Gruppe. Diese relative Unschärfe führt im britischen Fall im Vergleich zu den anderen Ländern zu einer relativ höheren Einstufung der Manager in das Klassenschema. Daher wurde für Großbritannien im wesentlichen dem Prinzip gefolgt, generell der beruflichen Tätigkeit eine größere Bedeutung und der beruflichen Stellung (Employment Status) in diesen unklaren Fällen weniger Gewicht beizumessen. Da prinzipiell Manager im engeren Sinne - unter der Bedingung entsprechender Angaben bei der beruflichen Tätigkeit - in der Berufssystematik der Hauptgruppe 1 'Managers and Administrators' zugeordnet werden, wurde daher für bestimmte Berufshauptgruppen die Strategie verfolgt, keine Unterscheidung in der beruflichen Stellung zwischen Managern und Supervisor/Formen (der Variable Employment Status) zu treffen. Die grundsätzliche Gleichbehandlung für Manager und Vorarbeiter wurde vor allem für Berufe des manuellen Bereichs vorgenommen. Im Detail gilt dies für die Berufshauptgruppen (SOC) 5 'Craft and Related Occupations', 8 'Plant and Machine Operatives' sowie 9 'Other Occupations'.³¹ Für die Zuordnung in das EGP-Schema bedeutet dies, daß diese Personen nun nicht mehr Class II, sondern aufgrund des Supervisor/Formen-Status der Class V zugeordnet werden.

Bei den Kategorien der Variable 'Employment Status' tritt für die Manager darüber hinaus das Problem auf, daß sich die Zahl der Beschäftigten auf das Unternehmen insgesamt bezieht und nicht auf die Zahl der Personen, für die spezielle Aufsichtsfunktionen auszuüben sind. In einigen Fällen (insbesondere in der Berufshauptgruppe 3 'Associate professional & technical occupations') wurde daher entschieden, der Differenzierung der beiden Manager-Kategorien (mit 1-25 Beschäftigten oder mehr als 25 Beschäftigte) keine Bedeutung beizumessen, Abstufungen zwischen Class I und II wurden somit nicht vorgenommen. So wurden beispielsweise 'youth worker' mit Managementfunktionen, unabhängig davon, ob sie in einem Unternehmen mit 1-25 oder mehr als 25 Beschäftigten arbeiteten, der Class II zugeordnet. In der ursprünglichen Routine war die letzte Gruppe der Class I zugewiesen.

Problembereich Selbständigkeit

Nach der theoretischen Konstruktion des Klassenschemas bilden (kleinere) Selbständige eine eigene Klasse. Die Größe des Unternehmens und Position des Unternehmers oder Inhabers wird herangezogen, um Umgruppierungen in Class I vorzunehmen. Für Großbritannien wurde in einigen Fällen in Angleichung zu den Kodierungen der anderen Länder der beruflichen Stellung als Selbständige eine größere Bedeutung beigemessen. Eine Zuweisung erfolgte dann in Class IVa (Selbständige mit 1 bis 25 Beschäftigte) oder in Class IVb (Selbständige ohne Beschäftigte) an Stelle der ursprünglichen Zuweisung in Class I oder - je nach Beruf - Class II. Dies betrifft beispielsweise Immobilienmakler, die nun bei Selbständigkeit der Petit Bourgeoisie angehören, ebenso die meisten Technikerberufe (Laboratory technicians, Engineering technicians etc.) sowie Berufe im Handwerks- und Industriebereich (insbesondere in der Berufshauptgruppe 5, z.B. der Musikinstrumentenbauer und 8, z.B. der selbständigen Taxifahrer).

31 Konkret werden von dieser Veränderung N=234 Personen betroffen, das entspricht etwa 1% der beschäftigten Personen in diesen drei Berufshauptgruppen.

Eine andere Vorgehensweise wurde bei der Berufsgruppe der *Semiprofessionen* gewählt. Diese Berufe gehören nach den theoretischen Grundlagen des EGP-Klassenkonzeptes der Class II an. In diesen Fällen wurde nicht weiter unterschieden, ob es sich um abhängig Beschäftigte oder Selbständige handelte. Folglich wurden diese Berufsgruppen der Class II zugeordnet (mit Ausnahme der Selbständigen mit mehr als 25 Beschäftigten, die zur Class I gehören) und nicht mehr den Klassen IVa oder IVb.

Darüber hinaus enthielt die ursprüngliche Routine von Prandy einige Unstimmigkeiten in der Zuweisung zu bestimmten Klassenpositionen bei selbständigen Personen mit Beschäftigten und ohne Beschäftigten, insbesondere in der Berufshauptgruppe 3 'Associate professional & technical occupations'. Selbständige ohne Beschäftigte befanden sich häufig in der Class II, während Selbständige der selben Berufsgruppe mit 1-25 Beschäftigten der *Petit Bourgeoisie* Class IVa zugeordnet wurden. Insofern es sich in diesen Fällen nicht um Semiprofessionen handelte (siehe oben), erfolgte eine Korrektur der Zuweisung von Class II nach Class IVb.

Differenzierung zwischen Tätigkeiten im manuellen und nicht-manuellen Sektor

Ein wesentliches Kriterium zur Unterscheidung zwischen Tätigkeiten im manuellen und nicht-manuellen Sektor stellt die Form des Verdienstes dar - beispielsweise Löhne, die sich entweder aufgrund von produzierter Stückzahl oder aufgrund der zur Produktion eines Gutes verwendeten Zeit errechnen, oder ein festgesetztes Gehalt, die Art der Vergütung von Überstunden, etc. - ob überhaupt, durch Bezahlung oder Urlaubsausgleich. Insbesondere für Deutschland ist diese Unterscheidung aufgrund der sozialrechtlichen Stellung als Angestellter oder Arbeiter vergleichsweise gut zu treffen. Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß in bestimmten Fällen eine 'klassische' Dienstleistungstätigkeit vorliegt, wurden aus Gründen der Vergleichbarkeit einige Berufsgruppen in Großbritannien den nicht-manuellen Tätigkeiten zugewiesen. Es handelt sich dabei vornehmlich um Berufe in der Hauptgruppe 6 'Personal & protective service occupations', beispielsweise Kellner, Krankenpflegehelfer und sonstige Sicherheitsdienstberufe. In der Klassenzuweisung ergeben sich daraus Unterschiede zwischen Class VIIa und Class IIIb. In neueren Studien zur Validierung des Klassenschemas wird die Ähnlichkeit dieser beiden Klassen bzgl. der Arbeitssituation und der Art des Beschäftigungsverhältnisses belegt (vgl. Evans/Collins 1997; Evans 1992), so daß insgesamt diese vorgenommenen Veränderungen nicht problematisch erscheinen. Viel wichtiger ist es dagegen, bei Analysen auf eine strikte Trennung der beiden intermediären Klassen IIIa und IIIb zu achten. Neben diesen Veränderungen, die im wesentlichen systematischer Art sind, wurden einige Modifikationen vorgenommen, die nur bestimmte Berufsgruppen betreffen.

Berufsgruppe der Techniker

Der Konzeption des Klassenschemas zufolge bilden die Techniker ein konstitutives Element der Class V. Auch wenn für einige Fälle durchaus eine Zuordnung zu Class II gerechtfertigt scheint (wie sie in der ursprünglichen Routine vorgenommen war), wurde hier aus Vergleichbarkeitsgründen relativ strikt eine Zuordnung in Class V vorgenommen. Dies betrifft vor allem die Untergruppe 30 'Scientific Technicians', in einigen Fällen auch die Untergruppe 31 'Draughtspersons, Quantity And Other Surveyors'.

Berufe in der Fischerei und Landwirtschaft

Die Berufsgruppe 903 'Fishing & related workers' wurde nach der theoretischen Konzeption der Klassen je nach beruflicher Stellung in die Klasse IVc oder VIIb zugeordnet. Eine analoge Zuweisung gilt für die anderen Berufe in der Land- und Forstwirtschaft.³²

Vergleicht man nun das von uns erstellte Klassifikationsschema für EGP mit der Prandy-Routine, so wird deutlich, daß sich die größten Unterschiede aus Verschiebungen von Berufen zwischen dem manuellen und nicht-manuellen Sektor ergeben. Konkret handelt es sich dabei um Verschiebungen zwischen Class IIIb und VIIa.³³

3.2.5 Ergebnisse der Korrespondenzprüfungen

Zusätzlich zur internationalen Vergleichbarkeit gehörte zur zentralen Zielsetzung bei der Erstellung des EGP-Klassenschemas, auch eine weitgehende Konsistenz im Zeitverlauf in den jeweiligen Ländern zu erreichen. Aufgrund der beiden unterschiedlichen Berufssystematiken im britischen Fall für den QLFS 1994 und LFS 1984 waren spezielle Konsistenzprüfungen erforderlich. Die im LFS 1984 verwandten Operational Coding Groups mit ihren 350 Einheiten können nach den Angaben einer Forschergruppe im Office of Population Censuses and Survey (OPCS) des Central Statistical Office (vgl. Thomas/Elias 1989) in 58% der Fälle in einem 1:1 match den 374 Unit Groups der SOC zugeordnet werden. Für die übrigen Fälle, die keine exakte Entsprechung haben, kann durch Annäherung eine akzeptable Übereinstimmung erreicht werden, so daß im Ergebnis die Zahl der Fälle, die unterschiedlich klassifiziert wurden, unter 2% liegt (vgl. Thomas/Elias 1989). Die von uns gewählte Strategie sah nun im ersten Schritt die Erstellung einer Korrespondenzliste oder eines 'Übersetzungsschemas' zwischen den OPCS Operational Coding Groups für den LFS 1984 und der SOC für den QLFS 1994 vor. Die Liste ist auf der ZUMA-Homepage (Abteilung Mikrodaten) abgebildet. Dem QLFS 1994 konnten im zweiten Schritt aufgrund dieses Übersetzungsschemas die OPCS Codes zugewiesen werden, so daß in unserem Datensatz sowohl die für 1984 gültige Berufssystematik als auch die für 1994 gültige vorhanden ist. Da die Employment-Status-Variable in beiden Datensätzen identisch ist, konnte aufgrund der Korrespondenzliste im dritten Schritt sehr einfach die EGP-Kodieroutine des LFS 1984 auf den QLFS 1994 angewandt werden und die daraus resultierende EGP-Variable (Version 1984) mit der EGP Variable der 1994er

32 Zu vermuten ist, daß hier für die Berufe der Fischerei ein Kodierfehler in der Prandy-Routine vorlag und keine systematischer Unterschied zu den anderen Berufen der Forst- und Landwirtschaft.

33 N=6854 Personen waren von diesen Veränderungen betroffen; das entspricht etwa 10% der valid cases, für die überhaupt eine Zuordnung möglich war.

Routine durch einfache Kreuztabellierung (siehe Homepage Abteilung Mikrodaten) verglichen werden.³⁴

Insgesamt sind die Unterschiede so gering, daß sie sich in den Analysen nicht auswirken dürften. Die verschiedenen Konsistenzprüfungen verweisen auf eine zuverlässige Klassenzuordnung der unterschiedlichen Kombinationen von beruflicher Tätigkeit und beruflicher Stellung über die Zeit hinweg. Spezifische Zuordnungsregeln und Modifikationen an den ursprünglichen KodierROUTINen ergaben sich in Abstimmung mit den anderen Ländern. Die Berufssystematiken in Großbritannien stellen 'reine' erwerbsstatistische Ordnungsschemata dar, die kein soziologisches Konzept implizieren. Die amtliche Statistik hat auf der Basis der Berufsangaben zwei Konzepte „sozialer“ Kategorien entwickelt, die eine gewisse Ähnlichkeit zum EGP-Schema aufweisen. Diese „sozialen“ Konzepte werden auch in den Daten der Labour Force Surveys mitgeliefert und sind in Brauns/Haun/Steinmann (1997) dargelegt (vgl. dazu auch Rose/O'Reilly 1997).

3.3 Die französische Enquête sur l'Emploi

Die Enquête sur l'Emploi wird seit 1950 jährlich von INSEE (*Institut National de la Statistique et des Études Économiques*) durchgeführt. Sie liefert Informationen über demographische und sozialstrukturelle Entwicklungen in der französischen Bevölkerung sowie über die Entwicklung und Probleme des Arbeitsmarktes (ausführlicher siehe Affichard 1987; Lévy-Bruhl 1951). Es werden Merkmale des Haushaltes und der Haushaltszusammensetzung, die gegenwärtige und/oder ehemalige Erwerbs- und Beschäftigungssituation der einzelnen Haushaltsmitglieder, Formen der Arbeitssuche der von Arbeitslosigkeit betroffenen Befragten, Bildung und Merkmale der sozialen Herkunft erhoben. Die Erhebung wird seit 1982 im März jeden Jahres durchgeführt. Die Volkszählungen bilden jeweilig den Ausgangspunkt für Modifikationen, die am Stichprobenverfahren, am Fragenkatalog oder an bestimmten Systematiken vorgenommen werden, und damit für sogenannte neue 'Serien' der Enquête Emploi. Die Stichprobenauswahl der Enquête Emploi wird auf der Grundlage der vorhergehenden Volkszählung vorgenommen. Die Erhebungseinheit der Enquête sur l'Emploi ist der

34 Die Tabelle zeigt durch die fast ausschließliche Besetzung der Diagonalen, daß eine sehr hohe Übereinstimmung zwischen beiden Variablen erreicht werden konnte. Nur 1.4% der valid cases werden in anderer Weise klassifiziert, wenn die Informationen zur beruflichen Tätigkeit und der beruflichen Stellung im QLFS1994 nicht nach der SOC Berufssystematik, sondern der älteren Berufssystematik (OPCS Operational Coding Groups) genutzt werden. Diese unterschiedlichen Zuweisungen resultieren also aus den verschiedenen Berufssystematiken. Beispiele dafür sind in Brauns/Haun/Steinmann (1997, Abschnitt 3.3.6) ausführlicher dargestellt.

private Haushalt; Personen in Anstaltsunterkünften werden unter bestimmten Bedingungen ebenfalls in die Stichprobe aufgenommen. Seit 1968 handelt es sich um eine mehrstufige Flächenstichprobe. Die geographischen Flächeneinheiten umfassen etwa 40 Wohneinheiten, innerhalb derer alle Haushalte befragt werden. Die Stichprobe soll einem Auswahlsatz von 1/300 entsprechen und jeweils zu einem Drittel von einem Jahr zum anderen erneuert werden, so daß eine Flächeneinheit in drei aufeinanderfolgenden Erhebungen erfaßt wird. Mit etwa 70.000 privaten Haushalten erfaßt die Enquête Emploi insgesamt ca. 150.000 Personen.³⁵

3.3.1 Ausgangsvariablen zur Konstruktion des EGP-Klassenschemas

Zur Konstruktion des EGP-Klassenschemas auf der Grundlage der Enquêtes Emploi ab 1982 wird primär auf Angaben zur beruflich-sozialen Kategorie (*profession/catégorie socio-professionnelle*) zurückgegriffen. Diese Angaben sind in der Systematik der *Professions et Catégories socio-professionnelles* (PCS) abgelegt, die die Befragten bereits nach den für die Operationalisierung des EGP-Schemas zentralen Indikatoren klassifiziert: Beruf, berufliche und betriebliche Stellung. Darüber hinaus wird auf separat abgelegte Information zur beruflichen Stellung (*statut*) zurückgegriffen, die es ermöglicht, selbständige Beschäftigung zu identifizieren, auf Angaben zur Anzahl der Beschäftigten bei selbständigen Unternehmern, und – zur Identifizierung bestimmter Gruppen von lohnabhängig Beschäftigten – zur betrieblichen Stellung (*qualification/classification*).

Die Information über den ausgeübten Beruf, die in der Systematik der PCS abgelegt ist, wird über eine offene Frage erhoben (Frage Nr. A1):

„*Profession principale, intitulé précis de profession:*“

Angestellte des öffentlichen Dienstes (*corps, grade*) und Beschäftigte in der Landwirtschaft müssen ihre Auskunft durch Angabe ihrer betrieblichen Stellung bzw. der Größe und Produktorientierung des landandwirtschaftlichen Betriebes weiter präzisieren.

Im Unterschied zu den in anderen Ländern verfügbaren Berufssystematiken klassifiziert das Schema der PCS nicht nur nach dem ausgeübtem Beruf (*profession principale*). Die sozio-professionnelle Kategorie der Befragten wird von INSEE auf der Grundlage von sämtlichen Informationen über die berufliche Situation und den Arbeits-

³⁵ Ausführlichere Informationen über die Fragekatalog und Veränderungen an der Enquête Emploi im Verlauf der Zeit sind in Brauns/Haun/Steinmann 1997 zu finden, eine detaillierten Beschreibung des Stichprobenverfahrens in INSEE 1995: 20-37; Eurostat 1988: 20-22

kontext, die in Teil A des Fragebogens (*Activité professionnelle*) erhoben werden, generiert. Eine genaue Darstellung der Systematik und ihrer Logik erfolgt in Abschnitt 3.3.2. Die sozio-professionelle Kategorie der Befragten ist auf Zweistellerebene in der Variable CSTOT³⁶ (*Catégorie socio-professionnelle, niveau détaillé*) abgelegt, auf Vierstellerebene in der Variable P (*Profession*). Die Ausprägungen der Variable CSTOT entsprechen der amtlichen Systematik der PCS auf dem Niveau 42 (Zweisteller), wie in Tabelle 3 dargestellt.³⁷

Tabelle 3: Die Systematik der PCS von 1982- Niveau 8 und 42³⁸

1. AGRICULTEURS EXPLOITANTS
 - 11: Agriculteurs sur petite exploitation
 - 12: Agriculteurs sur moyenne exploitation
 - 13: Agriculteurs sur grande exploitation
2. ARTISANS, COMMERÇANTS ET CHEF D'ENTREPRISE
 - 21: Artisans
 - 22: Commerçants
 - 23: Chef d'entreprise de 10 salariés ou plus
3. CADRES ET PROFESSIONS INTELLECTUELLES SUPÉRIEURS
 - 31: Professions libérales
 - 33: Cadres de la fonction publique
 - 34: Pofesseurs, professions scientifiques
 - 35: Professions de l'information, des arts et des spectacles
 - 37: Cadres administratifs et commerciaux d'entreprises
 - 38: Ingénieurs et cadres techniques d'entreprises
4. PROFESSIONS INTERMÉDIAIRES
 - 42: Instituteurs et assimilés
 - 43: Professions intermédiaires de la santé et du travail social
 - 44: Clergé, religieux
 - 45: Professions intermédiaires administratives de la fonction publique
 - 46: Professions intermédiaires administratives et commerciales des entreprises

³⁶ Die folgende Auflistung der Variablen bezieht sich ausschließlich auf Personen, die zur Zeit der Befragung erwerbstätig waren und dient damit der Erstellung eines EGP-Klassenschemas für Erwerbstätige. Für die Konstruktion eines EGP-Klassenschemas, welches auch auf die Arbeitslosen und andere ehemalige Erwerbstätige anwendbar ist, muß auf die entsprechenden Variablen zusätzlich zurückgegriffen werden. Die Ausprägungen dieser Variablen entsprechen im wesentlichen den hier aufgeführten Variablen.

³⁷ Die Ausprägungen der Viersteller-Variablen P, entsprechend dem Niveau 455 der Systematik der PCS, sind der ZUMA-Homepage zu entnehmen.

³⁸ Das Niveau 8 beschreibt die sogenannten sozio-professionellen *Gruppen* auf dem Einstellerniveau, das Niveau 42 die sozio-professionellen *Kategorien* auf dem Zweistellerniveau.

-
- 47: Techniciens
 - 48: Contremaîtres, agents de maîtrise
 - 5. EMPLOYÉS
 - 52: Employés civils et agents de service de la fonction publique
 - 53: Policiers et militaires
 - 54: Employés administratifs d'entreprises
 - 55: Employés de commerce
 - 56: Personnels des services directs aux particuliers
 - 6. OUVRIERS
 - 62: Ouvriers qualifiés de type industriel
 - 63: Ouvriers qualifiés de type artisanal
 - 64: Chauffeurs
 - 65: Ouvriers qualifiés de la manutention, du magasinage et du transport
 - 67: Ouvriers non qualifiés de type industriel
 - 68: Ouvriers non qualifiés de type artisanal
 - 69: Ouvriers agricoles
 - 7. POPULATION INACTIVE
 - 71: Anciens agriculteurs
 - 72: Anciens artisans, commerçants, chefs d'entreprise
 - 74: Anciens cadres
 - 75: Anciennes professions intermédiaires
 - 77: Anciens employés
 - 78: Anciens ouvriers
 - 81: Chômeurs n'ayant jamais travaillé
 - 83: Militaires du contingent
 - 84: Élèves et étudiants de plus de 15 ans
 - 85: Autres inactifs entre 15 et 60 ans
 - 86: Autres inactifs de plus de 60 ans
 - : Enfants de moins de 15 ans

Für die Zuweisung zu den EGP-Klassen ist die Unterscheidung zwischen *selbständiger* und *lohnabhängiger* Beschäftigung ein relevantes Kriterium (vgl. Abschnitt 2). Im wesentlichen wird diese Unterscheidung bereits durch die von INSEE vorgenommene Zuordnung der Befragten zu verschiedenen sozio-professionellen Berufsgruppen getroffen. Im Falle einiger sozio-professioneller Berufsgruppen differenziert INSEE jedoch nicht, so daß zur Identifikation selbständiger Arbeit auf eine eigens abgelegte Variable zum Beschäftigungsstatus der Befragten (*code de statut*) zurückgegriffen werden muß. Der Fragetext (Frage Nr. A3) zur Differenzierung zwischen selbständiger und lohnabhängiger Arbeit lautet:

„M... *exerce-t-il sa profession:*“

A son compte (agriculteur, artisan, commerçant, industriel, profession libérale, gérant majoritaire de SARL, gérant libre ou en location gérance, etc.) 1

Comme salarié 2

Zur Identifikation *selbständiger Personen* wird bei der Erstellung des EGP-Klassenschemas auf die Ausprägungen ‘11’ und ‘12’ der Variable STATUT (*code redressé*) zurückgegriffen. Die Variable STATUT, generiert über mehrere Fragekomplexe des Erhebungsbogens³⁹, besitzt folgende Ausprägungen:

Statut détaillé

- 11: indépendants
- 12: employeurs
- 13: aides familiaux
- 21: intérimaires (hors Etat, collectivités locales)
- 22: apprentis (hors Etat, collectivités locales)
- 23: CDD (hors Etat, collectivités locales)
- 24: autres salariés hors Etat, collectivités locales
- 30: stagiaires et contrats aidés
- 41: salariés Etat ou collectivités locales
- 42: appelés au service national

Für die Unterscheidung zwischen Selbständigen (in Handel, Handwerk etc.) mit und ohne Angestellte (IVa, IVb) (vgl. Abschnitt 2) muß desweiteren nach der Anzahl der Beschäftigten differenziert werden. Der relevante Fragetext (Frage Nr. A4) im Erhebungsbogen richtet sich an Selbständige und an lohnabhängig Beschäftigte, die faktisch die Stellung eines Selbständigen innehaben, formal aber als leitende Angestellte ihrer Firma tätig sind⁴⁰:

39 Die Enquête Emploi enthält eine Anzahl von Variablen, die nicht unmittelbar einzelnen Fragen im Fragebogen zuzuordnen sind; sondern von INSEE im Rahmen der Editierarbeit generiert worden sind. Im Codebuch der neueren Serien ist nicht kenntlich gemacht, welche Variablen sich unmittelbar aus einzelnen Fragen ableiten lassen und welche eine Synthese der Antworten aus mehreren Fragetexten bilden.

40 Letzere werden seit der Reform des Schemas der *Catégories socio-professionnelles* im Jahr 1982 als Selbständige behandelt (siehe Abschnitt 3.3.2.3).

„M... est établi à son compte, ou salarié mais chef de sa propre entreprise: Emploie-t-il des salariés? Combien? (ne pas compter les gens de maison ni les apprentis; dans l'agriculture compter seulement les salariés permanents)⁴¹“

Aucun salarié	1
1 ou 2 salariés	2
3 à 9 salariés	3
10 salariés et plus	4

Für die Kodieroutine wird die Variable NSE (Nombre de salariés employés, pour les personnes qui sont à leur compte) verwendet. Sie besitzt der Frageformulierung entsprechende Ausprägungen.

Im Falle bestimmter Gruppen von lohnabhängig Beschäftigten muß schließlich nach der Stellung in der betrieblichen Hierarchie (Position professionnelle de l'emploi) gefiltert werden. Diese Information wird lediglich zur 'Korrektur' dem Schema der Professions et Catégories socio-professionnelles impliziter Zuweisungen genutzt (siehe Abschnitt 3.3.2). Der konkrete Fragetext (Frage Nr. A5) und seine Antwortmöglichkeiten lauten:

„Pour les salariés: Quelle est la position professionnelle de l'emploi actuel de M...?“

manoeuvre ou ouvrier spécialisé (OS1, OS2, OS3, etc.)	1
ouvrier qualifié ou hautement qualifié (P1, P2, P3, TA, OQ, etc.)	2
agent de maîtrise dirigeant des ouvriers, maîtrise administrative ou commerciale	3
agent de maîtrise dirigeant des techniciens ou d'autres agents de maîtrise	4
technicien, dessinateur, VRP (non cadre)	5
instituteur, assistant(e), social(e), infirmier(e) et autre personnel de catégorie B de la fonction publique	6
ingénieur ou cadre (les employés, techniciens, agents de maîtrise n'ayant pas la qualité de cadre ne devront pas se classer ici même s'ils cotisent à une caisse de retraite des cadres)	7
professeur et personnel de catégorie A de la fonction publique	8
employés de bureau, employés de commerce, agent de service, aide soignant(e), gardienne d'enfants, personnel de catégorie C ou D de la fonction publique	9
autre cas que ci-dessous (Précisez!)	0

Die Variable Q (Position professionnelle de l'emploi actuel) besitzt entsprechende Ausprägungen.

In den Enquêtes sur l'Emploi 1982-1989 wird die berufliche Tätigkeit bzw. Zugehörigkeit zu einer Berufsgruppe über dieselbe Systematik der Professions et Catégories socio-professionnelles erfasst wie in

41 Lehrlinge, Hausangestellte und saisonal beschäftigte Arbeiter in der Landwirtschaft werden nicht mitgezählt.

der 90er Serie. Die Stellung im Beruf und im Betrieb wird nicht identisch, aber ähnlich erhoben. Für die Konsistenz des EGP-Klassenschemas über Erhebungszeitpunkte der 80er und 90er Jahre hinweg hat dies jedoch keine schwerwiegenden Konsequenzen.

3.3.2 Die Systematik der Professions et Catégories socio-professionnelles (PCS)⁴²

3.3.2.1 Besonderheiten

Die Systematik der *Professions et Catégories socio-professionnelles* (PCS) ist Bestandteil aller aktuellen Bevölkerungsumfragen, die von INSEE oder einem der französischen Fachministerien bereitgestellt werden. Eine andere Systematik zur Klassifizierung beruflicher Tätigkeiten wird in den Daten der amtlichen Statistik in der Regel nicht zur Verfügung gestellt. Nicht nur in der amtlichen Statistik, auch in der soziologischen Forschung und privaten Marktforschung hat das Schema der PCS einen hohen Verbreitungsgrad (Duriez et al. 1991). Die empirische Sozialforschung beispielsweise stützt sich primär auf dieses Schema zur Messung sozialer Ungleichheiten. Prestigeskalen, marxistische oder weberianische Klassenkonzepte finden in Frankreich kaum Verwendung (vgl. Lemel/Oberti/Reillier 1996).

Die Systematik sozio-professioneller Kategorien ist sozialstatistischen Ursprungs. Sie wurde von Statistikern und Demographen INSEEs, dem französischen Amt für Statistik, entwickelt und stand von daher nicht in der Tradition einer spezifischen theoretischen Schule (vgl. Desrosières/Thévenot 1992: 52). Folgt man den Urhebern des Schemas, dann hat die Systematik jedoch eine *soziologische* Konnotation. Das Ziel war es, berufliche Situationen zusammenzufassen, die auf eine gewisse soziale Homogenität und Ähnlichkeit in den allgemeinen Lebensbedingungen sowie Mustern der Lebensführung schließen lassen. Der Name des Schemas, *Catégories socio-professionnelles*, sagt jedoch wenig über dessen theoretische Verortung aus; von einem Klassenkonzept beispielsweise kann nicht gesprochen werden. Jean Porte (1961: 243), einer der Urheber des Schemas, spricht vorsichtig von einer 'Analogie', wohlgerneht nicht von 'Identität', zwischen dem Konzept der *Catégories socio-professionnelles* und dem 'sozialer Klassen'. In der Tat war die Namensgebung der amtlichen Systematik motiviert dadurch, einen Begriff zu finden, der theoretisch vergleichsweise neutral klingen möge, aber signalisiere, daß die CSP als soziale Kategorien zu deuten sind, und zwar als eine empi-

42 Das Schema der PCS ist über die Grenzen Frankreichs hinaus wenig bekannt. Im folgenden werden daher der historische Hintergrund, die Grundzüge des Schemas der PCS und wesentliche Modifikationen, die über die Zeit hinweg an der Systematik vorgenommen wurden, skizziert.

rische Abbildung verschiedener *milieux sociaux* (vgl. Desrosières 1977: 183; Desrosières/Thévenot 1979: 52; Thévenot 1981: 2; Desrosières/Goy/Thévenot 1983: 56; Desrosières/Thévenot 1992: 90, 91; Duriez et al. 1991). Konkret ist es der Anspruch der Systematik, berufliche Situationen (*situations professionnelles*) zusammenzufassen, die sich in der Art der verrichteten Tätigkeit, des Arbeitsinhaltes oder des Beschäftigungsverhältnisses, in Einkommensquelle und -perspektive, Arbeitsbedingungen sowie Qualifikationserfordernissen ähnlich sind, und aus denen sich folglich für die Inhaber eine gemeinsame soziale Identität, ähnliche Lebensmuster, Konsumstile, Einstellungsmuster etc. ableiten lassen (siehe INSEE 1983a, 1983b).

Ausgehend von diesem Anspruch wird zur Bildung der sozio-professionellen Kategorien auf der einen Seite eine Unterscheidung zwischen *non-salariat* und *salariat* vorgenommen, auf der anderen Seite eine (teilweise hierarchische) Differenzierung innerhalb der beiden Gruppen jeweils: innerhalb der Selbständigen nach beruflichem Tätigkeitsfeld, Branche und Größe des Unternehmens, innerhalb der lohnabhängig Beschäftigten nach Beruf, betrieblicher Qualifikations- und Weisungsebene und in einigen Berufsgruppen noch zusätzlichen Tätigkeitsmerkmalen (Desrosières/Thévenot 1979: 55).

3.3.2.2 Historische Entwicklung des Schemas der sozio-professionellen Kategorien

Die Einführung einer Systematik *sozio-professioneller Kategorien* im Jahre 1954 bettet sich in eine historisch weitzurückreichende Tradition der Verwendung von Berufssystematiken durch die amtliche Sozialstatistik ein. Die Entwicklung der amtlichen Berufssystematik im Laufe der vergangenen zwei Jahrhunderte reflektiert Veränderungen in der gesellschaftlichen Organisation von Arbeit und der in der französischen Gesellschaft jeweils vorherrschenden *‘vision du monde social’*⁴³ (siehe Desrosières 1993: 323ff; Brauns/Haun/Steinmann 1997: 33ff). Ab der Volkszählung von 1876 enthielten die Veröffentlichungen der amtlichen Statistik eine Korrespondenztabelle, die berufliche mit sogenannten „sozialen“ Aspekten miteinander kombinierte. Der berufliche Aspekt wurde verstanden als die *activité individuelle* bzw. das *métier*, der „soziale“ Aspekt als *statut* bzw. *situation dans la profession*, unterschieden in *chefs d’entreprises, ouvriers, employés, employés et ouvriers sans emploi*. 1954 wurden die beiden Achsen in eine einzige Systematik integriert: die *Catégories socio-professionnelles* (CSP). 1962 wurde die betriebliche Stellung bzw. Qualifikationsebene (*qualification*), zunächst ausschließlich die der Arbeiter, als

43 Zur sozialen Konstruktion der amtlichen Systematiken in den verschiedenen Ländern siehe insbesondere Desrosières (1993: 323ff) und Duriez/Pincon/Pincon-Charlot (1991).

zusätzliches Kriterium miteinbezogen, um innerhalb der Kategorien der lohnabhängig Beschäftigten hierarchisch differenzieren zu können. Diese Differenzierung orientierte sich an der arbeits- und tarifrechtlichen Kodifizierung verschiedener Kategorien von Gehaltsempfängern, die durch das Dekret Parodi von 1946 vorgenommen worden war (Desrosières 1977: 173f; 1993: 327; Héran 1997; Fermanian/Lantin 1998).⁴⁴

Die CSP wurden technisch auf der Basis einer einfachen Korrespondenztabelle generiert, die die berufliche Stellung zur Differenzierung zwischen Selbständigen und lohnabhängig Beschäftigten (*statut*) in der Spalte, die berufliche Tätigkeit bzw. den Beruf (*activité individuelle* bzw. *métier*) in der Zeile enthielt. Der Beruf wurde dabei durch die *Nomenclature des activités individuelles* bzw. den späteren *Code des métiers* erfaßt. Von 1946 bis 1982 wurden eine Vielzahl von Berufssystematiken parallel verwendet (vgl. Desrosières 1983: 40ff). 1946 ist die *Nomenclature des métiers et des activités individuelles* (NAI) für die Zwecke der Volkszählung eingeführt worden. Diese Berufssystematik war der Vorgänger des *Code des métiers*, der auf die Volkszählungen von 1954, 1962, 1968 und 1975 angewendet wurde. Parallel wurde vor allem in den Erhebungen des Arbeitsministeriums ein Klassifikationssystem für die Arbeiter, Angestellten, Techniker, Meister und leitenden Angestellten benutzt, welches allgemein als *Catégories Parodi* bekannt war. 1967 wurde zusätzlich die *Nomenclature des emplois* entwickelt, die - anders als der *Code des métiers* - für Unternehmensbefragungen bestimmt war, sich von daher stärker an den betrieblichen Usancen der Unterscheidung zwischen Arbeitskräftekategorien orientierte. Dieses Schema wurde vor allem in der Erhebung zur *Structure des Emplois* eingesetzt. Die Systematik der *Catégories socio-professionnelles* kam in den 50er Jahren ergänzend hinzu, als eine Systematik, die die Befragten nach ihrem Beruf und ihrer beruflichen sowie betrieblichen Stellung klassifiziert.

1982 erfolgte eine Grundsatzreform der amtlichen Sozialstatistik, die zur Ablösung der Systematik der *Catégories socio-professionnelles* (CSP) durch die der *Professions et Catégories socio-professionnelles* (PCS) führte. Im Vergleich zur alten Systematik der CSP werden in der neuen Systematik der PCS vor allem

- die (manuellen) *métiers* deutlicher mit den (nicht-manuellen) *emplois qualifiés* kontrastiert,
- soziale Hierarchien in stärkerem Maße an betrieblichen Qualifikationsniveaus bzw. Dienstgraden verankert,
- Beschäftigung im öffentlichem Dienst von der Beschäftigung in der Privatwirtschaft,

44 Zur Systematik der CSP im einzelnen siehe Brauns/Haun/Steinmann 1997.

- und die Beschäftigung in kleinen von der in großen Unternehmen unterschieden (Desrosières/Thévenot 1992: 94; INSEE 1983).

Bei den Editierarbeiten durch INSEE werden für die Bildung der sozio-professionellen Kategorien dazu nun auch Angaben über die betriebliche Stellung bzw. die als Merkmal des Arbeitsplatzes verstandene Qualifikation der befragten Angestellten und Beamten verwendet (*grade, classification, position professionnelle de l'emploi*), über den genauen Funktionsbereich (*fonction*) der leitenden Angestellten, Techniker und Meister, über die Größe sowie Branche des Arbeitgeberbetriebes und über die Größe sowie Spezialisierung landwirtschaftlicher Betriebe.⁴⁵

Das Schema der *Professions et Catégories socio-professionnelles* (PCS) von 1982 ist auf dem Zweisteller-Niveau⁴⁶ also als Ausarbeitung und Modernisierung der Systematik der *Catégories socio-professionnelles* (CSP) von 1954 zu verstehen. Gleichzeitig bedeutete die Einführung der PCS eine grundsätzliche Veränderung in der amtlichen Sozialstatistik. Sie ersetzte die alte Systematik der CSP und die parallel existierenden „reinen“ Systematiken der Berufe durch ein integriertes Schema: Als Viersteller wurde eine Systematik sogenannter *Professions* in das Schema der *Catégories socio-professionnelles* eingebettet. Einen *Code des métiers*, nach dem der ausgeübte Beruf per se verschlüsselt wird, gibt es seither nicht mehr.

Das aktuelle Schema der *Professions et Catégories socio-professionnelles* (PCS) ist in Form hierarchischer Klassifikationsniveaus organisiert. Das Basisniveau bildet der Viersteller der 489 *Berufsrubriken* (*Professions*) (Niveau 455) (siehe ZUMA-Homepage, Abteilung Mikrodaten). Die ersten beiden Stellen identifizieren die entsprechende sozio-professionelle *Kategorie*, die erste Stelle entspricht der sozio-professionellen *Gruppe*. Im Gegensatz zu dem *Code des métiers* ist die aktuelle Systematik der *Professions* keine Systematik der Berufe per se. Sie bildet die Basiseinheiten der *Catégories socio-professionnelles* und berücksichtigt damit bereits mehrere Dimensionen der

45 Die der Systematik sozio-professioneller Kategorien zugrundeliegende Logik ist mit der Reform von 1982 nicht verändert worden. Verändert hat sich lediglich die Kategorienbildung auf der Ebene der *Catégories* und der *Groupes socio-professionnelles* (Zwei- und Einstellerebene der Systematik der PCS und CSP jeweils) sowie die Zuordnung vereinzelter Berufsgruppen zu den entsprechenden Kategorien. Zu den Veränderungen im einzelnen siehe Brauns/Haun/Steinmann 1997.

46 Zur Differenzierung der verschiedenen Aggregationsniveaus der PCS-Systematik wird im folgenden von (Berufs)rubriken gesprochen, wenn es sich um die Viersteller handelt (*Professions*), von (Berufs)Kategorien im Falle der Zweisteller (*Catégories socio-professionnelles*) und von (Berufs)Gruppen, wenn Bezug auf den Einsteller der PCS-Systematik genommen wird (*Groupes socio-professionnelles*).

Beschäftigung gleichzeitig.⁴⁷ Genauer gesagt handelt es sich um eine Zusammenfassung relativ gleichartiger beruflicher *Situationen* (*situations professionnelles*), die ermittelt werden über eine Merkmalskombination von Beruf (*profession*), Beschäftigungsstatus (*statut*) sowie betrieblicher Stellung (*position* bzw. *classification professionnelle*) und weiteren Merkmalen wie betrieblicher Funktionsbereich, Unternehmensbranche etc. (s. o.).⁴⁸ Sie bezieht aber keinesfalls Variablen wie das Alter, Geschlecht, das Diplom oder den Beschäftigungsstatus der Befragten mit ein (vgl. Héran 1997; Faucheux/Neyret 1999).

Die vierstellige Systematik der *Professions* hat insgesamt 489 Einheiten, davon 455 Kategorien für Erwerbstätige. Auf höherem Aggregationsniveau, auf Zweistellerebene, befinden sich die Niveaus 42 und 24 zur Identifikation der sozio-professionellen Kategorie. Die *Catégories socio-professionnelles* umfassen auf dem 42er Niveau 32 Kategorien für Erwerbstätige, auf dem Niveau 24 19 Kategorien. Auf Einstellerebene, Niveau 8, sind die *Groupes socio-professionnels* mit 6 verschiedenen Gruppen für Erwerbstätige verortet (siehe Tabelle 3).

Ein Beispiel zur Zuordnung von beruflichen Tätigkeiten zu den Einheiten der PCS-Systematik

Befragte, die als Beruf beispielsweise nicht-selbständiger Konditor (*pâtissier*) angeben, werden entsprechend weiterer Angaben zu ihrer beruflichen Tätigkeit folgendermaßen klassifiziert: Konditoren, die in einer industriellen Großbäckerei angestellt sind, werden, soweit sie als betriebliche Stellung unqualifizierter Arbeiter oder einfacher Angestellter angeben (*ouvrier non-qualifié, employé*) oder keine Angabe machen, auf Zweistellerebene unter die PCS-Kategorie 'unqualifizierter manueller Arbeiter industriellen Typus' (*ouvrier non-qualifié de type industriel*, PCS 67), bzw. auf Vierstellerebene, unter die Berufsrubrik *ouvriers non-qualifiés des industries agricoles et alimentaires* (PCS 6754) subsumiert. Geben sie indessen qualifizierter Arbeiter (*ouvrier qualifié*) als betriebliche Stellung an, dann werden sie als *ouvriers qualifiés de type industriel* (PCS 62), bzw. als *ouvriers qualifiés des industries agricoles et alimentaires* (PCS 6755) klassifiziert. Ist ein Konditor nun betrieblich

47 Desrosières (1977: 189) berichtet jedoch von Beobachtungen der Editierarbeiten, die darauf hindeuten, daß auch der *Code des métiers* Aspekte der sozialen Gesamtsituation des Individuums zum Ausdruck brachte, also weitaus mehr als lediglich den Aspekt der beruflichen Tätigkeit berücksichtigte. Siehe auch Chenu (1997) zur „statistischen Beschreibbarkeit von Berufen“.

48 INSEE gibt in einzelnen Handbüchern genauere Auskunft über die zentralen Dimensionen der Systematik der PCS (INSEE 1983a) und über die Routine, mit der sämtliche Berufe (*profession déclarée*) entsprechend weiterer Merkmalskombinationen von Beschäftigungsstatus, betrieblicher Stellung, Branche des Unternehmens etc. den einzelnen Vierstellern zugewiesen werden (INSEE 1983b) (zur Validität der erhobenen Berufsinformationen siehe Thevenot 1981: 20ff). Weitere Handbücher (INSEE 1983c, 1983d) dokumentieren für jeden einzelnen Berufsviersteller jeweils 'typische Fälle' (*noyau*), 'verwandte Fälle' (*assimilées*), 'einbezogene Grenzfälle' (*cas limite inclus*) und 'ausgeschlossene Grenzfälle' (*cas limite exclus*). Dies dient dem Verständnis der Zusammensetzung der einzelnen Berufsrubriken.

als Techniker (*technicien*) oder Meister 1. Niveaus (*agent de maîtrise 1er niveau*) eingestuft, dann erhält er den PCS-Code 48, nämlich *contremaître, agents de maîtrise*, bzw. auf Vierstellerebene den Code 4852, nämlich *agent de maîtrise 1er niveau en fabrication en chimique ou agro-alimentaire*. Der Berufsrubrik *agent de maîtrise 2e niveau en fabrication en chimique ou agro-alimentaire* (PCS 4851) wird er dann zugewiesen, wenn er betrieblich als Meister 2. Niveaus (*agent de maîtrise 2e niveau*) oder als leitender Angestellter (*cadre*) eingestuft ist.

Ein Konditor, der im handwerklichen Kleinbetrieb angestellt ist, wird, wenn er eine Leitungsfunktion innehat (*technicien, agent de maîtrise* oder *cadre*), genauso wie der im industriellen Betrieb arbeitende Konditor klassifiziert. Der Unterschied zu der Klassifizierung der industriellen Konditoren wird eher bei den restlichen betrieblichen Stellungen gemacht. Unabhängig davon, ob qualifizierter Arbeiter, ungelerner Arbeiter, einfacher Angestellter (*ouvrier qualifié, ouvrier non-qualifié, employé*) oder keine Angabe über die betriebliche Stellung, alle diese im handwerklichen Kleinbetrieb arbeitenden Konditoren werden der Kategorie 'qualifizierte Arbeiter handwerklichen Typus' (*ouvriers qualifiés de type artisanal*) (PCS 63) bzw. der Berufsrubrik *boulangier, pâtissier* (PCS 6353) zugeordnet.

Wiederum ein Unterschied zeigt sich bei den Konditoren, die ihren Arbeitsplatz im Hotel- oder Restaurantbetrieb haben. Konditoren, die hier als manuelle Arbeiter, qualifiziert oder unqualifiziert, oder einfache Angestellte eingestuft sind und diejenigen ohne Angaben zu ihrer betrieblichen Stellung werden ebenfalls wie im handwerklichen Kleinbetrieb angestellten Konditoren als *ouvriers qualifiés de type artisanal* bestimmt, allerdings unter der Vierstellerrubrik der *cuisiniers qualifiés* (PCS 6354). Im Falle einer Leitungsposition auf mittlerer Ebene (*techniciens, agent de maîtrise*) sind sie ebenfalls dem PCS-Zweisteller *contremaîtres, agents de maîtrise* (PCS 48) zugewiesen, dabei allerdings unter dem Viersteller *maîtrise de restauration et de cuisine* (PCS 4893). Der wesentliche Unterschied liegt nun in der Behandlung derjenigen Konditoren, die leitende Angestellte (*cadre*) sind. Nur wenn sie im Hotel- bzw. Restaurantbetrieb beschäftigt sind, dann werden sie als 'wahrhaftige' *cadres* klassifiziert, nämlich als *cadres administratifs et commerciaux: d'entreprise* (PCS 37), bzw. auf Vierstellerebene als *cadres de l'hôtellerie et de la restauration* (PCS 3751).

3.3.3 Konsequenzen der französischen Berufssystematik für den an historisch und international vergleichenden Analysen interessierten Nutzer

Die Systematik der PCS von 1982 hat - im Vergleich zu der älteren Systematik der CSP - für den Datennutzer zwei Vorteile: erstens ist das Konzept der sozio-professionellen Kategorien und die zugrundeliegende Zuordnungslogik transparenter; zweitens ist es bei der Datenaufbereitung und -analyse nun auch möglich, auf ein disaggregierteres Niveau der sozio-professionellen Kategorien zurückzugreifen. Die Kehrseite der Medaille ist jedoch, daß INSEE die Angabe zum ausgeübten Beruf, die der Befragte bei der Erhebung macht, in den Datensätzen nicht mehr in Form einer „reinen“ Systematik der Berufe zur Verfügung stellt.

Das Fehlen einer Berufssystematik ist aus zwei Gründen problematisch. Erstens, vor dem Hintergrund international vergleichender Analysen: um länderübergreifend möglichst vergleichbare Berufsgruppen zu bilden, ist es oftmals sinnvoll, auf die ursprüng-

liche Information zum ausgeübten Beruf, abgelegt in einer reinen Berufssystematik, zurückzugreifen.⁴⁹

Zweitens, historisch vergleichende Analysen sind problematisch, wenn man auf eine Abfolge von französischen Querschnittsdaten von vor und nach 1982 zurückgreifen möchte. Ein strikt vergleichbares Klassenschema kann nicht erstellt werden, da die neueren Datensätze keine 'reine' Berufssystematik mehr anbieten und die Systematiken der CSP und der PCS nicht vollständig kompatibel sind⁵⁰.

3.3.4 Vorgehensweise bei der Erstellung des EGP-Klassenschemas

Im Vergleich zu den in Deutschland und Großbritannien zur Verfügung stehenden Berufssystematiken liegt die Besonderheit des französischen Schemas der *Professions et Catégories socio-professionnelles* darin, daß es a priori die beruflich-soziale Positionierung der Befragten zum Ausdruck bringt. Es ist der Anspruch der Systematik, auf dem Niveau der *Catégories* (Zweisteller) wie auf dem disaggregierten Niveau der *Professions* (Viersteller) berufliche Situationen (*situations professionnelles*) zusammenzufassen, die eine ähnliche soziale Identität, ähnliche Lebensmuster und -chancen, Konsumstile und Einstellungsmuster generieren. Zu den entscheidenden arbeitsplatzbezogenen Merkmalen, die nun solche ähnlichen *situations professionnelles* ausmachen, zählen vor allem die Art der verrichteten Tätigkeit oder der Arbeitsinhalt, die Einkommensquelle und -chancen im Verlauf der Berufskarriere, das Beschäftigungsverhältnis, arbeitsplatzbezogene Qualifikationserfordernisse und Entscheidungs- bzw. Weisungsbefugnisse sowie der Arbeitbertypus. Zu den zentralen empirischen Kriterien bzw. Indikatoren, über die diese Merkmale bei der Editierung der PCS-Systematik operationalisiert werden, zählen die Berufsangabe, die berufliche Stellung, die Anzahl der Mitarbeiter bei Selbständigen, die betriebliche Stellung bzw. Weisungsgrad, die Funktion, die Unternehmensbranche etc. Die französische Systematik gilt als eine empirische Abbildung verschiedener *milieux sociaux*, die nicht den Anspruch eines soziologisch-theoretischen Konzeptes erhebt (vgl. Abschnitt 3.3.2.1) Aus der geschilderten Klassifikationslogik der PCS-Systematik wird jedoch ersichtlich, daß sie eine sehr große Ähnlichkeit mit

49 Für die Erstellung eines mit anderen Ländern vergleichbaren Klassenschemas bietet sich bei französischen Datensätzen nur eine sehr umständliche Möglichkeit: unter Zuhilfenahme der Dokumentationen, die über die von INSEE vorgenommenen Zuweisungsroutinen zu den vierstelligen PCS-Rubriken Auskunft geben, kann man über die Verwendung der Variablen zur betrieblichen und beruflichen Stellung manche Zuordnungen von beruflicher Tätigkeit zu den Berufsrubriken des PCS-Codes ansatzweise 'korrigieren'.

50 Eine ausführliche Darstellung der Unterschiede zwischen dem Schema der CSP und der PCS ist in Brauns/Haun/Steinmann 1997, Abschnitt 3.2.3.2 zu finden.

den theoretischen Grundzügen und der empirischen Umsetzung des EGP-Klassenschemas aufweist (vgl. Abschnitt 2).

Die Zuweisungen für das EGP-Schema werden daher in erster Linie auf der Basis der Zweisteller-Kategorien der PCS-Systematik vorgenommen. Dies geschieht über die Variable CSTOT (*Catégorie socio-professionnelle*) (siehe Tabelle 3). In manchen *Catégories socio-professionnelles* befinden sich allerdings einzelne Berufsrubriken, die umgruppiert, also einer anderen EGP-Klasse zugeordnet werden müssen. Dies erfolgt über die Variable P (*Profession*), die die in der Variable CSTOT abgelegten *Catégories socio-professionnelles* auf Vierstellerebene disaggregiert. Darüber hinaus wird für einige Berufsgruppen (Variable P) zusätzlich nach der betrieblichen Stellung differenziert (Variable Q) (*Position professionnelle*). Dadurch werden von INSEE vorgenommene Zuweisungen entsprechend den Prinzipien des EGP-Klassenschemas 'korrigiert'. Schließlich wird bei bestimmten selbständigen Berufsgruppen nach der Variable NSE (*Nombre des salariés*) selektiert, um zwischen Selbständigen mit und ohne Mitarbeitern differenzieren zu können. Das entsprechende Recode-Schema ist auf der ZUMA-Homepage (Abteilung Mikrodaten) verfügbar gemacht.

Besonderheiten und Problemgruppen

In den meisten Fällen sind die Kategorien des PCS-Codes eindeutig einzelnen EGP-Klassen zuzuordnen. Mit anderen Worten, die Zweisteller des PCS-Codes (Variable CSTOT) können unmittelbar und ohne anschließende Umgruppierungen einzelner vierstelliger Berufsrubriken (Variable P) bestimmten EGP-Klassen zugewiesen werden. Dies trifft beispielsweise zu für die *agriculteurs* (PCS 11 bis 13), die zusammengenommen identisch mit der EGP-Klasse IVc, 'Selbständige Landwirte', sind. Auch den EGP-Klassen der 'Lower Service Class' (II) und der 'Routine Non-Manuals' (IIIab) können unmittelbar sozio-professionnelle Kategorien auf Zweistellerebene zugewiesen werden. Dies betrifft insbesondere die Gruppe der Semiprofessionen - ein wesentlicher Bestandteil der EGP-Klasse II -, die die Systematik der PCS als *professions intermédiaires de la santé et du travail social* (PCS 43) ebenfalls gesondert erfasst, sowie die PCS-Kategorien der *employés administratifs d'entreprise* (PCS 54) und der *employés de commerce* (PCS 55), deren unmittelbarer Zusammenhang mit den EGP-Klassen IIIa bzw. IIIb offensichtlich ist.

Weniger eindeutig bzw. unmittelbar über die Zweistellerebene erfolgt die Zuordnung von Befragten zu EGP-Klassen, die die Systematik der PCS unter folgende Kategorien faßt: *chefs d'entreprise de 10 salariés et plus* (PCS 23), *professions de l'information, des arts et des spectacles* (PCS 35), *instituteurs et assimilés* (PCS 42), *professions intermédiaires administratives et commerciales des entreprises* (PCS 46), *techniciens* (PCS 47), *employés civils et agents de service de la fonction publique* (PCS 52) und *personnels des services directs aux particuliers* (PCS 56). Die diesen Kategorien zugeordneten Befragten werden entsprechend ihrer genauen beruflichen Tätigkeit - auf der Basis von Angaben zu ihrer *Profession* auf Vierstellerebene - und teilweise ihrer betrieblichen Stellung verschiedenen EGP-Klassen zugewiesen. Hier kann nicht auf Details in den Zuweisungen eingegangen werden. Erwähnt sei die Kategorie der *chefs d'entreprise de 10 salariés et plus* (PCS 23). Diese Kategorie der Unternehmer mit mindestens 10 Angestellten unterscheidet laut Systematik der PCS auf dem

Vierstellerniveau Selbständige, abgesehen von der Unternehmensbranche, nach der Anzahl ihrer Angestellten. Unterschieden werden Unternehmer mit 10 bis 49 Angestellten, mit 50 bis 499 Angestellten und mit über 500 Angestellten. Dabei sind in dieser Gruppe auch formal nicht-selbständige Unternehmer klassifiziert und solche, die über weniger als 10 oder gar keine Mitarbeiter verfügen, soweit sie Berufe wie Börsenmakler, Bankier u.ä. ausüben. Der Tatsache, daß die Kategorie der *Chefs d'entreprise* auch einige formal nicht-selbständige Personen enthält, kann im Rahmen der in der Enquête sur l'Emploi verfügbaren Informationen nicht verändert werden. Diese Personen müssen in Frankreich, im Gegensatz zu der Vorgehensweise in den anderen beiden Ländern, bei der EGP-Kodierung als Selbständige behandelt werden. Ein Teil der dieser Kategorie zugeordneten Befragten entspricht der EGP-Klasse 'Petit Bourgeoisie' (IVa) und ein Teil der 'Higher Service Class' (I). Letzterer werden die Unternehmer mit 50 und mehr Angestellten zugewiesen. Darüber hinaus gehören - zumindest laut Vorgehensweise im CASMIN-Projekt - schon Unternehmer mit über 25 Mitarbeitern zu der 'Higher Service Class'. Da auch die gesondert abgelegte Variable zur Anzahl der Mitarbeiter (NSE, siehe Abschnitt 3.3.2) nur bis 10 Mitarbeiter differenziert, kann dieses Kriterium bei der vorliegenden Klassifikation nicht eingehalten werden. Als Grenzmarke für die Zuweisung zur Klasse I sind 50 Angestellte (und nicht 10, wie auch möglich) festgelegt worden. Im Gegensatz zu der Zuweisungslogik in den anderen Ländern sind in der Klasse der 'Petit Bourgeoisie' (IVa) in Frankreich somit auch mittelständische Unternehmer mit bis zu 49 Angestellten zu finden. Schließlich werden allerdings aus genau dieser Gruppe, die qua Viersteller als *chefs d'entreprise* mit 10 bis 49 Angestellten ausgewiesen werden (Variable P 2331 bis 2334), solche Unternehmer herausgefiltert, die laut Information aus der Variable NSE (*Nombre des salariés*) über gar keine Angestellten verfügen. Wie oben erwähnt, handelt es sich bei diesen Fällen um Selbständige, die beispielsweise im Finanzgewerbe tätig sind und der 'Higher Service Class' (I) zuzuordnen sind.

4. Vergleichende Betrachtung und Diskussion

In der international vergleichenden Mobilitäts- und Ungleichheitsforschung nimmt das EGP-Schema einen zentralen Stellenwert ein. Die theoretisch entscheidenden Dimensionen der Klassenpositionierung - Marktlage und Arbeitssituation - resultieren aus den unterschiedlichen Besitzverhältnissen und Möglichkeiten der Einkommenserzielung in Industriegesellschaften. Die Operationalisierung dieser Dimensionen erfolgt auf Basis von Informationen zur ausgeübten Berufstätigkeit und zur beruflichen sowie betrieblichen Stellung der Erwerbstätigen. Wie in den Länderkapiteln beschrieben, werden diese erwerbsstatistischen Grunddaten in den amtlichen Erhebungen der einzelnen europäischen Nationen ermittelt. Gleichwohl erweist sich die Konstruktion eines international vergleichbaren EGP-Klassenschemas als nicht unproblematisch. Die Erhebung und datentechnische Systematisierung dieser Ausgangsinformationen variieren zwischen nationalen Datenquellen und - innerhalb dieser - über sukzessive Erhebungen hinweg. Diese Variabilität führt dazu, daß länder- sowie zeitübergreifende Konsistenz in den Operationalisierungen zwar in hohem, aber nicht vollem Maße erreicht werden kann. Wie die vorausgehenden Ausführungen deutlich gemacht haben,

zeigen sich länderspezifische Unterschiede in den zugrundeliegenden Ausgangsvariablen insbesondere in:

- den Berufssystematiken. In einigen Ländern nehmen die Berufssystematiken eine Klassifizierung beruflicher Tätigkeiten per se vor, die Dimension des ausgeübten Berufes werden isoliert erfaßt. In anderen Ländern hingegen werden Angaben zur beruflichen Tätigkeit bereits bei der Datenaufbereitung und -klassifizierung seitens der statistischen Ämter nach systematischen Kriterien mit Angaben zur betrieblichen und beruflichen Stellung kombiniert.
- der Klassifizierung der beruflichen und betrieblichen Stellung, insofern als die Informationen infolge divergenter Erwerbssysteme und erwerbsstatistischer Konzepte in unterschiedlichen Kategorien und mit unterschiedlichem Detaillierungsgrad erhoben werden.

Die verfügbaren Berufssystematiken unterscheiden sich grundsätzlich zwischen den verschiedenen Ländern. Im deutschen Mikrozensus ist die Systematik der Berufe in der Tat eine 'reine' *Klassifizierung der Berufe* (KIdB), die sich an dem Tätigkeitskonzept orientiert. Die sozialstatistische Erfassung der sozialen Lage der Erwerbstätigen wird in der bundesdeutschen Erwerbsstatistik nicht angestrebt. Der Zuordnung zu den verschiedenen 'Berufsordnungen' liegen Ähnlichkeiten bzw. Artverwandtschaften in der ausgeübten Tätigkeit zugrunde. Die Angaben zur Stellung im Beruf und zur betrieblichen Stellung werden beim Mikrozensus in vergleichsweise detaillierter Form erhoben. Der Beschäftigungsstatus (*Stellung im Beruf*) differenziert im Mikrozensus - entsprechend sozialrechtlicher Konvention - u.a. zwischen Arbeitern, Angestellten und Beamten sowie selbständiger Arbeit. Die Information zur betrieblichen Stellung ermöglicht es, für jede dieser Kategorien weitere hierarchische Unterscheidungen vorzunehmen.

Im Gegensatz zum deutschen Mikrozensus bringt die französische Berufssystematik die sogenannte *sozio-professionelle* Situation der Individuen bzw. Haushalte zum Ausdruck, die ermittelt wird über Angaben zum Beruf, zum Beschäftigungsstatus, zur betrieblichen Stellung, Branchenzugehörigkeit des Unternehmens sowie weiteren Merkmalen der Beschäftigungssituation. Die Kategorien des französischen Klassifikationsschemas werden demnach auch als 'soziale' Einheiten interpretiert. Der Beschäftigungsstatus und die betriebliche Stellung sind darüber hinaus in separaten Systematiken klassifiziert. Der Beschäftigungsstatus (*statut*) unterscheidet in den meisten Erhebungen lediglich zwischen selbständiger und lohnabhängiger Arbeit. Differenzierungen innerhalb der Gruppe der lohnabhängig Beschäftigten und zwar sowohl zwischen Arbeitern, Angestellten und Beamten als auch innerhalb dieser Kategorien sind jeweils

(in den neueren Erhebungen INSEEs) in der Systematik der *position professionnelle* abgelegt, die sich an den betrieblichen Usancen der tarifrechtlichen Einstufung von Arbeitnehmern bzw. unterschiedlichen Dienstgraden der öffentlichen Verwaltung orientiert.

Der britische Labour Force Survey weist andere Besonderheiten auf. Die Kategorien der *Standard Occupational Classification* sind nicht, wie im französischen Fall, als verschiedene soziale Lagen bzw. Milieus zu werten. Die SOC verortet weitestgehend berufliche Tätigkeiten, welche a priori keine soziale Identitäten implizieren. Doch ist das britische Klassifikationsschema auch nicht als 'reine' Berufssystematik wie die *Klassifizierung der Berufe* im deutschen Mikrozensus zu verstehen, da neben der Artverwandtschaft beruflicher Tätigkeiten noch weitere ordnungsleitende Kriterien, wie z.B. das Niveau der für eine Berufstätigkeit erforderlichen Fachkenntnisse, Fertigkeiten und Erfahrungen berücksichtigt werden.

Eine Besonderheit der britischen Erwerbsstatistik ist die spezifische Erfassung der *Management-Tätigkeiten*. In der Berufssystematik werden Manager als separate Berufsgruppe ausgewiesen. Ähnlich wie bei der Berufsgruppe der "Cadres" in der französischen Klassifikation impliziert die britische Berufssystematik durch gesonderte Ausweisung der Manager eine Kombination von Informationen zur beruflichen *und* betrieblichen Stellung dieser Positionen. Der gemeinsame Nenner dieser beruflichen Positionen ist sicherlich die Ausübung einer beruflichen Rolle in leitender und mehr oder weniger verantwortlicher Funktion.⁵¹

Die Variablen zur beruflichen und betrieblichen Stellung sind in den britischen Labor Force Surveys im Vergleich zu den in den französischen und deutschen Arbeitskräfteerhebungen verfügbaren Angaben restringierter. Die berufliche Stellung differenziert im wesentlichen zwischen selbständiger und abhängiger Beschäftigung. Die Variable der *betrieblichen Stellung* informiert lediglich über die Ausübung von Management- bzw. Aufsichtsfunktionen. Zusätzlich ist jedoch die Größe des Unternehmens bzw. Betriebes bekannt, in dem diese Aufsichtsfunktionen wahrgenommen werden. Wohlgermerkt, diese Angaben vermitteln keinen Aufschluß über die Leitungsspanne der Manager, da sie sich nicht auf die Anzahl der faktisch beaufsichtigten Personen, sondern auf die im gesamten Betrieb beschäftigten Arbeitnehmer beziehen.

Diese länderspezifischen Variationen insbesondere in den Berufssystematiken machen deutlich, daß die Erstellung des EGP-Klassenschemas für die verschiedenen Länder

51 Im Detail scheinen jedoch die französischen "Cadres" exklusivere Führungsaufgaben wahrzunehmen, während das britische Konzept von Management-Berufen allgemeiner ausgelegt ist.

mit jeweils unterschiedlichen Restriktionen und Freiheitsgraden konfrontiert ist. Den größten Restriktionen begegnet man im französischen Fall. Die Systematik der PCS ist zwar sehr differenziert, von INSEE vorgenommene Zuordnungen sind ihr aber implizit, die auf der Basis der zur Verfügung gestellten Datensätze nur geringfügig modifiziert werden können. Die zugrundeliegenden Prinzipien des Schemas der PCS sind den theoretischen Dimensionen des EGP-Klassenschemas jedoch vergleichsweise sehr ähnlich, so daß sich die Erstellung des EGP-Klassenschemas auf der Grundlage französischer Erhebungen letzten Endes als relativ unkompliziert erweist.

Größere Freiheitsgrade hingegen bestehen bei der Klassifikation auf der Basis des britischen Labour Force Surveys und des deutschen Mikrozensus aufgrund der relativ systematischen Trennung von Angaben zur beruflichen Tätigkeit, zum Beschäftigungsstatus und zur betrieblichen Stellung. Diese Ausgangsinformationen müssen für die Erstellung des EGP-Schemas miteinander kombiniert werden.

Grundsätzlich erweist sich die Identifikation der Klassenposition von Erwerbstätigen nach den Operationalisierungskriterien von Erikson/Goldthorpe (1992) dann als problematisch, wenn die Angaben zur beruflichen Tätigkeit und zur betrieblichen und beruflichen Stellung nicht konsistent auf die Zuordnung zu einer bestimmten EGP-Klasse hinweisen. Besonderheiten und Probleme bei der Zuordnung zu den einzelnen Kategorien des Klassenschemas waren nur teilweise bedingt durch die unterschiedlichen erwerbsstatistischen Systeme in den nationalen Datenquellen. In einigen Fällen eröffnen auch die dem Schema zugrundeliegenden Operationalisierungskriterien noch einen Ermessensspielraum für alternative Klassifikationen. Charakteristisch für diese Art von Zuordnungsproblemen ist, daß sie alle Länder gleichermaßen betreffen und im Hinblick auf den internationalen Vergleich eine Einigung und Abstimmung auf eine konsistente Klassifikationsregel erfordern.

Dieses konzeptionell bedingte Klassifikationsproblem stellt sich insbesondere bei der Abgrenzung zwischen *manuellen* und *nicht-manuellen beruflichen Tätigkeiten*. Nach Erikson/Goldthorpe (1992) dient die Art des Beschäftigungsverhältnisses als ein wesentliches Differenzierungskriterium zwischen den manuellen und nicht-manuellen Klassen: Bei letzteren basiert die Beschäftigungsbeziehung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern idealtypisch auf einem 'wage-relationship', bei den nicht-manuellen Klassen dagegen auf einem 'service-relationship'. Insbesondere im deutschen Mikrozensus und in der französischen Enquête Emploi ist diese Unterscheidung aufgrund der vorgenommenen sozial- bzw. tarifrechtlichen Differenzierung zwischen Arbeitern, Angestellten und Beamten gut zu treffen. Da nicht alle beruflichen Situationen bzw. - empirisch betrachtet - alle Kombinationen von beruflicher Tätigkeit und Beschäfti-

gungsstatus eindeutig einem der beiden Idealtypen des Beschäftigungsverhältnisses entsprechen, stellt sich jedoch die Frage, welchem konstituierenden Merkmal der beruflichen Situation eines Individuums Priorität gewährt wird, um die Zuweisung zu einer manuellen bzw. nicht-manuellen Klasse vorzunehmen. Klassifiziert man einen Friseur oder Kellner beispielsweise in erster Linie auf der Basis von Aspekten seiner beruflichen Tätigkeit, die sich auf Dimensionen wie Hand- versus Kopfarbeit, Lohn versus Gehalt, Arbeitsplatz in der Werkstatt versus Büro oder im Bereich der direkten Dienstleistung an Dritte beziehen können, oder aber auf der Basis seines sozial- bzw. tarifrechtlichen Beschäftigungsstatus als Arbeiter, Angestellter oder Beamter?⁵²

Auch bei einigen Berufen im Gesundheits- und Sozialwesen, wie z.B. bei den Krankenpflegern und Krankenschwestern oder den Erziehern und Erzieherinnen in Kindertageseinrichtungen bestanden alternative Möglichkeiten der Klassifikation. Einerseits sprechen in diesen Fällen die typischen *Merkmale der Arbeitssituation*, wie z.B. die vergleichsweise hohe Arbeitsautonomie und Verantwortung bei der Berufsausübung für eine Zuordnung zu Dienstklasse II. Betrachtet man hingegen in bestimmten Ländern die spezifische *Arbeitsmarktlage* dieser Berufe, so scheint infolge der durchschnittlich relativ geringen Erwerbseinkommen, der ungünstigen Arbeitszeiten und der mangelnden Aufstiegschancen auch eine Kodierung zu Klasse IIIa gerechtfertigt. Bei allen diesen Grenzfällen war die Zuweisung zu einer der Ausprägungen des Klassenschemas auf der Basis der von Erikson und Goldthorpe vorgegebenen Operationalisierungskriterien nicht eindeutig zu treffen. Bei unseren Entscheidungen orientierten wir uns diesbezüglich an den Klassifikationsregeln des CASMIN-Projekts und es schien uns vor allem wichtig, diese Entscheidungen konsistent in allen Ländern anzuwenden.

Länderspezifische Unterschiede in den Zuweisungsroutrinen sind teilweise auch datenbedingt infolge der unterschiedlichen Berufssystematiken und des variierenden Informationsgehalts der Angaben zur beruflichen und betrieblichen Stellung der Erwerbstätigen. Im Fall der deutschen Mikrozensusdaten erschwert eine vornehmlich am Tätigkeitskonzept orientierte Berufssystematik eine reliable Zuordnung zu Klassenpositionen allein auf Basis der Berufsangaben. Für Großbritannien hingegen sind nur ungenügende Informationen über die genaue betriebliche Stellung der Manager verfügbar; es wird z.B. nicht zwischen höherem und mittlerem Management unterschieden. In den meisten Fällen gelang es jedoch, den mangelnden Informationsgehalt eines

52 Ähnliche Grenzfälle liegen vor bei einigen Sicherheits- und Ordnungsberufen, wie z.B. einfachen Polizeibeamten oder Soldaten, wo uns infolge des expliziten und impliziten Gehalts des Beschäftigungsverhältnisses eine Zuordnung zur ausführenden nicht-manuellen Dienstklasse IIIa oder zur manuellen Facharbeiterklasse VI als gleichermaßen plausibel erscheint.

Indikators durch Kombination mit den Informationen der anderen Indikatoren auszugleichen.

Insgesamt scheint damit, ein hohes Maß an Vergleichbarkeit zwischen den Klassenkonzeptionalisierungen verschiedener Länder erreicht worden zu sein. In zwei Aspekten ist jedoch mit systematischen Unterschieden zu rechnen, die zahlenmäßig allerdings nur kleine Personengruppen betreffen. Eine erste systematische Abweichung betrifft die Klassifizierung der *Selbständigen* und *Unternehmer*, die nach der Logik des EGP-Schemas in Abhängigkeit von ihrem beruflichen Betätigungsfeld und der Unternehmensgröße unterschiedlichen Klassenlagen zugeordnet werden. Selbständige bestimmter Berufsgruppen, wie im Bereich der Professionen, Semi-Professionen oder der Landwirtschaft, werden unabhängig von der Unternehmensgröße unmittelbar den Klassen I, II bzw. IVc zugewiesen (vgl. Erikson/Goldthorpe 1992). Bei den übrigen Selbständigen kommt auf Basis der Berufsangaben und unter Berücksichtigung der Unternehmensgröße eine alternative Klassifikation in Betracht: In der Klasse der 'Petit Bourgeoisie' (IVab) werden die Unternehmer von Klein- und Mittelbetrieben zusammengefaßt, während die Großunternehmer der 'Higher Service Class' (I) zugeordnet werden.

Nun werden die Informationen zur Anzahl der Beschäftigten in den einzelnen Ländern aber in sehr unterschiedlichen Kategorien erhoben, so daß die Definition bzw. die Berücksichtigung des Kriteriums "größeren" Kapital- und Firmeneigentums sehr unterschiedlich ausfällt: In Großbritannien werden Selbständige mit 25 und mehr Beschäftigten der 'Higher Service Class' zugewiesen, in Frankreich erst Selbständige mit 50 und mehr Beschäftigten. Beim deutschen Mikrozensus ist dagegen nur eine Unterscheidung zwischen Selbständigen mit bis zu maximal 4 Beschäftigten und Unternehmern mit 5 und mehr Beschäftigten möglich. Erwerbstätige, die Inhaber größerer Unternehmen sind, können somit zumindest auf Basis der verfügbaren Informationen zur Anzahl der Beschäftigten nicht zuverlässig identifiziert werden. Im Unterschied zu Großbritannien und Frankreich werden deshalb in Deutschland die Selbständigen vornehmlich auf Basis der Berufsangaben klassifiziert.

Als Folge dieser spezifischen Kodierung ist beim deutschen Mikrozensus mit einer insgesamt homogeneren Zusammensetzung der in Dienstklasse I zusammengefaßten Erwerbstätigen zu rechnen, während Klasse IVab im Vergleich zu Großbritannien und Frankreich eine heterogenere Struktur aufweisen dürfte. Diese länderspezifischen Abweichungen in den Zuordnungsroutinen zu den Klassen I und IVab sind bei der Interpretation der Ergebnisse zu berücksichtigen, wenngleich die diesbezüglichen Unterschiede

nicht sehr groß sein dürften, da es sich in allen Ländern bei den Großunternehmen um eine sehr exklusive und kleine Gruppe von Erwerbstätigen handelt.⁵³

Eine zweite systematische Abweichung ist infolge der unzureichenden Differenzierung zwischen *leitenden* und *mittleren Management-Funktionen* bei den britischen Labor-Force Surveys zu vergegenwärtigen. Der Begriff des *Managers* ist in Großbritannien im Vergleich zu den anderen Ländern relativ weit gefaßt und beinhaltet Berufspositionen mit umfassenden Leitungs- und Kontrollaufgaben ebenso wie Tätigkeiten in einer gewissen Leitungsfunktion mit beschränktem Ausmaß an Autonomie und Verantwortung. Um die Vergleichbarkeit zu erhöhen, wurde für Großbritannien in diesen Zweifelsfällen der beruflichen Tätigkeit bei der Zuordnung eine größere Bedeutung beigemessen als der Angabe zur beruflichen Stellung. Trotz dieser Lösungsstrategie können wir nicht ausschließen, daß in der britischen Klassenkodierung Erwerbstätige in mittleren Management-Funktionen mit höherer Wahrscheinlichkeit der Oberen Diensklasse zugeordnet werden als in den anderen Nationen.

Infolge dieser systematischen Abweichungen ist für Großbritannien mit einer etwas weniger exklusiven Zusammensetzung der 'Higher Service Class' zu rechnen als bei den anderen Ländern. Diese Tendenz wird dadurch verstärkt, daß in der britischen Klassifikation schon Selbständige mit 25 und mehr Beschäftigten als "größere" Unternehmer definiert und somit der Dienstklasse I zugewiesen werden, während in Frankreich und Deutschland für die Zuordnung zu Dienstklasse I strengere Kriterien erfüllt sein müssen.

Über die Zeit hinweg ist – sofern Erhebungen der 80er und 90er Jahre betroffen sind – für alle drei Länder eine erstaunliche Kontinuität der erwerbsstatistischen Erhebungsprogramme festzustellen. Die institutionell bzw. historisch tradierten Systematiken werden weitgehend beibehalten und passen sich allenfalls berufsstrukturellen Veränderungen an. Die Vergleichbarkeit des erstellten EGP-Klassenschemas für die Arbeitserhebungen der 80er und 90er Jahre ist damit gewährleistet. Zusammenfassend ist also davon auszugehen, daß es für die Bundesrepublik Deutschland, Frank-

53 Im Hinblick auf die Selbständigen ist gleichermaßen zu berücksichtigen, daß die Anzahl der Selbständigen in nicht geringem Maße durch landesspezifische wirtschafts- und fiskalpolitische Entscheidungen beeinflusst ist. Bereits Erikson/Goldthorpe (1992: 41) verweisen auf diesbezügliche Länderunterschiede und nennen als Beispiel die verwaltungs-technisch bedingte Selbständigkeit der in öffentlichen Krankenhäusern praktizierenden Mediziner in Großbritannien. Das neuerdings in stärkerem Ausmaß hervorgetretene Problem der "Scheinselbständigkeit" stellt eine weitere Herausforderung dar für die Konstruktion eines international vergleichbaren Klassenschemas.

reich und Großbritannien gelungen ist, ein in hohem Maße international wie historisch vergleichbares Klassenschema zu konstruieren. Die Zweckmäßigkeit der vorgenommenen Klassifikation hat sich bereits in einer Vielzahl empirischer Studien gezeigt (vgl. bspw. Müller/Haun 1994; Brauns 1999; Brauns/Steinmann/Kieffer/Marry 1999; Brauns/Müller/Steinmann 1997).

Korrespondenzadresse

Dr. Hildegard Brauns
Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung MZES
Universität Mannheim
68131 Mannheim
E-Mail Hildegard.Brauns@mzes.uni-mannheim.de

Literatur

- Affichard, J. (1987): L'enquête sur l'emploi. S. 87-115 in: Affichard, J. (ed.): Pour une histoire de la statistique. Tome II. Paris: INSEE.
- Bland, R. (1979): Measuring "Social Class" - A Discussion of the Registrar-General's Classification. *Sociology* 13 (2): S. 283-291.
- Boltanski, L. (1982): Les cadres: la formation d'un groupe social. Paris: Minuit.
- Braun, M./Müller, W. (1997): Measurement of Education in Comparative Research. *Comparative Social Research* 16: S. 163-201.
- Brauns, H. (1999): Soziale Herkunft und Bildungserfolg in Frankreich. *Zeitschrift für Soziologie* 28 (3): 197-218.
- Brauns, H./Haun, D. W./Steinmann, S. (1997): Die Konstruktion eines international vergleichbaren Klassenschemas (EGP). Erwerbsstatistische Besonderheiten am Beispiel von Labour Force Surveys der Bundesrepublik Deutschland, Frankreichs, Großbritanniens und Ungarns.. MZES Working Paper Nr. 22. Mannheim.
- Brauns, H./Müller, W./Steinmann, S. (1997): Educational Expansion and Returns to Education: A Comparative Study on Germany, France, the UK, and Hungary. MZES Working Paper Nr. 23. Mannheim.
- Brauns, H./Steinmann, S./Kieffer, A./Marry, C.: Does Education Matter? France and Germany in Comparative Perspective. *European Sociological Review* 15 (1): 61-89.
- Brewer, R. I. (1986): A Note on the Changing Status of the Registrar General's Classification of Occupations. *British Journal of Sociology* 37 (1): S. 131-140.
- Chenu, Alain (1997): La Descriptibilité Statistique des Professions. *Sociétés Contemporaines* 26: S. 109-136.

- Crompton, R. (1996): Gender and Class Analysis. S. 115-126 in: Lee, D. J./Turner, B. S. (eds.): *Conflicts about Class. Debating Inequality in late Industrialism*. New York: Longman.
- Dahrendorf, R. (1964): *Recent Changes in the Class Structure of European Societies*. Daedalus: Winter.
- Desrosières, A. (1977): *Éléments pour l'histoire des nomenclatures socioprofessionnelles*. S. 155-231 in: INSEE: *Pour une histoire de la statistique*. Tome 1. Paris: INSEE.
- Desrosières, A. (1987): *Les nomenclatures de professions et emplois*. S. 35-56 in: Affichard, J. (ed.): *Pour une histoire de la statistique*. Economica.
- Desrosières, A. (1993): *La politique des grands nombres: histoire de la raison statistique*. Paris: La Découverte.
- Desrosières, A./Goy, A./Thévenot, L. (1983): *L'identité sociale dans le travail statistique*. *Économie et statistique* 152 (février): S. 55-81.
- Desrosières, A./Thévenot, L. (1979): *Les mots et les chiffres: Les nomenclatures socioprofessionnelles*. *Économie et statistique* 110 (avril): S. 49-65.
- Desrosières, A./L. Thévenot (1992): *Les catégories socio-professionnelles*. Paris: La Découverte.
- Duriez, B./Ion, J./Pinçon, M./Pinçon-Charlot, M. (1991): *Institutions statistiques et nomenclatures socio-professionnelles. Essai comparatif: Royaume-Uni, Espagne, France*. *Revue française de sociologie* 32: S. 29-59.
- EG-Kommission (1990): *Die Arbeitskräfteerhebung der Gemeinschaft. Leitfaden für den Benutzer*. Luxemburg: Europäische Gemeinschaften - Kommission.
- Elias, P. (1997): *Social Class and the Standard Occupational Classification*. S. 21-39 in: Rose, D./O'Reilly, K. (eds.), *Constructing Classes. Towards a new social classification for the UK*. Office for National Statistics and Economic and Social Research Council: Swindon.
- Emmerling, D./Riede, T. (1997): *40 Jahre Mikrozensus*. *Wirtschaft und Statistik* 3: S. 160-174.
- Erikson, R. (1984): *Social Class of Men, Women and Families*. *Sociology* 18 (4). S. 500-514.
- Erikson, R./Goldthorpe, J. H. (1992): *The Constant Flux. A Study of Class Mobility in Industrial Societies*. Oxford: Clarendon Press.
- Erikson, R./Goldthorpe, J. H./Portocarero, L. (1979): *Intergenerational Class Mobility in Three Western European Societies*. *British Journal of Sociology* 30: S. 415-441.
- Esser, H./H. Grohmann/W. Müller/K.-A. Schäffer (1989): *Mikrozensus im Wandel. Untersuchungen und Empfehlungen zur inhaltlichen und methodischen Gestaltung*. Schriftenreihe Forum der Bundesstatistik; Band 11. Stuttgart: Metzler-Poeschel.

- Eurostat (1988): Erhebung über Arbeitskräfte - Methodik der Definition. Luxembourg: Statistical Office of the European Communities.
- Eurostat (1992): Erhebung über Arbeitskräfte. Methodik und Definition. Luxembourg: Eurostat.
- Evans, G. (1996): Putting Men and Women into Classes: An Assessment of the Cross-sex Validity of the Goldthorpe Class Schema. *Sociology* 30 (2): S. 209-234.
- Evans, G. (1992): Testing the Validity of the Goldthorpe Class Schema. *European Sociological Review*, 8 (3): S. 211-232.
- Evans, G./Mills, C. (1997): In Search of the Labour-Service Contract. Paper presented at the ISA RC28 meeting on Social Stratification, Tel Aviv, May 18-20.
- Evans G./Mills, C. (1996): Identifying Class Structure. Presented at the ISA RC28 meeting on Social Stratification, Stockholm, May.
- Faucheux, H./Neyret, G (1999): Evaluation de la Pertinence des Catégories Socioprofessionnelles (CSP). Rapport INSEE Inspection Générale, Nr. 49/B005.
- Fermanian, J.D./Lantin, J. (1998): Conventions Collectives et Codage de la PCS. *Courrier des Statistiques* 85-86: S. 71-76.
- Goldthorpe, J. H. (1980): *Social Mobility and Class Structure in Modern Britain*. Oxford: Clarendon Press.
- Goldthorpe, J. H. (1984): Women and Class Analysis: A Reply to the Replies. *Sociology* 18 (4): S. 491-499.
- Goldthorpe, J. H. (1995): The Service Class Revisited, S. 313-329 in: Butler, T./Savage, M. (eds.): *Social Change and the Middle Class*. London: UCL Press.
- Goldthorpe, J. H. (1997a): The 'Goldthorpe' class schema: some observations on conceptual and operational issues in relation to the ESRC review of government social classification. S. 40-48 in: Rose, D./O'Reilly, K (eds.), *Constructing Classes. Towards a new social classification for the UK*. Office for National Statistics and Economic and Social Research Council: Swindon.
- Goldthorpe, J. H. (1997b): Social Class and the Differentiation of Employment Contracts, presented at the European Consortium for Sociological Research Conference on Rational Action Theories in Social Analysis: Applications and New Developments, Stockholm, 16.-18.10.97.
- Hartmann, P. H. (1989): Der Mikrozensus als Datenquelle für die Sozialwissenschaften. *ZUMA-Nachrichten* 24: S. 6-26.
- Heath, A./Britten, N. (1984): Women's Jobs Do Make a Difference. *Sociology* 18 (3): S. 475-490.
- Héran, F. (1997): La Catégorie Socioprofessionnelle: Réflexions sur le Codage et l'Interpretation. S. 49-68 in: Dupoisier, E./Parodi, J. (Hrsg.): *Les Indicateurs socio-politiques aujourd'hui*. Paris: L'Harmattan.

- ILO (1990): International Standard Classification of Occupations: ISCO-88. Geneva: International Labour Office.
- INSEE (1983): Guide des catégories socioprofessionnelles. Paris: INSEE.
- INSEE (1983): Nomenclature des professions et catégories socioprofessionnelles (PCS) - Index alphabétique 1983. Paris: INSEE.
- INSEE (1983): Nomenclature des professions et catégories socioprofessionnelles (PCS) - Index analytique, Tome 1. Paris: INSEE.
- INSEE (1983): Nomenclature des professions et catégories socioprofessionnelles (PCS) - Index analytique, Tome 2. Paris: INSEE.
- INSEE (1985): Enquête sur l'emploi de 1984. Resultats détaillés. Paris: INSEE.
- INSEE(1987): Enquête emploi 1. Méthodes et définitions, Manuskript, INSEE Division 'Emploi'.
- INSEE (1995): Enquête sur l'emploi de 1994. Résultats détaillés. Paris: INSEE.
- Krug, W./Nourney, M./Schmidt, J. (1994): Wirtschafts- und Sozialstatistik: Gewinnung von Daten. München: Oldenbourg.
- Kurz, K.(1985): Klassenbildung und soziale Mobilität in der Bundesrepublik Deutschland. Überlegungen zu einem Klassifikationsschema, Diplomarbeit, Lehrstuhl für Methoden der empirischen Sozialforschung und angewandte Soziologie, Universität Mannheim.
- Leete, R./Fox, J. (1977): Registrar General's Social Classes Origins and Uses. Population Trends 8: S. 1-7.
- Lemel, Y./Oberti, M. & Reillier, F. (1996): Classe sociale: un terme fourre-tout? Fréquence et utilisation des termes liés à la stratification sociale dans deux revues. Sociologie du travail 2: S. 195-207.
- Levy-Bruhl, R. (1951): Une enquête par sondage sur l'emploi. Supplément au Bulletin mensuel de statistique (Jan.-Mars).
- Litz, H. P./Lipowatz, T. (1986): Amtliche Statistik in marktwirtschaftlich organisierten Industriegesellschaften. Eine vergleichende Untersuchung der amtlichen Statistik der Bundesrepublik Deutschland, der Niederlande und Frankreichs. Frankfurt: Campus.
- Lüttinger, P./Riede, T. (1997): Der Mikrozensus: amtliche Daten für die Sozialforschung. ZUMA-Nachrichten 41: S.19-43.
- Martin, J (1997): Social Class, SEG and Goldthorpe classes: How do they classify individual occupations?. S. 49-61 in: Rose, D./O'Reilly, K (eds.), Constructing Classes. Towards a new social classification for the UK. Office for National Statistics and Economic and Social Research Council: Swindon.
- Müller, W./Blien, U./Wirth, H. (1995): Identification Risks of Microdata. Evidence from Experimental Studies. Sociological Methods & Research 24 (2): S. 131-157.

- Müller, W./Goldthorpe, J. H. (1988): Das CASMIN-Projekt, Abschlußbericht des Forschungsvorhabens "Comparative Analysis of Social Mobility in Industrial Nations" an die Stiftung Volkswagenwerk, Universität Mannheim.
- Müller, W./Haun, D. (1994): Bildungsungleichheit im sozialen Wandel. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 46: 1-42.
- Naville, P. (1961): L'emploi, le métier, la profession, S. 231-240 in: Friedmann, G./Naville, P. (eds.): *Traité de sociologie du travail*. Paris: Librairie Armand Colin.
- Office of Population Censuses and Surveys (1980): *Classification of occupations and coding index*. London: Her Majesty's Stationery Office.
- Office of Population Censuses and Surveys (1992): *Standard Occupational Classification Vol. 1 - Structure and Definition of Major, Minor and Unit Groups*. First Edition. London: HMSO.
- Office of Population Censuses and Surveys (1993): *Standard Occupational Classification Vol. 2 - Coding Index*. First Edition. London: Her Majesty's Stationery Office.
- Office of Population Censuses and Surveys (1993): *Standard Occupational Classification Vol. 3 - Social Classifications and Coding Methodology*. London: HMSO.
- Pakulski, J./Waters, M. (1996): *The Death of Class*. London: Sage.
- Papastefanou, G. (1987): Zentrum für Mikrodaten. Eine neue Abteilung von ZUMA. ZUMA-Nachrichten 21: S. 20-30.
- Porte, J. (1961): Les catégories socio-professionnelles, S. 240-250 in: Friedmann, G./Naville, P. (eds.): *Traité de sociologie du travail*. Paris: Librairie Armand Colin.
- Prandy, K. (1990): The Revised Cambridge Scale of Occupations. *Sociology* 24 (4): S. 629-655.
- Renner, K. (1953): *Wandlungen der Modernen Gesellschaft: Zwei Abhandlungen über die Probleme der Nachkriegszeit*. Wien: Wiener Volksbuchhandlung.
- Rose, D. (1995): *Official Social Classifications in the UK*. Social Research Update 9: source: <http://www.soc.surrey.ac.uk/sru/SRU9.html>.
- Rose, D./O'Reilly, K. (eds.), *Constructing Classes. Towards a new social classification for the UK*. Office for National Statistics and Economic and Social Research Council: Swindon.
- Rousseau, R. (1975): Pourquoi change-t-on de nomenclature? *Economie et statistique* 70: S. 63-67.
- Solga, H. (1996): Klassenlagen und soziale Ungleichheit in der DDR. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 46: S. 18-27.
- Soloway, R. A. (1982): *Birth Control and the Population Question in England 1877-1930*. Chapel Hill: University of Carolina Press.
- Statistisches Bundesamt (1975): *Klassifizierung der Berufe. Systematisches und alphabetisches Verzeichniss der Berufsbenennungen*. Ausgabe 1975. Stuttgart : W. Kohlhammer.

- Statistisches Bundesamt (1988): Merkmale einer allgemeinen Standarddemographie. Gegenüberstellung soziodemographischer Variablen aus dem Mikrozensus, der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, der Volkszählung und der Standarddemographie des Zentrums für Umfragen, Methoden und Analysen. Wiesbaden: StBuA.
- Statistisches Bundesamt (1992): Klassifizierung der Berufe. Systematisches und alphabetisches Verzeichniss der Berufsbenennungen. Ausgabe 1992. Stuttgart : Metzler-Poescheler.
- Statistisches Bundesamt (1997): 40 Jahre Mikrozensus, in: StBuA (ed.): Wirtschaft und Statistik, Heft 3. Wiesbaden: StBuA.
- Steward, A./Prandy K./Blackburn M. (1980): Social Stratification and Occupations. London: Macmillan.
- Stockmann, R./Willms-Herget, A. (1985): Erwerbsstatistik in Deutschland: die Berufs- und Arbeitsstättenzählungen seit 1875 als Datenbasis der Sozialstrukturanalyse. Frankfurt am Main: Campus.
- Szreter, S. R. S. (1984): The Genesis of the Registrar-General's Social Classification of Occupations. *British Journal of Sociology* 35 (4): S. 522-546.
- Szreter, S. R. S. (1993): The Official Representation of Social Classes in Britain, the United States, and France: The Professional Model and "Les Cadres". *Comparative Studies in Sociology and History* 35: S. 285-317.
- Thevenot, L. (1977): Les catégories sociales en 1975: l'extension du salariat. *Economie et statistique* 91: S. 3-31.
- Thévenot, L. (1981): Les catégories socio-professionnelles et leur réparaage dans les enquêtes. *Etudes méthodologique*. Paris: INSEE.
- Thomas, R./Elias, P. (1989): Development of the Standard Occupational Classification. *Population Trends* 55: S. 16-21.
- Trometer, R. (1993): Die Operationalisierung des Klassenschemas nach Goldthorpe im ALLBUS, ZUMA, Working Paper No. 93/06, Mannheim.
- Wirth, H. (1992): Die faktische Anonymität von Mikrodaten. Ergebnisse und Konsequenzen eines Forschungsprojekts. *ZUMA-Nachrichten* 30: S. 7-42.
- Wright, E. O. (1989): A General Framework for the Analysis of Class Structure. S. 3-43 in: Wright, E. O.: *The Debate on Classes*. London: Verso.

FORMULIERUNG UND KLASSIFIKATION VON FRAGEN¹

IRMTRAUD N. GALLHOFER UND WILLEM E. SARIS

Häufig untersucht man, welchen Einfluß die Formulierung von Fragen auf Antworten hat, während das Problem der Übersetzung von Begriffen in Fragen kaum erörtert wird. In dieser Studie wollen wir uns mit der Übertragung von Konstrukten in Fragen befassen. Durch die Operationalisierung von Konstrukten kann angegeben werden, auf welche intuitiven Begriffe sie sich beziehen. Danach kann anhand der intuitiven Begriffe festgestellt werden, welche Fragen in Betracht kommen. Intuitive Begriffe beziehen sich auf kognitive Überzeugungen, Evaluationen, evaluative Überzeugungen, affektive Bewertungen, Präferenzen, Werte, Normen, Verhalten, Handlungstendenzen und dergleichen. Um den Zusammenhang zwischen den intuitiven Konzepten und ihrer sprachlichen Formulierung in den Items zu verdeutlichen, werden die Strukturen von Behauptungen analysiert. Wenn man die Begriffe mit der Frageform verknüpft, erhält man ein Verfahren zur systematischen Klassifizierung von Fragen, das sich auch eignet, um Fehler in Fragen zu entdecken, wodurch man eine erhebliche Verbesserung der Qualität der Fragen erzielen kann.

A great deal has been written about the effects of the wording of survey questions on the responses. On the other hand, relatively little attention has been given to the content of the questions or the translation of theoretical concepts into corresponding questions for survey research. In this paper we concentrate on the links between a set of basic concepts for social science research and questions which can be formulated in order to measure these concepts. The basic concepts we will discuss are: cognitions, evaluations, evaluative beliefs, feelings, preferences, rights, norms, policies, behavior, action tendencies, expectations and a number of demographic characteristics. In order to clarify the link between the concepts and their verbal expression (assertions), we analyze the structures of sentences expressing the different

¹ Die Niederländische Organisation für Wissenschaftliche Forschungen (NWO) ermöglichte diese Studie (Subventionsnummer 510-60-026). Weitere Informationen sind erhältlich bei der Stiftung für Soziometrische Untersuchungen, Meander 407, 1181 WN Amstelveen, Niederlande, Tel. x-31-20-64 36 418, E-Mail: Gallhof@lbn.net.

concepts. We also look at the specific types of questions which can be asked about such concepts and discusses their meaning. The combination of the classifications of concepts and questions provides a procedure that allows us to formulate and classify questions in a systematic fashion.

1. Einleitung

Sehr viele Studien untersuchen, welchen Einfluß die Formulierung von Fragen in Fragebogen auf die Antworten der Befragten hat, wie etwa Schuman/Presser (1981), Sudman/Bradburn/Schwarz (1982), Andrews (1984), Molenaar (1986), Alwin/Krosnick (1991), Költringer (1993), Scherpenzeel/Saris (1997). Wenige Studien jedoch sind dem Problem der Übersetzung von Begriffen in Fragen gewidmet (Hox 1997). Bereits in 1968 wies Blalock auf das Problem der sogenannten Operationalisierung hin, als er feststellte, daß es ein Mißverhältnis gäbe zwischen der Sprache der Theorie und jener der empirischen Forschung. Als sich Blalock nach zwei Jahrzehnten wiederum diesem Thema widmete mußte er feststellen, daß dieses Mißverhältnis noch nicht ausgeglichen war.

Im Anschluß an Northrop (1947) unterschied Blalock (1990) zwei Arten von Begriffen: intuitive Konzepte (concepts by intuition) und postulierte Konzepte (concepts by postulation). Intuitive Begriffe beziehen sich zum Beispiel auf kognitive Urteile, Evaluationen, Rechte und Normen und enthalten direkte Anweisungen für den Inhalt der Fragen. Postulierte Begriffe hingegen sind Konstrukte, wie etwa Ethnozentrismus, Macht und Integration und sind aus intuitiven Begriffen aufgebaut. Durch die Operationalisierung von Konstrukten wird angegeben, auf welche intuitiven Begriffe sie sich beziehen. Danach kann anhand der intuitiven Begriffe festgestellt werden, welche Fragen in Betracht kommen. Die Übertragung von Konstrukten in Fragen besteht somit aus zwei Schritten: zunächst müssen Angaben gemacht werden auf welche intuitiven Begriffe sich ein Konstrukt bezieht und danach können für die angegebenen intuitiven Begriffe die geeigneten Fragen formuliert werden. In der sozialwissenschaftlichen Praxis wird jedoch meistens der erste Schritt nicht ausgeführt, so daß direkt anhand des Konstrukts Fragen formuliert werden, wodurch häufig heterogene intuitive Begriffe einem Konstrukt zugeordnet werden.

Einige dieser Probleme wollen wir anhand der Demokratieskala von Kaase (1971) veranschaulichen. Obwohl der Autor dieses Instrument mit großer Sorgfalt entwickelt hatte, weist es dennoch einige Probleme auf, die Blalock erwähnte. Kaases (1971: 142) Demokratieskala stützt sich auf die von Lipset (1963) und Dahrendorf (1965) erstell-

ten Kriterien für ein demokratisch orientiertes politisches System. Diese Kriterien lauten wie folgt:

- a) die Garantie individueller Partizipationsrechte einschließlich des Schutzes von Minderheitsrechten;
- b) die Organisation politischer Herrschaftsinstitutionen nach dem Prinzip der Kontrolle dieser Institutionen durch regelmäßige Wahlen mit der Chance des Auswechselns von Führungspersonal;
- c) die grundsätzliche Anerkennung der Legitimität von Mittel- und Zielkonflikten;
- d) die Ablehnung von Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung;
- e) ein Konsens über die fundamentalen demokratischen Wertsetzungen, der überhaupt erst die Voraussetzungen für die regelrechte Austragung der Konflikte schafft.

Anhand dieser Kriterien entwarf Kaase vier Begriffe für demokratische Einstellungen und formulierte Fragen, die sie messen sollten. Tabelle 1 enthält Kaases postulierte Begriffe und Items und die von uns hinzugefügten intuitiven Begriffe, auf die sich die postulierten Begriffe beziehen. Aus der Tabelle ergibt sich eindeutig, daß die Namen der intuitiven Begriffe mit dem Inhalt der Fragen übereinstimmen. Die Beziehung zwischen postulierten und intuitiven Begriffen ist jedoch mehrmals problematisch.

Der erste postulierte Begriff in der Tabelle ist operationalisiert mit zwei verschiedenen, intuitiven Begriffen, d.h. mit einer „kognitiven Bewertung der Opposition“ und einem „Recht zu regieren“. Es ist deshalb auch nicht deutlich, welcher dieser intuitiven Begriffe den postulierten Begriff richtig wiedergibt und weshalb diese intuitiven Begriffe auch noch zusammengefügt werden, um diesen postulierten Begriff anzudeuten. Man könnte auch nur einen Begriff nehmen oder noch andere willkürlich hinzufügen.

Dasselbe gilt für das zweite und das vierte postulierte Konzept. Die Einstellungen zur Legitimität von Konflikten sind angegeben mit einer „Evaluativen Überzeugung von Interessenkonflikten“ und einer „Norm für die Opposition“ und die Einstellungen zu individuellen Grundrechten enthalten neben Rechten auch wiederum eine Norm. Bürklins (1980) Weiterentwicklung der Demokratieskala ist ebenfalls problematisch, zumal er drei neue Items hinzufügt und auch die postulierten Begriffe aus welchen er die Fragen erstellt, anders formuliert. Auch hier ist der Zusammenhang zwischen den postulierten Konzepten und den Fragen nicht deutlich.

Obwohl es nützlich wäre, den Zusammenhang zwischen intuitiven und postulierten Begriffen zu untersuchen, wollen wir uns im Rahmen dieses Aufsatzes jedoch nur mit dem Zusammenhang zwischen einigen intuitiven Begriffen und Fragen der Umfrageforschung befassen.

Tabelle 1: Operationalisierung von Demokratischen Einstellungen

Postulierte Begriffe	Intuitive Begriffe	Items
Einstellungen zur Legitimität von Konflikten	Evaluative Überzeugung von Interessenkonflikten Norm für die Opposition	Die Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen Interessengruppen in unserer Gesellschaft und ihre Forderungen an die Regierung schaden dem Allgemeinwohl. Aufgabe der politischen Opposition ist es nicht, die Regierung zu kritisieren, sondern sie in ihrer Arbeit zu unterstützen.
Einstellungen zu politischen Institutionen	Kognitive Bewertung der Opposition Recht zu regieren	Eine lebensfähige Demokratie ist ohne politische Opposition nicht denkbar Jede demokratische Partei sollte grundsätzlich die Chance haben, an die Regierung zu kommen.
Einstellung zur Gewalt als Mittel zur politischen Auseinandersetzung	Evaluative Überzeugung zur Gewaltanwendung	In jeder demokratischen Gesellschaft gibt es bestimmte Konflikte, die mit Gewalt ausgetragen werden müssen.
Einstellungen zu individuellen Grundrechten	Recht auf Demonstration Verlust Recht auf Demonstration Recht auf Meinungsfreiheit Norm für Interessen	Jeder Bürger hat das Recht, notfalls für seine Überzeugung auf die Straße zu gehen. Der Bürger verliert das Recht zu Streiks und Demonstrationen, wenn er damit die öffentliche Ordnung gefährdet Jeder sollte das Recht haben, für seine Meinung einzutreten, auch wenn die Mehrheit anderer Meinung ist. Die Interessen des ganzen Volkes sollten immer über den Sonderinteressen des einzelnen stehen.

Folgende intuitive Begriffe, werden erörtert: kognitive Urteile, Evaluationen, affektive Bewertungen, demographische Merkmale, Werte, kognitive Überzeugungen, Präferenzen, Normen, staatliche Maßnahmen, Rechte, Verhalten, Handlungstendenzen und Erwartungen. Um den Zusammenhang zwischen den intuitiven Konzepten und ihrer sprachlichen Formulierung in den Items oder Behauptungen zu verdeutlichen, werden wir die Strukturen der Aussagen analysieren, die diese Konzepte enthalten.

Da man mit den Begriffen nur bestimmte Fragen stellen kann, werden auch die Frageformen untersucht, die sich für diese Konzepte eignen. Wenn man die Begriffe mit der Frageform verknüpft, erhält man ein Verfahren zur systematischen Formulierung und

Klassifizierung von Fragen. Dieses Instrument kann angewendet werden für die Formulierung von Fragen und auch um Fehler in Fragen zu entdecken, wodurch man eine erhebliche Verbesserung der Qualität der Fragen erzielen kann. Ein derartiges Verfahren wurde von uns bereits für amerikanische und niederländische Umfragen entwickelt (Saris/Gallhofer 1997, 1998).

Aus der praktischen Anwendung ergab sich, daß ein effizientes und zuverlässiges Verfahren benötigt wird, um große Fragebestände schnell analysieren zu können. Sowohl Effizienz als auch Zuverlässigkeit kann man am ehesten mit einem computergestützten Verfahren erreichen. Aus diesem Grund wurde eine computergestützte Kodierungsmethode entwickelt und getestet.

Das Ziel dieses Aufsatzes ist es, diese Methode zu erörtern. Die vorliegende Studie beruht auf deutschsprachigen Fragen, die aus Befragungen des Ifes Institut in Wien stammen und zwischen 1986-1992 ausgeführt wurden.

2. Klassifikation des Frageinhalts

Da wir alle Begriffe anhand von Behauptungen (assertions) definieren, wollen wir zunächst diesen Begriff einführen. Unter einer Behauptung verstehen wir eine Aussage, die Objekte mit Objekten oder Objekte mit Prädikaten verbindet. Behauptungen können somit aus drei Teilen bestehen: Objekten (x,y,...), Connectoren (C) und Prädikaten (p). Die meist allgemeine Form einer Behauptung (a) lautet deshalb (xCy) oder (xCp).

Objekte von Behauptungen können alles enthalten, z.B. leblose Gegenstände (Sachen, Begriffe, politische Maßnahmen) oder Lebewesen (Personen, Gruppen, Institutionen). Objekte werden mit den Symbolen „x, y.“ angedeutet. Für häufig vorkommende Objekte verwenden wir die folgenden Symbole:

- s (subject) bezeichnet den Befragten,
- b (behavior) deutet Verhalten an,
- o (one) weist auf jedermann hin,
- g (government) bezeichnet die Regierung,
- v (value) bedeutet Wert.

Prädikate bestehen aus allerlei Merkmalen, die ein Connector mit einem Objekt verbinden kann. Wir deuten sie mit „p“ an. Häufig enthalten sie Adjektive, wie etwa „groß“, „interessant“, „nett“ und dergleichen. Auch hier geben wir häufig vorkommende Prädikate mit den folgenden Symbolen an:

- e (evaluation) weist auf Evaluationen hin, wie etwa „gut/schlecht“, „wertvoll/wertlos“, „vorteilhaft/unvorteilhaft“,
- f (feeling) deutet affektive Bewertungen an, wie etwa „glücklich/unglücklich“, „angenehm/unangenehm“, „freundlich, unfreundlich“ usw.,
- i (importance) bedeutet „wichtig“,
- n (number) bezeichnet eine Zahl oder Frequenz.

Behauptungen benötigen immer Connectoren. Als allgemeines Symbol, das eine Verbindung andeutet, verwenden wir C (connector). Auch hier haben wir einige spezifische Connectoren definiert:

- I (is) deutet Verbindungen an zwischen Objekten und Prädikaten, die durch die Wörter „ist“ oder „hat“ entstehen.
- F (feeling) weist auf Verbindungen hin, die durch den Gebrauch von Wörtern entstehen, die eine Affektive Bewertung ausdrücken, wie etwa „mögen/nicht mögen“, „sorgen für“ und dergleichen.
- R (relation) bezieht sich auf Relationen wie etwa „Ursache und Wirkung“, „Ziel und Mittel“, „Gleichartigkeit /Gegensätzlichkeit“, „Abstand/Nähe“ und dergleichen.
- H (has to) deutet Verbindungen an, die durch Wörter wie etwa „soll“ und „muß“ realisiert werden.

Mit den soeben angeführten Symbolen, können wir nun die Begriffe beschreiben, die sich auf Behauptungen in Fragen aus Umfragen beziehen.

Kognitive Überzeugungen (cognitive beliefs) gelten in der psychologischen Literatur als eine Basiskomponente des Attitüde Begriffs (Kretch/Crutchfield 1948; Bradburn/ Sudman 1988; Fishbein/Ajzen 1975; Ajzen 1989; Eagly/Chaiken 1993; Van der Pligt/ De Vries 1995). Zwei Sorten kognitiver Begriffe werden in der Literatur unterschieden. Der eine wird Perzeption oder Urteil genannt und der andere heißt Relation oder Beziehung. Die Struktur einer Behauptung (assertion), die sich auf ein kognitives Urteil (judgment) bezieht (a_i), kann wiedergegeben werden mit (xIc) , was bedeutet „x hat das Merkmal c“.

Die Struktur einer Behauptung, die eine Relation enthält (a_r), kann wiedergegeben werden mit (xRy) , was bedeutet „x hat eine Beziehung zu y“. Diese Behauptung kann andeuten, daß x die Ursache von y ist, oder etwa, daß x Einfluß auf y hat, und dergleichen. In der Attributionstheorie (Kelley/Michela 1980) befaßt man sich unter anderem mit Kausalperzeptionen. Andere Relationen, die häufig Gegenstand sozialwissenschaftlicher Forschung sind, beziehen sich auf Gleichartigkeit/Gegensätzlichkeit von Objekten, Abstand/Nähe zwischen Objekten (Rabinowitz/Macdonald/Lishuag 1991)

oder auf die Mitgliedschaft in einer Organisation und den Zusammenhang zwischen Objekten (Harary 1971; Helmers/Mokken/Plijter/Stokman 1975; Knoke/Kuklinski 1982).

Evaluationen (evaluations) werden meistens in der Literatur (Fishbein/Ajzen 1975; Bradburn/Sudman 1988; Zanna/Rempel 1988; Van der Pligt/De Vries 1995; Tesser/Martin 1996) als eine beobachtbare Komponente von Attitüden gesehen. Die Struktur von evaluativen Behauptungen (a_e) ist (xIe) und besagt, daß x gut oder schlecht ist. Wir weisen darauf hin, daß die Struktur von evaluativen Behauptungen die gleiche ist wie die von kognitiven Urteilen. Die Begriffe unterscheiden sich jedoch bezüglich des Prädikats. Evaluationen enthalten Bewertungen im Sinn von „gut/schlecht“ oder „utilitär nützlich/unnützlich“, während das Prädikat bei kognitiven Urteilen alles andere enthalten kann, außer evaluativen und emotionalen Prädikaten. Da es auch andere evaluative Strukturen gibt mit positiver oder negativer Konnotation, werden diese im nächsten Abschnitt besprochen.

Unter *evaluativen Überzeugungen* (evaluative beliefs) verstehen wir im Anschluß an Oskamp (1991) Behauptungen über Verhalten oder Relationen, wobei die Verhaltens- oder Relationskomponente eine Bewertung in der Bedeutung von „gut“ oder „schlecht“ enthält. Die Struktur einer evaluativen Überzeugung mit einer Relationskomponente kann angedeutet werden mit $a_{eb}=xR_e y$, was etwa besagen könnte, „ x übt einen günstigen Einfluß auf y aus“. Wenn die Struktur eine evaluative Verhaltenskomponente enthält, wird sie angegeben mit $a_{eb}=xD_e y$, was bedeuten könnte, „ x bedroht y “. Deutlichkeitshalber sei darauf hingewiesen, daß auch andere Behauptungen eine Evaluationskomponente haben können, so daß evaluative Überzeugungen die Struktur von verschiedenen Behauptungen annehmen können.

Affektive Bewertungen (feelings) wurden in der Literatur als Evaluationen betrachtet (Bradburn/Sudman 1988). Seit einigen Jahren jedoch trennen einige Umfrageforscher kognitive Evaluationen von affektiven Bewertungen (Bagozzi 1989; Ajzen 1991). In unserer Klassifikation definieren wir drei Elementarbehauptungen, die sich auf affektive Bewertungen beziehen. Die erste Behauptung (a_f) lautet (sFx) und kann zum Beispiel andeuten, „ x liebt y “. Die zweite Struktur ist (xIf) und kann etwa besagen, „ x ist angenehm“. Die dritte Struktur (xRf) kann andeuten, „ x stimmt mich traurig“. Zusammenfassend kann gesagt werden, daß „ f “ oder „ F “ Emotionen andeuten, wie etwa „Angst, Abscheu, Ärger, Kummer, Geringschätzung, Scham, Erniedrigung, Leidenschaft, Glück, Überraschung“ und dergleichen (Cornelius 1996).

Nach *Präferenzen* (preferences) wird häufig in Erhebungen gefragt, die sich mit Konsumenten- und Entscheidungsverhalten befassen. Öfters wird ein Vergleich gemacht

zwischen dem attraktivsten Objekt und den weniger begehrten Objekten (Torgerson 1958; Von Winterfeld/Edwards 1986). Die Struktur eines derartigen Vergleichs (a_{pr}) ist ($xPy, z...$) und lautet, „der Befragte zieht x allen anderen Objekten vor“. In diesem Fall findet ein Vergleich zwischen allerlei Objekten statt, wobei ein Objekt als das bevorzugte angewiesen wird. Man könnte die Präferenz auch ausdrücken mit „x ist das beste Objekt“ oder mit „x wird bevorzugt“. Wir haben jedoch die Struktur ($xPy, z...$) gewählt, um deutlich zu machen, daß eine Auswahl aus mehreren Objekten stattfindet. Eine andere Weise, Präferenzen zu formulieren besteht darin, daß man den Befragten vor die Wahl stellt, ob er „dafür“ oder „dagegen“ ist. Hier muß man also nur eine Auswahl zwischen zwei Objekten treffen. Diese zweite Vorzugsbehauptung kann mit (sPy) wiedergegeben werden, was bedeutet, daß der Befragte (s) einen Standpunkt (y) billigt oder nicht billigt.

Werte (values) sind der nächste Begriff den wir besprechen wollen. Die Struktur einer Behauptung, die einen Wert enthält (a_i), formulieren wir als (vI_i), was bedeutet, „v ist wichtig“. Diese Behauptung hat die gleiche Form wie kognitive Urteile, Evaluationen und die zweite Struktur von affektiven Bewertungen. Der Unterschied besteht jedoch im Prädikat, das in diesem Fall „wichtig“ ist und in der Andeutung eines Wertes „v“, worunter man zentrale Lebensziele versteht, wie etwa „Ehrlichkeit, Sicherheit, Gerechtigkeit, Glück“ und dergleichen (Rokeach 1973).

Normen (norms) spielen eine wichtige Rolle in der sozialwissenschaftlichen Forschung (Sorokin 1928; Parsons 1951; Homans 1965). Coleman (1990: 242) definiert Normen als eine Aufstellung von Verhaltensweisen, „welche von einer Gruppe von Personen als richtig und zutreffend betrachtet wird“. Normen beziehen sich also auf individuelle Wahrnehmungen von sozial und kulturell gebilligten Verhaltensregeln, das heißt, wie jemand sich in einer bestimmten Situation verhalten soll. Die Struktur dieser Behauptung (a_n) ist (oHb), was besagt, „jemand soll b ausführen“.

Staatliche Maßnahmen (policies) werden häufig untersucht, um festzustellen, wie Bürger über Pläne oder Handlungsweisen der Behörden denken (Sniderman/Brody/Tetlock 1991; Holsti 1996). Eine staatliche Maßnahme (a_p) hat die Struktur (gHb) und besagt, „die Regierung soll b ausführen“. Der Unterschied zu einer Norm besteht darin, daß der Ausführende kein Individuum ist sondern eine Behörde.

Rechte (rights) oder Fragen nach bürgerrechtlichen Angelegenheiten werden ebenfalls öfters gestellt (Sniderman/Brody/Tetlock 1991). Rechte bestehen aus individuellen Wahrnehmungen, die angeben, wer berechtigt ist, etwas zu tun. Die Struktur einer Rechtsbehauptung (a_r) ist ($oIRy$) und lautet „x darf y ausführen“.

Handlungstendenzen (action tendencies) werden häufig beschrieben als die dritte Komponente des Attitüde Begriffs (Ajzen/Fishbein 1980; Bradburn/Sudman 1988; Sudman/Bradburn/Schwarz 1982; Eagly/Chaiken 1993). Eine Handlungstendenz richtet sich auf zukünftiges, zu erwartendes Verhalten. Man nimmt dabei an, daß die zukünftige Verhaltenstendenz, eine gute Vorhersage für das tatsächliche Verhalten ist. Eine Verhaltenstendenzbehauptung (a_i) hat die Struktur (xFDy) und besagt, „x wird y ausführen“.

Erwartungen zukünftiger Ereignisse (expectations of future events) kommen in Umfragen ebenfalls häufig vor (Graesser/Bommareddy/Swamer/Golding 1996). Diese Behauptungen befassen sich mit zukünftigen Ereignissen, auf die man selbst keinen Einfluß hat. Die Struktur dieser Behauptung (a_{ex}) ist (xEy) und lautet „x erwartet y“.

Verhalten (behavior) besteht aus Handlungen oder Aktivitäten, die sich in der Gegenwart ereignen oder in der Vergangenheit stattgefunden haben (Sudman/Bradburn/Schwarz 1982; Smith 1987). Die Struktur einer Verhaltensaussage (a_b) ist (sDy). Ausdrücke wie etwa „x führt y aus“ oder „x hat y unternommen“ werden dieser Aussage zugeordnet. Die Struktur ist die gleiche wie die von Handlungstendenzen. Inhaltlich besteht jedoch ein großer Unterschied zwischen den Behauptungen: Handlungstendenzen sind subjektiv und beziehen sich auf die Zukunft. Verhalten dagegen ist faktisch und kann im Prinzip kontrolliert werden, da es sich auf die Vergangenheit oder Gegenwart bezieht.

Demographische Merkmale (demographic variables) werden sehr häufig in Befragungen erhoben und alle bestehenden Klassifikationen erwähnen diese Merkmale (Oppenheim 1966; Sudman/Bradburn/Schwarz 1982; Converse/Schuman 1984; Smith 1987; Bradburn/Sudman 1988). Es handelt sich um Variablen wie Alter, Beruf, Geschlecht, Religion und dergleichen. Die Struktur von demographischen Behauptungen (a_d) ist die gleiche wie die von kognitiven Urteilen. Die Struktur lautet (xIc), wobei x der Befragte ist und c ist z. B. der Beruf .

Somit gibt es sieben verschiedene Behauptungsstrukturen, welche die meisten in Befragungen verwendeten intuitiven Begriffe beschreiben. Tabelle 2 faßt sie zusammen. Innerhalb jeder Klasse wird anhand der Bedingungen angegeben, ob ein bestimmter Begriff verfügbar ist oder nicht.

Tabelle 2 : Zusammenfassung der Strukturen der elementaren* Behauptungen

Strukturen	Bedingungen	Intuitiver Begriff
Beschreibungen		

(xIp)	wenn x ist nicht v und wenn p ist nicht e, i, f oder d und wenn p ist e und wenn p ist f und wenn p ist d wenn x ist v und wenn p ist i	Kognitives Urteil Evaluation Affektive Bewertung Demographisches Merkmal Wert
Relationen (xRy)	wenn R keine Konnotationen enthält wenn R eine evaluative Konnotation enthält wenn R eine affektive Konnotation enthält	Kognitive Überzeugung Evaluative Überzeugung Affektive Bewertung
Präferenzen (xPy, z...)	wenn man aus mehreren Objekten wählen kann	Präferenz
(xPy)	wenn man nur aus zwei Objekten wählen kann	Präferenz
Pflichten (xHy)	wenn x ist o wenn x ist g	Norm Staatliche Maßnahme
Rechte (xIRy)	normalerweise	Recht
Handlungen (xDy)	normalerweise wenn D mit F substituiert wird wenn D mit FD substituiert wird wenn D eine evaluative Konnotation hat	Verhalten Affektive Bewertung Handlungstendenz Evaluative Überzeugung
Erwartungen zukünftiger Ergebnisse (xEy)	normalerweise	Erwartung

*Die Formulierung von zusammengesetzten Behauptungen erfolgt durch die Substitution von x oder y durch eine neue Behauptung (a) oder durch die Zufügung eines Nebensatzes zu einem Gegenstandsdruck.

Tabelle 2 eignet sich auch für die Frageformulierung. Wenn man Behauptungen für einen spezifischen Begriff formulieren will, geben die Bedingungen in Tabelle 2 an, wie dieser intuitive Begriff auszudrücken ist. Nehmen wir an, wir wollen eine Evaluation des Begriffs Asylsuchender formulieren. Die Tabelle gibt als Struktur (xIe) an, was sich etwa in die folgende Behauptung umsetzen läßt: „Asylsuchende sind nützlich als Hilfsarbeiter“. Wenn man eine affektive Bewertung ausdrücken will, verfügt man über die Struktur (xIf) und man könnte zum Beispiel die folgende Behauptung formulieren: „Asylanten sind im allgemeinen freundliche Menschen“. Ein kognitives Urteil (xIc) wäre etwa: „Asylsuchende sind Leute aus der dritten Welt“. Eine Relation (xRy) könnte

man wiedergeben mit dem nächsten Beispiel: „Da diese Leute in ihrem eigenen Land politische oder wirtschaftliche Probleme haben, kommen sie zu uns“. Auf gleiche Weise lassen sich Behauptungen für andere Begriffe formulieren.

Außer den elementaren Behauptungen gibt es auch zusammengesetzte, d.h., man kann aus Behauptungen noch andere ableiten. Einige häufiger vorkommende abgeleitete Behauptungen seien noch kurz erwähnt.

Wichtigkeit eines Urteils (importance of a judgment) (a_{ij}) gibt wieder, inwieweit ein Befragter eine Behauptung persönlich als wichtig empfindet. Krosnick/Abelson (1991) betrachten „Wichtigkeit“ als eine Dimension von „Attitudenstärke“. Wir verwenden diesen Begriff hier jedoch im weiteren Sinn. Die Struktur der Wichtigkeit eines Urteils ist (a_i) und besagt, „Behauptung a ist wichtig“. Man kann grundsätzlich bei allen Behauptungen nach ihrer Wichtigkeit fragen.

Sicherheit eines Urteils (certainty of a judgment) (a_{ce}) zeigt an, inwieweit ein Befragter vom Inhalt einer Behauptung überzeugt ist. Krosnick/Abelson (1991) erwähnen auch diesen Begriff im Zusammenhang mit Attitüden. Die Struktur dieser Behauptung ist (a_{lce}) und lautet „ich bin mir sicher, daß Behauptung a so ist“. Auch hier gilt, daß man grundsätzlich bei allen Behauptungen nach dem Überzeugungsgrad des Befragten fragen kann.

Ermittlung der Intensität einer Behauptung (appraisal of an assertion) (a_a) befaßt sich mit der Stärke einer Relation oder eines Verhaltens. Die Struktur $((xRy) \text{ I } c)$ kann besagen „die Relation zwischen x und y ist sehr stark“ und die Struktur $((xDy) \text{ I } c)$ kann bedeuten, „Verhalten a ist sehr zweckmäßig“.

Krosnick und Abelson (1991) verwenden diesen Begriff im Zusammenhang mit affektiven Bewertungen hinsichtlich eines Attitüdeobjektes. Wir definieren diesen Begriff jedoch in einem weiteren Sinn, nämlich in bezug auf Relationen und Verhalten.

Häufigkeit von Verhalten (frequency of behavior) (a_{bn}) hat die Struktur $((xDy) \text{ I } n)$ und bedeutet, „x macht oft y“.

In dieser Übersicht haben wir die meisten Begriffe beschrieben, die in der Umfrageforschung verwendet werden. Mit dieser ausführlichen Beschreibung beabsichtigten wir, die Struktur möglicher Behauptungen zu erklären.

3. Klassifikation von Frageformen

Außer Grundtypen von Behauptungen gibt es auch noch Grundtypen von Frageformen. Frageformen werden in verschiedenen Wissenschaftszweigen erforscht, wie etwa

in der Linguistik, Philosophie und in den Sozialwissenschaften (Kearsley 1976; Dillon 1984; Meyer 1988; Graesser/Bommareddy/Swamer/Golding 1996). Alle diese Studien betonen die Wichtigkeit der sogenannten „W-Fragewörter“ (wh-interrogatives): „wer, was, welche, wozu, wo, wann, warum, wie“. Linguisten und Philosophen unterscheiden auch eine Frageform, welche die Antwort „ja“ oder „nein“ bewirken soll. Linguistisch betrachtet besteht diese Frageform aus der Umkehrung der Wortfolge. Das Verb steht nämlich an erster Stelle. Beispiele hierzu sind etwa, „Denken Sie, daß diese Maßnahme der Europäischen Union günstig für unser Land ist?“ oder „Ist das Ihr Lebensziel?“

Sozialwissenschaftler haben noch andere Frageformen hinzugefügt, wie etwa Fragen, die eine Zustimmung oder Ablehnung erfordern. Anhand dieser Studien und einer Analyse von Umfrage-Fragen beschreiben wir nun die relevanten Frageformen:

Einfache Frage (simple Q): $Q(a)$ =Ist a wahr oder nicht wahr? Beispiel: $Q(xIc)$ Ist Ihrer Meinung nach Berlin eine schöne Stadt?

Diese Frageform wird sehr häufig verwendet in der Umfrageforschung. Sie ermittelt an welcher Seite der Befragte steht, d.h. sie gibt die Richtung der Meinung an.

Ausführlichere Frage (extended Q): $HQ(a)$ =Wieviel von c hat x? Beispiel: $HQ(xIc)$ Finden Sie, daß Berlin sehr schön, ziemlich schön, ziemlich häßlich oder sehr häßlich ist? Diese Frageform mißt die Gradierung einer Eigenschaft bei einem Objekt. Krosnick/Abelson (1991) nennen diesen Begriff „Extremität“.

Zustimmung (agreement A): $A(a)$ =Stimmen Sie dieser Behauptung zu oder lehnen Sie sie ab? Beispiel: $A(a)$: Stimmen Sie der folgenden Aussage zu oder lehnen Sie sie ab: „Es gibt einen Gott im Sinne eines höheren Wesen“?

Diese Frageform mißt die gleiche Information wie die einfache Frage, da die Zustimmung zur Behauptung ebenfalls angibt, auf welcher Seite der Befragte steht.

Ausführlichere Zustimmung (extended agreement HA): $HA(a)$ =Sagen Sie mir bitte, ob Sie mit dieser Aussage voll übereinstimmen, eher übereinstimmen, eher nicht übereinstimmen oder gar nicht übereinstimmen? Beispiel: $HA(a)$: Wie sehr stimmen Sie mit dieser Aussage überein: „Es gibt einen Gott im Sinne eines höheren Wesens?“

Diese Frageform mißt nicht den Grad des Vorhandenseins einer Eigenschaft, sondern das Ausmaß der Zustimmung. Krosnick/Abelson (1991) nennen diese Frageform Intensität der Zustimmung zu einer Behauptung.

Was (WHAT): $What(a)$ =Was halten Sie von x? Beispiele: $What(sDy)$: „Was haben Sie dort gekauft?“ $What(xRy)$: „Was war die Ursache Ihres Verkehrsunfalls?“ $K(sDy)$: „Was wissen Sie von der Steuerreform?“

Diese Frageform eignet sich für verschiedene Frageinhalte, wie etwa Faktfragen, kognitive Urteile und Wissen.

Wer (WHO): Who(a)=Wer ist...? Beispiel: Who(xIc): „Wer ist der Generalsekretär der Vereinten Nationen?“

Mit dieser Frage will man Informationen über Personen erhalten. Meistens werden diese Fragen angewandt, um das Wissen des Befragten hinsichtlich einer Person zu ermitteln.

Wann (Zeit) (When: time): T(a)=Wann hat x y unternommen? Beispiel: T(xDy): „Wann haben Sie zum ersten Mal die Schule besucht?“

Mit dieser Frage will man den Zeitpunkt ermitteln, an dem eine Handlung stattgefunden hat.

Wo (Ort) (Where: place): P(a)=Wo hat x y unternommen? Beispiel: P(xDy): „Wo haben Sie zum ersten Mal die Schule besucht?“

Es ist deutlich, daß diese Frage den Ort ermittelt an, dem ein Ereignis stattgefunden hat.

Wie (Verfahren) (How: procedure): HPR(a)=Wie hat x y ausgeführt? Beispiel: HPR(xDy): Wie sind Sie dorthin gefahren?

Mit dieser Frageform will man die Art und Weise ermitteln, wie ein Verhalten stattgefunden hat.

Warum (Why): WHY(a)=Warum hat x y gemacht? Beispiel: WHY(sDy): Warum hat er ein Auto gekauft?

Diese Frage befaßt sich mit den Gründen oder Ursachen eines Verhaltens.

Welche/Was für ein (Which): WHICH(a)=Welches x ist c? Beispiele: WHICH(sDy): Was für ein Buch lesen Sie derzeit? W(xDy): Welche Sicherheitsmaßnahmen hat Ihr Betrieb getroffen? W(xPy,z.): Welche Wohnung ziehen Sie vor?

Diese Frageform wird häufig für Präferenzen verwendet, um anzugeben, welchen Gegenstand man bevorzugt.

Wissen (Knowledge: K): K(a)=Kennt x y? Beispiel: K(xIc): Wissen Sie, wer der Generalsekretär der Vereinten Nationen ist?

Diese Frageform wird häufig angewandt, um nach der Kenntnis der Befragten auf verschiedenen Gebieten zu informieren. Wie bereits zuvor erwähnt, erfüllen die „wer“ und „was“ Fragen ebenfalls diesen Zweck.

Hiermit haben wir die Frageformen, die in der Umfrageforschung verwendet werden behandelt. Tabelle 3 faßt die Strukturen der Frageformen zusammen.

Aus dem Vorgegangenen ist ersichtlich, daß wir davon abgesehen haben, die Antwortkategorien anzuführen, insofern sie nicht bereits in der Frageformulierung erwähnt waren. Der Grund dafür ist, daß wir uns hauptsächlich mit der Frageformulierung befassen wollten, zumal Antwortalternativen bereits in vielen Studien (vgl. Schuman/Presser 1981; Andrews 1984; Költringer 1993; Scherpenzeel/Saris 1997) eingehend untersucht wurden.

Tabelle 3: Zusammenfassung der Strukturen der Frageformen

Frageform	Struktur	Ermittelte Information
Einfache Frage: Q	xIp?	Richtung der Meinung
Ausführlichere Frage: HQ	Wieviel von eIx?	Extremität einer Eigenschaft
Zustimmung: A	Stimmen Sie (a) zu ?	Zustimmung
Ausführlichere Zustimmung: HA	Wie sehr stimmen Sie (a) zu ?	Intensität der Zustimmung
Was: WHAT	Was (a) ?	Objekte
Wer: WHO	Wer (a) ?	Personen
Wann: T	Wann (a) ?	Zeitpunkt
Wo: P	Wo (a) ?	Ort
Wie: HOW	Wie (a) ?	Verfahren
Warum: WHY	Warum (a) ?	Gründe
Welche, was für ein: WHICH	Welche (a) ?	Welches von einer Menge Objekten
Wissen: K	Kennen Sie (a) ?	Wissen

4. Frageformulierung

Wenn man den Frageinhalt mit der Frageform verknüpft, entsteht eine große Anzahl möglicher Fragen. Tabellen 4 und 5 veranschaulichen diese Möglichkeiten. Ein „+“ Zeichen in den Tabellen weist darauf hin, daß eine Frage in einer bestimmten Kombination denkbar ist und ein „-“ Zeichen deutet an, daß diese Frage nicht gangbar ist. Aus den Tabellen ist ersichtlich, daß Behauptungen mit derselben Grundstruktur auch meistens mit denselben Frageformen kombiniert werden können. Um die Anwendung der Klassifikation zu veranschaulichen, geben wir anhand von einigen Beispielen wieder, wie man ein Urteil über die Regierung erfragen kann. Unser Hauptanliegen ist es die Vielfalt der Frageformen aufzuzeigen und wir lassen daher denkbare Abwechslungen der Antwortkategorien und Instruktionen außer Betracht. Die Symbole die bei den Beispielen angeführt sind, beziehen sich auf Tabelle 4. Wir kombinieren jeweils einen Frageinhalt mit einer Frageform, die eine bestimmte Zelle in der Tabelle darstellen.

Tabelle 4: Entwicklung von Fragen durch Kombination von Frageinhalten mit Frageformen

Intuitive Begriffe	Q	HQ	A	HA	WHAT	Frageformen WHO	WHICH	T	P	HPR	WHY	K
Beschreibungen												
Kognitive Urteile $a_c = (xIc)$	+	+	+	+	+	+	+	-	-	-	+	+
Evaluationen $a_e = (xIe)$	+	+	+	+	+	+	+	-	-	-	+	-
Werte $a_v = (vIi)$	+	+	+	+	+	+	+	-	-	-	+	-
Relationen $a_r = (xRy)$	+	+	+	+	+	+	+	-	-	-	+	+
Evaluative Überzeugungen $a_{eb} = (xDey)$	+	+	+	+	-	-	-	-	-	+	+	-
$a_{eb} = (xRey)$	+	+	+	+	-	-	-	-	-	+	+	-
Affektive Bewertungen $a_{rf} = (xIf)$	+	+	+	+	+	+	+	+	+	-	+	-
$a_{rf} = (sFy)$	+	+	+	+	+	+	+	+	+	-	+	-
$a_{rf} = (xRf)$	+	+	+	+	+	+	+	+	+	-	+	-
Präferenzen $a_{pr} = (xPy, z, \dots)$	+	+	+	+	+	-	-	-	-	-	+	-
$a_{pr} = (sPy)$	+	+	+	+	+	-	-	-	-	-	+	-
Rechte und Pflichten Nomen $a_n = (oHb)$	+	+	+	+	+	+	+	+	+	-	+	+
Staatliche Maßnahmen $a_p = (gHb)$	+	+	+	+	+	+	+	+	+	-	+	+
Rechte $a_r = (oIRb)$	+	+	+	+	+	+	+	+	+	-	+	+
Verhalten Handlungstendenzen $a_t = (xFDy)$	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+
Verhalten $a_b = (xDy)$	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+
Erwartungen $a_{ex} = (xEy)$	+	+	+	+	+	+	+	+	+	-	+	+
Demograph. Merkmale $a_d = (xIc)$	+	-	-	+	+	+	+	+	+	-	-	-

Tabelle 5: Entwicklung von Fragen durch Kombination von Frageinhalten mit Frageformen

Intuitive Begriffe	Q	HQ	A	HA	WHAT	Frageformen WHO	WHICH	T	P	HPR	WHY	K
Wichtigkeit eines Urteils $a_i = (aI)$	-	+	-	-	-	-	-	-	-	-	+	-
Sicherheit eines Urteils $a_c = (aIcc)$	-	+	-	-	-	-	-	-	-	-	+	-
Intensität eines Urteils $a_s = ((sRy) Ic)$ $a_n = ((sDy) Ic)$	+	+	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Häufigkeit von Verhalten $a_{bn} = ((sDy) In)$	-	+	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Die einfachste Art und Weise um nach einem Urteil zu fragen, ist wie folgt:

$W(a_i)$: *Was halten Sie von unserer Regierung?*

Dies ist eine offene Frage, wobei die Befragten selbst ein Prädikat wählen und es bewerten können. Verschiedene Befragte können dabei an unterschiedliche Prädikate denken, wie etwa an Konsequenzen von Regierungsbeschlüssen oder an die Zusammenarbeit innerhalb der Regierung oder an Regierungserklärungen und dergleichen. Da diese Prädikate nicht vergleichbar sind, ist es oft besser, eine geschlossene Frage zu stellen, in der das Prädikat explizit angegeben ist, so wie zum Beispiel:

$HQ(a_c)$: *Wie gut finden Sie unsere Regierung: 1 sehr gut, 2 gut, 3 weder gut noch schlecht, 4 schlecht, 5 sehr schlecht.*

Hier ist deutlich angegeben, daß die Befragten die Qualität der Regierung beurteilen sollen, wobei sie über fünf Antwortalternativen verfügen.

Wenn man eine Q-Frage stellt, werden die Antwortalternativen ziemlich eingeschränkt:

$Q(a_s)$: *Finden sie unsere Regierung eher gut oder eher schlecht?*

Bei dieser Frage verfügen die Befragten über zwei Antwortmöglichkeiten, was für manche der Befragten zu wenig ist und mehr Antwortverweigerungen zur Folge haben kann (Klingemann 1997).

Man kann auch Behauptungen anwenden, wie etwa:

A(a): Sagen Sie mir bitte zu der folgenden Aussage, ob Sie ihr zustimmen oder sie ablehnen: „Ich halte unsere Regierung für gut.“

Die Antwortalternativen sind noch immer ziemlich eingeschränkt, aber nun wird nach einer Zustimmung zu einer Behauptung gefragt. Auch kann angenommen werden, daß nicht alle Befragten, welche die Regierung positiv beurteilen, der Behauptung zustimmen, da diejenigen, welche die Regierung als besonders gut beurteilen, die Wertung in der Behauptung zu gering finden und folglich mit „nicht zustimmen“ antworten könnten.

Die Wahl der Behauptung ist jedoch problematisch, da sie ziemlich willkürlich ist. Wir geben hier einige Beispiele von alternativen Behauptungen:

*„Ich halte unsere Regierung für sehr gut“
 „Ich halte unsere Regierung für schlecht“
 „Ich halte unsere Regierung für sehr schlecht“*

Mit Sicherheit ist zu erwarten, daß die Wahl der Behauptung die Antwortverteilung beeinflusst (Molenaar 1986). Es ist jedoch nicht deutlich, ob diese Verteilungen vergleichbar sind und ob die Relationen mit anderen Merkmalen gleichbleiben, ungeachtet der Wahl der Behauptung. Saris (1998) fand in einer Studie große Unterschiede in Antworten, die durch die Position der Behauptungen auf der Skala verursacht wurden.

Zum Abschluß führen wir noch ein Beispiel einer HA-Frage an:

HA(a): Sagen Sie mir bitte zu der folgenden Behauptung, ob Sie mit ihr voll übereinstimmen, eher übereinstimmen, eher nicht übereinstimmen oder gar nicht übereinstimmen? „Ich halte unsere Regierung für sehr gut“.

Auch hier kann man die Behauptung variieren, was dieselben Konsequenzen hat, wie zuvor erwähnt. Außerdem behaupten Krosnick/Abelson (1991) mit Recht, daß man mit dieser Frage nicht die Extremität einer Meinung mißt, sondern die Intensität womit man einer Meinung zustimmt.

Wir hoffen, deutlich gemacht zu haben, daß die verschiedenen Fragetypen (Inhalt und Form) nicht willkürlich verwendet werden können. Es hängt von der Formulierung der Frage ab, welche Information man vom Befragten erwarten kann. Aus diesem Grund muß als nächstes geklärt werden, welche Frageformulierung sich am besten für die verschiedenen Begriffe eignet.

Die Klassifikation (Tabellen 4 und 5) gibt deutlich an, welche Fragestrukturen sich für bestimmte intuitive Begriffe eignen. Sie kann deshalb sehr nützlich sein, wenn man postulierte Begriffe mit übereinstimmenden, intuitiven Begriffen operationalisieren will. Sie kann ebenfalls verwendet werden, um bei bereits vorhandenen Skalen zu überprüfen, ob die Fragen, die einen spezifischen postulierten Begriff messen, homogen sind. Zudem eignet sie sich für das Auffinden von Fehlern in bereits vorhandenen Fragebögen.

Diese Zielsetzungen erfordern ein zuverlässiges Klassifikationsverfahren, das auch effizient angewendet werden kann. Aus diesen Gründen wurde eine computergestützte Methode bevorzugt. Die Entwicklung dieses Verfahrens ist deshalb das weitere Thema dieses Aufsatzes.

5. Die Entwicklung eines zuverlässigen Klassifikationsverfahrens

Für die Entwicklung dieses Verfahrens hatten wir elf Fragebögen des Ifes Instituts in Wien zur Verfügung, die zwischen 1986 und 1992 erhoben wurden. Diese Umfragen befassen sich mit sehr verschiedenen Themen, wie etwa Wahlprognosen, Konsumentenverhalten und Studien der Lebensqualität. Obwohl man nicht von einer repräsentativen Stichprobe sprechen kann, waren die Fragen qua Inhalt und Form sehr verschiedenartig, so daß sie sich für unsere Zwecke eigneten.

Die Fragen in den uns zur Verfügung stehenden Fragebögen wurden zunächst nach Frageinhalten und Frageformen handkodiert. Auf diese Weise erhielten wir 640 kodierte Fragen. Danach entwickelten wir ein Verfahren, um diese kodierte Kategorien mit dem Computer zu reproduzieren. Dies war mit relativ einfachen Mitteln möglich. Mit dieser Methode kann man kontrollieren, inwieweit das halbautomatische Computerverfahren die gleichen Kodierungen ergibt wie die Handkodierungen. Da jedoch zunächst ein Computerverfahren entwickelt werden mußte, um die Frageinhalte und Frageformen zu finden und danach ein Test ausgeführt werden mußte, der ausweisen sollte, ob sich die Klassifizierung tatsächlich für deutsche Fragen eignet, haben wir unsere Daten halbiert. Anhand der ungerade nummerierten Fragen wurde das Computerverfahren entwickelt und mit den gerade nummerierten Fragen wurde der Test ausgeführt. Im folgenden wird das computergestützte Verfahren beschrieben. Zunächst befassen wir uns mit dem Entwurf des Verfahrens, sowohl für die Frageinhalte als auch die Frageformen. Danach werden die Testergebnisse mit der anderen Hälfte der Fragen behandelt und zuletzt wird die Übereinstimmung der Handkodierungen mit den Computerkodierungen kurz erörtert.

5.1 Ein computergestütztes Verfahren zur Klassifikation von Fragen

Wir nennen das Verfahren halbautomatisch, da es derzeit mit der verfügbaren Software noch nicht möglich ist, das Verfahren vollkommen zu automatisieren. Dies ist zum Teil zurückzuführen auf die Komplexität der Sprache. Da es sehr viele Möglichkeiten gibt, um ein und denselben Begriff zu formulieren, ist nicht zu erwarten, daß man bereits in einem ersten Ansatz alle möglichen Formulierungen für einen Frageinhalt oder eine Frageform gefunden hat, um Kriterien dafür aufzustellen. Wir erwarten, daß erst nach der Analyse einer sehr großen Anzahl von Fragebögen die notwendigen Wortkriterien festgelegt werden können. Derzeit wird man noch häufig im Vorhinein manuell mehrdeutige Wörter auffinden müssen, um die für diese Studie relevante Bedeutung zu ermitteln. Dies trifft auch für evaluative Wörter und einige andere inhaltliche Begriffe zu. Für Frageformen trifft das weniger zu, da sie mehr aus Strukturwörtern bestehen. Das entwickelte Verfahren ist sequentiell, was besagt, daß sich die Kodierung der Fragen in einer bestimmten Abfolge vollzieht. Diese Methode bietet den Vorteil, daß man damit schwierige Probleme einfacher lösen kann.

5.2 Die Entwicklung der computergestützten Kodierungsmethode für Frageinhalte

Anhand der Ergebnisse, die wir mit niederländischen Fragen erzielt hatten (Saris/Gallhofer 1998), wurde dasselbe sequentielle Verfahren auch hier angewandt.

1. Zuerst wurde nach den charakteristischen Merkmalen von evaluativen Überzeugungen (a_{cb}) gesucht. Es erwies sich als sinnvoll, mit diesem Frageinhalt zu beginnen, da diese Behauptungen sowohl Merkmale von Evaluationen (a_c) als auch von Relationen (a_r) enthalten. Wenn man zuerst nach Evaluationen oder Relationen suchen würde, würde man auch häufig evaluative Überzeugungen finden. Aus diesem Grund ist es effizienter, zuerst nach a_{cb} zu suchen mit Wortkombinationen, die sowohl a_c als auch a_r enthalten (siehe 2 und 3). Es gibt allerdings auch vereinzelte Wörter und Redewendungen, die eine evaluativ gefärbte Relation oder ein evaluativ gefärbtes Verhalten in sich haben, wie etwa „beschmutzen, verbessern, sorgen, mißbrauchen, die Interessen berücksichtigen, unterstützen...“.

2. Danach wurden die evaluativen Fragen mit Bewertungen im Sinn von „gut/schlecht“ und „utilitär nützlich/unnützlich“ gesucht. Beispiele hierfür sind: „gut, besser, schlecht, schlechter, positiv, günstig, zahlt sich aus, falsch, zu wenig, erfolgreich, eine neue Chance, Vorteil, Nachteil, und dergleichen.“

3. An dritter Stelle begaben wir uns auf die Suche nach Behauptungen, die Relationen (a_r) enthalten. Wörter wie etwa „Gründe, Hauptgrund, Anlaß, beeinflussen, wozu, Voraussetzung, weit entfernt, teilnehmen an...“, und dergleichen“ beziehen sich auf a_r .

4. In der vierten Phase versuchten wir Urteile aufzufinden. Zunächst wurden Werte (a_i) gesucht. Wörter welche die „Wichtigkeit“ ausdrücken sind charakteristisch für diese Behauptung: „wichtig, bedeutend, interessiert, Interesse, eine entscheidende Rolle spielen“. Danach befaßten wir uns mit Fragen, die affektive Bewertungen (a_f) enthalten. Zur Veranschaulichung geben wir einige Beispiele: „angenehm, sympathisch, zufrieden, freundlich, vertrauenerweckend, gefallen, stören, befürchten, bedauern und dergleichen“. Aus dem zuvor erwähnten ist ersichtlich, daß sich diese Fragen mit sehr spezifischen Wörtern charakterisieren lassen. Für kognitive Urteile (a_i) trifft dies jedoch nicht zu, da sich diese Urteile auf sehr unterschiedliche Themen beziehen können. Diese Urteile wurden daher erst an letzter Stelle aufgespürt.

5. In der fünften Phase wurden Verhaltenstendenzen (a_t) und Präferenzen (a_{pr}) gesucht. Diese Behauptungen sind ganz anders als kognitive Urteile und können daher relativ einfach gefunden werden. Verhaltenstendenzen sind Präferenzen, wobei man angibt, sie in der Zukunft in Taten umsetzen zu wollen. Häufig enthalten Verhaltenstendenzen sowohl charakteristische Eigenschaften von Präferenzen als auch Merkmale von zukünftigem Verhalten. Wir suchten erst nach Verhaltenstendenzen, und die Fragen die übrigblieben, waren dann automatisch Präferenzen. Typische Stichwörter für Verhaltenstendenzen sind Hilfsverben die eine zukünftige Handlung einleiten, wie etwa „sind Sie bereit ..., würden Sie..., werden Sie..., käme es in Frage, daß Sie..., und dergleichen.“ Die Verben die dann folgten gaben die spezifische Handlung an. Beispiele von Stichwörtern, die Präferenzen andeuten, sind wie folgt: „für oder gegen, dafür oder dagegen, welche Alternative bevorzugen Sie, eine Partei wählen, wählbar, zusagen, vorziehen, entscheiden, und dergleichen“.

6. Danach wurden Normen (a_n), Staatliche Maßnahmen (a_p) und Rechte (a_r) aufgespürt. Diese Behauptungen kann man unabhängig von den anderen suchen, da sie sehr spezifische Stichwörter enthalten. Normen und staatliche Maßnahmen wurden als eine Kategorie aufgefaßt, da sie dieselben Stichwörter haben wie etwa: „sollten, soll, soll werden, kann...werden, etc.“ Für Rechte wurden die folgenden Wörter verwendet: „dürfen, dürften, darf, für richtig halten, recht haben, und dergleichen“.

7. Als nächstes wurden Erwartungen zukünftiger Ereignisse (a_{ex}) gesucht mit Stichwörtern wie etwa „erwarten Sie, wird sein, und dergleichen“.

8. Danach kamen Demographische (a_d) und Verhaltensfragen (a_b) an die Reihe. Demographische Merkmale beziehen sich auf Schulbildung, Alter, Beruf, Einkommen, Haushalt, Wohnung, Mitgliedschaft von Vereinen und dergleichen. Mit diesen Stichwörtern und einigen Varianten davon konnten demographische Fragen gefunden werden. Wenn man allerdings fragt, wie verantwortlich die Stellung ist oder wieviel Einbrüche man in der Wohnung gehabt hat, dann handelt es sich nicht mehr um demographische Fragen und muß man bei der Suche nach demographischen Fragen angeben, welche Wortkombinationen auszuschließen sind.

Verhaltensfragen unterscheiden sich deutlich von demographischen Fragen. Da es sich bei den letzteren meistens um Tätigkeiten des Befragten in der Vergangenheit und der Gegenwart handelt, sind Stichwörter nötig, wie etwa „haben Sie, hatten Sie“ und Handlungsverben, wie etwa „verbringen, empfangen, betreiben, kaufen, fahren und dergleichen“.

9. In der neunten Phase wurden zusammengesetzte Behauptungen gesucht. In den Fragebögen die wir zur Verfügung hatten, kamen Sicherheit eines Urteils (a_c) und Ermittlung der Intensität einer Behauptung (a_a) vor. Für die Suche von Sicherheit eines Urteils wurden Stichwörter verwendet, wie etwa „bestimmt, durchaus, sicher, vielleicht, eventuell, etc.“ Die Anzahl der Behauptungen, die eine Ermittlung der Intensität enthielten, war sehr gering und die Fragen konnten mit den Stichwörtern „für wie gut halten Sie...“ aufgespürt werden.

10. Zuletzt wurden kognitive Urteile (a_i) gesucht. Wegen der Vielfalt der Stichwörter wurden sie erst am Ende unter Ausschließung der anderen Kategorien aufgespürt.

Nach dieser Beschreibung des halbautomatischen Suchverfahrens von Frageinhalten beschreiben wir im folgenden das Suchverfahren der Frageformen.

5.3 Die Entwicklung der computergestützten Kodierungsmethode für Frageformen

Für Frageformen entwickelten wir das folgende Suchverfahren:

1. Zuerst wurden Fragen gesucht, die sich auf einen Ort (P) beziehen mit dem Wort „wo“.

2. Danach wurden Zeitfragen (I) und ein Teil der W-Fragen aufgespürt. Für die Zeitfragen sind die Stichwörter „wann“ und „in welchem Jahr“ verwendet worden. Kausalfragen (WHY) wurden gesucht mit „warum, wodurch, worum, womit“ und mit „was waren die Ursachen“. Danach wurden die „wer“, „was“ und „wie“ Fragen mit den ent-

sprechenden Pronomen gesucht. Wenn „was“ und „wie“ in einer anderen Bedeutung vorkamen, konnten wir diese Wendungen mit einfachen Mitteln ausschließen.

3. An dritter Stelle wurden die Frageformen „welche“, „was für ein“ gesucht mit den Stichwörtern „was“ und „welche“. Da diese Kodierung nach dem zweiten Schritt erfolgt, gab es keine Probleme mit dem substantivistischen „was“, da es an dieser Stelle bereits ausgeschlossen war.

4. Die zuvor erwähnten Frageformen konnten auch eingebettet sein in Wendungen, wie etwa „Ist Ihnen aufgefallen, daß...; Erinnern Sie sich...; Kennen Sie...; Haben Sie gehört...; etc.“ Diese Fragen nannten wir Wissensfragen (K), da man ausdrücklich nach der Kenntnis des Befragten von allerlei Tatbeständen fragt. Wissensfragen waren relativ einfach aufzuspüren.

5. Nun wurden Frageformen gesucht, die Aussagen enthalten. Es geht hier um die Frageformen A und HA. A Fragen beziehen sich auf die Zustimmung mit einer Aussage oder deren Ablehnung und HA Fragen ermitteln das Ausmaß der Zustimmung oder Ablehnung. Stichwörter für A Fragen waren „Aussagen, Behauptungen, Meinungen“ in Kombination mit „zutreffen/nicht zutreffen, zustimmen/nicht zustimmen, zuneigen/nicht zuneigen“. Bei HA Fragen wurde noch nach dem Ausmaß gefragt, wie etwa „volle Übereinstimmung/teilweise Übereinstimmung, stimmt/stimmt gar nicht, trifft sehr zu/trifft etwas zu und dergleichen“.

6. Als letztes wurden die HQ und Q Frageformen aufgespürt. HQ Fragen messen, inwieweit eine Eigenschaft vorhanden ist und enthalten daher Wörter die eine Gradierung angeben, wie etwa „wie groß...wie sicher... wie zufrieden... sehr gut/eher gut/eher schlecht/sehr schlecht und dergleichen“. Nachdem die HQ Fragen gefunden waren, blieben als Restkategorie die Q Fragen übrig. Hier erwies sich unser sequentielle Verfahren wiederum als sehr nützlich, da Q Fragen sehr viele Formen annehmen können und daher schwer zu umschreiben sind.

Nach dieser Beschreibung des Klassifikationsverfahren von Frageformen, können wir im nächsten Abschnitt auf den Test des Verfahrens kurz eingehen.

5.4 Test des entwickelten Verfahrens

Das entwickelte Verfahren wurde mit der zweiten Hälfte der Fragen getestet. Das sequentielle Suchverfahren erwies sich ebenfalls als sehr brauchbar und es mußten keine Veränderungen in der Reihenfolge angebracht werden. Die Wortkriterien mußten jedoch ergänzt werden. Die meisten Ergänzungen fanden bei Frageinhalten statt, was verständlich ist, da man für die Formulierung von Begriffen über sehr viele Ausdrucks-

möglichkeiten verfügt. Aber auch bei Frageformen wurden einige Wortkriterien hinzugefügt.

Tabellen 6 und 7 vergleichen die Handkodierungen, die vom ersten Autor dieses Aufsatzes stammen, mit den Computerkodierungen anhand der Wortkriterien. Tabelle 6 bezieht sich auf die Frageformen und Tabelle 7 auf die Frageinhalte. Aus den Tabellen ersieht man, daß die Übereinstimmung zwischen den Handkodierungen und den Computerkodierungen ziemlich hoch ist. Das Computerverfahren konnte in den meisten Fällen alle Fragen entdecken. Manuell sind etwas mehr Fehler gemacht worden. Es handelt sich dabei hauptsächlich um Flüchtigkeitsfehler.

Auf Grund dieses Testergebnisses kann man schließen, daß das Verfahren brauchbar ist und daß man nach weiteren Analysen Wortkriterien erstellen können wird, die kaum noch Ergänzungen erfordern.

6. Problematische Fragen

In diesem Abschnitt wollen wir noch einige Fragen behandeln, die falsch formuliert wurden und deshalb nicht klassifiziert werden konnten. So etwa enthält Tabelle 6 eine Kategorie, die wir mehrfache Frageformen genannt haben und die noch einer kurzen Erläuterung bedarf, da sie nicht in unsere Klassifikation paßt. In den Fragebögen des Testes kamen in 14 Fällen Mehrfachfragen vor wie etwa:

„Warum haben Sie damals gerade diesen Beruf gewählt? Wer oder was hat Sie bei der Berufswahl beeinflusst?“

Mittels Handkodierung wurde festgestellt, was die Hauptfrage ist. Meistens ist es die zweite Frage, da sich die Antwortkategorien darauf beziehen und die Vorfragen als Einleitung oder rhetorische Fragen gewertet werden können. In diesem Beispiel ist es „wer oder was“, weil sich die folgenden Antwortalternativen darauf beziehen:

1. Eltern
2. Verwandte
3. Freunde
4. Lehrer
5. Berufsberater
6. Es entsprach am ehesten meinen Neigungen
7. Es ergab sich so

Wie bereits erwähnt, wurde die Hauptfrage in diesen mehrfachen Fragen durch Handkodierung festgestellt und der Kategorie „mehrfach wer oder was“ zugeordnet. Dieses

Beispiel zeigt deutlich, daß unser Verfahren halbautomatisch ist und noch manuelle Kontrollen benötigt.

Weshalb man Fragen auf diese Weise formuliert, ist nicht deutlich. Unserer Meinung nach handelt es sich um ein nachlässiges Formulieren, weil man diese Vorfragen nicht beantwortet haben will. Da sie auch Befragte verwirren können, sind diese Mehrfachfragen eher zu vermeiden.

Tabelle 7 enthält eine Kategorie mit mehrfachen Frageinhalten, die ebenfalls einer kurzen Erklärung bedarf. In fünf Fragen wurden Antwortalternativen mit verschiedenen Frageinhalten angegeben, das heißt, daß mehrere Begriffe in ein und derselben Frage verwendet wurden und sie deshalb nicht klassifiziert werden konnte, da in der Formulierung Fehler unterlaufen sind. Häufig bestehen diese Fragen auch aus mehrfachen Frageformen. Es folgen nun einige Beispiele:

„Was würde es für Sie bedeuten, wenn Sie sich morgen auf die Suche nach einem neuen Arbeitsplatz machen müßten? Welche dieser Antworten trifft am besten auf Sie zu?“

1. Das wäre eine neue Chance, ich fände schon etwas Entsprechendes
2. So gut wie jetzt ginge es mir zwar nicht, aber lange bliebe ich sicher nicht arbeitslos
3. Davor hätte ich Angst

Abgesehen davon, daß diese Frage auch zwei Frageformen enthält, nämlich „was“ und „welche“, wobei sich jedoch anhand des Stichwortes „zutreffen“ herausstellt, daß es sich um eine Zustimmung oder Ablehnung (A) handelt, enthalten die Aussagen der Antworten verschiedene Begriffe. Die erste Antwortkategorie besteht aus zwei verschiedenen Begriffen. „Das wäre eine neue Chance“ drückt eine zukünftige Erwartung (a_{∞}) aus und „ich fände schon etwas Entsprechendes“ könnte als eine Handlungstendenz (a_t) klassifiziert werden. Die zweite Antwortkategorie bezieht sich wiederum auf zwei verschiedene Begriffe. „So gut wie jetzt ginge es mir zwar nicht“ könnte als eine Evaluation (a_e) klassifiziert werden, während man „aber lange bliebe ich sicher nicht arbeitslos“ als eine evaluative Überzeugung ($a_{eb}=sD_{cy}$) betrachten könnte.

Die dritte Alternative „Davor hätte ich Angst“ ist eine affektive Bewertung $a_f=(xIf)$. Dieses Beispiel zeigt deutlich auf, daß es nicht in unsere Klassifikation paßt, da sich diese Frage auf mehrere, nicht übereinstimmende, intuitive Begriffe bezieht.

Das nächste Beispiel, das wir hier anführen ist ebenfalls problematisch:

„Wo haben Sie persönlich vielleicht ein Sparbuch, Konto, einen Kredit oder ähnliches? Ich meine, mit welchem Geldinstitut stehen Sie persönlich in irgendeiner geschäftlichen Verbindung?“

Auch hier sind wiederum zwei Frageformen verwendet worden, nämlich „wo“ und „welchem“, wobei angegeben ist, daß die zweite Frage die Hauptfrage ist. Die erste Frage besteht aus einem demographischen Merkmal $a_d=(xIc)$ „wo haben Sie ein Sparbuch...“ während die zweite Frage eine Relation enthält „mit welchem Geldinstitut stehen sie persönlich in irgendeiner geschäftlichen Verbindung“ $a_r=(sRy)$.

Ein anderes Beispiel lautet wie folgt:

„Wie ordnen Sie verschiedene Eigenschaften rein gefühlsmäßig diesen Geldinstituten zu? Nehmen wir einmal die Eigenschaft „groß und bedeutend“. Zu welchem der Geldinstitute paßt „groß und bedeutend“ am besten? Und zu welchem am zweitbesten? Und an dritter, vierter und fünfter Stelle?“

Abgesehen von den zwei Frageformen „wie“ und „welchem“, wobei die zweite Frage wiederum die Hauptfrage ist, besteht der erste Frageinhalt aus zwei Begriffen: einem Verhalten „wie ordnen Sie...zu“ $a_b=(sDy)$ und einer affektiven Bewertung mit dem Stichwort „gefühlsmäßig“. Diese Begriffskombination ist in unserer Klassifikation nicht vorhanden und kann deshalb nicht klassifiziert werden. Die Hauptfrage ist eine Präferenz: „zu welchem der Geldinstitute paßt... am besten, zweitbesten...“ $a_{pr}=(xPy,z\dots)$. Die Prädikate sind „groß und bedeutend“ und beziehen sich wiederum auf zwei verschiedene intuitive Begriffe, nämlich auf ein kognitives Urteil und auf eine Evaluation. Auch diese Begriffskombination ist in unserem Schema nicht vorhanden, da es eine falsche Formulierung betrifft, die in der Literatur als „double-barrelled“ bezeichnet wird.

Mit diesen Beispielen wollten wir darauf hinweisen, daß die Verwendung verschiedener Frageformen und Frageinhalte in ein und derselben Frage sehr verwirrend sein kann, nicht nur für die Untersucher sondern vor allem für die Befragten, was wiederum Folgen hat für die Qualität der Antworten. Wenn man unsere Klassifikation verwendet, kann man derartige Fehler schnell entdecken.

7. Zusammenfassung

Aus dieser Studie geht deutlich hervor, daß das von uns entworfene Verfahren imstande ist, Fragen nach Inhalt und Form zu klassifizieren anhand der intuitiven Begriffe, die in den Tabellen 4 und 5 beschrieben wurden. Man kann damit alle Fragen eines Fragebogens relativ problemlos klassifizieren. Zudem kann untersucht werden, ob die Fragen sich auf homogene intuitive Begriffe beziehen oder ob sie aus verschiedenartigen, intuitiven Begriffen aufgebaut sind oder ob sie Fehler enthalten. Das letztere wurde im vorigen Abschnitt erörtert.

Tabelle 6: Vergleich der Qualität der Handkodierungen mit den Computerkodierungen für Frageformen

Frageformen	Gleiche Kodierungen	Ergebnis Unterschiedliche Fehler Kodierer	Kodierungen Fehler Computer	Total
Wo (P)	5	-	-	5
Wann (I)	4	-	-	4
Warum (WHY)	5	-	-	5
Wer (WHO)	3	-	-	3
Was (WHAT)	16	1	-	17
Wie (HOW)	8	2	-	10
Welche (WHICH)	41	1	1	43
Wissen (K)	9	1	-	10
HQ	115	2	1	118
HA	18	-	-	18
A	11	-	-	11
Q	61	-	1	62
Mehrfache Frageformen	14	-	-	14
Total	310	7	3	320

Tabelle 7: Vergleich der Qualität der Handkodierungen mit den Computerkodierungen für Frageinhalte

Frageinhalte	Gleiche Kodierungen	Ergebnis Unterschiedliche Fehler Kodierer	Kodierungen Fehler Computer	Total
aeb	28	1	-	29
ae	44	8	-	52
ae	17	-	-	17
ai	9	-	-	9
aif	36	2	1	39
ai	8	-	-	8
apf	14	-	1	15
ap, an	10	-	-	10
ar	2	-	-	2
ax	11	-	-	11
ai	41	3	1	45
ab	40	2	-	42
ace	5	-	-	5
ai	2	-	-	2
ä	27	2	-	29
Mehrfache Frageinhalte	5	-	-	5
Total	299	18	3	320

Da wir in Zukunft über ein effizientes und zuverlässiges Verfahren verfügen wollen, womit große Fragebestände schnell analysiert werden können, wurde ein computergestütztes Verfahren entwickelt. Die Testergebnisse dieses halbautomatischen Verfahrens waren zufriedenstellend und wir erwarten deshalb, daß mit der Zunahme unseres Fragebestandes die Wortkriterien erweitert werden können, so daß stets weniger Handkodierungen benötigt werden und das Verfahren ein hohes Maß an Zuverlässigkeit erreicht.

Hiermit eröffnet sich auch die Möglichkeit, Fragebestände von großen Forschungsprojekten, die zugänglich sind (Andrews 1984, Költringer 1995, Scherpenzeel/Saris 1997), nach ihrer Qualität (Zuverlässigkeit und Gültigkeit) zu beurteilen. Man könnte dann über Kenntnis hinsichtlich der Qualität aller Fragen eines Fragebogen verfügen, bevor die Befragung stattfindet. Dies könnte eine erhebliche Qualitätsverbesserung von Fragebögen bewirken, da dieses Wissen auch bei der Formulierung von Fragen benutzt werden kann. Diese Studie sollte ein erster Ansatz dazu sein.

Derzeit ist das hier dargelegte Klassifikationsschema vor allem bei der Formulierung von Fragen nützlich. Wenn man einen Begriff gewählt hat und weiß, was man messen will, kann man mit Hilfe dieses Schemas aus den verschiedenen alternativen Formulierungen die meist geeignete Frage wählen.

Korrespondenzadresse

*Irmtraud Gallhofer, Willem E. Saris
Meander 407, 1181 WN Amstelveen, Niederlande
E-Mail: WSaris@attglobal.net*

Literatur

- Ajzen, I./Fishbein, M., 1980: Understanding attitudes and predicting social behavior. Englewoods Cliffs, N.J.: Prentice Hall.
- Ajzen, I., 1989: Attitude structure and behavior. S. 241-247 in: A.R.Pratkanis/S.J.Breckler/A.G. Greenwald (Hrsg.), Attitude structure and function, Hillsdale N.J.: Erlbaum.
- Ajzen, I., 1991: The theory of planned behavior. Organizational behavior and human decision processes 50: 179-211.
- Alwin, D. F./Krosnick, J.A., 1991: The reliability of survey attitude measurement: the influence of question and respondent attributes. Sociological Methods and Research 20: 139-181.
- Andrews, F.M., 1984: Construct validity and error components of survey measures: a structural modelling approach. Public Opinion Quarterly 48: 409-422.

- Bagozzi, R.P., 1989: An investigation of the role of affective and moral evaluations in the purposeful behavior model of attitude. *British Journal of Social Psychology* 28: 97-113.
- Blalock, H.M., Jr., 1968: The measurement problem: A gap between the languages of theory and research. S. 5-27 in: H.M. Blalock, Jr./A.B. Blalock (Hrsg.), *Methodology in the Social Sciences*. London: Sage.
- Blalock, H.M., Jr., 1990: Auxiliary measurement theories revisited. S. 33-48 in: J.J. Hox/J. De Jong (Hrsg.), *Operationalization and Research Strategy*. Amsterdam: Swets and Zeitlinger.
- Bradburn, N.M./Sudman, S., 1988: *Polls and Surveys. Understanding what they tell us*. San Francisco: Jossey-Bass.
- Brinkman, J., 1994: *Vragenlijst*. Groningen: Wolters-Noordhoff.
- Bürklin, W. P., 1980: Links und/oder Demokratisch? *Politische Vierteljahrschrift* 21: 220-247.
- Coleman, J.S., 1990: *Foundations of Social Theory*. Cambridge MA.: Belknap Press of Harvard University.
- Converse, J.M./Schuman, H., 1984: The manner of inquiry: An analysis of survey questions from across organizations and over time. S. 283-316 in: C.F. Turner/E. Martins (Hrsg.), *Surveying subjective phenomena*. Vol. 2. New York: Russel Sage Foundation.
- Cornelius, R.R., 1996: *The science of emotion. Research and tradition in the psychology of emotions*. New Jersey: Prentice Hall.
- Dahrendorf R., 1965: *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland*. München: Deutscher Taschenbuchverlag.
- Dillon, J.T., 1984: The classification of research questions. *Review of Educational Research* 54: 327-361.
- Eagly, A.H./Chaiken, S., 1993: *The psychology of attitudes*. New York: Harcourt, Brace Jovanovich.
- Fishbein, M./Ajzen, I., 1975: *Belief, attitude, intention and behavior: An introduction to theory and research*. Reading MA.: Addison Wesley.
- Graesser, A.C./Bommarreddy, S./Swamer, S./Golding, J.M., 1996: Integrating questionnaire design with a cognitive computational model of human question answering. S. 143-174 in: N. Schwarz/S. Sudman (Hrsg.), *Answering questions: Methodology for determining cognitive and communicative survey research*. San Francisco: Jossey-Bass.
- Harary, F. 1971: *Graph theory*. London: Addison-Wesley.
- Helmers, H.M./Mokken, R.J./Plijer, R.C./Stokman, F.N. 1975: *Graven naar macht. Op zoek naar de kern van de Nederlandse economie*. Amsterdam: Van Gennep.
- Homans, G.C., 1965: *The Human Group*. 5th edition. London: Routledge and Kegan.
- Holsti, O.R., 1996: *Public opinion and American Foreign Policy*. Ann Arbor: The University of Michigan Press.
- Hox J.J. 1997: From theoretical concept to survey question. S. 47-70 in: L. Lyberg/P. Biemer/M. Collins/E. de Leeuw/C. Dippo/N. Schwarz/D. Trewin (Hrsg.), *Survey measurement and process quality*. New York: Wiley.

- Kaase M., 1971: Demokratische Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland. *Sozialwissenschaftliches Jahrbuch für Politik* 2: 119-326.
- Kearsley, G.P. 1976: Questions and question asking in verbal discourse: a cross disciplinary review. *Journal of Psycholinguistic Research* 5: 355-375.
- Kelley, H.H./Michela, J.L., 1980: Attribution theory and research. *Annual Review of Psychology* 31: 475-501.
- Klingemann, H. D., 1997: The left-right self-placement question in face to face and telephone surveys. *Zuma Nachrichten Spezial* 2: 113-124.
- Költringer, R., 1993: Gültigkeit von Umfragedaten. Wien: Böhlau.
- Knoke, J./Kuklinski, J.H., 1982: Network analysis. Quantitative applications in the social sciences. Vol. 28. Beverly Hills CA: Sage.
- Kretch, D./Crutchfield, S.R., 1948: Theories and problems in social psychology. New York: McGraw-Hill.
- Krosnick, J.A./Abelson, R.P., 1991: The case for measuring attitude strength in surveys. S. 177-203 in: J. Tanur (Hrsg.), Questions about questions. Inquiries into the cognitive bases of surveys. New York: Russel Sage Foundation.
- Lipset S.M. 1963: Political Man: the social basis of politics. Garden City N.Y.: Doubleday.
- Meyer, M. (Hrsg.), 1988: Questions and questioning. Berlin: de Gruyter.
- Molenaar, N.J., 1986: Formulierungseffekten in survey-interviews. Amsterdam: VU-uitgeverij.
- Northrop, F.S.C., 1947: The logic of sciences and the humanities. New York: World Publishing Company.
- Oppenheim, A.N., 1966: Questionnaire design and attitude measurement. London: Heinemann.
- Oskamp, S., 1991: Attitudes and opinions. 2nd edition. Englewoods Cliffs N.J.: Prentice Hall.
- Parsons, T., 1951: The social system. Glencoe Ill.: Free Press.
- Rabinowitz, G./Macdonald, S.E./Lishuag, O., 1991: New Players in an Old Game: Party Strategy in Multiparty Systems. *Comparative Politics* 24: 147-185.
- Rokeach, M., 1973: The nature of human values. New York: Free Press.
- Saris, W.E., 1998: The split ballot MTMM experiment: An alternative way to evaluate the quality of questions (Manuskript zur Publikation angeboten).
- Saris, W.E./Gallhofer, I.N., 1997: Formulation and Classification of questions (Manuskript zur Publikation angeboten).
- Saris, W.E./Gallhofer, I.N., 1998: Classificatie van survey-vragen. *Tijdschrift voor Communicatiewetenschappen* 26: 98-121.
- Scherpenzeel, A.C./Saris, W.E., 1997: The validity and reliability of survey questions: A meta-analysis of MTMM studies. *Sociological methods and Research*. 25: 341-383.
- Schuman H./Presser, S., 1981: Questions and answers in attitude survey: experiments on question form, wording and context. New York: Academic Press.

- Smith, T.W., 1987: The art of asking questions 1936-1985. *Public Opinion Quarterly* 51: 95-108.
- Sniderman, P.M./Brody, R.A./Tetlock, P.E., 1991: *Reasoning and Choice: Explorations in Political Psychology*. Cambridge MA: Cambridge University Press.
- Sorokin, P., 1928: *Contemporary sociological theories*. New York: Harper.
- Sudman, S./Bradburn, N.M./Schwarz, N., 1982: *Asking questions. A practical guide to questionnaire design*. San Francisco: Jossey-Bass.
- Tesser, A./Martin, L., 1996: The Psychology of Evaluation. S. 400-432 in: E.T. Higgins/A.W. Kruglanski (Hrsg.), *Social Psychology. Handbook of basic principles*. New York: Guilford Press.
- Torgerson, W. S., 1958: *Theory and methods of scaling*. New York: Wiley.
- Van der Pligt, J./De Vries, N.K., 1995. *Opinies en attitudes. Meting, modellen en theorie*. Amsterdam: Boom.
- Von Winterfeldt, D./Edwards, W., 1986: *Decision analysis and behavioral research*. Cambridge MA: Cambridge University Press.
- Zanna, M.P./Rempel, J.K., 1988: Attitudes: a new look at an old concept. S. 114-125 in: D. Bar-Tal/A. Kruglanski (Hrsg.), *The social psychology of knowledge*. Cambridge MA: Cambridge University Press.

WELCHE GEMEINDE REPRÄSENTIERT DIE „MITTE“ DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN?

WOLFGANG GERß¹

Durch ein multivariates statistisches Modell wird der „Mittelpunkt“ eines Gebietes in Abhängigkeit von beliebig vorzugebenden Merkmalen bestimmt. Die Mitte ist dabei im übertragenen Sinn – wie typisch, normal oder durchschnittlich – gemeint, das Modell kann jedoch anschaulich aus der geographischen Mitte abgeleitet werden. Die Modellkonstruktion geht von den multivariaten Distanzen zwischen den Teilen des Gebietes aus. Als Distanzmaß wird die Mahalanobis-Distanz der Euklid-Distanz vorgezogen. Als Mitte des Gebietes wird derjenige Gebietsteil angesehen, für den die Summe der – nach bestimmten Merkmalen berechneten – Mahalanobis-Distanzen zu allen anderen Gebietsteilen am kleinsten ist. Dieses Modell wird auf Daten für die Gemeinden des Landes Nordrhein-Westfalen angewendet. Die Daten sind 40 Merkmale aus dem Bestand der amtlichen Landesdatenbank, die in vier Merkmalsgruppen zusammengefaßt werden. Nach jeder Gruppe ergibt sich eine Gemeinde, die den demographischen, sozialen, ökonomischen oder ökologischen Mittelpunkt des Landes darstellt. Die Programmierung ermöglicht auch die praktikable Einbeziehung einer noch größeren Anzahl von Merkmalen.

Using a multivariate statistical model, the “central point” of a region is determined dependent on variables specified in content and number as needed. In this connection, the centre is defined in a figurative sense – as typical, normal or average -, but the model can be derived, by way of illustration, from the geographical centre. The construction of the model proceeds from the multivariate distances between the parts of the region. The Mahalanobis-distance is preferred to the Euklid-distance as measure of distance. That part of the region taken as its centre is that for which the sum of the Mahalanobis-distances – computed with certain variables – is minimal from all other parts. This model is applied to data on the municipalities of the Land Nordrhein-Westfalen, consisting of 40 variables from the official Land data bank, catego-

1 Ich danke meinem Sohn Dipl.-Stat. Joachim Gerß für die Programmierung.

rized in four groups of variables. One municipality is determined for each group which represents the demographical, social, economical or ecological centre of the Land. The programming makes it possible to include an even larger number of variables.

1. Anlaß

Die „Gesellschaft für Konsumforschung“ hat ein Verfahren entwickelt, durch das Marketingpläne in einem Testort erprobt werden (GfK 1998). In diesem Ort werden Daten über das reale Kaufverhalten ermittelt und anschließend auf den nationalen Gesamtmarkt hochgerechnet. Der ausgewählte Testort muß dazu als normale Durchschnittsgemeinde typisch für den Gesamtmarkt sein. Er muß den sozio-demographischen Mittelpunkt der Bundesrepublik Deutschland darstellen. Diese Mitte sehen die Marktforscher in der Gemeinde Haßloch in Rheinland-Pfalz. Mit etwa einem Drittel weist ein besonders hoher Anteil der Haßlocher Haushalte nach verschiedenen Merkmalen (Lebensalter, Einkommen, Anzahl der Familienmitglieder) Durchschnittswerte aller deutschen Haushalte auf. Die Kaufkraft der Haßlocher Haushalte entspricht ungefähr dem Bundesdurchschnitt. Die wesentlichen Gründe zur Auswahl von Haßloch sind aber der hohe Grad der Bedarfsdeckung der Haushalte vor Ort (circa 90 bis 95 Prozent), die Existenz aller relevanten Geschäftstypen des Lebensmittel Einzelhandels und der frühzeitige Anschluß an das Kabelfernsehen (briefliche Mitteilung der GfK). Der letztgenannte Grund war die Voraussetzung dafür, daß hier der erste elektronische Testmarkt in Europa installiert werden konnte.

2. Methode

Die Methode der GfK geht von einer verhältnismäßig geringen Anzahl inhaltlich sehr unterschiedlicher Merkmale aus, deren als verschieden angesehene Wichtigkeit vorgegeben wird und aus denen ein einziger Durchschnittswert aller betrachteten Orte – als „mittlerer“ Ort – abgeleitet wird. Die folgenden Ausführungen wurden von den Arbeiten der GfK angeregt. Anders als bei der GfK wird hier eine Methode dargestellt, bei der die beliebig vielen einzubeziehenden Merkmale nach ihren Inhalten in Merkmalsgruppen klassifiziert werden, für die sich verschiedene gruppenspezifische „Mitten“ ergeben. Dabei sollen die einzelnen Merkmale nicht von vornherein als mehr oder weniger wichtig behandelt werden; das Gewicht, mit dem jedes Merkmal in den Durchschnitt eingeht, soll sich vielmehr aus der Methode selbst ergeben. Damit ist sichergestellt, daß das Rechenergebnis nicht mehr von subjektiven Vorgaben beeinflusst wird, nachdem die Merkmalsgruppen definiert und die zugehörigen Merkmale be-

stimmt worden sind. Die gestellte Aufgabe besteht darin, ein multivariates statistisches Modell zu konstruieren und anzuwenden, das den „Mittelpunkt“ eines Gebietes in Abhängigkeit von beliebig vorzugebenden Merkmalen, im übrigen aber automatisch bestimmt. Das „Gebiet“ ist das Land Nordrhein-Westfalen, die „Punkte“ - von denen einer in der „Mitte“ liegt - sind die einzelnen Gemeinden. Wenn auch die Lage in der Mitte im übertragenen Sinn - wie typisch, normal oder durchschnittlich - gemeint ist, so liegt es doch nahe, zur Veranschaulichung zunächst von der geographischen Mitte auszugehen. Die geographische Mitte hat mit den im folgenden definierten Mitten inhaltlich nichts zu tun, sie ist jedoch zur Erläuterung des statistischen Modells wegen ihrer einfachen formalen Eigenschaften - die dann gegebenenfalls komplizierteren anderen Mitten angepaßt werden müssen - besonders gut geeignet. Der Mittelpunkt eines kreisförmigen Gebietes ist dadurch gekennzeichnet, daß die Entfernungssumme zu allen anderen Punkten am kleinsten ist. Dementsprechend wird die geographische Mitte eines sich wie Nordrhein-Westfalen nach allen Richtungen einigermaßen gleichmäßig ausdehnenden Landes von derjenigen Gemeinde eingenommen, für die die Summe der geradlinigen Entfernungen zu allen anderen Gemeinden am kleinsten ist (Abbildung 1).

Die Entfernungen zwischen den 396 Gemeinden des Landes sind in der Landesdatenbank Nordrhein-Westfalen gespeichert (Plewa 1985). Die Lage jeder Gemeinde wurde dabei nicht nach dem geometrischen Schwerpunkt der gesamten Gemeindefläche, sondern nach dem Ortsmittelpunkt des besiedelten Bereichs bestimmt. Die siedlungsgeographische Mitte des Landes Nordrhein-Westfalen ist danach die Stadt Herdecke. Die Entfernung zwischen zwei Gemeinden kann nach dem Satz des Pythagoras mit den Rechts- und Hochwerten der Gauß-Krüger-Koordinaten berechnet werden. Die Variable „geradlinige Entfernung“ wird dadurch auf zwei voneinander unabhängige Variablen - die horizontale und die vertikale Strecke - zurückgeführt. Auf diese Weise wird aus dem univariaten ein bivariates Modell der Entfernungsmessung. So haben zum Beispiel die Städte Bielefeld und Düsseldorf die folgenden Gauß-Krüger-Koordinaten (siehe Abbildung 2).

Bielefeld: Hochwert $B_H = 5\,768\,324$ m, Rechtswert $B_R = 2\,673\,790$ m

Düsseldorf: Hochwert $D_H = 5\,677\,000$ m, Rechtswert $D_R = 2\,555\,200$ m

Abbildung 1: Summe der Entfernungen jeder einzelnen von den 395 anderen Gemeinden des Landes Nordrhein-Westfalen

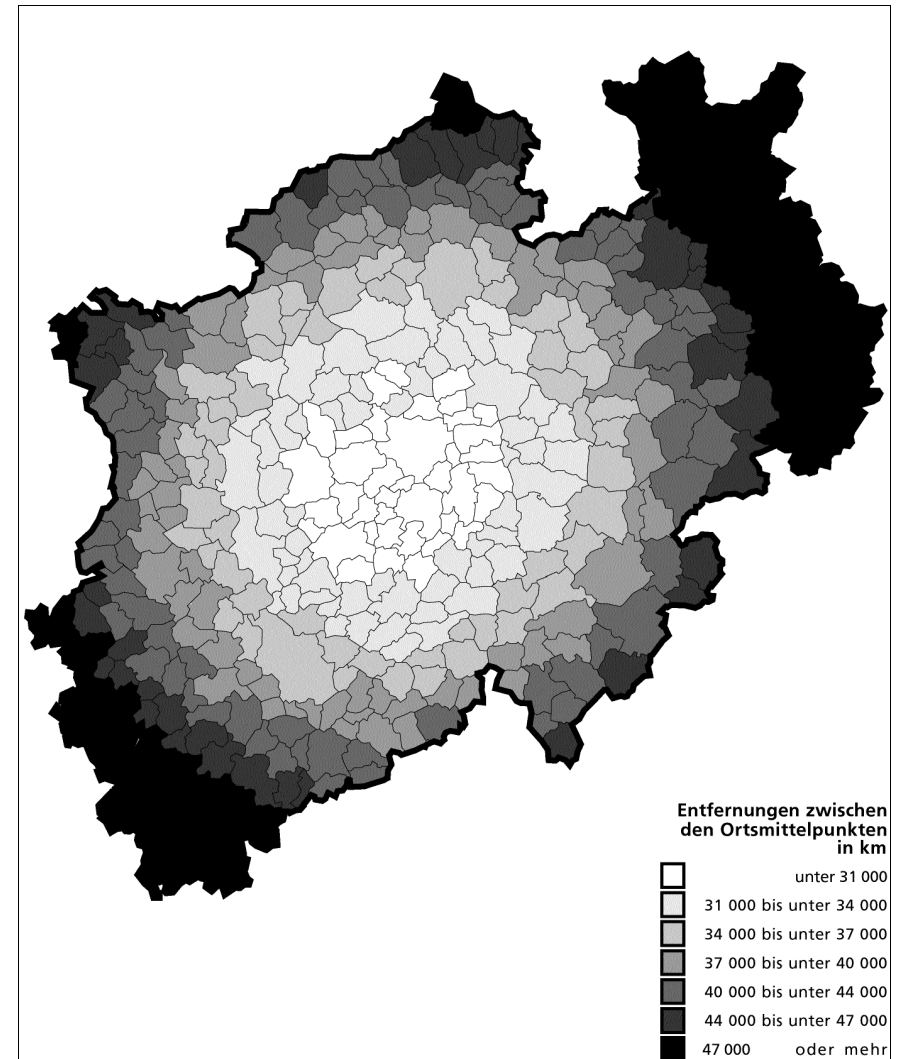
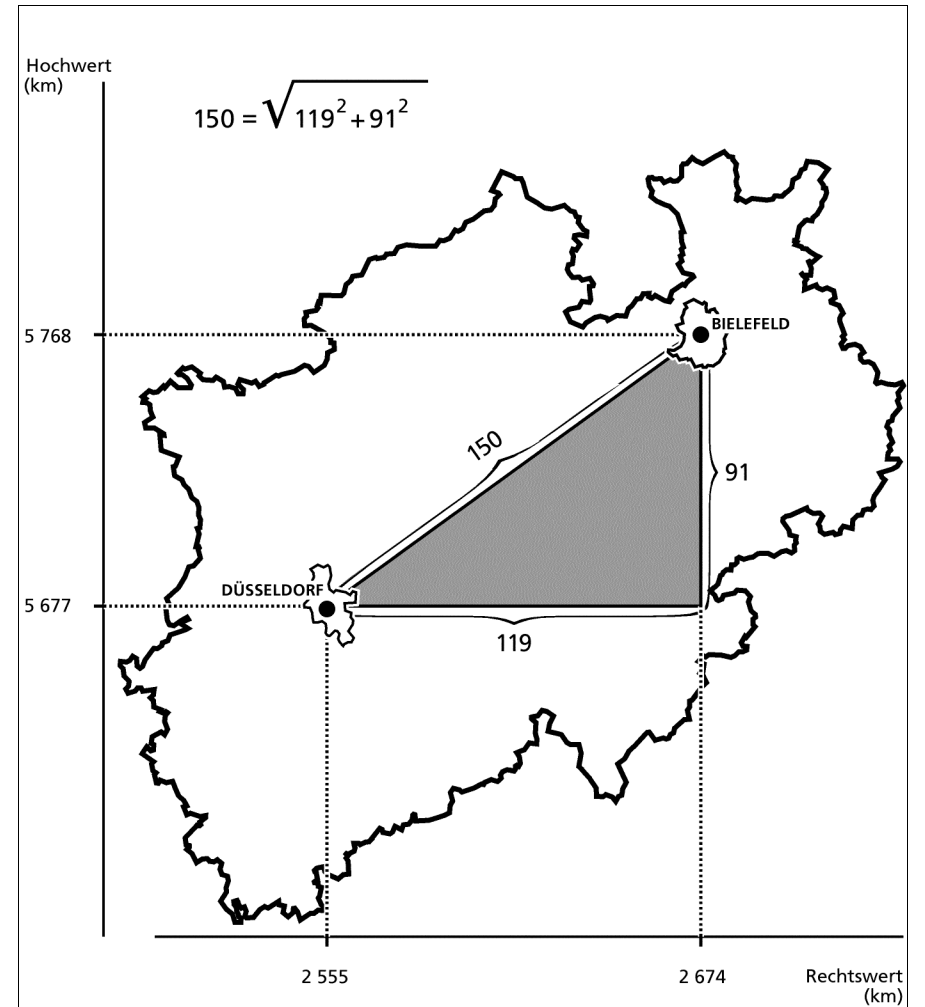


Abbildung 2: Entfernung zwischen Bielefeld und Düsseldorf sowie Hoch- und Rechtswerte der Gauß-Krüger-Koordinaten



Die Entfernung zwischen Bielefeld und Düsseldorf (\overline{BD}) wird entweder univariat (als Länge der Hypotenuse) direkt gemessen oder bivariat (nach den Längen der beiden Katheten) aus den Koordinaten berechnet:

$$\overline{BD} = 149 \quad 679 \quad m = \sqrt{(B_H - D_H)^2 + (B_R - D_R)^2}$$

Die so berechnete Entfernung zwischen den beiden Gemeinden ist – in Anlehnung an geometrische Bezeichnungen – deren geographische „Euklid-Distanz“. Im übertragenen Sinn – wie in der Clusteranalyse (Bock 1974) – ist die Euklid-Distanz Δ_E zwischen zwei Gemeinden A und B nach zwei beliebigen Variablen X_1 und X_2 wie folgt definiert:

$$\Delta_E = \sqrt{(x_{1A} - x_{1B})^2 + (x_{2A} - x_{2B})^2}$$

In der Clusteranalyse wird das ursprüngliche bivariate Modell der Euklidischen Distanzmessung wie folgt zu einem multivariaten Modell mit m Variablen X_j erweitert ($j = 1, 2, \dots, m$):

$$\Delta_E^2 = \sum_{j=1}^m (x_{jA} - x_{jB})^2$$

Die quadrierte Euklid-Distanz kann zur Vereinfachung der Formelschreibweise verwendet werden, weil die kleinste Summe der quadrierten Distanzen zu derselben Gemeinde führt wie die hier interessierende kleinste Summe der nichtquadrirten Distanzen. In Matrix-Schreibweise ist die quadrierte Euklid-Distanz zwischen zwei Gemeinden A und B (d = Spaltenvektor, d^t = Zeilenvektor der Merkmalsdifferenzen aller m Variablen zwischen den beiden Gemeinden):

$$\Delta_E^2 = d^t d$$

In Abbildung 2 werden die Werte der Gemeinden in zwei Variablen als Punkte im ersten Quadranten eines Koordinatensystems dargestellt. Zur Anwendung des Satzes des Pythagoras müssen die beiden Achsen je Variablenpaar senkrecht aufeinander stehen. Wenn viele Gemeinden – zum Beispiel die 396 Gemeinden des Landes Nordrhein-Westfalen – gemeinsam betrachtet werden, sind die beiden Variablen dann voneinander unabhängig, wenn die beiden Achsen – gegebenenfalls nach ihrer Parallelverschiebung – außerdem die gesamte dargestellte Punktwolke eng umschließen. Die Erfüllung dieser beiden Forderungen zusammen ist dann möglich, wenn die Punkte – die den (hier sämtlich positiven, allgemein aber beliebigen) Merkmalswerten der Ge-

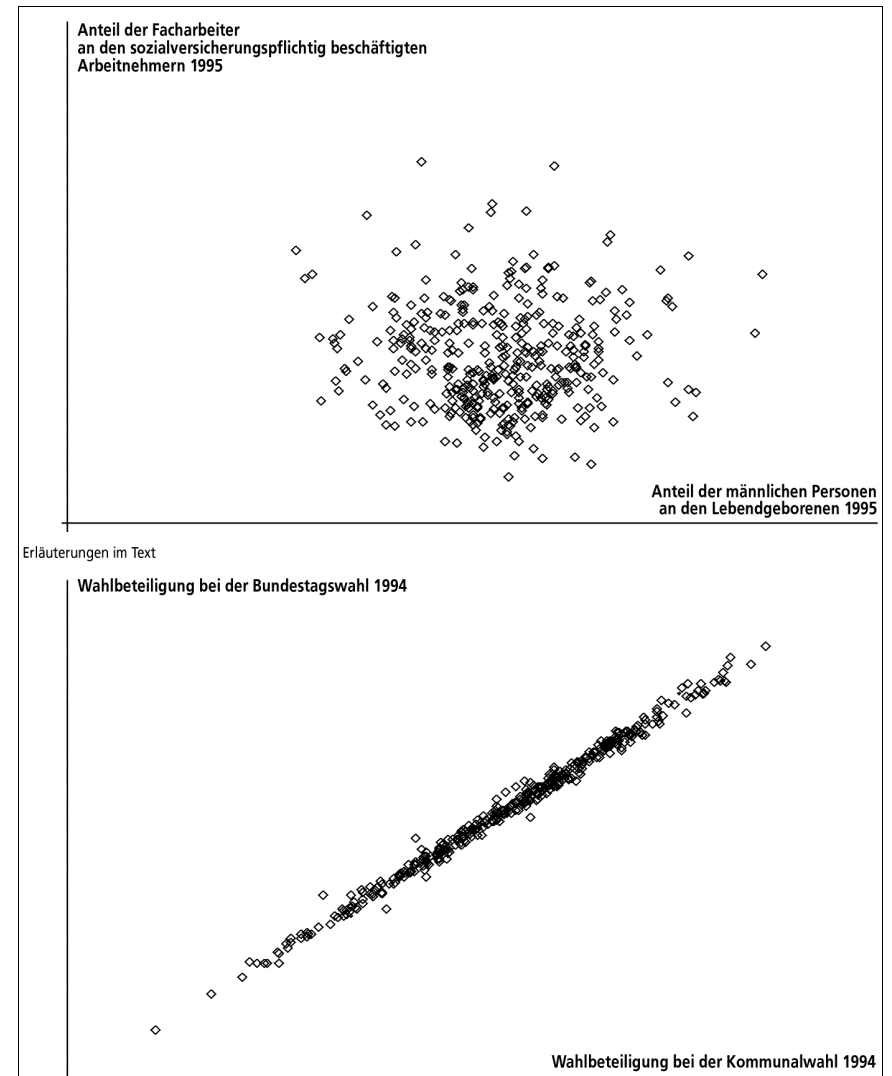
meinden entsprechen - über den ganzen ersten Quadranten (beschränkt auf die jeweiligen variablenspezifischen Wertebereiche) gleichmäßig weit verbreitet sind. In diesem Fall hat der Korrelationskoeffizient der beiden betrachteten Variablen etwa den Wert null. Nur dann ist die direkte Verwendung der Euklid-Distanz als Maß des bi- beziehungsweise multivariaten Unterschieds zwischen jeweils zwei Gemeinden unmittelbar aus der geometrischen Vorstellung ableitbar. Da aber in der Realität viele Variablen paarweise voneinander abhängig sind, die Korrelationskoeffizienten also Werte ungleich null haben, wird die Euklid-Distanz von diesen Korrelationen beeinflusst. Die Werte der Euklid-Distanz sollen hier von diesem Einfluß bereinigt werden. Unter Verwendung der Inversen der Kovarianzmatrix C – die nach der hier (siehe unten) notwendigen Standardisierung der Variablen mit der Korrelationsmatrix übereinstimmt – erhält man dann die – in der Terminologie der Clusteranalyse so bezeichnete – (quadrierte) „Mahalanobis-Distanz“:

$$\Delta_M^2 = \mathbf{d}'\mathbf{C}^{-1}\mathbf{d}$$

Der Übergang von der Euklid- auf die Mahalanobis-Distanz sei an einem Beispiel demonstriert. In Abbildung 3 sind die 396 Gemeinden des Landes Nordrhein-Westfalen als Punkte im ersten Quadranten eines rechtwinkligen Koordinatensystems dargestellt. Die Koordinaten der Punkte sind (oben) die unkorrelierten ($r = +0,00005$) Merkmale „Anteil der männlichen Personen an den Lebendgeborenen“ (Prozent; Jahr 1995) (horizontale Achse) und „Anteil der Facharbeiter an den sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmern“ (Prozent; Jahr 1995) (vertikale Achse) und (unten) die hochkorrelierten ($r = +0,99\ 593$) Merkmale „Wahlbeteiligung bei der Kommunalwahl 1994“ (Prozent) (horizontale Achse) und „Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 1994“ (Prozent) (vertikale Achse). Die Skalierung ist in Abbildung 3 – zur Konzentration auf das Wesentliche – weggelassen worden, weil es nicht auf bestimmte Merkmalsausprägungen, sondern nur auf die Lage der Punkte zueinander ankommt.

Zur Berechnung der Euklid- und der Mahalanobis-Distanzen müssen die – wenn auch nicht in diesem Beispiel, so doch in der Praxis meistens – mit unterschiedlichen Maßeinheiten versehenen Merkmale durch Standardisierung auf arithmetisches Mittel null und Standardabweichung 1 dimensionslos gemacht werden. Aus den 396 Gemeinden können insgesamt 78 210 Paare gebildet beziehungsweise Distanzen berechnet werden.

Abbildung 3: Werte der 396 Gemeinden des Landes Nordrhein-Westfalen in zwei unabhängigen Merkmalen (oben) und in zwei hochkorrelierten Merkmalen (unten)



So ergibt sich zum Beispiel für das Gemeindepaar Düsseldorf/Mönchengladbach

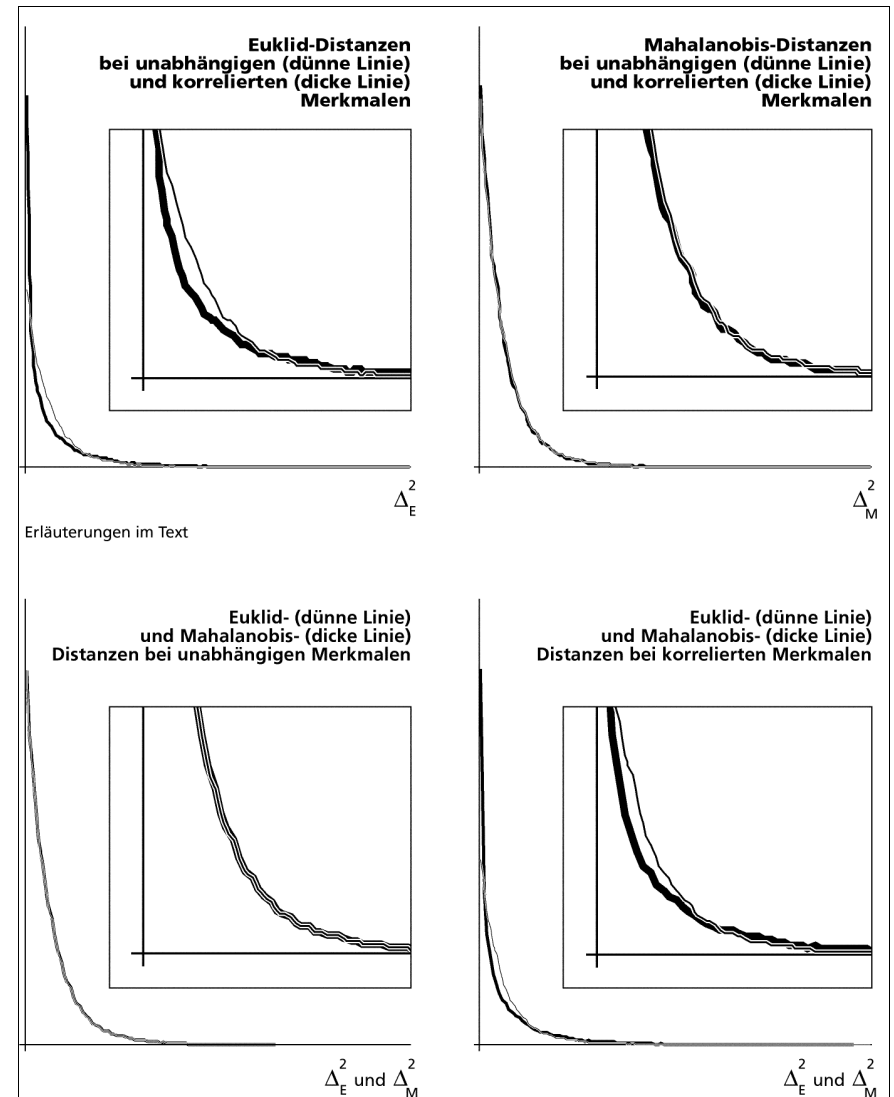
- aus den standardisierten unkorrelierten Merkmalen $\Delta_E^2 = 0,8648 = \Delta_M^2$
- aus den standardisierten hochkorrelierten Merkmalen dagegen $\Delta^2 = 4,6853$ und $\Delta_M^2 = 2,3815$.

Die Eliminierung der Variablenkorrelation führt – wo sie vorhanden ist – in diesem Fall in Abhängigkeit von der Korrelationsmatrix zu einer Verringerung des Distanzwertes. Die Häufigkeitsverteilung (Abbildung 4) der Distanzen sämtlicher Gemeindepaare hat dementsprechend bei den hochkorrelierten Merkmalen eine deutlich geringere Streuung, wenn sie nach den Mahalanobis-Distanzen (Standardabweichung $s = 4,73$) statt nach den Euklid-Distanzen ($s = 5,52$) gebildet wird. Bei den unkorrelierten Merkmalen ist die Streuung dagegen nach den Mahalanobis- und den Euklid-Distanzen gleich ($s = 4,24$). Auch in Abbildung 4 ist die Skalierung zur besseren Übersichtlichkeit weggelassen worden, weil es hier nur auf die Form der Verteilung ankommt. Allgemein gewährleistet nur das Modell der Mahalanobis-Distanzen solche Meßwerte der multivariaten Unterschiede zwischen den Gemeinden, deren Streuung nicht infolge von Variablenkorrelationen verzerrt ist.

3. Ergebnisse

Diesen Überlegungen entsprechend wird im folgenden als „Mitte“ des Landes Nordrhein-Westfalen diejenige Gemeinde angesehen, für die die Summe der – nach bestimmten Merkmalen berechneten – Mahalanobis-Distanzen zu allen anderen Gemeinden am kleinsten ist. Dazu werden je zehn demographische, soziale, wirtschaftliche und umweltbezogene Merkmale verwendet, die bereits in früheren multivariaten Regionalanalysen die Datengrundlage bildeten (Gerß 1994). Dort wurde ausführlich begründet, warum die einzelnen Merkmale ausgewählt wurden. Nach jeder der vier Merkmalsgruppen ergibt sich eine Gemeinde, die den demographischen beziehungsweise sozialen beziehungsweise ökonomischen beziehungsweise ökologischen Mittelpunkt des Landes darstellt. Auf die Bestimmung der mittleren Gemeinde nach der Gesamtheit der 40 Merkmale wird verzichtet, da eine derartige Zusammenfassung zu keinen zusätzlichen Erkenntnissen führen würde und das Ergebnis schwierig interpretierbar wäre.

Abbildung 4: Häufigkeitsverteilung der Euklid- und Mahalanobis-Distanzen zwischen den Gemeinden des Landes Nordrhein-Westfalen bei unabhängigen und hochkorrelierten Merkmalen



In der folgenden Liste ist jedes verwendete Merkmal mit einem die Merkmalsgruppe bezeichnenden Buchstaben und einer laufenden Nummer versehen. In Klammern ist das Berichtsjahr der in die Untersuchung einbezogenen Daten angegeben. Alle Daten stammen als Ergebnisse der amtlichen Statistik vom Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen und sind überwiegend in der dort geführten Landesdatenbank gespeichert.

Demographische Merkmale (D):

- D1 Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung (Prozent) (1997)
- D2 Anteil der Ausländer an den Lebendgeborenen (Prozent) (1998)
- D3 Anteil der Einwohner im Alter von unter 18 Jahren (Prozent) (1997)
- D4 Anteil der Einwohner im Alter ab 65 Jahren (Prozent) (1997)
- D5 Anteil der Erwerbspersonen an den Zuzügen (Prozent) (1997)
- D6 Anteil der Erwerbspersonen an den Fortzügen (Prozent) (1997)
- D7 Anzahl der Lebendgeborenen je 1000 Einwohner (1998)
- D8 Anzahl der Gestorbenen je 1000 Einwohner (1998)
- D9 Anzahl der Zuzüge je 1000 Einwohner (1997)
- D10 Anzahl der Fortzüge je 1000 Einwohner (1997)

Soziale Merkmale (S):

- S1 Anteil der Ausländer an den Grundschulern (Prozent) (1997)
- S2 Anteil der Hauptschüler an den Schülern des siebten Schuljahrgangs (Prozent) (1997)
- S3 Anteil der Personen ohne Hauptschulabschluß an den Schulabgängern aller weiterführenden allgemeinbildenden Schulen (Prozent) (1997)
- S4 Anteil der Ein- und Zweifamilienhäuser an den fertiggestellten Wohngebäuden (Prozent) (1997)
- S5 Verfügbares Einkommen je Einwohner (DM) (1996)
- S6 Bruttoerwerbs- und -vermögenseinkommen je Einwohner (DM) (1996)
- S7 Anzahl der Wohnräume je vorhandene Wohnung (1997)
- S8 Anzahl der Wohnungen je vorhandenes Wohngebäude (1997)
- S9 Stimmenanteil der CDU bei der Bundestagswahl 1998 (Prozent)
- S10 Stimmenanteil der SPD bei der Bundestagswahl 1998 (Prozent)

Wirtschaftliche Merkmale (W):

- W1 Anteil der Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei an der Gesamtzahl der Beschäftigten (Prozent) (1996)
- W2 Anteil von Energieversorgung, Wasserversorgung und Bergbau an der Gesamtzahl der Beschäftigten (Prozent) (1996)
- W3 Anteil von Verarbeitendem Gewerbe und Baugewerbe an der Gesamtzahl der Beschäftigten (Prozent) (1996)
- W4 Anteil von Handel, Nachrichtenübermittlung und Verkehr an der Gesamtzahl der Beschäftigten (Prozent) (1996)
- W5 Anteil von Kreditinstituten, Versicherungsgewerbe, Dienstleistungsunternehmen und freien Berufen an der Gesamtzahl der Beschäftigten (Prozent) (1996)
- W6 Anteil von Gebietskörperschaften, Sozialversicherung, Organisationen ohne Erwerbszweck und privaten Haushalten an der Gesamtzahl der Beschäftigten (Prozent) (1996)
- W7 Anteil der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer an der Gesamtzahl der Beschäftigten (Prozent) (1996)
- W8 Anzahl der Beschäftigten je Betrieb in Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden sowie im Verarbeitenden Gewerbe (Jahresdurchschnitt 1998)
- W9 Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten je Erwerbstätigen (DM) (1996)
- W10 Bruttoanlageinvestitionen je Erwerbstätigen (DM) (1996)

Umweltbezogene Merkmale (U):

- U1 Anteil der Gebäudefläche und der Gebäuden zugeordneten Freifläche an der Katasterfläche (Prozent) (1997)
- U2 Anteil der Verkehrsfläche an der Katasterfläche (Prozent) (1997)
- U3 Anteil der Erholungsfläche (überwiegend Grünanlagen) an der Katasterfläche (Prozent) (1997)
- U4 Anteil der Waldfläche an der Katasterfläche (Prozent) (1997)
- U5 Anteil des Dauergrünlands an der landwirtschaftlichen Nutzfläche (Prozent) (1997)
- U6 Anzahl (Bestand) der Kraftfahrzeuge je 1000 Einwohner (1998)
- U7 Anzahl der Straßenverkehrsunfälle je 1000 Einwohner (1997)
- U8 In Anlagen der Entsorgungswirtschaft und in betriebseigenen Anlagen (Deponien und thermische Behandlungsanlagen) beseitigte Abfälle (ohne besonders überwachungsbedürftige Abfälle) je Einwohner (kg) (1996)
- U9 Anzahl der Einwohner je km² (1997)
- U10 Anteil der Investitionen für den Umweltschutz an den Investitionen insgesamt der Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe (Prozent) (1996)

Die Gemeinde mit der kleinsten Summe der demographischen Mahalanobis-Distanzen zu den anderen Gemeinden ist die Stadt Goch (Kreis Kleve). Diese Gemeinde repräsentiert somit die demographische Mitte des Landes Nordrhein-Westfalen. Es sei betont, daß die Mitte keinen Idealzustand darstellen muß, sondern die landesdurchschnittliche Situation im Hinblick auf die Gesamtheit der ausgewählten Merkmale beschreibt. Während aber die für das Land insgesamt ermittelten landesdurchschnittlichen Merkmalswerte in keiner existierenden Gemeinde wirklich vorkommen, sind die Werte der mittleren Gemeinde real. Die Werte der Stadt Goch in den berücksichtigten demographischen Merkmalen sind (in Klammern zum Vergleich landesdurchschnittliche Werte):

D 1	8,2 Prozent (11,4 Prozent)
D 2	9,4 Prozent (16,1 Prozent)
D 3	21,5 Prozent (19,5 Prozent)
D 4	14,7 Prozent (15,9 Prozent)
D 5	39,1 Prozent (30,2 Prozent)
D 6	31,9 Prozent (30,0 Prozent)
D 7	3,0 (2,7)
D 8	2,3 (2,5)
D 9	49,8 (48,5)
D10	40,6 (47,0)

Goch hat also in jeweils fünf demographischen Merkmalen über und unter dem Landesdurchschnitt liegende Werte. Zu den Merkmalen D5, D6, D9 und D10 ist zu bemerken, daß die landesdurchschnittlichen Vergleichswerte die Zu- und Fortzüge nicht nur über die Landesgrenze, sondern auch über alle Gemeindegrenzen innerhalb des Landes betreffen.

Die kleinste Summe der sozialen Mahalanobis-Distanzen zu den anderen Gemeinden ergibt sich für die Stadt Greven (Kreis Steinfurt), die somit die soziale Mitte des Landes repräsentiert. Die Werte von Greven in den berücksichtigten sozialen Merkmalen sind (in Klammern landesdurchschnittliche Werte):

S 1	8,3 Prozent (15,4 Prozent)
S 2	25,3 Prozent (25,4 Prozent)
S 3	5,1 Prozent (6,1 Prozent)
S 4	86,5 Prozent (82,4 Prozent)
S 5	29 981 DM (29 853 DM)

S 6	35 804 DM (34 904 DM)
S 7	4,9 (4,3)
S 8	1,8 (2,4)
S 9	37,7 Prozent (33,8 Prozent)
S10	42,3 Prozent (46,9 Prozent)

Greven hat in jeweils fünf sozialen Merkmalen über und unter dem Landesdurchschnitt liegende Werte. Die Merkmale S5 und S6 unterscheiden sich dadurch von den anderen Merkmalen, daß sie nicht direkt Ergebnisse statistischer Erhebungen sind, sondern auf Schätzmodellen beruhen (Gerß 1986b).

Als wirtschaftliche Mitte des Landes Nordrhein-Westfalen – mit der kleinsten Summe der wirtschaftlichen Mahalanobis-Distanzen zu den anderen Gemeinden – wird die Stadt Büren (Kreis Paderborn) ausgewiesen. Die Werte von Büren in den berücksichtigten wirtschaftlichen Merkmalen sind (in Klammern landesdurchschnittliche Werte):

W 1	4,6 Prozent (1,7 Prozent)
W 2	0,6 Prozent (2,1 Prozent)
W 3	41,8 Prozent (31,9 Prozent)
W 4	20,0 Prozent (21,1 Prozent)
W 5	18,8 Prozent (23,3 Prozent)
W 6	14,3 Prozent (19,9 Prozent)
W 7	73,0 Prozent (80,7 Prozent)
W 8	86,2 (145,9)
W 9	81 487 DM (100 239 DM)
W10	21 538 DM (17 369 DM)

Büren hat zwar nur in drei Merkmalen über und in sieben Merkmalen unter dem Landesdurchschnitt liegende Werte, jedoch gleichen sich insgesamt die über- und die unterdurchschnittlichen Werte relativ fast aus. Die Merkmale W9 und W10 beruhen auf speziellen Schätzmodellen im Rahmen der Sozialproduktberechnung (Gerß 1986a).

Die ökologische Mitte des Landes Nordrhein-Westfalen – mit der kleinsten Summe der umweltbezogenen Mahalanobis-Distanzen zu den anderen Gemeinden – wird durch die Stadt Werne (Kreis Unna) repräsentiert. Die Werte von Werne in den berücksichtigten umweltbezogenen Merkmalen betragen (in Klammern landesdurchschnittliche Werte):

U 1	12,3 Prozent (11,9 Prozent)
U 2	6,0 Prozent (6,6 Prozent)
U 3	0,3 Prozent (0,8 Prozent)
U 4	16,4 Prozent (24,7 Prozent)
U 5	13,0 Prozent (13,9 Prozent)
U 6	605 (581)
U 7	5,6 (5,7)
U 8	18,4 (1191,0)
U 9	405 (527)
U10	1,1 Prozent (4,3 Prozent)

Wenn auch Werne nur nach zwei Merkmalen über und nach acht Merkmalen zum Teil erheblich unter dem Landesdurchschnitt liegt, ist die Zuordnung dieser Gemeinde zur „Mitte“ des Landes nicht unplausibel. Die Merkmale, in denen Werne relativ am weitesten vom Landesdurchschnitt abweicht – insbesondere U8, U10 und U3 –, streuen extrem stark über die 396 Gemeinden. Die groß erscheinenden Abweichungen von Werne nach diesen Merkmalen sind somit tatsächlich vergleichsweise gering. Im übrigen ist für die umweltschutzstatistischen Merkmale im engeren Sinne – wie U8 – charakteristisch, daß sie oft sehr komplex sein müssen, um für Gemeinden aussagefähig sein zu können.

4. Resümee

Mit der hier angewendeten Methode werden „mittlere“ Gemeinden ermittelt, die unter bestimmten variierenden Gesichtspunkten jeweils typisch sind. Dabei muß definiert werden, welche Art von „Mitte“ gemeint ist. Der Anspruch der GfK, einen einzigen „sozio-demographischen Mittelpunkt“ zu ermitteln, soll und kann wohl auch so allgemein nicht erfüllt werden. Die Merkmale, die die jeweils relevante Mitte kennzeichnen, werden hier nach Verfügbarkeit und Bewährung in anderen Untersuchungen festgelegt, aber nicht nach angenommener oder behaupteter Relevanz bevorzugt ausgewählt beziehungsweise zurückgestellt. Die Korrelation zwischen den Merkmalen spielt bei deren Auswahl keine Rolle. Die notwendige Praktikabilität der Datenbeschaffung und –verrechnung ist durch den direkten Zugriff auf die Landesdatenbank Nordrhein-Westfalen gegeben. Das geschilderte Verfahren ist mit Hilfe eines zu diesem Zweck erstellten EDV-Programms einfach anwendbar. Die Berechnung von Mahalanobis-Distanzen innerhalb einer hochdimensionalen Datenmatrix stellt besondere Anforderungen an die Rechnerkapazität. Die Bearbeitung einer derartigen multivaria-

ten Problemstellung wurde durch optimierte Ausnutzung der technischen Gegebenheiten bewerkstelligt. Dies betrifft insbesondere die Verwendung eines geeigneten Softwarepakets (S-Plus) sowie die Programmierung effizienter und kapazitätsschonender Algorithmen. Damit ist auch die Einbeziehung einer Anzahl von Merkmalen möglich, die größer ist als in den hier vorgestellten Beispielen.

Korrespondenzadresse

Prof. Dr. Wolfgang Gerß
Eifelstraße 14
42579 Heiligenhaus

Literatur

Bock, H.H., 1974: Automatische Klassifikation. Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht.

Gerß, W., 1986a: Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Gemeinden. Statistische Rundschau für das Land Nordrhein-Westfalen 38(4): 211-218.

Gerß, W., 1986b: Schätzung aggregierter privater Einkommen in den Gemeinden. Statistische Rundschau für das Land Nordrhein-Westfalen 38 (12): 817-826.

Gerß, W., 1994: Kennzeichen der Planungsregionen des Landes Nordrhein-Westfalen. Statistische Rundschau Nordrhein-Westfalen 46 (11): 565-574.

GfK (Gesellschaft für Konsumforschung), 1998: Der erste experimentelle Mikro-Testmarkt Europas mit Targetable TV. Nürnberg: Selbstverlag.

Plewa, H.-E., 1985: Die Landesdatenbank Nordrhein-Westfalen – Ein modernes Auskunftsinstrument der amtlichen Statistik. Statistische Rundschau für das Land Nordrhein-Westfalen 37(6): 383-390.

SUBJEKTIV SICHER UND TROTZDEM FALSCH? METHODISCHE ERGEBNISSE EINER DELPHI-STUDIE ZUR ZUKUNFT DES MOBILFUNKS*

MICHAEL HÄDER

In Delphi-Studien geben Experten Schätzungen zu unterschiedlichen inhaltlichen Sachverhalten ab. Da die Expertise der verschiedenen Teilnehmer bei den einzelnen Fragen unterschiedlich ausgeprägt sein dürfte, werden von ihnen oft auch Bewertungen der Qualität eines abgegebenen Urteils oder Aussagen zum eigenen Expertenstatus erbeten. Im vorliegenden Beitrag wird versucht näher zu beleuchten, wie diese Einschätzungen zustande kommen und was sie aussagen. Den Ausgangspunkt bietet eine Adaption des Modells der kognitiven Informationsverarbeitung in Umfragesituationen für Fragen nach der subjektiven Sicherheit von Urteilen. Anhand der Ergebnisse einer Studie zur Zukunft des Mobilfunks wird dann zunächst überprüft, wie sich das Feedback (die Streuung der Antworten in der ersten Welle, die prozentuale Verteilung der Expertenurteile auf die einzelnen Kategorien und die verbalen Kommentare) sowie die Profession der Experten auf die in der zweiten Welle angegebene subjektive Sicherheit der Urteile auswirken. Weiterhin wird betrachtet, welche Zusammenhänge zwischen dem Grad an subjektiver Sicherheit auf der einen Seite und der Tendenz zu extremen Urteilen sowie der Neigung zu Assimilations-, zu Kontrast- und zu konstanten Urteilen sowie der Panelmortalität auf der anderen Seite bestehen. Aus der Zusammenfassung der Befunde ergeben sich sowohl Hinweise auf das Funktionieren von Delphi allgemein als auch konkret für den Umgang mit der Kompetenzfrage.

In Delphi-studies experts are asked to estimate different subjects. Since expertise differs across experts and subjects, we asked the experts in a study to assess the quality of their own evaluations. The paper looks at how experts assess their own evaluations and how groups feedback affects evaluations. The starting-point is an adaptation of a cognitive model for answering survey questions in the context of a Del-

* Für hilfreiche Hinweise zu diesem Aufsatz danke ich Margrit Rexroth und Rolf Porst.

phi-study. The data used is taken from a Delphi study on the future of telecommunications. First we discuss the influence of feedback within the Delphi group at the quality an expert assigns his/her own evaluation. The influence of an expert's profession on the quality of his/her evaluation is then discussed, as is the relation between stable statements, assimilation statements and contrast statements on the one hand and the quality of an estimation on other. On the basis of our findings, we make general suggestions about how the Delphi method works and what can be learned from asking experts how confident they are about the quality of their own evaluations.

1. Problemstellung

Bei einer Delphi-Befragung werden Experten um Urteile zu unsicheren Sachverhalten gebeten. In einer zweiten Welle werden die Teilnehmer über das Befragungsergebnis informiert und zu einer erneuten Schätzung aufgefordert. Der Delphi-Ansatz unterstellt (Linstone/Turoff 1975; Rowe et al. 1991, für einen Überblicksdarstellung vgl. Häder/Häder 1998, 2000), daß die teilnehmenden Experten dazu in der Lage sind, über die Zuverlässigkeit der von ihnen abgegebenen Schätzungen zu reflektieren. Mit dieser Fähigkeit ausgerüstet nehmen die Experten die ihnen rückgemeldeten Ergebnisse der anderen Teilnehmer zur Kenntnis und verarbeiten sie bei der Urteilsabgabe in der zweiten Welle. Experten, die von der Qualität ihrer Urteile zunächst weniger überzeugt waren, können sich bei der wiederholten Schätzung am Feedback orientieren, während von kompetenteren Experten erwartet wird, daß sie ihre ursprünglichen Schätzungen reproduzieren. So kann schließlich davon ausgegangen werden, daß sich das Gruppenergebnis insgesamt verbessert und einer richtigen Schätzung näher kommt.

Delphi-Studien beinhalten häufig Fragen nach dem Expertenstatus beziehungsweise nach der subjektiven Sicherheit, mit der eine Schätzung abgegeben wurde (Grupp et al. 2000; Häder/Rexroth 1998). Solche Fragen haben verschiedene Funktionen: Erstens handelt es sich um eine Filterfunktion, die bewirken soll, daß nicht ausreichend kompetente Experten die Beurteilung der jeweiligen Frage überspringen. Zumeist nehmen an Delphi-Studien eine ganze Reihe an Personen teil, deren Expertise jedoch nicht bei jeder Frage gleich groß ist. Zweitens gestatten sie es bei der Auswertung die Schätzungen besonders kompetenter Teilnehmer mit denen zu vergleichen, die von weniger kompetenten Experten abgegeben worden sind. Drittens signalisieren sie den teilnehmenden Experten, daß es sich bei den zu bewertenden Dingen um Sachverhalte handelt, zu denen kein gesichertes Wissen vorliegt. Daraus mag für die Experten zunächst ein Konflikt resultieren: Sie sind aufgefordert, ein Urteil abzugeben, von dem sie aber wissen, daß dieses nur mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit zutrifft,

eventuell sogar falsch sein kann (vgl. dazu auch Geschka 1977: 37). Die Angabe des Grades der eigenen Sicherheit gibt den Experten nun die Möglichkeit, ein solches unsicheres Urteil zu fällen und diese Unsicherheit mithilfe der Antwort auf eine entsprechende Frage zu dokumentieren.

Diese praktischen Funktionen der Kompetenzfragen sind unumstritten. Das Zustandekommen der Antwort auf die Frage nach dem Grad der Sicherheit, mit welchem eine Schätzung vorgenommen wurde, ist jedoch noch weitgehend unbekannt. Auch ist nicht klar, inwieweit diese Antwort tatsächlich als Qualitätskriterium für das abgegebene Urteil angesehen werden kann. Damit ist weiterhin fraglich, auf welche Weise die mit diesem Indikator gewonnenen Ergebnisse auszuwerten sind. Mit anderen Worten: Es stellt sich das Problem, inwieweit die Antworten auf die Frage nach der subjektiven Sicherheit einer Schätzung adäquater Ausdruck für die Qualität einer Schätzung ist – oder nicht.

2. Theoretischer Rahmen

Das Modell der Informationsverarbeitung in einer Umfragesituation nach Sudman (Sudman/Bradburn/Schwarz 1996: 58) hat sich bewährt, um kognitive Prozesse beim Antwortprozeß zu erklären. Entsprechend diesem Modell muß zunächst die Frage verstanden werden. In einem zweiten Schritt wird entweder ein bereits vorliegendes Urteil erinnert oder es muß ein neues Urteil erstellt werden. Dazu muß die Person relevante Informationen aus dem Gedächtnis abrufen, entscheiden, wie diese zu nutzen sind und daraufhin ein entsprechendes Urteil bilden. Ein solches Urteil ist schließlich in das entsprechende Antwortformat einzupassen und gegebenenfalls zu editieren.

Die Denkweise von Experten, welche in einer Delphi-Befragung Sachverhalte beurteilen, weist nun verschiedene Spezifika auf. Diese resultieren beispielsweise daraus, daß stets unsichere Sachverhalte zu beurteilen sind, daß die gegebene Rückinformation zur Kenntnis genommen und verarbeitet werden muß und schließlich darin, daß (eventuell) Fragen nach der subjektiven Sicherheit von abgegebenen Schätzungen beantwortet werden müssen. Zu diesen Aspekten liegen einige Hinweise aus Tests vor (Häder/Rexroth 1998; Drilling 2000: 175; Häder 2000a: 190ff.):

Es zeigte sich, auf welche Weise beispielsweise unsichere Sachverhalte wie Prognosen erstellt werden. Dazu werden Aspekte wie die Randbedingungen für vorzunehmende Extrapolationen, die Möglichkeiten für Analogieschlüsse, die Verwendung von Vorausgruppenkonzepten sowie die Realisierungschancen vorherzusagender Entwicklungen bei der Erstellung der Urteile kognitiv berücksichtigt.

Widersprüchliche Befunde ergaben sich zur kognitiven Verarbeitung des Feedbacks durch die Experten. Auf der einen Seite gaben die Teilnehmer bei entsprechenden Nachfragen an, sich nicht an den ihnen rückgemeldeten Ergebnissen orientiert zu haben. Auf der anderen Seite ließ sich jedoch anhand der tatsächlich abgegebenen Schätzungen in der zweiten Welle der Nachweis führen, daß sich die Experten – offenbar unbewußt – bei ihren erneuten Urteilen doch an den Rückmeldungen orientiert hatten.

Die Frage, mit welcher subjektiven Sicherheit ein inhaltliches Urteil von den Experten gefällt wurde, verlangt von der jeweiligen Person wiederum besondere Denkschritte. Die Aufgabe besteht dabei darin, ein gegebenes Urteil selbst zu evaluieren. Hierzu müßte der eigene Denkprozeß, der zu einer bestimmten Schätzung geführt hat, schrittweise nochmals nachvollzogen werden. Dies betrifft zunächst das Frageverständnis, die Informationsbeschaffung für die Urteilsbildung sowie die Art und Weise, in der diese Informationen genutzt wurden. Auch die Verarbeitung des Feedbacks und die (nochmalige) Überprüfung möglicher Alternativen zur gerade gegebenen Antwort mögen bei der Evaluation des eigenen Urteils mit herangezogen werden. Falls Urteile über zukünftige Ereignisse nach dem deduktiv-nomologischen Erklärungsmodell aus Kausalaussagen abgeleitet wurden, ist die Zuverlässigkeit und Angemessenheit der Ausgangsannahmen und Modelle einzuschätzen (vgl. Hempel/Oppenheim 1948; Opp 1995). Dabei ist auch vorstellbar, daß berücksichtigt wird, in welchem Maße es erforderlich war, aufgrund von Intuition zu antworten.

Im Ergebnis ist zu erwarten, daß der jeweilige Experte mit seiner Antwort auf die Frage nach der subjektiven Sicherheit in der Tat eine Aussage abgibt, welche auf die Qualität seines vorausgegangenen Urteils schließen läßt.

Weiterhin müßte – um bei dem Modell von Sudman, Bradburn und Schwarz zu bleiben – bei der Beurteilung der Qualität einer Schätzung auch eine Überprüfung des Formatierens und Editierens der Antwort vorgenommen werden. Während bei Umfragen, die auf die Ermittlung von Einstellungen und Verhalten einer befragten Person zielen, Probleme wie die soziale Erwünschtheit einer Antwort und die Gestaltung der Skalen relevant sind, erlangen bei Delphi-Studien andere Aspekte unter Umständen eine größere Bedeutung. So haben Forschungen gezeigt, daß das professionelle Eingebundensein der Experten Einfluß auf die Beurteilung eines Sachverhalts hat. Vergleichende Untersuchungen (Grupp et al. 2000) ergaben, daß die Experten beispielsweise aufgrund von Karriereerwartungen dazu tendieren, das eigene Fachgebiet überzubewerten; ein Sachverhalt der mit dem Begriff Voreingenommenheit bezeichnet wird. Es liegt nahe zu erwarten, daß diese Voreingenommenheit auch die Evalua-

tion des eigenen Urteils formt oder gar überformt. Erinnerung sei weiterhin an die Diskussion um den Einfluß des Grades an Dogmatismus eines Individuums auf dessen Antwortstabilität (Bardecki 1984; Nelson 1978: 46; Mulgrave/Ducanis 1975). Nun ist die Vermutung ebenfalls naheliegend, daß sich solche Dispositionen der Persönlichkeit auch auf das Urteil zur subjektiven Sicherheit auswirken. Mehr oder weniger unabhängig von der Qualität der Schätzung werden eigene Irrtümer von Personen, die zu Dogmatismus neigen, stärker ausgeschlossen als von anderen Experten. Aronson et al. (1963) verweisen auf einen weiteren in diesem Rahmen relevanten Sachverhalt, wenn sie betonen, daß die Meinungsänderung vor allem eine Funktion der Glaubwürdigkeit der Experten und des eigenen Abstandes vom Gruppenergebnis sei (vgl. auch Albach 1970). Wenn dies auch für die Meinungsbildung zur subjektiven Sicherheit zutrifft, so wäre zu erwarten, daß die in der Rückinformation vermittelten Meinungen der anderen Teilnehmer eine besondere Bedeutung für die Erstellung solcher Urteile erlangen.

Damit ist von zwei unterschiedlich wirkenden Tendenzen auszugehen: Erstens, ermöglichen bei der Selbstevaluation einer Schätzung solche Überlegungen wie die über die Tragfähigkeit und die Verallgemeinerbarkeit der für die Schätzung benutzten Denkmodelle sowie über die Menge an relevanten Informationen, über die ein Experte zur Lösung der jeweiligen Aufgabe verfügt, Hinweise auf die Qualität dieser Schätzung. Zweitens kann unterstellt werden, daß bei der Evaluation einer Schätzung auch ein Einfluß von solchen Aspekten wie dem professionellen Eingebundensein eines Experten und dessen individuellen Persönlichkeitsmerkmalen ausgeht. Diese Tendenz kann jedoch dazu führen, daß die Aussage über die Qualität einer Schätzung überlagert wird.

3. Studiendesign

Im vorigen Abschnitt wurden vor allem zwei Fragen aufgeworfen: Inwieweit kann die subjektive Sicherheit als Indikator für die Qualität einer Schätzung angesehen werden und wie kommen die Antworten auf die Frage nach der subjektiven Sicherheit zustande? Nun sollen anhand der Ergebnisse einer Delphi-Studie zur Zukunft des Mobilfunks diese Fragen weiter diskutiert werden. An dieser Studie nahmen in der ersten Welle 50 und in der zweiten Welle 41 Experten teil. Die Expertengruppe setzte sich in der ersten Welle aus 13 Wissenschaftlern, aus 21 Mitarbeitern bei D2 Mannesmann Mobilfunk sowie aus 16 Personen zusammen, die im kommerziellen Bereich, beispielsweise mit dem Vertrieb von Mobiltelefonen, beschäftigt sind (vgl. die Aufstellung im Anhang). Die Erhebung fand in zwei Wellen, im Frühjahr und im Sommer

1999, statt. Der Abstand zwischen beiden Wellen betrug etwa vier Wochen. Angesichts der gegenwärtig relativ schnell verlaufenden und damit besonders schwierig zu bewertenden Entwicklung auf dem Gebiet des Mobilfunks wurde ein Prognosezeitraum bis zum Jahr 2005 als sinnvoll betrachtet. Auf diese Weise, so ist zu hoffen, können zuverlässigere Schätzergebnisse gewonnen werden als dies etwa bei der Beurteilung eines längeren Zeitraumes zu erwarten wäre. Ziel der Studie war primär die Gewinnung inhaltlicher Aussagen zur Zukunft des Mobilfunks. Die Bearbeitung methodischer Fragen ordnete sich diesem Ziel unter.

Die schriftlich zu beantwortenden Fragebögen wurden im Rahmen eines Forschungsseminars am Institut für Soziologie der Technischen Universität Dresden und in Zusammenarbeit mit D2 Mannesmann Mobilfunk sowie mit Unterstützung von ZUMA erarbeitet.

Der Erhebungsbogen gliedert sich in die folgenden Teile: Zunächst waren die zukünftigen Anteile von Festnetz- (Teil A mit einer Frage) und von Mobilfunkanschlüssen (Teil B mit einer Frage) in Deutschland zu schätzen. Danach sollten einige globale Trends in der Entwicklung des Mobilfunks bewertet werden (Teil C mit sechs Fragen). Beispielsweise wurde nach der Nutzung von Mobiltelefonen für Faxdienste, die Übermittlung von Kurznachrichten, den Zugang zum Internet und das Abonnieren von Informationskanälen gefragt. Im Hauptteil ging es um die Vorhersage der Bedeutung von Gründen für (Teil D mit 34 Fragen) und gegen (Teil E mit zwölf Fragen) die Nutzung von Mobiltelefonen durch bestimmte soziale Gruppen. Beurteilt wurden beispielsweise Vorgaben wie die Nutzung von Mobiltelefonen: für Autofahrer bei Pannen und Unfällen, für junge Menschen, um sich zu unterhalten und zu entspannen, für die eigene Sicherheit, für Manager und ähnliche Berufsgruppen, um im Berufsleben disponibel und ständig erreichbar zu sein, um den Erwartungen der anderen Menschen zu entsprechen, um Zeit zu sparen und um spontan kommunizieren zu können. Sodann war abschließend ein Fragekomplex nochmals allgemeinen Entwicklungen auf dem Gebiet des Mobilfunks gewidmet (Teil F mit sechs Fragen). Hier wurden Schätzungen erbeten zu Trends wie:

- Das Festnetz wird immer stärker vom Mobilfunk verdrängt.
- Es kommt zur Anschaffung mehrerer Handys pro Haushalt.
- Die Besitzer von Mobiltelefonen ändern ihre Kommunikationsgewohnheiten gegenüber Besitzern von Festnetzanschlüssen.

Insgesamt waren damit von jedem Experten pro Welle 60 Schätzungen zur Zukunft des Mobilfunks abzugeben. Bestandteil der Abschnitte C, D, E und F waren jeweils Fragen nach der subjektiven Sicherheit, mit der die einzelnen Schätzungen vorgenom-

men worden waren¹. Im Unterschied zu anderen Delphi-Studien, besaßen hier diese Fragen jedoch keine Filterfunktion.

Eine detaillierte Beschreibung des methodischen Vorgehens sowie der wichtigsten inhaltlichen Ergebnisse dieser Studie ist enthalten in Häder (2000b).

4. Ergebnisse

Die Darstellung der Ergebnisse erfolgt nach folgendem Schema:

Abschnitt	Ziel
4.1	Stärke der subjektiven Sicherheit in den einzelnen Fragekomplexen und in den einzelnen Wellen
4.2	Zusammenhang zwischen der subjektiven Sicherheit und verschiedenen Aspekten der Rückinformation
4.2.1	subjektive Sicherheit und - Streuung der rückgemeldeten Ergebnisse
4.2.2	- Randverteilung der rückgemeldeten Ergebnisse
4.2.3	- verbale Kommentare im Feedback
4.3	Zusammenhang zwischen der subjektiven Sicherheit und der professionellen Herkunft der Experten
4.4	Zusammenhang zwischen der subjektiven Sicherheit und verschiedenen Aspekten des Antwortverhaltens
4.4.1	subjektive Sicherheit und - Assimilations-, Kontrast- und konstante Urteile
4.4.2	- extreme Urteile
4.4.3	- Panelmortalität

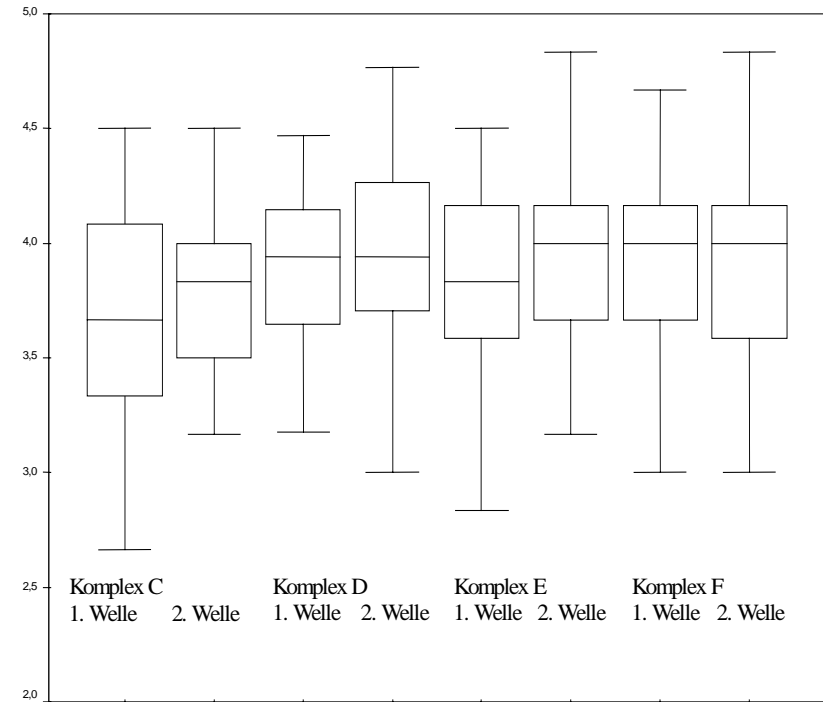
4.1 Die Stärke der subjektiven Sicherheit

Die subjektive Sicherheit, mit der die Urteile in den Komplexen C bis F abgegeben worden sind, wurde von jedem Experten pro Welle erfragt, insgesamt also zweimal. Die folgende Abbildung 1 enthält eine zusammenfassende Übersicht zu den Ergebnissen.

Es ist zunächst festzustellen, daß die ermittelten Werte auf ein relativ hohes Niveau der Selbsteinschätzungen zur Urteilssicherheit hindeuten. Geht man davon aus, daß auf der benutzten Skala ein Wert von 3.0 auf eine mittlere Sicherheit hindeutet, so liegen für alle Komplexe und in beiden Wellen deutlich höhere Angaben vor.

¹ Die Fragen zur subjektiven Sicherheit folgten auf die inhaltlichen Einschätzungen. Der Text der Fragen zur subjektiven Sicherheit lautete jeweils: „Bei dieser Schätzung bin ich mir 1 = völlig unsicher ... 5 = völlig sicher.“

Abbildung 1: Boxplots der Ergebnisse auf die Fragen nach der subjektiven Sicherheit² der Schätzungen in den vier Komplexen



Es kann weiter konstatiert werden, daß es in der zweiten Welle zu einem leichten Anstieg und damit - unterstellt man einmal, daß die subjektive Sicherheit tatsächlich Ausdruck für die Qualität der Schätzungen ist - zu einem Erkenntnisfortschritt bei den Teilnehmern gekommen ist. Nimmt man außerdem an, daß zwischen den Erhebungszeitpunkten in bezug auf den Mobilfunk keine wesentlichen Veränderungen in den äußeren Rahmenbedingungen eingetreten sind, so bewirken bereits die erneute Beschäftigung mit den in der Studie enthaltenen Fragen sowie das gegebene Feedback bei den Experten eine gestiegene Urteilssicherheit. In der Studie konnten keine ausgesprochen unsicheren Urteile ermittelt werden. Diese Befunde sprechen vor allem für die Kompetenz, welche sich die beteiligten Experten selbst zuschreiben und damit

² Der entsprechende Fragetext einschließlich der vorgegebenen Skala findet sich in Fußnote 1.

unter Umständen für eine gute Qualität der mit dieser Studie ermittelten Ergebnisse zur Zukunft des Mobilfunks.

Tabelle 1 zeigt diejenigen drei Sachverhalte, welche im Rahmen der Studie mit der höchsten beziehungsweise mit der niedrigsten subjektiven Sicherheit beurteilt wurden.

Tabelle 1: Subjektive Sicherheit der Urteile bei verschiedenen Aufgabenstellungen

Zu bewertender Sachverhalt	subjektive Sicherheit ³
Die Nutzung von Mobiltelefonen für ...	
Außendienstmitarbeiter, Vertreter usw., um ständig erreichbar zu sein	4.53
Manager und ähnliche Berufsgruppen, um im Berufsleben disponibel und ständig erreichbar zu sein	4.50
Manager, um Zeit zu sparen	4.46
den Ersatz der persönlichen Kommunikation	3.60
sogenannte Datendienste der dritten Generation, wie z.B. Übertragung von Videos usw. (UMTS)	3.55
die Sicherheit der Kinder (Schulweg, Spielplatz usw.)	3.50

Die höchste subjektive Sicherheit tritt bei der Beurteilung von Sachverhalten auf, die sowohl konkret formuliert als auch besonders leicht vorstellbar sind und zu denen es in der Gegenwart bereits spezifische Erfahrungen gibt. Mit einer besonders niedrigen subjektiven Sicherheit werden dagegen Schätzungen bewertet, welche abstrakte, schwer vorstellbare (Ersatz der persönlichen Kommunikation durch den Mobilfunk) und gegenwärtig noch nicht vorhandene (UMTS⁴) Technologien beinhalten. Eine Bewertung der drei zuletzt genannten Sachverhalte erfordert damit von den Experten in der Tat größere kognitive Leistungen. Aus diesem Grund ist es auch äußerst plausi-

³ Die Ergebnisse beziehen sich auf die zweite Welle. Die Mittelwerte entstammen einer 5-stufigen Skala, vgl. Fußnote 1.

⁴ Das Mobilfunkverfahren UMTS (Universal mobile telecommunication system) wird auf Beschluß der Europäischen Normierungskommission offiziell erst im Jahr 2002 eingeführt. UMTS bietet höhere Datenübertragungsraten und soll mittelfristig breitbandigen mobilen Internetzugang und mobile Videokonferenzen ermöglichen. UMTS, die dritte Mobilfunkgeneration, hat mit dem herkömmlichen Mobilfunk nur noch wenig gemeinsam. So kann es im Datenmodus bis zu 2 MBit/s übertragen, während bisher 9600 Bit pro Sekunde möglich waren. Weitere Informationen über UMTS finden sich im Internet beispielsweise unter der folgenden Adresse: <http://www.gnn.de/9805/811.html>.

bel, wenn die Einschätzung der subjektiven Sicherheit der Antworten hier zurückhaltender ausfällt als bei den drei zuerst genannten Sachverhalten.

Aus diesem Befund ließe sich zunächst schlußfolgern, daß die angegebene subjektive Sicherheit durchaus als ein Hinweis auf die Qualität der Schätzung gelten kann.

4.2 Der Einfluß der Rückinformation auf die Sicherheit der Urteile

Zunächst soll der Einfluß des Feedbacks, welches die beteiligten Experten über die Ergebnisse aus der ersten Welle informiert, auf die subjektive Sicherheit der Urteile in der zweiten Welle untersucht werden. Die Rückinformation ist zentraler Bestandteil des Delphi-Ansatzes. Die auf diese Weise vermittelte Kenntnisnahme der Gruppenmeinung soll zur Verbesserung der individuellen Urteile beitragen. Damit ist nicht zuletzt auch eine Erhöhung der subjektiven Sicherheit zu erwarten.

Das Feedback setzt sich aus der Streuung der Urteile und aus den Randverteilungen zusammen. Zu erwarten wäre, daß Urteile, welche bei der ersten Schätzung stark von der Gruppenmeinung abweichen in der zweiten Welle mit geringerer subjektiver Sicherheit gefällt werden als solche, die bereits in der ersten Welle mit der Gruppenansicht konform gehen. Außerdem dürfte sich eine geringe Streuung der Antworten in der ersten Schätzung, das heißt ein relativ homogenes Votum der Expertengruppe, auf die subjektive Sicherheit bei der wiederholten Urteilsabgabe förderlich auswirken, während im entgegengesetzten Fall ein heterogenes Ergebnis, das heißt ein unschlüssiges Expertenurteil, auch auf Kosten der subjektiven Sicherheit gehen sollte.

Eine gewisse Besonderheit der Delphi-Studie zur Zukunft des Mobiltelefonierens bestand darin, daß die Teilnehmer auch um verbale Kommentare zu den erfragten Sachverhalten gebeten wurden. In der zweiten Befragungswelle wurden einige dieser Statements mit in die Rückinformation aufgenommen.

4.2.1 Der Einfluß der rückgemeldeten Streuung der Urteile auf die subjektive Sicherheit

Als erstes wird der Einfluß der Streuung der Urteile auf die subjektive Sicherheit betrachtet. Diese gilt als Hinweis auf die Homogenität der Expertenmeinungen. Eine hohe Homogenität signalisiert mehr oder weniger einheitliche Ansichten der Befragten in bezug auf die zu beurteilenden Fragen. Entsprechend deuten hohe Streuungen auf widersprüchliche Bewertungen hin. Den Experten wurde in der Delphi-Studie zur Zukunft des Mobilfunks die Streuung nicht explizit, beispielsweise als Betrag der Standardabweichung oder in Form von Quartilsmaßen mitgeteilt, sondern nur implizit

über die prozentuale Besetzung der einzelnen Antwortkategorien vermittelt. Tabelle 2 enthält in einer Zusammenstellung die gefundenen Ergebnisse.

Tabelle 2: Ermittelte Muster des Zusammenhangs zwischen subjektiver Sicherheit und Homogenität der Gruppenmeinung in der ersten Schätzung (= Feedback)

Muster	subjektive Sicherheit ⁵	Homogenität ⁶ der Urteile	N
1	Hoch	Stark	27
2	Sehr hoch	Stark	12
3	Hoch	Schwach	11
4	Sehr Hoch	Schwach	8

Zunächst treten erwartungsgemäß (Muster 1 und 2) zahlreiche Schätzungen auf, bei denen von den Befragten eine hohe und sehr hohe subjektive Sicherheit signalisiert wurde und bei denen zugleich eine starke Homogenität der Expertenmeinungen vorliegt. Wie erwartet geht eine geringe Streuung der Antworten mit einer hohen subjektiven Sicherheit der Einschätzungen einher. Die Experten nehmen offenbar wahr, daß sie bei bestimmten Einschätzungen als Gruppe in der ersten Welle bereits ein relativ einheitliches Urteil abgegeben haben und diese Wahrnehmung bestärkt die Teilnehmer in ihrer Überzeugung, auch in der zweiten Schätzung ein richtiges Urteil gefällt zu haben.

Aber es treten auch eine Reihe an Bewertungen auf (Muster 3 und 4), bei denen eine hohe oder sogar sehr hohe subjektive Sicherheit in den Urteilen und zugleich eine nur schwache Homogenität in den Ansichten der Expertengruppe vorliegt. Korreliert man – um ein etwas stärkeres Maß zu benutzen – die Beträge der Standardabweichungen aller 58 Schätzungen mit den jeweiligen Mittelwerten der subjektiven Sicherheit dieser Schätzungen, so ergibt sich ein Koeffizient von $r = -0.109$, welcher nicht signifikant ist. Drei Erklärungen besitzen dafür eine gewisse Plausibilität:

- Die in der Rückinformation vermittelte Streuung wird – aus welchen Gründen auch immer – von den Teilnehmern nicht zur Kenntnis genommen.

⁵ Die subjektive Sicherheit wird dann als „hoch“ bezeichnet, wenn der Mittelwert auf der 5-stufigen Skala – vgl. Fußnote 1 – größer als 3 und kleiner als 4 ist. Die subjektive Sicherheit wird als „sehr hoch“ bezeichnet, wenn der Mittelwert mindestens 4 beträgt beziehungsweise größer als 4 ist. Mittelwerte, welche kleiner als 3 sind, traten in der vorliegenden Studie nicht auf.

⁶ Es wird von stark homogenen Urteilen gesprochen, wenn der Wert für die Standardabweichung kleiner als 1 ist. Entsprechend gelten Urteile als schwach homogen, wenn die Standardabweichung den Wert 1 annimmt beziehungsweise noch darüber liegt.

- Die im Feedback rückgemeldete Streuung wird zwar zur Kenntnis genommen, die damit signalisierte Heterogenität der Meinungen ist den Teilnehmern jedoch bereits bekannt. So mag aus der Sicht eines einzelnen Experten dessen individuelle Urteilsbildung quasi abgeschlossen sein, obwohl in der Fachwelt keineswegs bereits ein einheitlicher Standpunkt vorhanden ist. Die Experten kennen die unterschiedlichen Auffassungen, so daß die Rückmeldung keinen Einfluß auf die Erkenntnisentwicklung hat und das Urteil zur subjektiven Sicherheit ebenfalls nicht beeinflußt.
- Die im Feedback rückgemeldete Streuung wird zwar zur Kenntnis genommen, spielt beim Zustandekommen des Urteils über die subjektive Sicherheit aber keine Rolle. Anderer Beweggründe beeinflussen stattdessen die Urteilsbildung nachhaltiger.

4.2.2 Der Einfluß der rückgemeldeten Gruppenmeinung auf die subjektive Sicherheit der Urteile in der zweiten Welle

Neben der Streuung (vgl. Abschnitt 4.2.1) wurden die Experten auch über die zusammengefaßte Meinung der Gruppenmitglieder informiert. Dazu wurde für jede Antwortvorgabe angegeben, wieviel Prozent der beteiligten Experten diese gewählt hatten. (In der vorliegenden Studie wurden die Teilnehmer bei den zweiten Schätzungen nur über die Gruppenmeinung aufgeklärt und nicht nochmals an ihre eigenen ersten Schätzungen erinnert.) Die Vermutung liegt nahe, daß eine Rückinformation, welche den Experten eine besonders große Distanz der eigenen ersten Schätzung von der Gruppenmeinung signalisiert, zu einer geringen subjektiven Sicherheit bei den zweiten Schätzungen führt. Entsprechend ist zu vermuten, daß eine wahrgenommene Konformität zwischen synthetischer Gruppenmeinung und der eigenen Ansicht die subjektive Sicherheit bei der wiederholten Schätzung verstärkt. Zur Überprüfung dieser These wurden Korrelationskoeffizienten berechnet zwischen der subjektiven Sicherheit, mit der die Urteile in der zweiten Welle abgegeben wurden, und dem Grad an Konformität, welcher für die erste Schätzung ermittelt worden ist. Die Ergebnisse enthält Tabelle 3.

Die ursprüngliche Vermutung war, daß je weiter die erste Schätzung von der Gruppenmeinung entfernt liegt, desto geringer die subjektive Sicherheit der Schätzung in der zweiten Welle ausfällt. In Tabelle 3 deuten die positiven Werte auf einen Zusammenhang in dieser Richtung hin. Auch hier ist die Ergebnislage alles andere als eindeutig. So treten fast in der Hälfte der Fälle negative Vorzeichen auf, die den Erwartungen nicht entsprechen.

Tabelle 3: Korrelationskoeffizienten nach Pearson zwischen der subjektiven Sicherheit der Urteile in der zweiten Welle und dem Konformitätsgrad⁷ der Schätzungen in der ersten Welle in verschiedenen Komplexen für die einzelnen Fragen

Komplexe	Koeffizienten							
C	-.272	.491**	-.197	.225	.069	-.220		
D	.167	.167	.188	.104	.091	-.076	.090	.144
	-.053	-.152	.010	-.135	.050	.167	-.281	-.047
	-.424**	-.377*	-.360*	-.095	.249	.204	.140	-.042
	.213	.250	-.156	.010	-.140	-.260	-.477**	-.435**
E	.648**	.372*						
	-.089	-.096	-.238	.008	.115	.065	-.308	-.042
F	-.109	.054	-.089	.087				
	-.222	-.074	.137	.136	.325*	.092		

*: $p < 0.05$; **: $p < 0.01$

Es gibt also zahlreiche Urteile, bei denen es trotz einer geringen Konformität mit der Gruppenmeinung in der ersten Welle zu einer hohen Sicherheit der Schätzungen in der zweiten Befragungswelle kommt. Die beiden Extreme stellen folgende Bewertungen dar:

Die Nutzung von Mobiltelefonen für die Sicherheit der Kinder (Schulweg, Spielplatz usw.)	-.477**
Die Nutzung von Mobiltelefonen für Außendienstmitarbeiter, Vertreter usw., um ständig erreichbar zu sein	.648**

** : $p < 0.01$

Auch hierfür kann erstens wieder eine ungenügende Kenntnisnahme der Rückinformation verantwortlich gemacht werden. Zweitens wäre zu vermuten, daß eine bestehende Dissonanz gegenüber der Expertengruppe nur dann verunsichernd wirkt, wenn sie für den jeweiligen Experten überraschend auftritt und wenn zugleich die Gruppenmeinung für den Experten eine ausreichend große Autorität besitzt. Drittens kann – wie bereits angedeutet – die Einschätzung der subjektiven Sicherheit auch aufgrund von Ursachen zustande kommen, welche hier bisher nicht diskutiert wurden. Viertens schließlich ist denkbar, daß die Schätzungen der ersten Welle von den

⁷ Der Konformitätsgrad eines Experten bei einer bestimmten Schätzung entspricht der prozentualen Anzahl der Teilnehmer, welche in der ersten Befragungswelle bei dieser Schätzung das gleiche Urteil abgegeben haben wie der jeweilige Experte. Diese Angabe war zugleich Bestandteil des Feedbacks.

Teilnehmern nur wenig erinnert werden und damit der Grad an Konformität mit der Gruppe bei einer Reihe von Urteilen gar nicht bekannt ist.

4.2.3 Der Einfluß des verbalen Feedbacks auf die subjektive Sicherheit der Urteile

Als Form der Rückmeldung wurde – wie bei Delphi-Studien üblich (vgl. Helmer/Gordon 1967) - vor allem die Darstellung der prozentualen Antwortverteilung gewählt (vgl. Abschnitt 4.2.2). In der zweiten Befragungswelle wurden die Teilnehmer zusätzlich über verbale Kommentare einzelner Experten informiert. Der Aufforderung dazu waren in der ersten Welle eine Reihe von Teilnehmern nachgekommen. Für ein solches Vorgehen plädieren unter anderem Becker (1974: 26f.), Riggs (1983), Richey et al. (1985), Rowe et al. (1991: 244), Duffield (1993) und Ono/Wedemeyer (1994). Die verbalen Äußerungen betrafen einzelne Fragestellungen, sie wurden von den Experten auf einer eigens dafür vorgesehenen Seite vermerkt. Es ist nun interessant zu beobachten, welche Wirkung von diesen zusätzlichen Rückmeldungen auf die subjektive Sicherheit der Urteile ausgegangen ist. Schließlich gilt: „There is no way of concluding whether supporting comments or mean scores were more influential in effecting a change of opinion“ (Duffild 1993).

Tabelle 4: Differenz – Mittelwertunterschiede in der zweiten gegenüber der ersten Schätzung⁸ - der subjektiven Sicherheit bei Fragen, welche mit verbalen Kommentaren im Feedback versehen waren

C2	-	C6	.31	D2	-	D3	-	D10	.14	D12	-
D13	-.10	D14	.21	D16	-	D17	-	E1	-	F1	-

Anlaß zu Kommentaren waren zwei Fragen aus dem Komplex C mit jeweils gegensätzlichen Stellungnahmen in bezug auf die Ausbreitung des Mobilfunks, acht Fragen aus dem Komplex D mit sowohl positiven als auch negativen Statements im Sinne der weiteren Ausbreitung des Mobilfunks, eine Frage aus dem Komplex E mit einem in diesem Sinne negativen Kommentar und eine Frage aus dem Komplex F mit ebenfalls einem negativen Statement. Für diese Fragen soll nun die Veränderung der subjektiven Sicherheit in der zweiten gegenüber der ersten Welle betrachtet werden. Die Ergebnisse sind aus Tabelle 4 zu entnehmen.

⁸ Es werden in der Tabelle lediglich Beträge, die größer oder gleich 0.1 sind, angegeben. Positive Werte verweisen auf eine gestiegene, negative auf eine gesunkene subjektive Sicherheit.

Demnach kam es lediglich bei einer Schätzung (D13) zu einer Verringerung der subjektiven Sicherheit, in den meisten Fällen konnte kein Unterschied ermittelt werden und in drei Fällen stieg die subjektive Sicherheit der Experten an. Die Schätzung, bei der es zu einer Verringerung der subjektiven Sicherheit gekommen war, und jene, bei der ein besonders starker Zuwachs an Sicherheit auftrat, sind die folgenden:

Fragetext: „Welche Bedeutung hat die Nutzung von Mobiltelefonen für sogenannte Datendienste der dritten Generation, wie z.B. Übertragung von Videos usw. (UMTS)?“

Verbale Kommentare: „UMTS wird künftig große Bedeutung haben, da damit viel Geld zu verdienen ist.“ „UMTS wird künftig keine Bedeutung haben, da die Entwicklung noch 10 bis 12 Jahre dauern wird.“ (Subjektive Sicherheit steigt um .31.)

Fragetext: „Wie stark führt in circa 5 Jahren ist die Nutzung von Mobiltelefonen durch Manager, um Zeit zu sparen, zu einer Beeinflussung der Ausbreitung?“

Verbale Kommentare: „Da bereits fast alle Manager über Handys verfügen, beeinflusst dies die Ausbreitung nicht weiter.“ „Da es immer mehr Manager geben wird, beeinflusst dies die Ausbreitung von Handys.“ (Subjektive Sicherheit sinkt um .10.)

Es erschließt sich an dieser Stelle zumindest kein augenscheinlicher Grund für die unterschiedliche Wirkung der verbalen Kommentare bei diesen beiden Schätzungen. In Anbetracht dieser Ergebnislage kann kein verallgemeinerndes Urteil gefällt werden. Es zeichnet sich jedoch ab, daß die Aufnahme verbaler Kommentare in das Feedback nicht zu einem generellen Anwachsen oder Absinken der subjektiven Sicherheit der Expertenschätzungen – konform zum Inhalt des verbalen Kommentars - führt.

Zusammenfassend ist damit von keinem oder nur von einem überraschend geringen Einfluß der Rückinformation auf die subjektive Sicherheit der Urteile auszugehen. Weder die Streuung der Gruppenmeinung, noch der Grad an Konformität mit der Gruppenansicht noch die Aufnahme verbaler Kommentare stehen in einer eindeutigen Relation zum Grad an Sicherheit, mit dem die erneuten Schätzungen abgegeben wurden. Dies unterstreicht die Bedeutung der Frage, ob und welche weiteren Determinanten für die subjektive Sicherheit der Urteile verantwortlich gemacht werden können.

4.3 Subjektive Sicherheit von Mitarbeitern bei Mobilfunkunternehmen, von Wissenschaftlern und von Experten aus dem kommerziellen Bereich

Zunächst ist die Vermutung plausibel, daß Insider, also jene Experten, die selbst auf dem Gebiet arbeiten, zu welchem eine Schätzung abzugeben ist, bessere Urteile fällen als Experten, die aufgrund ihrer beruflichen Tätigkeit weniger involviert sind. Es werden aber auch Vorbehalte gegenüber einer solchen Auffassung geäußert. Einmal, so

wird argumentiert, sind die Entscheidungen solcher Insider nur begrenzt rational, weil sie von erheblichen Unsicherheiten und Karriereerwartungen abhängen (Blume 1992). Auch „ist die Annahme nicht unplausibel, daß aktive Fachexperten ihrem jeweiligen Fach positiver gegenüberstehen als anderen wichtigen Gebieten in ihrer disziplinären Umgebung, denn sie wählen Forschungsaufgaben in Gebieten aus, die gute Ergebnisse versprechen oder karriereförderlich sind. Diese Tendenz, das eigene Arbeitsgebiet überzubewerten, wird in der Literatur als *Voreingenommenheit* interpretiert“ (Grupp et al. 2000: 59 – Hervorhebung wie im Original, vgl. auch Shrum 1985).

Untersuchungen zum Zusammenhang zwischen Fachkenntnis und dem Grad an Optimismus der eigenen Schätzung haben gezeigt, daß aktive Experten, das heißt jene Fachleute, die auf dem entsprechenden Gebiet arbeiten, deutlich optimistischer urteilen. So macht in einer Delphi-Studie (Grupp et al. 2000) beispielsweise das Meinungsspektrum zum zeitlichen Horizont der Nanotechnologie die optimistischere Haltung der Insider deutlich.

Es soll nun geprüft werden, ob die Einschätzung der subjektiven Sicherheit im Zusammenhang steht mit der professionellen Herkunft der an der Studie zur Zukunft des Mobiltelefonierens beteiligten Experten. Die Expertengruppe setzte sich – wie bereits erwähnt – etwa zu gleichen Teilen aus Mitarbeitern von D2 Mannesmann Mobilfunk, aus Wissenschaftlern und aus Personen, welche im kommerziellen Bereich tätig sind, zusammen. Während die Wissenschaftler die Entwicklung des Mobilfunks von ihrem eigenen sowie aus angrenzenden Fachgebieten heraus und, was die eigene berufliche Entwicklung betrifft, mit relativem Abstand betrachtet haben dürften, besitzt diese Entwicklung besonders für die Mitarbeiter von D2 Mannesmann Mobilfunk auch existentielle Aspekte. Auf diese Gruppe trifft damit die Bezeichnung „aktive Experten“ zu. Deshalb soll untersucht werden, in welcher Beziehung die Herkunft der Experten und die Sicherheit der von ihnen abgegebenen Urteile stehen. Zur besseren Übersichtlichkeit werden die Einschätzungen wieder zusammengefaßt und für die Fragekomplexe C bis F in Tabelle 5 ausgewiesen.

In fast allen Bereichen fühlen sich die Mitarbeiter von D2 Mannesmann Mobilfunk in ihren Urteilen am sichersten. Das geringste Vertrauen in die eigenen Urteile haben dagegen die Experten, welche aus dem Bereich Wissenschaft stammen.

Tabelle 5: Subjektive Sicherheit (Mittelwerte) der Experten aus unterschiedlichen Bereichen bei ihren Schätzungen in der zweiten Welle

Komplex	Alle	D2 Experten	Experten aus der Wissenschaft	Kommerzielle Experten
C	3.8	4.0	3.6	3.5
D	3.9	4.0	3.8	3.8
E	3.9	4.0	3.7	3.9
F	3.9	3.9	3.8	4.0

Denkbar sind zunächst zwei Erklärungen: Erstens kann es sich bei den D2-Experten tatsächlich um besonders kompetente Spezialisten handeln, die über differenziertere Fachkenntnisse auf dem Gebiet des Mobilfunks verfügen als die anderen Teilnehmer. Oder, zweitens, wir haben es bei den Urteilen der aktiven Experten mit dem Phänomen der Voreingenommenheit (vgl. Abschnitt 2) zu tun. Bei den Experten aus dem Bereich Wissenschaft handelt es sich um hochqualifizierte Personen, die in der Regel sowohl über ein breiteres Fachwissen also auch über spezielle Kenntnisse beispielsweise aus der Kommunikationswissenschaft, der Nachrichtentechnik, der Mikrosoziologie oder der Techniksoziologie verfügen und dieses bei der Beurteilung der Entwicklung des Mobilfunks auch einbezogen haben dürften. Zugleich knüpft dieser Personenkreis an die Entwicklung des Mobilfunks kaum eigene Karriereerwartungen. Die Experten aus dem kommerziellen Bereich stehen in dieser Beziehung praktisch zwischen den Teilnehmern aus der Wissenschaft und den Mitarbeitern von D2 Mannesmann Mobilfunk. In fast genau dieser Reihenfolge gestaltet sich auch die subjektive Sicherheit der Urteile.

Festzuhalten bleibt, daß in der Regel die Urteile zur subjektiven Sicherheit offenbar in einem gewissen Zusammenhang zum Grad an Betroffenheit von der zu bewertenden Thematik stehen. Es soll deshalb die Hypothese aufgestellt werden, daß sich Experten aufgrund ihrer beruflichen Stellung dazu verpflichtet fühlen, eine besondere Kompetenz beziehungsweise eine besondere Sicherheit in ihren Urteilen zu behaupten, unabhängig davon, ob dies zutrifft oder nicht. Würde sich eine solche Vermutung bestätigen, so bedeutete dies, daß die Aussage zur subjektiven Sicherheit einer Schätzung in eine Richtung überformt wird, die direkt nichts mit der Qualität der Schätzung zu tun haben muß.

Die Frage, die nun bearbeitet werden soll, lautet deshalb: Wird tendenziell immer dann von den Experten die Rückinformation ignoriert und eine hohe subjektive Sicherheit behauptet, wenn der einzuschätzende Sachverhalt die Interessenmuster der Befragten besonders stark tangiert? Dazu werden zwei Schätzungen, welche besonders zentral

für die Zukunft des Mobilfunks sind, sowie eine Schätzung für die dies nicht zutrifft, näher betrachtet. Es handelt sich um die Bewertung folgender Sachverhalte:

- Die Bedeutung der Datendienste der dritten Generation (UMTS) (C61)
- Ein zu hoher Preis als Grund gegen die Anschaffung von Handys (E62)
- Besitzer von Mobiltelefonen ändern ihre Kommunikationsgewohnheiten gegenüber Besitzern von Festnetzanschlüssen (F31)

Alle drei Fragen weisen zunächst im Feedback eine relativ hohe Streuung auf, die Standardabweichungen der Antworten der ersten Welle, welche im Feedback rückgemeldet wurden, betragen 1.22 (E62), 1.18 (C61) beziehungsweise 1.09 (F31). Derartige Streuungen signalisieren den Teilnehmern, daß es sich hier um Probleme handelt, bei deren Klärung die Fachwelt - oder wenigstens die an der Studie beteiligten Experten - noch nicht zu einer einhelligen Ansicht gelangt sind. Während die beiden ersten Fragen wichtige Aspekte der Zukunft des Mobilfunks und damit die Interessen der aktiven Experten betreffen, scheint die Änderung von Kommunikationsgewohnheiten in diesem Zusammenhang eher sekundär und für die aktiven Experten weniger von Bedeutung zu sein. Die Ergebnisse der drei Schätzungen von unterschiedlichen Experten enthält Tabelle 6.

Die Ergebnisse zeigen zunächst, daß die in der Kategorie „übrige Experten“ zusammengefaßten Teilnehmer mit deutlich geringerer Sicherheit ihre Urteile zu den beiden für die Zukunft des Mobilfunks besonders relevanten Sachverhalten fällen als dies die Mitarbeiter von D2 Mannesmann Mobilfunk tun. Dies deutet darauf hin, daß sich diese Teilnehmer stärker an den Rückinformationen orientieren als die aktiven Experten. Zugleich zeigt sich, daß die D2-Mitarbeiter nicht nur das Feedback mehr oder weniger ignorieren, sondern auch die beiden für ihr Arbeitsgebiet besonders wichtigen Aspekte (E62 und C61) pointierter im eigenen Interesse vorhersagen als die übrigen Experten. Demgegenüber weist die Bewertung der Frage nach veränderten Kommunikationsgewohnheiten keine Unterschiede in der subjektiven Sicherheit auf. Hier wird also in beiden Expertengruppen die in den Rückinformationen übermittelte relativ große Streuung mit dem gleichen Ergebnis verarbeitet. Auch das inhaltliche Urteil der beiden Gruppen unterscheidet sich hier weitaus weniger als bei den beiden anderen Fragen.

Tabelle 6: Bewertung der Entwicklung von drei für den Mobilfunk unterschiedlich zentralen Sachverhalten durch Experten unterschiedlicher professioneller Herkunft

Sachverhalt	D2 Mobilfunk	übrige Experten

	subjektive Sicherheit	Einschätzung der Bedeutung ⁹	subjektive Sicherheit	Einschätzung der Bedeutung
Die Nutzung von Mobiltelefonen für sogenannte Datendienste der dritten Generation, wie z.B. Übertragung von Videos usw. (UTMS)	3.5	3.8	2.6	3.4
Die Nutzung von Mobiltelefonen ist zu teuer	4.2	1.9	4.1	2.5
Besitzer von Mobiltelefonen ändern ihre Kommunikationsgewohnheiten	3.6	3.6	3.6	3.4

Diese Ergebnisse stützen die Vermutung, daß bei bestimmten Urteilen durch die aktiven Experten von D2 Mannesmann Mobilfunk eine gewisse Voreingenommenheit gegenüber dem in der Frage enthaltenen Sachverhalt besteht. Die Ergebnisse stützen weiterhin die Vermutung, daß das relativ uneinheitliche Meinungsbild aus der ersten Welle bei für den Mobilfunk besonders relevanten Fragen von den hauptsächlich betroffenen Experten möglicherweise bewußt ignoriert worden ist. Während bei den übrigen Experten die im Feedback enthaltene relativ große Streuung für eine vorsichtiger Bewertung der subjektiven Sicherheit und für eine zurückhaltende inhaltliche Bewertung sorgen, beurteilen die aktiven Experten die erfragten Sachverhalte mit höherer Sicherheit und deutlich optimistischer. Dies trifft jedoch nicht zu, wenn es sich um Sachverhalte handelt – wie bei Frage F31 – die für die Zukunft des Mobilfunks nicht diese zentrale Bedeutung haben.

4.4 Der Einfluß der subjektiven Sicherheit auf das Antwortverhalten

Nachdem Befunde zum Einfluß der Rückinformation und zur Herkunft der Experten auf das Zustandekommen der Urteile über die subjektive Sicherheit von Schätzungen gesammelt wurden, soll nun untersucht werden, in welcher Weise sich die Urteile zur subjektiven Sicherheit in die Antwortmuster bei der Delphi-Studie zur Zukunft des Mobiltelefonierens einpassen. Betrachtet werden soll der Zusammenhang zwischen subjektiver Sicherheit und der Tendenz zur Meinungsänderung, zu extremen Urteilen und dem Phänomen, die Teilnahme an der Delphi-Studie abzubrechen.

⁹ Die Bedeutung wurde jeweils auf einer 5-stufigen Skala mit an den Polen verbalisierten Endpunkten eingeschätzt. Die Endpunkte bedeuten: 1 = keine Bedeutung und 5 = sehr große Bedeutung.

4.4.1 Subjektive Sicherheit und Assimilations-, Kontrast- und konstante Urteile

Wie bereits mehrfach betont, ist es für das Funktionieren von Delphi wichtig, daß die Experten über die Fähigkeit verfügen, die eigene Kompetenz mehr oder weniger richtig zu bewerten. Entsprechend wird erwartet, daß von den Teilnehmern als unsicher interpretierte Urteile im Verlauf der Delphi-Studie zum Beispiel mithilfe der Rückinformation in die richtige Richtung korrigiert werden. Entsprechend sollten sicherere Urteile eher konstant sein als unsichere. Daneben kommt es zu Assimilations- und Kontrasturteilen. Von Assimilationsurteilen wird gesprochen, wenn in der folgenden Befragungswelle eine Orientierung in Richtung auf die Gruppenmeinung erfolgt. Kontrasturteile liegen dagegen vor, wenn bei den Schätzungen das eigenen Urteil von der Gruppenmeinung abgesetzt wird (Rowe et al. 1991: 238, Häder/Rexroth 1998: 6f).

Im weiteren soll untersucht werden, welche Beziehung zwischen diesem Urteilsverhalten und der subjektiven Sicherheit der Urteile besteht. Zu erwarten ist, daß Assimilationsurteile zunächst nur mit einer relativ geringen subjektiven Sicherheit gefällt wurden und es deshalb bei der Wiederholung der Schätzung zu einer Orientierung an der Gruppenmeinung kam. Entsprechend ist bei Kontrasturteilen zu erwarten, daß diese mit einer besonders hohen subjektiven Sicherheit getroffen wurden, wobei unter Umständen das Motiv eine Rolle spielt, die Gruppe von der eigenen (vermeintlich richtigen) Haltung überzeugen zu wollen.

Tabelle 7: Anteil an Assimilations-, Kontrast- und konstanten Urteilen an der Gesamtheit der 2237 Urteile in der zweiten Welle und der jeweilige Grad an subjektiver Sicherheit

	konstante Urteile	Assimilationssurteile	Kontrasturteile
Anteil in Prozent	50.3	30.0	19.7
subjektive Sicherheit	4.0	3.9	3.8

In Tabelle 7 wird gezeigt, wie häufig in der hier diskutierten Studie Assimilations-, Kontrast- und konstante Urteile auftraten und mit welcher subjektiven Sicherheit es zu diesen Urteilen jeweils durchschnittlich gekommen ist. Die absolute Mehrheit der Schätzungen sind konstante Urteile, also solche, bei denen in der ersten und in der zweiten Schätzung von den Experten identische Angaben gemacht wurden. Ein knappes Drittel waren Assimilationsurteile, welche sich in Richtung auf die Gruppenmeinung orientiert haben und etwa 20 Prozent stellen Kontrasturteile dar, die bei der wiederholten Schätzung von der Gruppenmeinung abgerückt sind.

Tabelle 7 zeigt außerdem, in welchem Zusammenhang die subjektive Sicherheit und das Urteilsverhalten stehen. Auch dieses Ergebnis entspricht nicht völlig den Erwartungen. Zunächst zeigt sich, daß kaum Unterschiede in der subjektiven Sicherheit zwischen den drei Arten an Urteilen bestehen. Konstante Urteile werden immerhin mit einer relativ hohen subjektiven Sicherheit abgegeben. Die Experten meinen deshalb keine Veranlassung zu haben, ihre Schätzungen zu ändern und sich beispielsweise an den Rückmeldungen zu orientieren. Die Bedeutung dieses Befundes wird noch dadurch unterstrichen, daß den Teilnehmern keine Hinweise zu den eigenen Urteilen aus der ersten Welle zur Verfügung gestellt wurden. Ein identisches Urteil verweist damit tatsächlich auf eine verfestigte Haltung zum erfragten Sachverhalt. Überraschend hoch – und nur etwas niedriger als bei den konstanten Schätzungen – ist die subjektive Sicherheit bei den Assimilationsurteilen. Offenbar führt die in der zweiten Welle eingegangene Konformität mit der Gruppenmeinung und die damit verringerte Dissonanz gegenüber den anderen Experten zu einem Gewinn an subjektiver Sicherheit in bezug auf die eigenen Urteile. Am wenigsten von ihren Urteilen überzeugt sind jene Experten, welche Kontrasturteile abgegeben haben. Dies widerspricht der Ausgangsvermutung, derzufolge es gerade aufgrund einer besonders ausgeprägten subjektiven Sicherheit zu Kontrasturteilen kommt, beispielsweise mit dem Anliegen, die Gruppenmeinung in Richtung auf die eigene zu beeinflussen. So wird eher die Vermutung genährt, daß Kontrasturteile nichts mit der subjektiven Sicherheit zu tun haben und eher aufgrund anderer Einflüsse zustande kommen.

Insgesamt legen die Ergebnisse ein weiteres Mal nahe, daß das Urteil über die subjektive Sicherheit einer Schätzung nur sehr bedingt ein Ausdruck für die Qualität eben dieser Schätzung ist. Die gefundenen Ergebnisse sind nur dann plausibel erklärbar, wenn man unterstellt, daß das Zustandekommen der Einschätzungen zur subjektiven Sicherheit nur teilweise auf einer Evaluation der eigenen Urteilsfindung beruht.

4.4.2 Subjektive Sicherheit und extreme Urteile

In diesem Abschnitt wird die These untersucht, daß extreme Urteile mit größerer subjektiver Sicherheit abgegeben werden als jene, die eher eine gemäßigte beziehungsweise unentschiedene Haltung gegenüber dem zu bewertenden Sachverhalt erkennen lassen. Dieser Verdacht kann sich auf die Ergebnisse von Analysen zu Confidence Ratings berufen, welche im Rahmen von kognitiven Pretests veranstaltet wurden. Solche Tests haben, teilweise in Verbindung mit weiteren Nachfragetechniken, immer wieder gezeigt, daß Personen die sich in ihrer Haltung gegenüber dem erfragten Sachverhalt unsicher sind, dazu tendieren, auf mittlere Antwortkategorien auszuweichen (Prüfer/Rexroth 1996, Rexroth/Prüfer 1996). Es wäre also eine plausible Erklärung

für das Zustandekommen der Urteile über die subjektive Sicherheit, wenn diese in der beschriebenen Weise mit den inhaltlichen Bewertungen zusammenhängen.

Zur Überprüfung wurden die Skalen, auf denen eine inhaltliche Bewertung vorgenommen wurde, geklappt. Damit verweisen nun höhere Werte auf extremere (positive und negative) Urteile. Die subjektive Sicherheit wird dann korreliert mit den neu gebildeten, jetzt 3-stufigen, Skalen. Das Ergebnis zeigt Tabelle 8.

Tabelle 8: Korrelationskoeffizienten¹⁰ zwischen der subjektiven Sicherheit der Urteile in der zweiten Welle und extremen Urteilen in verschiedenen Komplexen für die einzelnen Fragen

Komplexe	Koeffizienten							
C	-0.252	-0.622**	-0.342	-0.278	-0.436**	-0.343*		
D	-0.365**	-0.465**	-0.309*	-0.410**	-0.188	-0.483**	-0.255	-0.419**
	.031	-0.139	-0.552**	-0.176	-0.236	-0.295*	-0.405**	-0.266
	-0.482**	-0.247	-0.087	-0.414**	-0.332*	-0.518**	-0.386**	-0.593**
	-0.577**	-0.384**	-0.234	-0.301*	-0.424**	-0.407**	-0.392**	-0.195
	-0.480**	-0.601**						
E	-0.189	-0.435**	-0.113	-0.151	-0.191	-0.175	-0.014	-0.139
	-0.202	-0.090	.083	-0.146				
F	-0.401**	-0.525**	-0.402**	-0.287*	-0.575**	-0.377**		

*: $p < 0.05$; **: $p < 0.01$

Es stellt sich eine relativ eindeutige Ergebnislage heraus. Das negative Vorzeichen verweist in fast allen Fällen auf genau den vermuteten Zusammenhang: Je sicherer die Urteile subjektiv bewertet werden, desto stärker akzentuiert werden diese auch abgegeben. Die ausgewiesenen Koeffizienten und Signifikanzmaße deuten außerdem darauf hin, daß die analysierten Zusammenhänge relativ stark sind. Für das Antwortverhalten der Experten bei Delphi-Studien kann damit ein eindeutiger Trend festgestellt werden. Die Bereitschaft der Experten zur Vergabe inhaltlich stark akzentuierter Schätzungen erfolgt nach den gleichen Kriterien, die auch für die Beurteilung der subjektiven Sicherheit einer Antwort herangezogen werden. So vermeiden unsichere Experten extreme Urteile und bevorzugen mittlere Antwortkategorien beziehungsweise interpretieren die mittlere Vorgabe zur Weiß-Nicht-Kategorie um (Rexroth/Prüfer 1996: 23).

¹⁰ Korrelationskoeffizienten nach Pearson zwischen den Schätzungen der gedrehten Skala in der ersten Welle versus der Urteile zur subjektiven Sicherheit.

Das Ergebnis ist ein Hinweis darauf, daß die von den Experten angegebene subjektive Sicherheit des Urteils tatsächlich in einer Relation zur Qualität dieses Urteils steht. Wird von den Teilnehmern vermutet, daß das eigene Urteil als nicht sonderlich sicher zu gelten hat, so verzichtet man auf akzentuierte Urteile.

4.4.3 Subjektive Sicherheit und Panelmortalität

Bei Delphi-Befragungen wird teilweise über hohe Anteile an Antwort- oder Teilnehmerverweigerungen in der zweiten Befragungsrunde berichtet: „In einer Befragung über die Strukturverbesserung für Wien sank die Anzahl der Experten von der ersten zur zweiten Runde um 15 Prozent, im Deutschen Delphi-Report um 19 Prozent, bei einer Untersuchung zur Bio- und Gentechnologie in der Landwirtschaft sogar um 41 Prozent“ (Drilling 2000: 172; vgl. auch Bodzenta et al. 1983; Neubert 1991; BMFT 1993; Cuhls 1998: 119).

Von den im Rahmen der Delphi-Studie zur Zukunft des Mobilfunks in der ersten Welle befragten 50 Teilnehmern haben 41 (dies sind mehr als 80 Prozent) auch an der Erhebung der zweiten Welle teilgenommen. Es ist denkbar, daß trotz der relativ guten Beteiligung das Ergebnis der Studie dadurch beeinflußt wurde, daß es zu einem systematischen Ausfall von Teilnehmern gekommen ist. Zur Charakteristik derjenigen Personen, die nicht an beiden Delphi-Wellen teilgenommen haben (diese werden in der Literatur als Aussteiger bezeichnet) wurden deshalb Analysen angestellt. Folgender Kompetenz-Hypothese wird nachgegangen¹¹: Die Aussteiger haben in der ersten Welle besonders unsichere Urteile abgegeben. Damit verweist die Verweigerung der weiteren Teilnahme auf vermutete mangelnde eigene Kompetenz. Eine in dieser Richtung gehende Vermutung bearbeitete bereits Bardecki (1984: 289ff.).

Die Analyse der Aussteiger wurde mit Hilfe von Mittelwertvergleichen vorgenommen. Diese werden hier jedoch nicht im einzelnen gezeigt, denn im Ergebnis stellte sich heraus, daß sich die Einschätzungen der Aussteiger in bezug auf die Sicherheit ihrer Urteile in der ersten Welle faktisch nicht von denjenigen Experten unterschieden, die an beiden Wellen teilgenommen haben. Es ergab sich bei den abgegebenen Urteilen zur subjektiven Sicherheit in keinem Fall ein signifikanter Unterschied in den Mittel-

¹¹ Denkbar sind auch andere Vermutungen, so zum Beispiel eine Dissonanz-Hypothese, nach der Aussteiger die Sachverhalte systematisch anders bewerten und diese kognitiven Dissonanzen ein Motiv für den Abbruch darstellen. Auch eine Nonkonformitäts-Hypothese, derzufolge die Aussteiger extremere Urteile abgeben als die übrigen Befragten, wäre zu prüfen. Hier bewirkt die Differenz gegenüber dem Thema der Befragung den Ausstieg. Beide Hypothesen konnten jedoch anhand der Daten nicht bestätigt werden.

werten zwischen den Abbrechern und jenen Experten, die an beiden Wellen teilgenommen haben. Damit kann angenommen werden, daß der Beweggrund für die Aussteiger nicht eine als besonders mangelhaft empfundene eigene Expertise ist. Während Bardecki (1984: 289ff.) außerdem in seiner Studie Hinweise auf die Wirkung von Nonkonformitätshaltungen gefunden hatte, haben wir auch keinen Anhaltspunkt für die Bestätigung dieser Hypothese. Offenbar spielten andere Motive wie etwa Zeitmangel eine Rolle für die Panelmortalität.

5. Diskussion der Ergebnisse

Die auf Dalkey et al. 1970 zurückgehende Einbeziehung von Indikatoren zum Self-Rating der Experten (vgl. auch Albach 1970) geht davon aus, daß eine positive Korrelation zwischen der Selbsteinschätzung und der tatsächlichen Schätzfähigkeit der Experten besteht. Diese Überlegung kann anhand der vorgestellten Befunde präzisiert werden.

Mithilfe von Daten aus einer Delphi-Studie zur Zukunft des Mobilfunks sind verschiedene Probleme im Umfeld einer solchen Frage zur subjektiven Sicherheit von Urteilen aufgezeigt worden. Vor Ablauf der Prognosefrist ist es zunächst nicht möglich zuverlässig zu klären, inwieweit ein Zusammenhang besteht zwischen der subjektiven Sicherheit, mit der Urteile gefällt wurden, und der Häufigkeit, mit der diese Urteile tatsächlich zutreffen. Trotzdem haben die Ergebnisse auf einige interessante Trends aufmerksam gemacht und verschiedene, bisher als sicher angenommene Thesen, infrage gestellt. Folgendes soll abschließend hervorgehoben werden:

Grundlage war ein Modell, welches die subjektive Sicherheit einer Schätzung als Ausdruck der jeweiligen Sachkunde eines Experten und zugleich als Ergebnis von Einflußgrößen versteht, welche von der Qualität einer Schätzung unabhängig sind. Eine Reihe von Ergebnissen haben Hinweise darauf erbracht, daß bei der Angabe der Sicherheit, mit der eine Schätzung vorgenommen wurde, eine Evaluation des Antwortprozesses erfolgt und die subjektive Sicherheit damit Indikator für die Qualität einer Schätzung ist. Andere Ergebnisse haben aber auch deutlich gemacht, daß die Urteile zur subjektiven Sicherheit beeinflusst werden durch das professionelle Eingebundensein der jeweiligen Teilnehmer beziehungsweise durch den Grad an Verbundenheit mit der Thematik der jeweiligen Studie.

Bei der Auswertung von Delphi-Studien ist es naheliegend, die Schätzungen von kompetenten Experten höher zu bewerten als jene, die von Teilnehmern mit geringerer Expertise abgegeben worden sind. Unsere Ergebnisse zeigen jedoch, daß die Ant-

worten auf die Frage nach der subjektiven Sicherheit im Rahmen der Auswertung von Delphi-Studien nicht als ausreichend zuverlässige Gewichtungvariable benutzt werden kann. Ein solches Vorgehen wäre kaum geeignet, um die Ergebnisse der inhaltlichen Schätzungen „in die richtige Richtung“ zu korrigieren (vgl. auch Häder/Häder 1994: 31).

Für das Funktionieren des Delphi-Ansatzes ist die Verarbeitung der Rückinformation ein zentrales Element. Die Analyse des Einflusses der verschiedenen im Feedback enthaltenen Informationen auf die subjektive Sicherheit hat insgesamt eine widersprüchliche Ergebnislage erbracht. Vor dem Hintergrund der referierten Resultate ist sowohl eine gewisse Ignoranz der Experten gegenüber den Rückinformationen vorstellbar als auch die Existenz von Einflüssen, welche von den Teilnehmern so stark bewertet werden, daß sie die im Feedback übermittelten Informationen bei der Einschätzung der subjektiven Sicherheit überlagern. Die gezeigten Ergebnisse verweisen damit auch auf ein gewisses Potential bei der Weiterentwicklung des Delphi-Ansatzes.

Die Berücksichtigung der unterschiedlichen Etappen der Meinungsbildung läßt die Urteile zur subjektiven Sicherheit stärker an Plausibilität gewinnen. Unterstellt man einen asynchronen Verlauf zwischen der Meinungsbildung, welche in der Fachwelt stattfindet und jener, die individuell von den einzelnen Experten absolviert wird, so werden die anhand der Daten ermittelten Ergebnisse plausibel. Die Ratings zur Sicherheit, mit denen Schätzungen vorgenommen werden, sind damit nicht aufgrund des Feedbacks vorhersagbar.

Mithilfe der vorliegenden Daten, welche primär für eine Prognose über die Zukunft des Mobilfunks gewonnen wurden, konnten zahlreiche weitere Vermutungen nicht verfolgt werden. Dies gilt beispielsweise für die Frage, inwieweit sich Persönlichkeitsmerkmale, wie zum Beispiel der Grad an Dogmatismus eines Teilnehmers auf die subjektive Sicherheit eines Urteils auswirken.

Schließlich haben die Ergebnisse gezeigt, daß es noch ausreichend Forschungsbedarf gibt, um hinreichend zuverlässige Aussagen über das kognitive Zustandekommen der Urteile zur subjektiven Sicherheit von Schätzungen zu treffen. Diese Forschungsarbeit ist von Interesse für die Veranstalter und Nutzer von Delphi-Studien, für die Evaluation von Expertenratings und nicht zuletzt auch für die Umfrageforschung generell.

Literatur

- Albach, H., 1970: Informationsgewinnung durch strukturierte Gruppenbefragung. Die Delphi-Methode. In: Zeitschrift für Betriebswirtschaft 40/1970 (Ergänzungsheft): 11-26.
- Aronson, E./Turner, J./Carlsmith, J., 1963: Communication credibility and communication discrepancy as determinants of opinion change. In: Journal of Abnormal Social Psychology, 67.
- Bardecki, M.J., 1984: Participants' Response to the Delphi Method: An Attitudinal Perspective. In: Technological Forecasting and Social Change, 25.
- Becker, D., 1974: Analyse der Delphi-Methode und Ansätze zu ihrer optimalen Gestaltung. Inaugural Dissertation zur Erlangung der Würde eines Doktors der Wirtschaftswissenschaften, Universität Mannheim.
- BMFT - Bundesministerium für Forschung und Technologie (Hrsg.), 1993: Deutscher Bericht zur Entwicklung von Wissenschaft und Technik. Bonn.
- Blume, S., 1992: Insight and Industry: On the Dynamics of Technological Change in Medicine. Cambridge: Mass. MIT Press.
- Bodzenta, E./Reuer, C./Speiser, I., 1983: Strukturverbesserung für Wien. Wien, Köln, Graz: Böhlau.
- Cuhls, K., 1998: Technikvorschau in Japan. Ein Rückblick auf 30 Jahre Delphi-Expertenbefragung. Heidelberg: Physica-Verl.
- Dalkey, N.C./Brown, B./Cochan, S., 1979: Use of Self-Ratings to Improve Group Estimates. In: Technological Forecasting 1 (3): 283-291.
- Drilling, M., 2000: Nicht-standardisierte Befragungsmethoden in der Delphi-Technik: Vorläufige Schlüsse aus einem Projekt im universitären Bildungsbereich. S. 161-178 in: Häder, M./Häder, S. (Hrsg.): Die Delphi-Methode in den Sozialwissenschaften. Opladen; Westdt. Verl.
- Duffield, Ch., 1993: The Delphi Technique: a comparison of results obtaining using two expert panels. In: International Journal of Nursing Studies, 30, No. 3.
- Geschka, H., 1977: Delphi. In: Bruckmann, G. (Hrsg.): Langfristige Prognosen. Möglichkeiten und Methoden der Langfristprognostik komplexer Systeme. Würzburg Wien.
- Grupp, H./Blind, K./Cuhls, K., 2000: Analyse von Meinungsdisparitäten in der Technikbewertung mit der Delphi-Methode. S. 43-65 in: Häder, M./Häder, S. (Hrsg.): Die Delphi-Methode in den Sozialwissenschaften. Opladen; Westdt. Verl.
- Häder, M./Häder, S., 1994: Die Grundlagen der Delphi-Methode. Ein Literaturbericht. ZUMA-Arbeitsbericht 94/02. Mannheim.
- Häder, M./Häder, S., 1998: Neuere Entwicklungen bei der Delphi-Methode. Literaturbericht II. ZUMA-Arbeitsbericht 98/05, Mannheim.

- Häder, M./Häder, S., 2000: Die Delphi-Methode als Gegenstand methodischer Forschungen. S. 11-31 in: Häder, M./Häder, S. (Hrsg.): Die Delphi-Methode in den Sozialwissenschaften. Opladen: Westdt. Verl.
- Häder, M., 2000a: Und wie kommen Sie darauf? Probings zu den kognitiven Prozessen bei der Beantwortung von Prognosefragen in einer Delphi-Studie. S. 179-193 in: Häder, M./Häder, S. (Hrsg.): Die Delphi-Methode in den Sozialwissenschaften. Opladen: Westdt. Verl.
- Häder, M., 2000b: Mobilfunk verdrängt Festnetz. Ergebnisse einer Delphi-Studie. Unveröffentlichtes Manuskript.
- Helmer, O./Gordon, Th., 1967: 50 Jahre Zukunft. Hamburg.
- Hempel, C.G.; Oppenheim, P., 1948: Studies of the Logic of Explanation. In: Philosophy of Science, vol. 15, no.2: 135-175.
- Linstone, H.A.; Turoff, M. (Hrsg.), 1975: The Delphi Method: Techniques and Applications. Reading, Mass: Addison-Wesley Company.
- Mulgrave, N.W./Ducanis, A.J., 1975: Propensity to change responses in a Delphi round as a function of dogmatism. In: Linstone, H.A./Turoff, M. (Hrsg.): The Delphi Method. Techniques and Applications. Addison-Wesley, Mass.
- Nelson, B.W., 1978: Statistical Manipulation of Delphi Statements: It's Success and Effects on Convergence and Stability. In: Technological Forecasting and Social Change, No. 12.
- Neubert, S., 1991: Neue Bio- und Gentechnologie in der Landwirtschaft. Ergebnisse einer Delphi-Expertenbefragung. Münster-Hiltrup: Landwirtschaftsverl.
- Ono, R./Wedemeyer, D.J., 1994: Assessing the Validity of the Delphi Technique. In: Futures 26, No. 3.
- Opp, K.-D., 1995: Methodologie der Sozialwissenschaften. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Prüfer, P./Rexroth, M., 1996: Verfahren zur Evaluation von Survey-Fragen: Ein Überblick. ZUMA-Arbeitsbericht 96/05. Mannheim.
- Rexroth, M./Prüfer, P., 1996: Einsatz kognitiver Pretestverfahren im Projekt „Antikommunismus / Antiamerikanismus. ZUMA-Technischer Bericht 96/03. Mannheim.
- Richey, J.S./Mar, B.W./Horner, R.R., 1985: The Delphi Technique in Environmental Assessment. In: Journal of Environmental Management, 21, No. 2.
- Riggs, W.E., 1983: The delphi Technique, an Experimental Evaluation. In: Technological Forecasting and Social Change 23.
- Rowe, G./Wright, G./Bolger, F., 1991: Delphi. A reevaluation of research and theory. In: Technological Forecasting and Social Change 39.

Shrum, W., 1985: Quality Judgement of Technical Fields: Bias, Marginality and the Role of the Elite. In: Scientometrics, 8: 35-57.

Sudman, S.; Bradburn, N.M.; Schwarz, N., 1996: Thinking about answers. The Application of Cognitive Processes to Survey Methodology. San Francisco: Jossey-Bass Publ.

Anhang

An der Delphi-Studie beteiligte Experten

Wissenschaftler (n=13):

Professor für Telekommunikation an der TU Dresden, Institut für Nachrichtentechnik, sowie weitere Professoren und Mitarbeiter aus diesem Institut

Professor für Techniksoziologie am Institut für Soziologie der TU Dresden

Professor für Mikrosoziologie am Institut für Soziologie der TU Dresden

Mitarbeiter beim Zentrum für Umfragen Methoden und Analysen (ZUMA), Mannheim

Professor für Kommunikationswissenschaft an der TU Dresden, Institut für Kommunikationswissenschaften sowie Lehrbeauftragte, wissenschaftliche Mitarbeiter und Assistenten aus diesem Institut

Mitarbeiter am Lehrstuhl für Theoretische Nachrichtentechnik, TU-Dresden, Institut für Nachrichtentechnik

Im kommerziellen Bereich tätige Experten (n=16):

Berater für Daten und Telekommunikation bei OMNIKON Beratungsgesellschaft

Mitarbeiter der Telecom-Partner-Dresden, Telefonanlagenvertrieb

Inhaber des Unternehmens Gbit, Vertrieb Service und Informationstechnik, Heidenau

Kundenbeauftragter der SIMENS AG, Dresden

Mitarbeiter des Ingenieurbüros für Elektronik, Dresden

Mitarbeiter bei Hegewald & Rietzschel GbR, Dresden

Leiter Vertrieb bei AEG Mobile Communiation GmbH, Dresden

Mitarbeiter bei ABC Telekommunikation, Niederlassung Dresden

Inhaber des Unternehmens Telefonbau Edler, Anlagen-Vertrieb und Geschäft

Experten von D2 Mannesmann Mobilfunk (n=21):

Niederlassungsleiter, Hauptabteilungsleiter, Abteilungsleiter und Mitarbeiter in Düsseldorf und Radebeul

WAS KANN MAN AM BEISPIEL DES SOEP BEZÜGLICH NONRESPONSE LERNEN?¹

JÖRG-PETER SCHRÄPLER

Die vorliegende Untersuchung beschäftigt sich mit dem Ausfallprozeß in der Basiserhebung des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP). Neben einer detaillierten Deskription der Ausfälle in der ersten Welle, werden Multilevelmodelle verwendet, um den Prozeß der Interviewteilnahme in Abhängigkeit von Befragten-, Interviewer- und Situationsmerkmalen zu erklären. Hierbei wird zwischen Erreichbarkeit und Kooperationsbereitschaft der Befragten und zusätzlich zwischen Erst- und Nachbearbeitung differenziert. Durch diese Erweiterung besteht die Möglichkeit, auch die Konvertierung von Verweigerern in der Erstbearbeitung bei der Modellierung mit zu berücksichtigen.

The following study describes the process of non-response in the first wave in the German Socio-Economic Panel (GSOEP). Multilevel statistical modelling is used to explore the influence of characteristics of respondents and interviewers on non-contacts and refusal rates. In addition, a further distinction between first treatment (contact) and followup treatment (contact) allows us to analyse the converted respondents who first decided to refuse but then did participate when contacted again.

1. Problemstellung

Unit-Nonresponse bei standardisierten Datenerhebungen stellt eines der wichtigsten methodischen Problemfelder in der Sozialforschung dar. Die Differenz, zwischen den aus der Auswahlgrundlage ausgewählten Fällen und der tatsächlich realisierten Stichprobe, hat dabei vielfältige Ursachen (vgl. hierzu z.B. Schnell 1997). Für die empirische Forschung ist es dann oftmals sehr hilfreich, wenn der zugrundeliegende Ausfallprozeß modelliert werden kann. Im folgenden wird versucht, für die Basiserhebung

¹ Ich danke insbesondere Prof. Gert G. Wagner (DIW, Europa Universität Viadrina Frankfurt/Oder) für seine hilfreichen Kommentare und seine umfassende Unterstützung.

des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP), den auftretenden Ausfallprozeß darzustellen und hierbei insbesondere die Bedeutung von Befragten-, Interviewer-, und Situationsmerkmalen offenzulegen.

Obwohl die Basiserhebung des SOEP mittlerweile fast 15 Jahre zurückliegt, wurde hierfür bislang noch keine detaillierte Ausfallstudie durchgeführt². Dies ist insofern erstaunlich, da der SOEP-Datensatz besonders gute Möglichkeiten bietet, derartige Analysen durchzuführen. So wird neben der Protokollierung der Erhebungsmethode auch der Bearbeitungsverlauf und wichtige persönlichen Merkmale der Interviewer erfaßt (vgl. hierzu Schräpler/Wagner 1999; Schräpler 1999; Rietschlager 1996; Rietschlager/Wagner 1991).

2. Hypothesen und bisherige empirische Ergebnisse in bezug auf die Teilnahmeentscheidung von Befragten

In den meisten Untersuchungen zu diesem Thema wird das Teilnahmeverhalten von Befragten als ein Ergebnis einer nach Kosten-Nutzen-Erwägungen erfolgten Entscheidung zwischen möglichen Handlungsalternativen modelliert (vgl. hierzu z.B. Salaske 1997; Esser 1986). Eine Person wird demnach an einer Befragung teilnehmen, wenn bei der Kosten-Nutzen Abwägung der Teilnahme, der Nutzen, den sie aus der Teilnahme erzielen würde, vergleichsweise höher ist, als der Nutzen, der aus der Nicht-Teilnahme resultiert. Im allgemeinen sind aber die relevanten Nutzen- als auch die Kostenaspekte nur relativ gering ausgeprägt, so daß die Entscheidung zur Teilnahme meist aus einer Art von Indifferenz erfolgt. So spielen bei der Entscheidung insbesondere auch zufällige Faktoren und Situationsmerkmale eine wichtige Rolle (vgl. Esser 1986). Andererseits lassen sich aber auch Merkmalskonstellationen begründen, in denen Kosten- oder Nutzenaspekte überwiegen und dann zu einem überdurchschnittlichen Verweigerungs- oder Teilnahmeverhalten führen können. Eine Übersicht über mögliche Kosten- und Nutzenaspekte, die für oder gegen eine Teilnahme sprechen, wird in Anlehnung an Esser (1986) z.B. von Salaske (1997) zusammengestellt.

In vielen Untersuchungen wurde festgestellt, daß bei älteren Befragungspersonen der Anteil an Nonresponse höher liegt, als in anderen Altersgruppen. Als mögliche Ursache wird dabei neben gesundheitlichen Gründen (Herzog/Rogers 1996) des öfteren auf eine größere Kriminalitätsfurcht älterer Personen hingewiesen (Fitzgerald/Fuller 1982: 8; DeMaio 1980: 227; Goyder 1987: 100). Es wird vermutet, daß die Angst vor

² In ihrer Dissertation analysiert Hanefeld (1987) gruppiertes Datenmaterial.

einem unmittelbaren Kontakt mit fremden Personen, als zu berücksichtigende Transaktionskosten, die Teilnahmeentscheidung mit beeinflusst. Gestärkt wird dieses Argument z.B. durch aktuelle kriminologische Untersuchungen, wie des Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen e.V. (KFN), welche zeigen, daß mit dem Alter das Sicherheitsverhalten deutlich zunimmt. Die steigende Vorsicht älterer Menschen ist danach die rationale Konsequenz einer wahrgenommenen Verletzlichkeit (Greve/Hosser/Wetzels 1996).

Eine größere Furcht, eine unbekante Person in die Wohnung einzulassen, wird außer bei älteren Menschen vor allem auch bei Frauen vermutet (Morton-Williams 1993). So zeigen Untersuchungen zum Thema subjektive Sicherheit, daß es speziell Frauen und alte Menschen sind, die starke subjektive Unsicherheitsgefühle in unübersichtlichen Situationen und Fremden gegenüber empfinden (Lehne 1996), und die geringere Kooperationsbereitschaft von weiblichen und älteren Befragten erklären könnte (Koch 1997).

Ein weiteres typisches Phänomen sämtlicher Erhebungen der Umfrageinstitute ist der sogenannte „Mittelstands-Bias“, den einige Autoren allerdings als einen reinen Bildungseffekt ansehen (Schnell 1997). So zeigen multivariate Analysen neueren Datums, daß eine höhere Bildung auch zu einer höheren Kooperationsbereitschaft führt (z.B. Koch 1998: 39; Hartmann/Schimpl-Neimanns 1992). Begründet wird die höhere Verweigerungsrate weniger gebildeter Personen mit der für sie unterstellten geringeren subjektiven Bedeutsamkeit der meisten Untersuchungsthemen und den unklaren Konsequenzbefürchtungen der Teilnahme (Schnell 1997: 206). Ein weiteres Argument liefert Birkelbach (1998: 145) mit dem Hinweis, daß auch die Befürchtung, der Interviewsituation möglicherweise nicht gewachsen zu sein, ein Einflußfaktor für eine Verweigerung darstellt.

In der Nonresponse-Literatur wird bei face-to-face Befragungen auch von einer verringerten Kooperationsbereitschaft in großstädtischen Regionen ausgegangen (Koch 1997; Goyder 1987; DeMaio 1980). So wird angenommen, daß subjektive Unsicherheitsgefühle in anonymen Wohngegenden, wie z.B. Wohnviertel mit größeren Wohneinheiten, Hochhäusern und Häusern mit vielen Mietparteien stärker ausgeprägt sind und dann die Teilnahme an Umfragen eher verweigert wird.

In einer ganzen Reihe von Untersuchungen (z.B. Koch 1991) konnte zudem festgestellt werden, daß die Entscheidung des Befragten, an einer Erhebung teilzunehmen, auch von dem jeweiligen Interviewer, mit dem der Befragte es gerade zu tun hat und seinen Eigenschaften abhängt. Neben Alter und Geschlecht kann auch die Erfahrung, die Motivation, die Kleidung und vor allem auch sein Verhalten von Bedeutung für die

Teilnahmeentscheidung sein. Oft reichen dann minimale Anreize und eine „soziale Kompetenz“ des Interviewers aus, um eventuelle vorhandene Befürchtungen auf Seiten des Befragten zu zerstreuen (Esser 1986: 41).

Obwohl eine Differenzierung der Ausfälle nach Kooperationsbereitschaft und Nichterreichbarkeit notwendig ist, wird in vielen empirischen Analysen leider nicht die Verweigerungsrate, sondern nur die Ausschöpfungsquote insgesamt als abhängige Größe von diversen Interviewermerkmalen betrachtet (z.B. Koch 1991; Singer/Frankel/Glassmann 1983). So stellte Koch (1991: 44) für den ALLBUS 1986 fest, daß Frauen eine höhere Ausschöpfung als Männer aufweisen. Außerdem scheint das Alter eine gewisse Rolle zu spielen; so liegt die Ausschöpfungsquote der über 64jährigen über derjenigen der 18-24jährigen Interviewer (Koch 1991). Weitere Einflußfaktoren waren die Berufstätigkeit und Bildung des Interviewers, nicht erwerbstätige Interviewer wie etwa Hausfrauen und Rentner scheinen erwerbstätigen Interviewern sowie Schülern und Studenten überlegen zu sein. Interviewer mit Realschulabschluß waren erfolgreicher, als die mit Abitur oder Hauptschulabschluß.

Abschließend sei erwähnt, daß aufgrund des Erhebungsdesigns in der Regel sogenannte „area effects“ und Interviewereffekte nicht getrennt voneinander betrachtet werden können, da wie im SOEP auch die Zuweisung der Interviewer zu den Sample Points nicht zufällig erfolgt. Eine Ausnahme bilden hier die Nonresponse-Untersuchungen von Campanelli/O’Muirheartaigh (1999) sowie O’Muirheartaigh/Campanelli (1999) auf Basis eines interpenetrierten Sample Design Experiments in der 2. Welle des British Household Panel Study (BHPS).

3. Untersuchung der Ausfälle im SOEP

Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) ist eine seit 1984 laufende Längsschnittstudie deren Ziel es ist, eine Längsschnitt-Mikrodatenbasis für die Bundesrepublik Deutschland zu erstellen und die Analyse eines breiten Spektrums von sozio-ökonomischen Fragen zu ermöglichen (Wagner et al. 1994). Aus stichproben- und erhebungstechnischen Gründen wurde das SOEP in der Basiserhebung zunächst in zwei Teilstichproben A („Deutsche in der BRD“) und B („Ausländer in der BRD“) aufgeteilt. Seit 1990 wurden dann auch die neuen Bundesländer in der dritten Teilstichprobe C („Deutsche in der DDR“) mit einbezogen (vgl. Schupp/Wagner 1991 sowie Projektgruppe Sozio-oekonomisches Panel 1993). Zudem existiert seit 1994 eine Stichprobe D „Zuwanderer“ mit Haushalten, in denen mindestens eine Person lebte, die erst nach dem Start des SOEP nach Deutschland zogen. Die folgende Ausfallanalyse bezieht sich auf die

zum Startzeitpunkt des SOEP erhobene Teilstichprobe A, dessen Erhebung besser dokumentiert werden konnte als in den anderen Erhebungen.

3.1 Feldarbeit in der Basiserhebung

Für die Stichprobe A wurde ein Stichprobenumfang von 4500 Haushalten angestrebt. Die Stichprobenziehung erfolgte auf Basis des ADM-Ziehungsbandes von 1982, wobei 584 Sample-Points (Stimmbezirke) mittels eines mehrstufigen, geschichteten Stichprobenverfahrens zufällig ausgewählt wurden (vgl. Wagner/Schupp/Rendtel 1994: 76).

Für die Auswahl der in einem Sample-Point zu befragenden Haushalte wurde das Random-Route-Verfahren eingesetzt, bei dem jeder Interviewer eine Startadresse erhält, von der aus er nach festgelegten Regeln den Stimmbezirk begehen muß. Neben dem Einsatz von Reserveadressen wurde die Stichprobe in den Sample-Points, in denen die Ausschöpfung zu niedrig war (ca. 25 Prozent der Sample Points) mit zusätzlichen Adressen aufgestockt, wobei die letzte Adresse des ursprünglichen Begehungsweges als neue Startadresse gesetzt wurde. Letztendlich bestand das Adressenmaterial (Bruttostichprobe) aus insgesamt 7979 Adressen.

Tabelle 1: Endergebnis der Feldarbeit für Sample A in der ersten Erhebungswelle 1984 auf Haushaltsebene

	Bearbeitungsergebnis	
	N	%
ursprüngliche Bruttostichprobe	5840	100.0
+ eingesetzte Reserveadressen	1010	17.3
+ Bruttoaufstockung	1129	19.3
Bruttostichprobe	7979	100.0
- qualitätsneutraler Ausfall	460	5.8
bereinigter Stichprobenansatz	7519	100.0
- systematischer Ausfall	2906	38.6
- n.b. / keine Information	59	0.8
befragte Haushalte	4554	60.6

Quelle: SOEP Bruttodaten 1. Welle (eigene Berechnungen).

Die Tabelle 1 gibt dann das Endergebnis der Feldarbeit für Stichprobe A auf Haushaltsebene wieder. Je nachdem, ob durch bestimmte Ausfälle das Endergebnis verzerrt werden kann oder nicht, wird in der Umfrageforschung zwischen qualitätsneutralen und systematischen Ausfällen unterschieden. Im SOEP werden in der ersten Erhebung 1984, in Sample A, insgesamt 460 qualitätsneutrale Ausfälle registriert. Bei 4554 vollständig realisierten Interviews und $7979 - 460 = 7519$ bereinigten Bruttoadressen entspricht dies einer Ausschöpfungsquote von 60.6 Prozent.

Tabelle 2: Aufschlüsselung der Ausfälle auf Haushaltsebene

	Ausfälle			
	systematisch		qualitätsneutral	
	N	%	N	%
Adresse falsch / nicht auffindbar			81	17.6
Wohnung / Haus unbewohnt			153	33.3
Kein Privathaushalt			38	8.3
Falsche Nationalität			188	40.9
Haushalt teilweise bearbeitet	61	2.0		
Haushalt nicht erreicht	243	8.2		
Verweigert	2403	81.0		
Sprachschwierigkeiten	16	0.5		
Ausfall trotz schriftl. / telef. Zusage	183	6.2		
n.b. / keine Information	59	2.0		
insgesamt	2965	100.0		

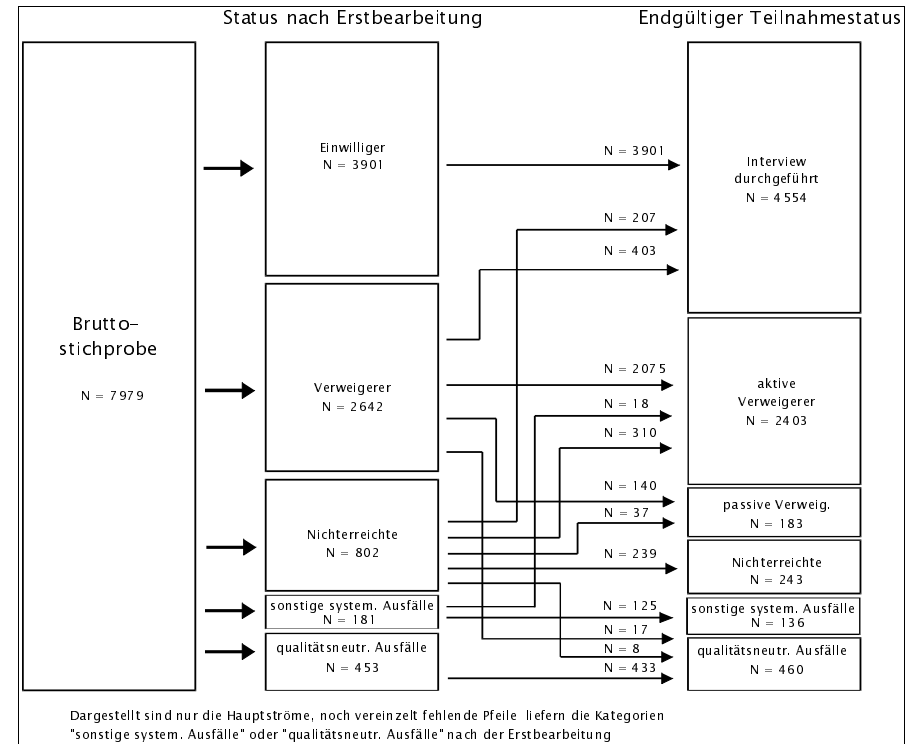
Quelle: SOEP Bruttodaten 1. Welle (eigene Berechnungen).

In Tabelle 2 sind die einzelnen systematischen und qualitätsneutralen Ausfälle detaillierter aufgeschlüsselt. So wird deutlich, daß die aktiven Verweigerer in Sample A mit 81 Prozent (2403) den größten Anteil der systematischen Ausfälle einnehmen. Die zweitgrößte Gruppe bilden die nichterreichten Haushalte. Die qualitätsneutralen Ausfälle betragen nur knapp sechs Prozent und erklären sich zum größten Teil durch die Adressenauflistung von unbewohnten Wohnungen und der falschen Nationalität.

Die Abbildung 1 zeigt die Wanderungsbewegung der Personen der Ausgangsstichprobe A vom ersten Kontakt mit dem Interviewer bis zur Klärung ihres letztendlichen Teilnahmestatus. Es ist erkennbar, daß sich immerhin ca. 15 Prozent ($N = 403$) der ursprünglichen Verweigerer von Infratest überzeugen ließen, dennoch an der Panelbefragung teilzunehmen. Etwa fünf Prozent ($N = 140$) der aktiven Verweigerer zogen es lieber vor, trotz mündlicher oder schriftlicher Zusage auf einen weiteren Kontakt zu verzichten. Das ständige Nichteinhalten von Terminen wird hier mit der Kategorie „passive Verweigerung“ bezeichnet³.

³ Zu den passiven Verweigerern zählen die 183 Fälle in Sample A, bei denen es trotz schriftlicher oder telefonischer Zusage zu keinem Interview gekommen ist. Birkelbach (1998: 145) vermutet in ihnen eine Gruppe von Verweigerern, die nicht konfliktfähig genug ist, direkt zu verweigern. Sie halten vereinbarte Termine - z.T. mehrfach - nicht ein, halten dabei aber immer den Anschein aufrecht, doch noch teilnehmen zu wollen. Zu den passiven Verweigerern zählt auch ein Teil der beim Erstkontakt nichterreichten Haushalte.

Abbildung 1: Wanderungsbewegungen der Personen der Bruttostichprobe in Sample A



Etwa 39 Prozent ($N=310$) der zunächst nicht erreichten Personen waren im Endergebnis aktive und ca. fünf Prozent ($N=37$) passive Verweigerer, etwa 30 Prozent ($N=239$), blieben weiterhin unerreichbar. Für die weitere Analyse lassen sich aus diesen Wanderungsbewegungen fünf besonders interessante Personengruppen bilden: 1. Befragte, die von Anfang an bereit waren, ein Interview durchzuführen, 2. konvertierte Verweigerer, die sich zur Teilnahme am Panel umstimmen ließen, 3. aktive Verweigerer,

4. passive Verweigerer und letztlich 5. die stets nichterreichten Personen. Die relativen Häufigkeiten für diese Gruppen lassen sich der Tabelle 3 entnehmen⁴.

Tabelle 3: Anteile von Personengruppen, die sich aus den Wanderungsbewegungen ergeben

	Bearbeitungsergebnis	
	N	%
Einwilligung ohne vorherige Verweigerung	4151	55.2
<i>Problemfälle:</i>		
Zur Befragung konvertiert	403	5.4
Aktive Verweigerer	2403	32.0
Passive Verweigerer	183	2.4
Stets Nichterreichte	243	3.2
Sonst. system. Ausfälle (Teilw. Bearb., krank, k.A.)	136	1.8
Bereinigte Stichprobe insgesamt	7519	100.0

Quelle: SOEP Bruttodaten 1. Welle (eigene Berechnungen).

Der Verlauf der Bearbeitung bis zur endgültigen Klärung des Teilnahmestatus durch die Interviewer ist in Tabelle 4 dargestellt.

Tabelle 4: Bearbeitungsverlauf bis zur Klärung des Teilnahmestatus (in v.H.)

Bearbeitungsverlauf	Einwilligung ohne vorher. Verweig.	konvertierte Befragte	aktive Verweigerer	passive Verweigerer	Nichterreichte
nach Erstbearbeitung					
durch Interviewer	91.9	-	2.4	-	5.3
- mit Telefonkontakt	3.3	32.0	31.0	35.0	-
- mit Schriftl. Kontakt	0.3	2.0	7.7	4.9	36.6
nach Nachbearbeitung					
durch Interviewer	3.4	51.9	9.8	-	33.7
- mit Telefonkontakt	1.1	13.6	38.2	28.4	-
- mit Schriftl. Kontakt	-	0.5	10.9	31.7	24.3
durchschnittl. HH-Kontaktanzahl	3.1	5.2	4.2	5.5	5.3
N	4151	403	2403	183	243

Quelle: SOEP Bruttodaten 1. Welle (eigene Berechnungen).

⁴ In den meisten Untersuchungen (vgl. z.B. Koch 1997) findet man dagegen nur eine Dreiteilung: 1. Nichterreichte, 2. Befragungsunfähige, z.B. wegen körperlich/geistiger Beeinträchtigungen oder Sprachschwierigkeiten, 3. Verweigerer. Diese Einteilung berücksichtigt bei der Analyse nur den endgültigen Teilnahmestatus und vernachlässigt insbesondere die Gruppe der konvertierten und passiven Verweigerer. Auf eine Darstellung der Gruppe der kranken Zielpersonen wurde für die 1. Welle im SOEP verzichtet, weil von den ursprünglich 20 kranken Haushaltsvorständen beim Erstkontakt in Sample A, 15 bei anschließenden Kontakten für ein Interview zur Verfügung standen. Von den restlichen 5 verweigerten 3 Haushaltsvorstände und 2 konnten nicht mehr erreicht werden.

Nach der Erstbearbeitung durch einen bestimmten Interviewer wurden die meisten Ausfälle erneut in die Feldbearbeitung gegeben, wobei in der Regel ein Austausch der Interviewer erfolgte. Anschließend wurde ein Großteil der verbliebenen Ausfälle der telefonischen und schriftlichen Nachbearbeitung unterzogen. Die eingesetzten Telefoninterviewer arbeiteten in der Infratest-Zentrale und hatten die vorrangige Aufgabe, die Zielpersonen zu einer Teilnahme zu motivieren und einen neuen Interviewtermin zu vereinbaren. Falls auch dies scheiterte, wurde zumindest versucht, einige demographische Variablen der Verweigerer telefonisch zu erheben (siehe hierzu Tabelle 5).

Für die Einwilliger war die Nachbearbeitung nur dann notwendig, falls sie während der Erstbearbeitung zunächst nicht erreicht werden konnten. Dies war nur bei ca. vier Prozent in Sample A der Fall. Mit über 30 Prozent konnte ein Großteil der später zur Teilnahme hin konvertierten Verweigerer schon nach einem weiteren Telefonkontakt in der Erstbearbeitung überzeugt werden, doch noch an der Befragung teilzunehmen, und etwa 52 Prozent der konvertierten Verweigerer ließen sich dann nach einem Interviewerwechsel durch einen persönlichen Kontakt in der Nachbearbeitung zur Teilnahme bewegen. Schriftliche Kontaktversuche waren für diese Gruppe kaum notwendig. Für die sogenannten aktiven Verweigerer wurde der Ausfall zumeist nach einem weiteren klärenden Telefongespräch in der Erst- oder Nachbearbeitung festgelegt. Eine Besonderheit ist erwähnenswert: Die Anzahl an benötigten HH-Kontakten liegt bei den aktiven Verweigerern niedriger als bei den konvertierten Verweigerern. Vermutlich bestand bei letzteren die berechtigte Hoffnung, doch noch ein Interview zu realisieren, was dann die größeren Anstrengungen sinnvoll macht. Andererseits ist aber auch nicht auszuschließen, daß gerade die geringere Kontaktquote für die endgültige Verweigerung mitverantwortlich ist⁵.

Die passiven Verweigerer hielten sich trotz zunächst schriftlicher oder telefonischer Zusage nie an Terminabsprachen, was zur Folge hat, daß sie insgesamt die höchsten Kontaktraten aufweisen. Die Festlegung des Ausfalls erfolgte daher zu einem großen Teil erst in der Zweitbearbeitung nach einem vergeblichen telefonischen oder schriftlichen Kontakt. Die Nichterreichten wurden zumeist nach schriftlichem Kontakt ohne Reaktion als Ausfall deklariert.

⁵ Bei den meisten Umfrageinstituten gilt die Regel, daß nach drei erfolglosen Kontaktversuchen die zu befragenden Haushalte als Ausfälle akzeptiert werden. Diese Konvention wurde jedoch für die Durchführung des Sozio-oekonomischen Panels als nicht ausreichend angesehen (vgl. Hanefeld 1987: 253). Vielmehr sollten die Interviewer solange Kontaktversuche unternehmen, bis der endgültige Teilnahmezustand feststeht.

3.2 Teilnahmestatus und soziodemographische Merkmale des Haushaltsvorstandes

Die Zufälligkeit bzw. die verzerrenden Einflüsse der vorhandenen Ausfälle zeigt sich im allgemeinen in einem Vergleich der Verteilungscharakteristik demographischer oder anderer interessierender Merkmale von befragten Personen und Verweigerern bzw. nichterreichten Zielpersonen. Im Falle des Sozio-oekonomischen Panels wurde von Infratest versucht, über die telefonische Nachbefragung von den Verweigerern Informationen zu demographischen Merkmalen zu erhalten⁶. Wie Tabelle 5 zeigt, ist es teilweise gelungen, Informationen zu den Non-Respondenten zu bekommen.

Tabelle 5: Aufschlüsselung der Anteile der Befragten in Sample A auf Haushaltsebene

Merkmale des Haushaltsvorstands	Einwillig, ohne vorher. Verweig.	Konvertierte Befragte	aktive Verweigerer	passive Verweigerer	Nichterreichte
<i>Geschlecht</i>					
männlich	76.0	71.2	67.0	69.1	55.0
weiblich	24.0	28.8	33.0	30.9	45.0
N	4151	403	1532	136	40
<i>Jahrgang</i>					
1965 – 67	0.3	0.2	0.2	-	-
1955 – 64	13.8	10.4	7.7	16.9	15.0
1945 – 54	17.8	17.4	11.7	11.0	20.0
1935 – 44	22.4	21.1	17.9	20.3	-
1925 – 34	17.2	15.6	17.3	14.4	25.0
1915 – 24	13.3	13.9	16.7	18.6	5.0
1905 – 14	11.5	15.9	21.5	14.4	25.0
1904 und jünger	3.6	5.5	7.1	4.2	10.0
N	4151	403	1327	118	20
<i>Gemeindegrößenklassen</i>					
< 2 Tsd.	5.4	3.0	3.6	3.8	3.3
2 - < 5 Tsd.	6.9	5.7	5.9	4.4	6.6
5 - < 20 Tsd.	14.4	9.7	11.8	8.2	4.9
20 - < 50 Tsd.	7.6	6.9	6.8	4.9	5.8
50 - < 100 Tsd. (Randz.)	0.2	0.0	0.2	0.5	1.6
50 - < 100 Tsd.	2.2	3.7	2.7	2.7	3.7
100 - < 500 Tsd. (Randz.)	5.8	6.7	5.1	6.6	4.1
100 - < 500 Tsd.	10.1	10.9	9.7	9.3	9.1
500 Tsd. u. mehr (Randz.)	15.3	16.4	16.9	23.5	11.1
500 Tsd. u. mehr	32.0	37.0	37.3	36.1	49.8
N	4151	403	2403	183	243

Quelle: SOEP Bruttodaten 1. Welle (eigene Berechnungen).

⁶ Die Methode der telefonischen Nachbefragung von Nonrespondenten wurde auch bei der ZUMA-Nonresponse-Studie zum Allbus 1986 verwendet. Neben Kostengesichtspunkten und der höheren Flexibilität die mit dieser Methode verbunden ist, wirkt sie auch bestimmten Verweigerungsgründen, wie z.B. Angst vor Kriminalität oder Fremden, entgegen (vgl. Erbslöh/Koch 1988: 39).

Bei der Interpretation der Tabelle ist allerdings Vorsicht geboten; es liegen nur bei knapp 60 Prozent der aktiven Verweigerer Informationen zu Geschlecht und Jahrgang vor, bei den passiven Verweigerern sind es etwa 70 Prozent. Die durchgeführte telefonische Nachbefragung läßt sich nur dann sinnvoll auswerten, wenn angenommen werden kann, daß die bruchstückhaft erhobenen Daten zu den Non-Respondenten eine repräsentative Stichprobe der Gesamtheit aller in der Untersuchung vorhandenen Non-Respondenten darstellen⁷. Im Falle der konvertierten Verweigerer lassen sich die Angaben allerdings problemlos vergleichen bzw. analysieren; da hier ein Interview realisiert werden konnte, liegen für alle Personen die gleichen Informationen, wie bei den direkten Einwilligern, vor. Die Ergebnisse in Tabelle 5 deuten darauf hin, daß es entsprechend den weiter oben formulierten Argumenten Unterschiede zwischen den gebildeten Gruppen nach Geschlecht, Alter und Gemeindegröße gibt⁸. So zeigt ein Vergleich der Anteile nach dem Geschlecht des zu befragenden Haushaltsvorstandes, daß in Sample A weibliche Befragte eher die Panelteilnahme verweigern. Die Anteile bei den aktiven als auch passiven Verweigerern und bei den konvertierten Verweigerern liegen um ca. fünf bis neun Prozent höher, als bei den direkten Einwilligern. Außerdem scheinen im SOEP, in Sample A, auch ältere Jahrgänge generell eine höhere Verweigerungstendenz aufzuweisen.

3.3 Teilnahmestatus und Interviewermerkmale

Für die spezifizierten Untersuchungsgruppen liegen relativ vollständige Angaben zu demographischen Merkmalen der zuletzt eingesetzten Interviewer vor. Tabelle 6 zeigt, daß die Verteilung der Interviewermerkmale, die den Gruppen in Sample A zugrunde liegt, sich kaum unterscheiden. Allein die konvertierten Verweigerer gehen, gegenüber den direkten Einwilligern, auf einen leicht größeren Anteil an weiblichen Interviewern zurück, und das Durchschnittsalter der Interviewer ist hier etwa zwei Jahre höher als bei den anderen Gruppen. Es kann daher vermutet werden, daß weibliche Interviewer und/oder ältere Interviewer eher in der Lage sind, Befragte doch noch zu einer Teilnahme zu motivieren.

⁷ Das Problem, daß die Nonresponse-Studie über eine durchgeführte Nachbefragung wiederum einen Nonresponse aufweist, findet sich in fast allen derartigen Studien (vgl. hierzu Erbslöh/Koch 1988: 37; DeMaio 1980: 277; Fitzgerald/Fuller 1982: 6; Smith 1983: 394).

⁸ Die Resultate für das SOEP decken sich in etwa mit den bivariaten Ergebnissen der Untersuchung von Koch (1997) zu dem Teilnahmeverhalten im ALLBUS 1994.

Tabelle 6: Aufschlüsselung der Anteile der Befragten in Sample A auf Haushaltsebene nach Merkmalen des zuletzt eingesetzten Interviewers (in v.H.)

Merkmale des Interviewers	Einwillig. ohne vorher. Verweiger.	konvertierte Befragte	aktive Verweigerer	passive Verweigerer	Nichterreichte
<i>Geschlecht</i>					
männlich	59.4	53.8	60.5	58.8	62.9
weiblich	40.6	46.2	39.5	41.2	37.1
<i>Schulbildung</i>					
Volksschulabschluß	27.4	32.9	28.1	32.9	29.0
Realschulabschluß	47.6	47.3	43.7	40.0	40.2
Abitur	10.3	4.3	11.0	10.0	10.7
Hochschule o. Abschluß	6.8	9.8	8.4	8.8	10.3
Hochschule m. Abschluß	7.9	5.7	8.8	8.2	9.8
<i>Berufstätigkeit</i>					
Hausfrau, n. berufstätig	29.7	31.3	28.3	27.6	26.8
Rentner, n. berufstätig	12.9	16.6	15.9	19.4	8.9
Student / Auszubildender	6.3	6.0	7.9	7.1	5.8
halbtags berufstätig	14.9	14.7	16.0	16.5	20.5
voll berufstätig bis 16 Uhr	15.2	13.0	13.4	10.6	17.4
voll berufstätig bis 17 Uhr	9.8	6.3	8.0	8.2	8.0
voll berufstätig bis nach 17 Uhr	1.3	0.5	1.4	2.9	1.8
voll berufstätig, Schichtdienst	9.9	11.7	9.0	7.6	10.7
N	4116	368	2314	170	224

Quelle: SOEP Bruttodaten 1. Welle (eigene Berechnungen).

Inwieweit sich einige Interviewermerkmale tatsächlich auch bei Kontrolle weiterer Variablen signifikant auf das Teilnahmeverhalten an der ersten Erhebungswelle ausgewirkt haben könnten, wird in dem nächsten Abschnitt durch ein multiples Modell geprüft.

4. Empirische Modellierung des Teilnahmeverhaltens in der ersten Erhebungswelle des SOEP

Der Prozeß der Interviewteilnahme läßt sich in drei Phasen unterteilen, der Erreichbarkeit, der Befragungsfähigkeit und der Kooperationsbereitschaft, wobei die vorhergehende Phase in Form eines Filters Voraussetzung für die nachfolgende Phase ist (vgl. Koch 1997). Für das SOEP spielt der zweite Filter, d.h. die Befragungsfähigkeit, allerdings nach vorliegender Datenlage keine besondere Rolle. Personen, die in der Erstbearbeitung wegen körperlicher und geistiger Gebrechen bzw. akuter Erkrankung ausfielen (n=20 in Sample A), standen bis auf fünf in der Nachbearbeitung für ein Interview zur Verfügung. Insofern beschränkt sich die folgende Analyse auf die Er-

reichbarkeit und Befragungsfähigkeit, wobei zusätzlich die Wanderungsbewegung zwischen Erst- und Nachbearbeitung berücksichtigt wird (siehe hierzu Abbildung 1).

Zur Analyse des „Netto – Effekts“ einzelner Merkmale auf das Teilnahmeverhalten werden üblicherweise multiple logistische Regressionen durchgeführt (vgl. z.B. Salaske 1997; Koch 1997), wobei dichotome Response-Variablen verwendet werden, die bei einem Vorliegen von Verweigerung bzw. Nichterreichbarkeit den Wert „1“ annehmen, andernfalls den Wert „0“.

Es werden folgende Analyseschritte durchgeführt:

1. Der erste Filter im Teilnahmeverhalten stellt die Erreichbarkeit dar. Es werden daher Modellierungen durchgeführt, die die Wahrscheinlichkeit für die Nichterreichbarkeit beschreiben. Die dichotome Response-Variable nimmt in Modell A somit den Wert 1 bei endgültig festgestellter Nichterreichbarkeit der Zielperson ein und den Wert 0 in den anderen Fällen, bezogen auf die bereinigte Stichprobe.
2. Nach der Erreichbarkeit bildet die Kooperationsbereitschaft der Zielpersonen den zweiten Filter. Unterscheidet man zwischen Erst- und Nachbearbeitung lassen sich auch Untersuchungen zu konvertierten Verweigerern durchführen. In Modell B nimmt die Response-Variable den Wert 1 bei einer endgültigen Verweigerung (aktive und passive Verweigerer) in der Nachbearbeitung und den Wert 0 bei den restlichen zur bereinigten Stichprobe gehörenden Personen (direkte Einwilliger und konvertierte Verweigerer sowie übrige systematische Ausfälle) an.
3. In Modell C soll die Wahrscheinlichkeit für die Konvertierung von Verweigerern in der Erstbearbeitung untersucht werden. Die Response-Variable erhält daher den Wert 1 bei zur Befragung konvertierten Verweigerern in der Nachbearbeitung und den Wert 0 bei den restlichen Verweigerern in der Erstbearbeitung.
4. In Modell D sollen insbesondere Unterschiede zwischen konvertierten Verweigerern und direkten Einwilligern aufgezeigt werden. Die Response-Variable erhält also den Wert 1 bei konvertierten Verweigerern und den Wert 0 bei direkten Einwilligern.

In den üblicherweise für die statistische Analyse verwendeten Modellen werden die einbezogenen Interviewervariablen auf der Ebene des Befragten disaggregiert und dann die Befragten- und Interviewermerkmale in einem Regressionsmodell miteinander kombiniert. Einige Forscher sehen dieses Vorgehen als problematisch an (z.B. Reinecke 1998; Hox 1994; Hagenaars/Heinen 1982), da vor allem die Annahme der Unabhängigkeit der statistischen Einheiten des Untersuchungssamples durch die Zuordnung eines Interviewers zu mehreren Befragten verletzt wird. In dieser Analyse sollen daher neben den Standard-Logit-Modellen auch sogenannte Mehrebenen-Mo-

delle eingesetzt werden, die die unterstellte hierarchische Struktur der Daten, gegeben durch einen Interviewer- und einen Befragtenlevel, mit berücksichtigen⁹. Durch diese Konzeption erhält man jeweils eine geschätzte Residualvarianz auf der Befragten- und auf der Interviewerebene. Der Interviewereffekt, bzw. die Intraklassenkorrelation ρ_{mi} ist dann als Anteilswert definiert, er beschreibt den Anteil der Interviewervarianz ω_{i0} an der Gesamtvarianz $\omega_{i0} + \sigma_{\epsilon}$ ¹⁰.

Für die Berechnung der einzelnen Modelle wurde ursprünglich eine schrittweise Prozedur verfolgt (vgl. Schröpler 1999), wobei in den Modellen A, B und C auf die Einbeziehung von Merkmalen des Haushaltsvorstandes - wegen der nur unvollständig vorhandenen Information - verzichtet wird¹¹. Erst bei den konvertierten Verweigerern in Modell D können diese Variablen für die Schätzung ohne Probleme mit berücksichtigt werden. Insofern stellen in den Modellen A, B und C nur die Umgebungsmerkmale des Zielhaushaltes die Level 1 Variablen dar. Aus Platzgründen werden hier nur die sich ergebenden endgültigen Modelle für Sample A in Form eines Varianz-Komponenten-Modells und eines Standard-Logit-Modells angegeben.

4.1 Nichterreichbarkeit

Weil die Erreichbarkeit von Zielpersonen Voraussetzung für eine mögliche Teilnahme als auch Verweigerung ist, bildet sie zwangsläufig den Anfang für eine Analyse des Teilnahmeverhaltens. Der Anteil der Nichterreichten liegt in der Basiserhebung mit 3,2 Prozent (n=243) im SOEP in Sample A außerordentlich niedrig, da insgesamt 10 Kontaktversuche vorgesehen waren. Insofern zeigt die Analyse ein zutreffendes Bild „echter“ Nichterreichbarkeit (während sich bei anderen Erhebungen dahinter oft Verweigerungen verbergen). Als Determinanten für die Nichterreichbarkeit werden in der Literatur unter anderem der Familienstand, die Berufstätigkeit, die Ortsgröße sowie Haustyp und die Anzahl der Kinder der Befragten genannt (vgl. Schnell 1997:

⁹ Diese Modelle wurden speziell für die Analyse von hierarchisch strukturierten Daten entwickelt. Ein typisches Einsatzfeld hierfür ist z.B. die Untersuchung des Schülerverhaltens bzw. von Schülerangaben in ausgewählten Klassen und Schulen. Im Prinzip ähnelt dieses Beispiel der Situation der Datenerhebung durch einen Interviewerstab. Auch hier liegt, zumindest bei großen Surveys, eine relativ große Anzahl von Interviewern vor, die eine relativ kleine Anzahl von durchschnittlich etwa 10 Personen befragen. Eine sehr gute Darstellung der Mehrebenen Modelle findet sich bei Engel (1998).

¹⁰ Für die Berechnung wurde das frei erhältliche Software-Programm MIXOR (Hedeker/Gibbons 1996) verwendet. Zur Kontrolle wurden sämtliche Modelle ebenfalls mit MLwiN (Rasbash et al. 1999) geschätzt, es zeigten sich dabei nur bei dem Modell zu den Verweigerern größere Abweichungen (siehe hierzu Fußnote 15).

¹¹ Eine Einbeziehung dieser Variablen würde den Anteil der Verweigerer um mehr als die Hälfte des vorliegenden Anteils verringern und damit zu vollkommen verzerrten Parameterschätzungen führen.

219). Schwierigkeiten entstehen in dieser Untersuchung vor allem dadurch, daß im Gegensatz zu einer Analyse des Kontaktverlustes im SOEP von einer Panelwelle zur nächsten, in der Basiserhebung für die Nichterreichten kaum Informationen vorliegen¹². Die Analyse beschränkt sich daher zwangsläufig auf das räumliche Umfeld des Zielhaushaltes und einige Interviewervariablen.

Die Tabelle 7 weist die geschätzten Parameter der Multilevel-Logitmodelle aus. Erkennbar ist, daß Zielhaushalte, die in „freistehende Ein/Zweifamilienhäusern“ oder in „Zweifamilienreihenhäusern“ wohnen, gegenüber der Referenzkategorie „Haus mit 3 – 4 Wohneinheiten“ signifikant besser erreichbar sind. Diese Haustypen wiederum finden sich vor allem in kleineren Gemeindegrößen¹³. Festzustellen ist weiterhin, daß sämtliche Interviewervariablen nicht signifikant sind, also die einbezogenen Merkmale wie Berufstätigkeit, Alter und Geschlecht des Interviewers auf die Erreichbarkeit der Zielhaushalte offenbar keinen Einfluß ausüben. Zudem ergeben sich bei den verschiedenen Schätzungen des Standard-Logitmodell keine größeren Abweichungen; allein die Standardfehler, bzw. t-Werte der geschätzten Koeffizienten sind im Falle der Multilevel-Modelle etwas niedriger.

Da in den Modellen die Merkmale der Kontaktperson, bzw. des Haushaltsvorstandes fehlen, ist die Aussagekraft sehr begrenzt. Festzuhalten ist zunächst, daß die Wahrscheinlichkeit für das Nichterreichen der Zielperson vor allem mit der Ortsgröße ansteigt und unabhängig von den gemessenen Merkmalen des Interviewers ist.

Ein alternativer und vielleicht etwas vielversprechenderer Ansatz, welcher auf Basis der Daten des SOEP mehr Informationen liefern kann besteht darin, nicht direkt die Erreichbarkeit als abhängige Größe zu betrachten, sondern deren Schwierigkeit gemessen über die Anzahl der notwendigen Haushaltskontakte bis zum Interview. Geleitet wird dieses Vorgehen durch die Annahme, daß es eine Subgruppe an Zielpersonen gibt, die sich aufgrund ihres Lebensstils selten in der Wohnung aufhält und damit potentiell auch zu der Gruppe der Nichterreichten gehört¹⁴.

¹² Rendtel (1995) verwendet zur Vorhersage des Kontaktverlustes u.a. die Variablen Großstadt, Haushaltsgröße, Umzug und Wohnumfeld.

¹³ Eine Berücksichtigung führt dann dazu, daß der Koeffizient für Ortschaften mit 2 - 5 Tsd. Einwohnern sogar signifikant positiv wird, weil in dieser Gemeindegrößenklasse die frei- oder in reihestehenden Ein-/Zweifamilienhäuser einen Anteil von ca. 75 Prozent ausmachen.

¹⁴ Schnell (1997: 217) unterscheidet bei den schwer erreichbaren Zielpersonen insgesamt vier Subgruppen: 1. Personen, die aufgrund von langdauernder Abwesenheit von der Wohnung (z.B. Krankenhausaufenthalt etc.) nicht erreicht werden, 2. Personen, die aufgrund ihres Lebensstils sich nur selten in ihrer Wohnung aufhalten, 3. Personen, die sich in ihrer Wohnung aufhalten, aber nicht auf Kontaktversuche reagieren und letztlich 4. Ver-

Tabelle 7: Determinanten für die Nichterreichbarkeit in Sample A

	Varianz-Komponenten Modell			Standard-Logit		
	Coeff.	t-Wert		Coeff.	t-Wert	
<i>Fixed Effect</i>						
Intercept	-3.285	-6.78	***	-3.084	-9.26	***
<i>Gemeindegrößenklasse</i>						
Unter 2 Tsd.	0.146	0.25		0.112	0.23	
2 - < 5 Tsd.	0.827	2.25	**	0.772	2.39	**
5 - < 20 Tsd.	-0.555	-1.54		-0.518	-1.57	
20 - < 50 Tsd.	-0.188	-0.42		-0.101	-0.97	
50 - < 100 Tsd.	0.323	0.59		0.296	0.73	
100 - < 500 Tsd.	-0.225	-0.87		-0.200	-0.85	
500 Tsd. u. mehr (R)						
<i>Hausstyp</i>						
3 - 4 Wohneinh. (R)						
5 - 8 Wohneinh.	-0.077	-0.30		0.001	0.00	
9 u. mehr Wohneinh.	-0.131	-0.47		-0.098	-0.40	
Hochhaus	0.090	0.16		0.170	0.37	
freistehendes Haus	-1.540	-4.02	***	-1.492	-4.75	***
Reihenhaus	-0.951	-3.04	***	-0.934	-3.34	***
landw. Wohngebäude	-1.689	-1.71	*	-1.650	-2.19	**
sonstiges Wohngebäude	-0.100	-0.15		-0.020	-0.03	
<i>Berufstätige des Interv.</i>						
<i>Haufrau (R)</i>						
Rentner	-0.620	-0.98		-0.531	-1.27	
Auszubildender	-0.639	-1.11		-0.574	-1.35	
halbtags berufstätig	0.192	0.52		0.187	0.71	
berufst. bis 16 Uhr	-0.055	-0.13		0.029	0.10	
berufst. bis 17 Uhr	-0.489	-1.05		-0.368	-0.98	
Schichtdienst	-0.082	-0.18		-0.059	-0.18	
<i>Geschlecht des Interv.</i>						
männlich	0.346	0.98		0.300	1.33	
<i>Alter des Interv.</i>						
<i>21 - 30 J. (R)</i>						
31 - 40 J.	-0.098	-0.26		-0.099	-0.37	
41 - 50 J.	-0.100	-0.26		-0.104	-0.38	
51 - 60 J.	-0.414	-0.88		-0.461	-1.42	
61 - 70 J.	-0.061	-0.10		-0.134	-0.32	
71 J. u. mehr	0.319	0.37		0.419	0.64	
<i>Random Effects</i>						
ω_{00} (intercept)	0.460	3.54	***	-		
ρ_{00}	0.123			-		
Log Likelihood	-821.26			-825.96		
Anzahl der Cluster	591			6923		
Anzahl der Units	6923			6923		

weigerer, die von den Interviewern bewußt als „nichterreicht“ eingestuft werden. Allein die zweite Gruppe hat jedoch die Chance auch befragt zu werden und somit Informationen zu liefern.

Quelle: SOEP Bruttodaten 1. Welle (eigene Berechnungen).

Informationen hierzu liefern lineare Regressionsschätzungen auf die Anzahl der Haushaltskontakte. Die Ergebnisse einer solchen Schätzung sind in Schräpler (1999) dokumentiert. Es zeigt sich, daß analog der Logit-Regression auf die Nichterreichbarkeit, die Ortsgröße eine entscheidende Rolle spielt: mit der Ortsgröße werden die Zielpersonen offensichtlich zunehmend schwieriger erreichbar. Auch das Alter des Haushaltsvorstandes, sowie ein Leben ohne Partner (Single) und die Höhe des Haushaltsnettoeinkommens weisen signifikante Einflüsse auf. Wie schon in vielen anderen empirischen Untersuchungen festgestellt wurde, sind ältere Zielpersonen (> 60 Jahre) wesentlich besser zu kontaktieren und zuhause anzutreffen, als jüngere. Singles und Personen mit einem höheren Haushaltsnettoeinkommen sind dagegen mobiler und seltener zu erreichen. Interessant ist auch das Ergebnis, daß gegenüber sehr jungen Interviewern (< 30 Jahre), Interviewer in der Altersklasse von 30 - 50 Jahren offensichtlich mehr Haushaltskontakte durchführen. Die jüngeren Interviewer scheinen relativ schnell zu dem Endergebnis zu kommen, daß die Zielperson nicht erreichbar sei.

4.2 Verweigerung

Zu den Ursachen für Teilnahmeverweigerungen liegen eine ganze Reihe von Hypothesen vor, in der folgenden Analyse können allerdings zunächst nur Umgebungsvariablen und einige Interviewermerkmale überprüft werden. Die Schätzergebnisse der Multilevel-Logit Modelle sind in Tabelle 8 aufgeführt¹⁵.

Im Vergleich zu den Modellen zur Nichterreichbarkeit, liegen mit $\omega_{00} \approx 0.69$ bei den Verweigerern etwas höhere Interviewervarianzanteile vor, die Intraklassenkorrelation ρ_{int} ist trotz einbezogener Interviewermerkmale größer als 0.17. Da zudem die groß- und kleinräumliche Umgebung¹⁶ kontrolliert wird, spricht vieles dafür, daß die Clustereffekte nicht auf die Homogenität der Sample-Points, sondern auf Interviewereinflüsse zurückzuführen sind. In den Ausführungen weiter oben wird für eine *großstädtische Umgebung* eine höhere Verweigerungswahrscheinlichkeit unterstellt. Der Einfluß der Wohnumgebung scheint sich zu bestätigen: die Wahrscheinlichkeit zu verweigern ist in Sample A in Großstädten am größten. Zudem liegen auch positiv signifikante Effekte für größere Wohneinheiten (Häuser mit 5 - 8 sowie 9 und mehr Wohn-

¹⁵ Die ausgewiesenen Ergebnisse beziehen sich hier auf die Schätzungen mit MLwiN (Rasbash et al. 1999). Die Parameterschätzungen mit MIXOR (Hedeker/Gibbons 1996) zeigten beim Interviewergeschlecht und der Berufstätigkeit größere Abweichungen gegenüber den Schätzungen mit MLwiN sowie dem Standard-Logitmodell und waren instabil.

¹⁶ Eine weitere Spezifizierung des Wohngebietes nach Altbau, Neubau, Gewerbegebiet etc. war aber nicht signifikant.

einheiten) vor. Die Interaktion „männlicher Interviewer, Zielperson wohnt in Hochhaus“ ist mit 1.74 der mit Abstand höchste signifikante positive Logit-Koeffizient¹⁷. Eine Schätzung für die Interaktion mit weiblichen Interviewern wies dagegen ein negatives Vorzeichen auf und war nicht signifikant.

Neben dieser geschlechtsspezifischen Interaktion liegt allerdings kein erkennbarer Haupteffekt vor, *weibliche Interviewer* erzielen nicht generell signifikant niedrigere Verweigerungsraten als männliche. Ein signifikanter Intervieweralterseffekt zeigt sich in dem Standard-Logit Modell, in der Multilevel-Version bleibt allerdings nur noch ein Koeffizient davon signifikant. Die Vorzeichen deuten darauf hin, daß jüngere Interviewer etwas höhere Verweigerungsraten erzielen als ältere. Die Verteilung der Verweigerungsanteile nach Geschlecht und Alter in Abbildung 2 zeigt allerdings keinen deutlich erkennbaren Trend¹⁸.

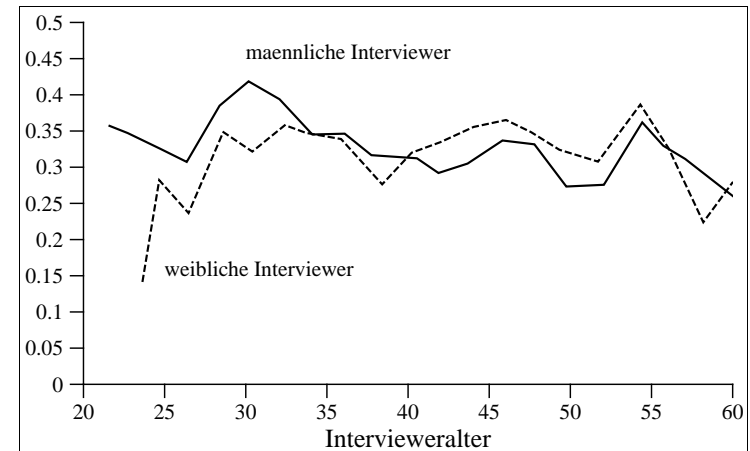
Etwas überraschend sind die signifikanten Effekte, die durch die *Berufstätigkeit des Interviewers* hervorgerufen werden. Gegenüber der Referenzkategorie „nichtberufstätige Hausfrau“ erzielen Berufstätige, sowohl die mit normaler Arbeitszeit als auch diejenigen, die im Schichtdienst arbeiten, signifikant geringere Verweigerungsraten. Ein Vergleich des Standard-Logit Modells mit der Multilevel-Version zeigt hier nur leichte Unterschiede in der Höhe der Koeffizienten. Eine mögliche Erklärung für diesen Einfluß wäre, daß durch eine Berufstätigkeit auch soziale Verhaltensweisen eingeübt werden, die die Kontaktstrategien der Interviewer verbessern.

4.3 Konvertierung von Verweigerern

In Modell C wird die Wahrscheinlichkeit für die Konvertierung von Verweigerern in der Erstbearbeitung untersucht. Die konvertierten Verweigerer werden mit „1“ codiert, die restlichen Verweigerer in der Erstbearbeitung mit „0“. Die Konvertierung findet stets auf Basis eines vorherigen Interviewerwechsels statt, so daß die einbezogenen Interviewervariablen jeweils den erfolgreichen Interviewer charakterisieren. Daten zu den ursprünglichen Interviewern in der Erstbearbeitung liegen leider nicht vor und können bei der Modellierung somit nicht mit berücksichtigt werden. Die Parameterschätzungen sind dann Tabelle 9 zu entnehmen.

¹⁷ Durch die Einbeziehung dieser Interaktion in Endmodell 5 ist der Hochhauseinfluß allein nicht mehr signifikant, der Parameter ändert sogar das Vorzeichen.

¹⁸ Bei der Darstellung handelt es sich um eine nonparametrische Regression, die mit TDA (Rohwer/Pötter 1998) durchgeführt wurde. Der Kurvenverlauf zeigt zwar leicht geringere Verweigerungsanteile bei den jüngeren weiblichen Interviewern, die Berücksichtigung der Interaktion „weiblich/< 30J.“ ist in dem Multilevel-Logitmodell allerdings nicht signifikant.

Abbildung 2: Verteilung der Verweigerungen nach Geschlecht

Der Intervieweranteil liegt mit 0.572 bei den Konvertierungen niedriger als bei den Verweigerungen, die Intraklassenkorrelation ist mit 0.148 somit auch kleiner als im Modell B. Von den berücksichtigten Umgebungsvariablen ist nur die Ortsgröße signifikant; so finden gegenüber der Referenzkategorie Großstadt in mittelgroßen Städten vermehrt Konvertierungen statt. In kleinen Gemeindegrößen sind dagegen eher weniger Konvertierungen zu verzeichnen. Eine zusätzliche Spezifizierung der Haustypen läßt keinen signifikanten Einfluß erkennen.

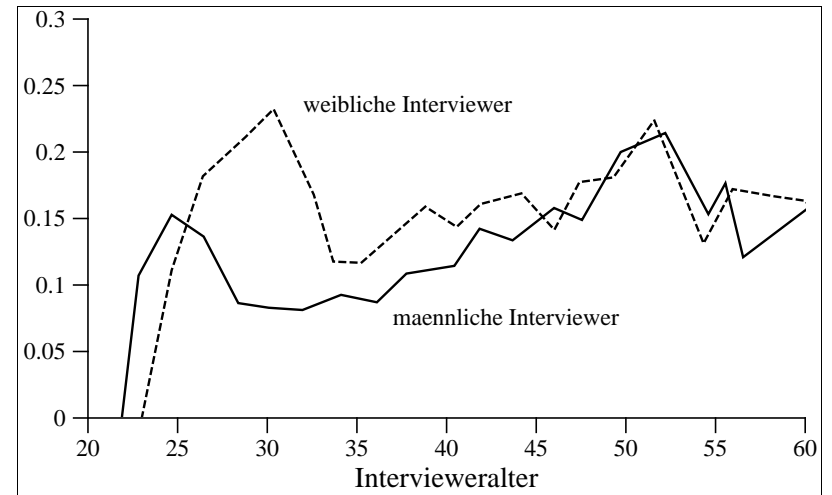
Einige bedeutsame Interviewermerkmale lassen sich identifizieren: So sind es vor allem die älteren Interviewer, die die ursprünglichen Verweigerer schließlich für eine Teilnahme gewinnen konnten. Zudem zeigt sich wieder ein Zusammenhang zwischen Geschlecht, Alter und Konvertierung, welcher sehr anschaulich in der nonparametrischen Regression in Abbildung 3 zum Ausdruck kommt. Neben dem offensichtlich gleichzeitigen Ansteigen der Konvertierungsrate mit dem Intervieweralter lassen sich ziemlich deutlich auch die besonders erfolgreichen weiblichen Interviewer in der Altersgruppe von 27 - 35 Jahren erkennen. Hier könnte der Umstand eine Rolle spielen, daß vor allem männliche Haushaltsvorstände in einem Interview mit einer jungen Frau eine willkommene Abwechslung sehen und dies auf der Nutzenseite ihres Teilnahme kalküls verbuchen.

Tabelle 8: Determinanten für Verweigerungen in Sample A

	Varianz-Komponenten-Modell			Standard-Logit		
	Coeff.	t-Wert		Coeff.	t-Wert	
<i>Fixed Effect</i>						
Intercept	-0.635	-3.31	***	-0.493	-3.88	***
<i>Gemeindegrößenklasse</i>						
Unter 2 Tsd.	-0.233	-1.30		-0.352	-2.48	**
2 - < 5 Tsd.	-0.041	-0.28		-0.204	-1.70	*
5 - < 20 Tsd.	-0.274	-2.40	***	-0.233	-2.67	***
20 - < 50 Tsd.	-0.105	-0.76		-0.223	-2.05	**
50 - < 100 Tsd.	-0.138	-0.68		-0.049	-0.29	
100 - < 500 Tsd.	-0.322	-2.90	***	-0.251	-3.23	***
500 Tsd. u. mehr (R)						
<i>Hausstyp</i>						
3 - 4 Wohneinh. (R)						
5 - 8 Wohneinh.	0.089	0.89		0.157	1.70	*
9 u. mehr Wohneinh.	0.197	1.73	**	0.245	2.42	**
Hochhaus	-0.894	-1.53		-1.443	-2.34	**
freistehendes Haus	0.025	0.24		-0.009	-0.10	
Reihenhaus	0.048	0.47		-0.022	-0.71	
landw. Wohngebäude	0.104	0.54		-0.024	-0.13	
sonstiges Wohngebäude	0.098	0.32		0.064	0.22	
<i>Berufstätigk. des Interv.</i>						
Haufrau (R)						
Rentner	0.237	1.37		0.353	2.79	***
Auszubildender	0.014	0.06		0.072	0.52	
halbtags berufstätig	-0.095	-0.56		0.024	0.25	
berufst. bis 16 Uhr	-0.334	-1.80	*	-0.197	-1.81	*
berufst. bis 17 Uhr	-0.422	-1.91	**	-0.270	-2.10	**
nach 17 Uhr	-0.146	-0.42		-0.074	-0.30	
Schichtdienst	-0.444	-2.10	**	-0.213	-1.73	*
<i>Geschlecht des Interv.</i>						
männlich	0.181	1.27		0.031	0.38	
<i>Alter des Interv.</i>						
21 - 30 J. (R)						
31 - 40 J.	-0.154	-0.92		-0.087	-0.89	
41 - 50 J.	-0.096	-0.56		-0.130	-1.28	
51 - 60 J.	-0.327	-1.69	*	-0.361	-3.17	***
61 - 70 J.	-0.236	-1.02		-0.232	-1.67	*
71 J. u. mehr	-0.567	-1.33		-0.734	-2.94	***
<i>Interaktion</i>						
männl. Interv., Hochhaus	1.743	2.77	***	2.331	3.57	***
<i>Random Effects</i>						
ω_{00} (intercept)	0.691	9.47	***	-		
ρ_{nt}	0.173			-		
Log Likelihood	-4270			-4240.00		
Anzahl der Cluster	591			6751		
Anzahl der Units	6751			6751		

* signifikant auf 10% Niveau, ** signifikant auf 5% Niveau, *** signifikant auf 1% Niveau
Quelle: SOEP Bruttodaten I. Welle (eigene Berechnungen).

Abbildung 3: Verteilung der Anteile der konvertierten Verweigerungen an allen Verweigerungen in der Erstbearbeitung. Lokal geschätzt mit einer Intervallbreite von 5 Jahren



Mit zunehmendem Alter spielt dann die Ausprägung des Geschlechts für die Konvertierung kaum noch eine Rolle. In dem Logit Modell der Tabelle 9 ist der Einfluß des Interviewergeschlechts nicht erkennbar und der Interaktionseffekt „weiblicher Interviewer/Alter 27 - 35 Jahre“ ist nur in dem Standard-Logit Modell signifikant. In den konservativeren Multilevel Modellen scheitern sämtliche, nur auf 10% Niveau signifikante Parameter des Standard-Logit Modells, an dem höheren Standardfehler, d.h. sie sind nicht mehr signifikant. Neben den Alters- und Geschlechtseinflüssen läßt sich zudem ein Bildungseinfluß feststellen. Anscheinend motivieren Interviewer mit höherer Bildung weniger zur Teilnahme als diejenigen mit niedrigerer Bildung. Ein Abschluß mit Abitur oder sogar ein Hochschulabschluß wirkt sich eher negativ auf die Ausschöpfung aus.

Tabelle 9: Determinanten für die Konvertierung von Verweigerern in Sample A

	Varianz-Komponenten-Modell			Standard-Logit		
	Coeff.	t-Wert		Coeff.	t-Wert	
<i>Fixed Effect</i>						
Intercept	-1.824	-4.82	***	-1.717	-6.00	***
<i>Gemeindegrößenklasse</i>						
Unter 2 Tsd.	-0.205	-0.50		-0.183	-0.54	
2 - < 5 Tsd.	0.082	0.29		0.239	0.95	
5 - < 20 Tsd.	-0.153	-0.68		-0.115	-0.75	
20 - < 50 Tsd.	0.115	0.42		0.092	0.39	
50 - < 100 Tsd.	0.631	1.32		0.626	1.97	*
100 - < 500 Tsd.	0.426	2.10	**	0.353	2.17	**
500 Tsd. u. mehr (R)						
<i>Bildung des Interv.</i>						
Abschluß 8 Klasse (R)						
Abschluß 10 Klasse	-0.047	-0.23		-0.117	-0.86	
Abitur	-1.001	-2.60	***	-1.017	-3.41	***
Hochschule o. Absch.	0.215	0.73		0.251	1.02	
Hochschule m. Abschluß	-0.601	-1.26		-0.577	-2.18	**
<i>Berufstätigk. des Interv.</i>						
Haufrau						
Rentner	-0.696	-1.87	*	-0.511	-1.88	**
Auszubildender	-0.275	-0.59		-0.156	-0.51	
halbtags berufstätig (R)						
berufst. bis 16 Uhr	-0.100	-0.32		-0.037	-0.16	
berufst. bis 17 Uhr	-0.354	-0.83		-0.263	-0.94	
nach 17 Uhr	-1.138	-1.07		-0.863	-1.13	
Schichtdienst	0.245	0.79		0.173	0.72	
<i>Alter des Interv.</i>						
21 - 30 J. (R)						
31 - 40 J.	-0.139	-0.43		-0.157	-0.69	
41 - 50 J.	0.186	0.59		0.150	1.06	
51 - 60 J.	0.397	1.11		0.364	1.37	
61 - 70 J.	0.627	1.48		0.534	1.77	*
71 J. u. mehr	2.187	3.93	***	2.044	4.74	***
<i>Interaktion</i>						
weibl. Interv. 27 - 35 Jahre	0.372	1.01		0.434	1.74	*
<i>Random Effects</i>						
ω_{00} (intercept)						
	0.572	6.689	***	-		
ρ_{01}						
	0.148			-		
Log Likelihood	-965			-980		
Anzahl der Cluster	423			2318		
Anzahl der Units	2318			2318		

* signifikant auf 10% Niveau, ** signifikant auf 5% Niveau, *** signifikant auf 1% Niveau

Quelle: SOEP Bruttodaten 1. Welle (eigene Berechnungen).

4.4 Unterschiede zwischen Befragten, die in der Erstbearbeitung verweigerten und direkten Einwilligern

In der 1. Welle des SOEP in Sample A konnten 403 Haushaltsvorstände, die ursprünglich in der Erstbearbeitung verweigerten, doch noch zu einer Teilnahme bewegt werden. Dies entspricht einem Konvertierungsanteil an allen Verweigerern in der Erstbearbeitung von 15.3 Prozent. In einigen Studien werden die Angaben der konvertierten Verweigerer für Nonresponseuntersuchungen verwendet (vgl. z.B. Stinchcombe/Jones/Sheatsley 1981), was allerdings voraussetzt, daß angenommen wird, daß die konvertierten Verweigerer und die aktiven Verweigerer einander ähnlich sind. Falls einige Informationen zu den aktiven Verweigerern vorliegen, ist ein Vergleich über die Verteilung von demographischen Variablen, wie Alter und Geschlecht, möglich. Allerdings kann durch solch ein Verfahren eine eventuell vorhandene Subgruppe an sogenannten „Hardcore-Verweigerern“, die sich jedem Befragungsversuch entzieht, nicht aufgedeckt werden, weil für diese vermutlich bei der telefonischen Nachbefragung im SOEP auch keine Angaben vorliegen werden.

In der folgenden Untersuchung werden die Befragten, die in der Erstbearbeitung verweigerten, mit den direkten Einwilligern verglichen, was den großen Vorteil hat, daß für beide Personengruppen, neben den jeweiligen Interviewermerkmalen, auch sämtliche im SOEP erhobenen Befragtenmerkmale einbezogen werden können. Die Hypothesen, welche den Zusammenhang zwischen demographischen Merkmalen, wie Alter, Geschlecht und Bildung des Befragten und einer Teilnahmeverweigerung formulieren, lassen sich nun in diesem Abschnitt zumindest für einen Teil des temporären Nonresponses überprüfen.

Die Verteilungen in Abbildung 4 deuten an, daß vor allem ältere weibliche Befragte im Vergleich zu den männlichen, in der Erstbearbeitung weniger Kooperationsbereitschaft gezeigt haben. Zudem wird weiter oben die Hypothese von einem positiven Bildungseinfluß auf die Teilnahme an der Erhebung aufgestellt. Wider Erwarten zeigt sich in Abbildung 5 allerdings deutlich, daß weibliche Befragte mit Abitur oder einem Realschulabschluß – gegenüber denen mit Hauptschulabschluß - in der Erstbearbeitung fast doppelt so häufig verweigerten. Bei männlichen Befragten ist kein Unterschied erkennbar.

Abbildung 4: Verteilung der Anteile der befragten Haushaltsvorstände, die in der Erstbearbeitung verweigert haben. Lokal geschätzt mit einer Intervallbreite von 10 Jahren

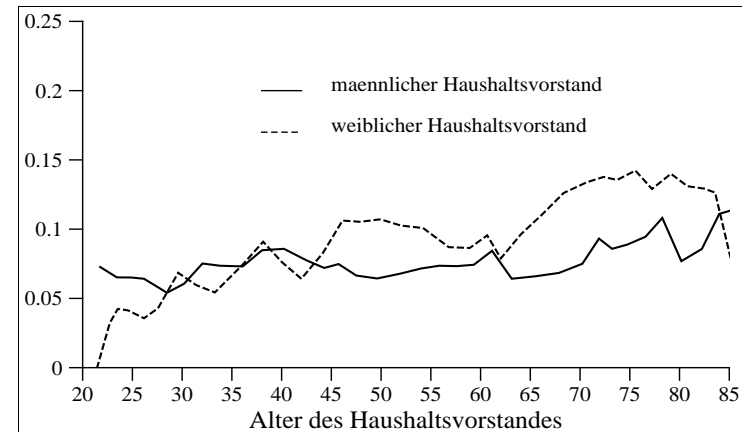
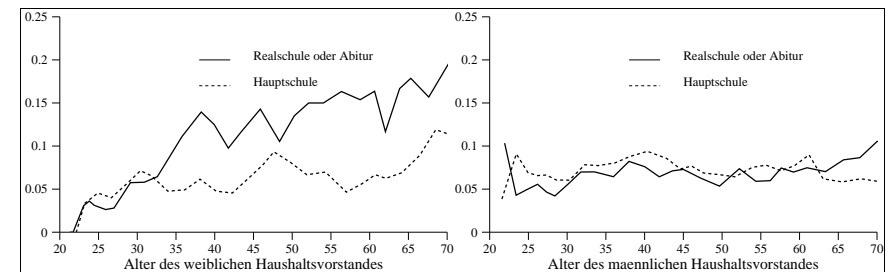


Abbildung 5: Verteilung der Anteile der Befragten, die in der Erstbearbeitung verweigert haben, getrennt nach Geschlecht und Bildung



Die größeren Verweigereranteile bei den Frauen mit mindestens Realschulabschluß lassen auch eine andere Interpretation zu: So ist vorstellbar, daß gerade die besser gebildeten, weiblichen Befragten gegenüber den Argumenten des Interviewers in der Nachbearbeitung offen waren und sich nochmal zu einer Teilnahme bewegen ließen, während diejenigen mit Hauptschulabschluß bei ihrer ursprünglichen Verweigerung

blieben. In diesem Fall stimmen die Verteilungen von aktiven Verweigerern und konvertierten Verweigerern nicht überein.

Zur Kontrolle weiterer Kovariablen wird in Tabelle 10 wieder ein Multilevel-Logitmodell geschätzt. Modelliert wird die Wahrscheinlichkeit, daß letztendlich erfolgreich Befragte in der Erstbearbeitung zuvor verweigerten. Die angegebene Intraklassenkorrelation beträgt auch bei Berücksichtigung von Interviewervariablen noch 0.21. Die Einbeziehung der Gemeindegrößenklassen und des Wohnumfeldes zeigt, daß insbesondere in großen und mittelgroßen Städten sowie in Neubau-Wohngebieten der Anteil an konvertierten Verweigerern am größten ist¹⁹.

Als Befragtenmerkmale werden Variablen wie Geschlecht, Alter und Schulbildung mit einbezogen. Offensichtlich spielt für den Anteil an Verweigerern das Geschlecht und die Bildung als reiner Haupteffekt keine Rolle, nur in Form einer in Abbildung 4 beobachteten Interaktion, ergibt sich ein signifikanter positiver Effekt auf die konvertierten Verweigerer: weibliche Befragte mit höherer Schulbildung sind eindeutig überrepräsentiert. Ähnliches gilt für ältere weibliche Befragte, deren Verweigerungsverhalten weiter oben vor allem durch eine vorhandene latente Kriminalitätsfurcht begründet wurde. Der Alterseinfluß ist in allen Modellen signifikant, mit steigendem Alter des Befragten, nimmt die Wahrscheinlichkeit zu verweigern, stetig zu.

Bei den Interviewervariablen sind insbesondere die Bildungseinflüsse signifikant: Interviewer mit hoher Bildung weisen wesentlich weniger Anteile an konvertierten Verweigerern auf. Da nach der Verweigerung in der Erstbearbeitung ein Interviewerwechsel stattfand, und die in diesem Modell berücksichtigten Merkmale sich auf den letzten Kontakt bzw. auf den erfolgreichen Interviewer beziehen, sind die Koeffizienten so zu interpretieren, daß Interviewer mit hoher Bildung, mit weniger Erfolg, Verweigerer konvertieren können²⁰. Dieses Ergebnis zeigte sich auch schon sehr deutlich in Modell C.

5. Zusammenfassende Interpretation der Ergebnisse

Ziel der Untersuchung ist es, das Teilnahmeverhalten der Zielpersonen in der 1. Welle der Stichprobe A des SOEPs zu erklären. Hierfür wurden auf Basis der Grundan-

¹⁹ Die Einbeziehung der verschiedenen Haustypen in das Modell führte für keine Kategorie zu einem signifikanten Ergebnis.

²⁰ Es wurden auch verschiedene Interaktionen zwischen Merkmalen des Befragten und des Interviewers getestet (z.B. sämtliche Bildungsvarianten und geschlechtsspezifische Konstellationen), keine war aber davon signifikant.

nahmen der RC-Theorie Hypothesen formuliert und die erwarteten Einflußfaktoren mit den Schätzergebnissen von Multilevel Logit Modellen konfrontiert.

Tabelle 10: Befragte, die in der Erstbearbeitung verweigerten in Sample A

	Varianz-Komponenten-Modell			Standard-Logit		
	Coeff.	t-Wert		Coeff.	t-Wert	
<i>Fixed Effect</i>						
Intercept	-1,687	-1,07		-2,089	-1,97	**
<i>Gemeindegroßenklasse</i>						
unter 2 Tsd.	-0,651	-1,70	*	-0,608	-1,66	*
2 - < 5 Tsd.	-0,133	-0,46		-0,277	-0,99	
5 - < 20 Tsd.	-0,131	-0,60		-0,226	-1,14	
20 - < 50 Tsd.	-0,028	-0,10		-0,094	-0,38	
50 - < 100 Tsd.	0,702	1,75	*	0,584	1,72	*
100 - < 500 Tsd.	0,250	1,22		0,262	1,57	
500 Tsd. u. mehr (R)						
<i>Wohnumfeld</i>						
<i>Altbauwohngebiet (R)</i>						
Neubauwohngebiet	0,394	2,38	**	0,383	2,47	**
Geschäftszentrum	0,279	0,31		0,324	0,41	
Gewerbegebiet	0,381	0,27		0,524	0,45	
Wohnmischgebiet	0,318	1,76	*	0,229	1,31	
sonst. Wohngebiet	0,237	0,44		0,373	0,82	
<i>Geschlecht männlich</i>						
0,196	0,71			0,198	0,80	
<i>Alter des Befragten</i>						
<i>18 - 30 Jahre (R)</i>						
31 - 40 Jahre	0,430	1,65	*	0,417	1,78	*
41 - 50 Jahre	0,464	1,96	**	0,446	1,97	**
51 - 60 Jahre	0,411	1,52		0,385	1,61	*
61 - 70 Jahre	0,234	0,82		0,241	0,90	
71 und mehr Jahre	0,602	1,95	*	0,591	2,24	**
<i>Interaktion</i>						
<i>weibl., mind. Realschule</i>						
weibl., > 60 Jahre	0,568	1,77	*	0,471	1,65	*
<i>weibl., > 60 Jahre</i>						
0,553	1,58			0,567	1,89	*
<i>Bildung des Interv.</i>						
<i>Abschluß 8 Klasse (R)</i>						
Abschluß 10 Klasse	-0,288	-1,38		-0,289	-2,03	**
mindestens Abitur	-0,573	-2,17	**	-0,467	-2,63	***
<i>Eintrittsj. b. INFRATEST</i>						
-0,023	-1,28			-0,013	-1,14	
<i>Alter des Interv.</i>						
<i>21 - 30 J. (R)</i>						
31 - 40 J.	-0,335	-0,97		-0,312	-1,25	
41 - 50 J.	0,104	0,29		0,200	0,76	
51 - 60 J.	-0,278	-0,65		-0,093	-0,31	
61 - 70 J.	0,263	0,66		0,272	0,92	
71 J. u. mehr	0,900	1,24		1,045	2,15	**
<i>Interaktion</i>						
<i>weibl. Interv. 27 - 35 Jahre</i>						
0,588	1,45			0,582	2,12	**
<i>Random Effects</i>						
ω_{00} (intercept)	0,892	6,971	***			
ρ_{ni}	0,213					
Log Likelihood	-1041			-1064		
Anzahl der Cluster	565			3987		
Anzahl der Units	3987			3987		

Note: Aus Platzgründen sind die nicht-signifikanten Parameter der Bildungsdummies nicht aufgeführt. * signifikant auf 10% Niveau, ** signifikant auf 5% Niveau, *** signifikant auf 1% Niveau. Quelle: SOEP Bruttodaten, 1 Welle (eigene Berechnungen).

Die empirischen Resultate aller Teiluntersuchungen sind in zusammengefaßter Form der Tabelle 11 zu entnehmen. Dargestellt sind nur die als signifikant erkannten Merkmale und deren Einflußrichtung.

Tabelle 11: Zusammenfassung der signifikanten Merkmale (Referenzgröße in Klammern)

	Nichterreichbarkeit (ber. Bruttost.)	Verweigerung (ber. Bruttost.)	Verweigerung nur in Erstbearbeitung (direkte Einwill.)	Konvertierung von Verweigerern (restl. Verweigerer)
<i>Umgebungsmerkmale</i>				
Ortsgröße	+	+	+	+
große Wohneinheiten		+		
Ein/Zweifam. Häuser	-			
<i>Interviewermerkmale</i>				
Geschlecht männlich		+		
Alter		-	+	+
Bildung			-	-
berufstätig		-		
<i>Interaktionen:</i>				
männl. / Hochhaus		+		
weibl. / 27 - 35 Jahre			+	+
<i>Befragtenmerkmale</i>				
Geschlecht				
Alter			+	
Bildung				
<i>Interaktionen:</i>				
weibl. / höhere Bildung			+	
weibl. / > 60 Jahre			+	
<i>Intraklassenkorrelation</i>	gering	hoch	hoch	mittel

+ signifikanter positiver Effekt - signifikanter negativer Effekt.

Gemeindegrößenklasse und Wohnumgebung

Die Wahrscheinlichkeit für das Nichterreichen der Zielperson als auch für eine Teilnahmeverweigerung steigt mit der Gemeindegrößenklasse an. Während die schwerere Erreichbarkeit von Zielhaushalten in Großstädten zumeist mit einer größeren Mobilität in Ballungsräumen begründet wird, steht der empirische Befund in bezug auf die Verweigerungshaltung auch im Einklang mit dem Argument, daß vor allem in dem geringeren subjektiven Sicherheitsgefühl ängstlicher Zielpersonen die Ursache für höhere Verweigerungsraten in Großstädten und größeren Wohneinheiten sieht. In diesem Sinne läßt sich auch der signifikante Interaktionseffekt „männlicher Interviewer / Zielperson wohnt in Hochhaus“ interpretieren, gegenüber weiblichen Interviewern (hier war der Koeffizient negativ und nicht signifikant) scheinen es männliche Inter-

viewer in diesem Umfeld besonders schwer zu haben, eine hohe Ausschöpfung zu erreichen. Die Verweigerungshaltung läßt sich in den Termini der RC-Theorie insofern als subjektive Risiko-Schätzung interpretieren: die entstehenden Kosten einer Teilnahme begründen sich in der subjektiven Wahrscheinlichkeit des Eintritts unangenehmer Konsequenzen in der Befragungssituation.

Interviewermerkmale

Die als signifikant erkannten Interviewermerkmale beziehen sich auf zwei verschiedene Wahrscheinlichkeitsmodelle. Zum einen auf die Wahrscheinlichkeit, daß Zielpersonen bei Interviewern mit den als positiv signifikant erkannten Merkmalen die Teilnahme verstärkt verweigern. Die Merkmale, die sich positiv oder negativ auf eine Teilnahmeverweigerung auswirken, sind in Tabelle 11 der Spalte zwei zu entnehmen.

In Spalte drei und vier beziehen sich die signifikanten Merkmale auf die Wahrscheinlichkeit, daß die Interviewer die Zielperson – nach einer vorherigen Verweigerung bei einem Kontakt mit einem anderen Interviewer in der Erstbearbeitung - in der Nachbearbeitung für die Befragung gewinnen können. Hier geht es also um die Fähigkeit des Interviewers, Verweigerer zu konvertieren. Aufgrund der relativ eindeutigen Ergebnisse lassen sich generelle Aussagen zu positiven und negativen Einflüssen, insbesondere von Alter und Geschlecht des Interviewers, ableiten:

1. Die Wahrscheinlichkeit, daß Zielpersonen verweigern, ist bei Interviewern männlichen Geschlechts größer als bei Interviewerinnen. Dies gilt vor allem in größeren Wohneinheiten wie Hochhäusern und wurde schon in dem Zusammenhang mit den Ausführungen zur Wohnumgebung erläutert. Männlichen Interviewern scheinen Befragte eindeutig mit größeren Vorbehalten zu begegnen als weiblichen.
2. Die Wahrscheinlichkeit, Verweigerer zu konvertieren ist bei jüngeren weiblichen Interviewern generell am größten. Wobei das Geschlecht der Zielperson durchaus eine Rolle spielt, da die meisten Zielhaushalte der jüngeren Interviewerinnen männliche Haushaltsvorstände sind²¹. Der größere Erfolg weiblicher Interviewer läßt sich somit durch zwei Argumente begründen: a) weibliche Interviewer weisen ein geringeres Bedrohungspotential auf und senken damit die Transaktionskosten der Befragten, b) Interviews mit jüngeren weiblichen Interviewern scheinen insbesondere bei männ-

²¹ 224 von den 268 Haushalten, also ca. 84 Prozent sind männlichen Geschlechts, alternative Modellschätzungen mit der Beschränkung der Interaktion auf männliche Befragte („junge weiblicher Interviewer / männlicher Befragter“) waren dann ebenfalls signifikant. Für eine Gegenanalyse reichte der Anteil an weiblichen Haushaltsvorständen nicht aus, um Aussagen hierzu treffen zu können.

lichen Befragten attraktiv zu sein, so daß sie eher bereit sind, doch noch an der Befragung teil zu nehmen.

3. Die Wahrscheinlichkeit, daß die Zielperson verweigert, nimmt mit dem Alter des Interviewers ab (ausgenommen die Gruppe der jüngeren weiblichen Interviewer). Besonders erfolgreich scheint die kleine Gruppe von relativ alten Interviewern (um die 70 Jahre) zu sein, die sowohl mehr Befragte konvertieren können, als auch insgesamt geringere Verweigerungsquoten aufweisen. Die Begründung hierfür könnte vor allem darin liegen, daß ältere Interviewer insgesamt seriöser und damit vertrauensvoller wirken.

4. Eine kleine Überraschung stellt der Bildungseinfluß dar: Interviewer mit guter Schulbildung sind schlechte Konvertierer, besonders schlecht schneiden Interviewer mit Abitur ab, die besten Konvertierer sind dagegen Interviewer mit Hauptschulabschluß. Erfolgreiche Interviewer zeichnen sich vor allem durch den Erwerb und den Einsatz bewährter Handlungsstrategien in einer großen Anzahl unterschiedlicher Kontaktsituationen aus (vgl. hierzu Schnell 1997: 197), was vor allem eine Sache der Erfahrung und weniger der Bildung ist. Allerdings ist die Interviewererfahrung, gemessen durch das Eintrittsjahr bei Infratest, in keinem Modell signifikant. Im Gegensatz zur Konvertierung, spielt für die eigentliche Verweigerung, die Bildung des Interviewers keine Rolle.

5. Festzuhalten ist weiterhin, daß berufstätige Interviewer niedrigere Verweigerungsquoten aufweisen als Hausfrauen und Rentner. Dies gilt sowohl für Interviewer die im Schichtdienst arbeiten als auch für Interviewer die bis 16 oder 17 Uhr, sowie nach 17 Uhr arbeiten. Eine Ursachen hierfür könnte sein, daß berufstätige Interviewer den Interviewer-Nebenjob effizienter und professioneller betreiben. Zudem ist davon auszugehen, daß durch eine Berufstätigkeit soziale Kompetenzen erworben werden, die für die Tätigkeit als Interviewer ebenfalls von Nutzen sind.

6. Die Intraklassenkorrelation ist ein Maß für die Homogenität der von den Interviewern gebildeten Cluster. Da in die einzelnen Modelle soziodemographische Merkmale der Interviewer als fixe Größen mit einfließen, und somit als Ursache für die geschätzte Korrelation nicht in Frage kommen, können diese als ein Maß für den Einfluß von nichtbeobachteten Interviewereinflüssen, wie z.B. dem interviewerspezifischen Verhalten in der Befragungssituation interpretiert werden. Tabelle 11 zeigt, daß die Homogenität der Cluster insbesondere bei einem Verweigerungsverhalten (Spalte 2) und bei der Konvertierung (Spalte 3) der Befragten hoch ist.

Befragtenmerkmale

Befragtenmerkmale konnten aufgrund der Datenlage nur für die konvertierten Verweigerer mit einbezogen werden. Insofern muß bei der Interpretation mitbeachtet werden, daß diese Befragten sich, im Gegensatz zu den harten Verweigerern, in der Nachbearbeitung nochmal für die Teilnahme umstimmen ließen. Dennoch scheinen, wie die univariate Häufigkeitsverteilung in der Tabelle 5 zeigt, zwischen den harten und den konvertierten Verweigerern Ähnlichkeiten zu bestehen.

Im Vergleich zu den direkten Einwilligern sind es insbesondere ältere und weibliche Befragte, die die Teilnahme in der Erstbearbeitung verweigerten. Es spricht daher einiges dafür, daß eine Ursache hierfür erneut die Furcht davor ist, eine fremde Person in die eigene Wohnung einzulassen. Bei älteren Befragten wird zudem ein höheres Potential an Disengagement vermutet bzw. unterstellt, daß sie häufig weder ein spezielles noch ein allgemeines Interesse an Umfragen mitbringen und daher in einer Befragung für sich keinerlei Nutzen, sondern ausschließlich eine Belastung sehen.

Ähnliche Argumente findet man in der Literatur auch in bezug auf Befragte mit niedrigerer Bildung, denen insbesondere ein fehlendes öffentliches Interesse unterstellt wird. Dies kann anhand dieser Untersuchung jedoch nicht bestätigt werden. Im Gegenteil: konvertierte weibliche Befragte weisen wesentlich häufiger eine höhere Bildung auf. Bei den männlichen Befragten gibt es diesbezüglich keinen Hinweis auf einen Bildungsunterschied. Eine mögliche Interpretation wäre natürlich, daß in diesem Punkt die harten Verweigerer von den konvertierten abweichen bzw. daß sich weibliche Befragte mit höherer Bildung besser konvertieren lassen als mit niedrigerer Bildung. Dies läßt sich aber anhand der vorliegenden Daten nicht prüfen.

Analysemethode

In den meisten Nonresponse-Untersuchungen werden einbezogene Interviewermerkmale auf der Ebene der Befragten disaggregiert und dann die Merkmale von Befragten und Interviewern in einem konventionellen Regressionsmodell miteinander kombiniert, was dann zur Folge hat, daß die hierarchische Struktur der Daten nicht angemessen berücksichtigt wird. Die in dieser Untersuchung verwendeten Multilevel-Modelle oder hierarchischen Regressionsmodelle unterscheiden dagegen zwei Ebenen, eine Befragten- und eine Interviewerebene, und sind in der Lage, die auftretenden Varianzen zwischen den Interviewern bei der Modellierung mit zu berücksichtigen. Insbesondere in den Fällen, in denen die geschätzte Interviewervarianz einen relativ hohen Wert annimmt, wie z.B. bei den Modellen zur Teilnahmeverweigerung, lassen sich teilweise deutliche Unterschiede in den Parameterschätzungen konventioneller und hierarchischer Regressionsmodelle erkennen. Die vorliegenden Ergebnisse lassen

es letztlich ratsam erscheinen, daß für Untersuchungen, in denen Einflüsse von Interviewer- und Befragtenmerkmalen modelliert werden sollen, die Verwendung von hierarchischen Regressionsmodellen als neuen Standard anzusehen.

Korrespondenzadresse

*Dr. Jörg-Peter Schräpler
Ruhr-Universität Bochum
Gebäude GB1/129
Universitätsstr. 150
44780 Bochum
e-mail: joerg-peter.schraeppler@ruhr-uni-bochum.de*

Literatur

- Birkelbach, K., 1998: Befragungsthema und Panelmortalität: Ausfälle in einer Lebensläuferhebung. *ZA-Information* 42: 128-147.
- Brune, M./Werle, M./Hippler, H.-J., 1992: Probleme bei der Befragung älterer Menschen. *ZUMA-Nachrichten* 28: 73-89.
- Bungard, W., 1979: Methodische Probleme bei der Befragung älterer Menschen. *Zeitschrift für experimentelle und angewandte Psychologie* 26: 211-237.
- Campanelli, P./O'Muircheartaigh, C., 1999: Interviewers, Interviewer Continuity, and Panel Survey Nonresponse. *Quality and Quantity* 33: 59-76.
- DeMaio, T.J., 1980: Refusals: Who, where and why. *Public Opinion Quarterly* 44: 223-233.
- Engel, U. 1998: Einführung in die Mehrebenenanalyse. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Erbslöh, B./Koch, A., 1986: Die Non-Response-Studie zum Allbus 1986: Problemstellung, Design, erste Ergebnisse. *ZUMA-Nachrichten* 22: 29-44.
- Esser, H., 1986: Über die Teilnahme an Befragungen. *ZUMA-Nachrichten* 18: 38-47.
- Fitzgerald, R./Fuller, L., 1982: I hear you knocking, but you can't come in. *Sociological Methods and Research* 11: 3-32.
- Goyder, J., 1987: *The Silent Minority. Nonrespondents on Sample Surveys.* Cambridge: Polity Press.
- Greve, W., 1996: Kriminalitätsfurcht im Dunkelfeld. Eine Pilotstudie bei Betroffenen und Risikogruppen. *Praxis der Rechtspsychologie* 6: 11-29.
- Greve, W./Hosser, D./Wetzels, P., 1996: Bedrohung durch Kriminalität im Alter. Kriminalitätsfurcht älterer Menschen als Brennpunkt einer Gerontoviktologie. Baden-Baden: Nomos.
- Hanefeld, U., 1987: *Das Sozio-oekonomische Panel: Grundlagen und Konzeption.* Frankfurt/Main: Campus.

- Hartmann, P. H./Schimpl-Neimanns, B., 1992: Sind Sozialstrukturanalysen mit Umfragedaten möglich? Analysen zur Repräsentativität einer Sozialforschungsumfrage. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 44: 315-340.
- Hedeker, D./Gibbons, R., 1996: MIXOR: a computer program for mixed-effects ordinal regression analysis. *Computer Methods and Programs in Biomedicine* 49: 157-176.
- Herzog, A.R./Rodgers, W.L., 1988: Interviewing Older Adults. Mode Comparison Using Data From A Face-To-Face Survey And A Telephone Resurvey. *Public Opinion Quarterly* 52: 84-99.
- Herzog, A.R./Rogers, W.L., 1992: The Use of Survey Methods in Research on Older Americans. S. 60-90 in: Wallace, R.B./Woolson, R.F. (Hrsg.), *The Epidemiologic Study of the Elderly*. New York: Oxford University Press.
- Hox, J.J./de Leeuw, E.D., 1994: A comparison of nonresponse in mail, telephone and face-to-face surveys. *Quality & Quantity* 28: 329-344.
- Koch, A., 1991: Zum Zusammenhang von Interviewermerkmalen und Ausschöpfungsquoten. *ZUMA-Nachrichten* 28: 41-53.
- Koch, A., 1997: Teilnahmeverhalten beim ALLBUS 1994. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 49: 98-122.
- Koch, A., 1998: Wenn „mehr“ nicht gleichbedeutend mit „besser“ ist: Ausschöpfungsquoten und Stichprobenverzerrungen in allgemeinen Bevölkerungsumfragen. *ZUMA-Nachrichten* 42: 66-90.
- Lehne, W., 1996: Bangemachen gilt nicht - Kriminalität und Unsicherheit in der Großstadt. Manuskript eines Vortrags an der evangelischen Akademie Hamburg am 09.Juli 1996. Im Internet abrufbar unter: <http://www.rrz.uni-hamburg.de/kriminol/lehne/evak96.htm>.
- Morton-Williams, J., 1993: *Interviewer Approaches*. Aldershot: Dartmouth Publishing Company Limited.
- O'Muircheartaigh, C./Campanelli, P., 1999: A multilevel exploration of the role of interviewers in survey non-response. *Journal of the Royal Statistical Society, A*, 162: 437-446.
- Projektgruppe Sozio-oekonomisches Panel, 1993: *Zehn Jahre Sozio-oekonomisches Panel. Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung. Heft1/2*. Berlin: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung.
- Rasbash, J./Browne, W./Goldstein, H./Yang, M./Draper, D./Plewis, I./Healy, M./Woodhouse, G. 1999: *MLwiN User's guide*. Institute of Education. London.
- Reinecke, J. 1998: Regelmäßigkeiten des Interviewerverhaltens. S. 115-138 in: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): *Interviewereinsatz und -qualifikation*. Stuttgart: Metzler-Poeschel.
- Rendtel, U., 1995: *Panelausfälle und Panelrepräsentativität*. Frankfurt/Main: Campus.
- Riebschläger, M./Wagner, G., 1991: Interviewerstab und Interviewereffekte in der DDR-Basisbefragung des Sozio-oekonomischen Panels. S. 127-138 in: Projektgruppe Sozio-oekonomisches Panel: *Lebenslagen im Wandel – Basisdaten und -analysen zur Entwicklung in den Neuen Bundesländern*. Frankfurt/Main: Campus.

- Riebschläger, M., 1996: Zur Bedeutung von Interviewereffekten im Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) - Eine Analyse mit Hilfe kumulierter Logits. Allgemeines Statistisches Archiv 80: 390-410.
- Rohwer, G./Pötter, U., 1998: TDA User's Manual. Ruhr-Universität Bochum. Fakultät für Sozialwissenschaften.
- Salaske, I., 1997: Die Befragbarkeit von Bewohnern stationärer Alteinrichtungen unter besonderer Berücksichtigung des Verweigerungsverhaltens. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 49: 291-305.
- Schnell, R./Hill, P.B./Esser, E., 1995: Methoden der empirischen Sozialforschung. München: Oldenbourg.
- Schräpler, J.P./Wagner, G., 1999: Das „Interviewer-Panel“ des Sozio-oekonomischen Panels - Darstellung und ausgewählte Analysen. Diskussionspapier Nr. 184. Berlin: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung.
- Schräpler, J.P., 1999: Das Befragtenverhalten im Sozio-oekonomischen Panel: Analysen an ausgewählten Beispielen. Dissertation. Ruhr-Universität Bochum.
- Schupp, J./Wagner, G., 1991: Die Oststichprobe des Sozio-oekonomischen Panels - Konzept und Durchführung der „SOEP-Basiserhebung 1990“ in der DDR, S. 25-41, in: Projektgruppe Sozio-oekonomisches Panel: Lebenslagen im Wandel – Basisdaten und –analysen zur Entwicklung in den Neuen Bundesländern. Frankfurt/Main: Campus.
- Singer, E./Frankel, M.R./Glassmann, M.B., 1983: The Effect of Interviewer Characteristics and Expectations on Response. Public Opinion Quarterly 47: 68-83.
- Smith, T.W., 1983: The hidden 25 percent. An analysis of nonresponse on the 1980 General Social Survey. Public Opinion Quarterly 47: 386-404.
- Stinchcombe, A.L./Jones, C./Sheatsley, P., 1981: Nonresponse Bias for Attitude Questions. Public Opinion Quarterly 45: 359-375.
- Wagner, G./Schupp, J./Rendtel, U., 1994: Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) - Methoden der Datenproduktion und -aufbereitung im Längsschnitt. S. 70-112 in: Hauser, R./Ott, N./Wagner, G., 1994: Mikroanalytische Grundlagen der Gesellschaftspolitik. Band 2 -Erhebungsverfahren, Analysemethoden und Mikrosimulation. Berlin: Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG).

AGENDA SETTING: LEIPZIGER KONFERENZ SOLL NEUE IMPULSE LIEFERN

OLIVER BANGE, ROLF HACKENBROCH UND ROLAND SCHATZ

Medien Tenor – Institut für Medienanalysen wird am 15. und 16. September 2000 die 1. internationale Konferenz zu Agenda-Setting und Massenmedien veranstalten. Diese Tagung wird in Zusammenarbeit mit dem Institut für Kommunikationswissenschaften der Universität Leipzig durchgeführt und von der Deutschen Gesellschaft für Publizistik und Kommunikationswissenschaften unterstützt. Den Chair haben *Prof. Dr. Max Kaase* (Wissenschaftszentrum Berlin) sowie *Prof. Dr. Arnold de Beer* (Herausgeber *Equid Novi*, z.Zt. Universität Fort Wayne) übernommen. Für die Betreuung der anwesenden Journalisten wurde *Prof. Dr. Stefan Ruyß-Mohl* (Freie Universität Berlin) gewonnen.

Im Mittelpunkt der Konferenz stehen Fragen nach der Entstehung der Agenden von Medien – elektronischer Medien, Printmedien und Internet – und ihrer Bedeutung für die Themen- und Meinungsbildung in der Gesellschaft. Die Konferenz bildet den Auftakt einer insgesamt vierjährigen Konferenzreihe. In unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen wird die wachsende Bedeutung der massenmedialen Vermittlung für die Gesellschaft allgemein und die verschiedenen Akteure im speziellen thematisiert und analysiert.

1. Einleitung

Bevor die Struktur der Tagung dargestellt wird (Abschnitt 3) sollen in den ersten beiden Abschnitten die besonderen Anforderungen an eine Konferenz zu Agenda-Setting dargelegt werden. Hierbei wird im vorliegenden Abschnitt mit den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen begonnen, in die das Thema einer solchen Konferenz eingebettet ist. Im darauffolgenden zweiten Abschnitt werden die Entwicklung der Forschungen zu Agenda-Setting und Massenmedien kurz vorgestellt und sich hieraus ergebende Anforderungen für eine Konferenzgestaltung skizziert.

Mit dem Eintreten in ein neues Stadium der gesellschaftlichen Entwicklung – allgemein wird versucht, dies mit der Bezeichnung *Informationsgesellschaft* zu umschreiben –

wachsen die Anforderungen an die verschiedenen Medien. Das Angebot an zu berichtenden Ereignissen wächst rasant, nicht zuletzt der systematische Ausbau von Public Relations großer gesellschaftlicher Akteure ergibt eine bisher nicht bekannte Informationsflut. Dies führt für die Medien zu neuen Anforderungen an die Auswahl der Ereignisse, über die berichtet wird. Jedoch nicht nur die Medien, auch die Rezipienten der Medien, die Bevölkerung und die Experten in Politik und Wirtschaft, sind von einer bisher nicht bekannten Informationsvielfalt betroffen. Auch hier wird diese Entwicklung zu veränderten Rezeptionsgewohnheiten führen, deren Auswirkungen für die gesellschaftliche Entwicklung bisher nicht abzusehen sind.

Folgenden Fragen werden für Anwender in Politik und Wirtschaft immer wichtiger, die früher nur in einem kleinem Teil der akademischen Forschung diskutiert wurden:

1. Welche Informationen und Nachrichten sollen die Medien aus der Informationsvielfalt auswählen?
2. Nach welchen Kriterien soll über die Wichtigkeit von Informationen entschieden werden?
3. Welche Zugangsbarrieren existieren für verschiedene Politiker und gesellschaftliche Akteure in der medialen Berichterstattung und inwieweit sind solche Einschränkungen notwendig?
4. Wie bewältigen die Bevölkerung und verschiedene Entscheidungsträger der Gesellschaft diese Informationsflut?
5. Welches sind die Auswirkungen des weiter rasant steigenden Informationsangebotes auf Politik und Gesellschaft?

Diese Fragen betreffen nicht nur die Medien und ein medieninteressiertes Fachpublikum, sondern sie sind für weite Teile der Gesellschaft relevant. Und diese Fragen können nur sinnvoll beantwortet werden, wenn über die Medien und die Forschung über Medien hinaus wichtige Teile dieser Gesellschaft an dem Nachdenken über die Herausforderungen der Informationsgesellschaft beteiligt sind. Aus diesem Grunde ist eine der zentralen Anforderungen, die an eine Konferenz über die Medien in der heutigen Zeit gestellt werden muß, daß sie auf einem Austausch zwischen Wissenschaft, Medien und relevanten gesellschaftlichen Akteuren beruht. Eine Konferenz, in der die Bedeutung der Medien in Zeiten der Informationsgesellschaft eine zentrale Rolle spielt, kann ihren Gegenstand nur in einem Austausch zwischen Wissenschaft und Praxis, zwischen Wissenschaftlern, Medienvertretern, Politikern und Managern bestreiten.

An eine Konferenz, die die Medien in der heutigen Zeit zu ihrem Gegenstand wählt, ergibt sich jedoch noch eine zweite Anforderung. Diese entsteht aus der Notwendig-

keit, sich den Herausforderungen einer zunehmenden *Globalisierung* zu stellen. Nicht nur die Wirtschaft, auch die Politik beginnt mehr und mehr über die eigenen nationalen Grenzen hinweg zu agieren, dies auch in Feldern, die bisher streng nationalen Regelungen unterworfen waren (Steuern, Rechtsprechung). In der Wirtschaft sind hier nur die in den letzten Jahren zunehmenden Fusionen über die Ländergrenzen hinweg zu nennen (als bekannteste Daimler und Chrysler; Renault und Nissan; Hoechst und Rhône-Poulenc). In diesen Zusammenhängen beginnen auch die Medien ihr Bild zu verändern. Sie werden sich in ihren Inhalten vermehrt mit internationalen Zusammenhängen in Wirtschaft, Politik, aber auch anderen gesellschaftlichen Bereichen auseinandersetzen und dort ihre Kompetenz erweitern müssen. Mit dem Internet gewinnt darüber hinaus ein Medium an Bedeutung, dessen Kennzeichen gerade der unmittelbare Informationsaustausch über die Ländergrenzen hinweg ist. Mit dem Internet beginnt die Redewendung vom 'global village' unmittelbare Realität zu werden.

Aus diesen Zusammenhängen wird deutlich, daß eine Konferenz, die sich mit den Medien, ihren Inhalten und ihrer Bedeutung auseinandersetzen will, sich weder inhaltlich noch personell auf nationale Grenzen beschränken darf. Die Zeiten der Betrachtung nationaler Medien in Beziehung zur nationalen Wirtschaft und nationalen Politik von national fokussierten Journalisten und Wissenschaftler gehören der Vergangenheit an. Wer heute auf dieser Ebene verbleibt, der geht an den Fragestellungen der heutigen Zeit vorbei. Sowenig wie Wirtschaft und Politik in Deutschland auf Deutschland beschränkt ist, kann eine Konferenz in Leipzig über die Bedeutung der Medien sich auf Deutschland beschränken. Die Anforderung der internationalen Ausrichtung einer Konferenz über Medien ist daher der oben formulierten Anforderung des Austausches zwischen Wissenschaft und Praxis hinzuzufügen. Von daher wird der aktiven Teilnahme von folgenden namhaften Agenda Setting Forschern großes Gewicht für die Diskussion auf internationalem Standard beigemessen:

- *Stephen Coleman* - London School of Economics, UK
- *John Pavlik* - Columbia New York, USA
- *David Waever* - Indianapolis, USA
- *Chris Paterson* - Leicester, UK
- *Karen Ross* - Canterbury, UK
- *Robert Stevenson* - North Carolina, USA
- *Ruth Teer-Tomaselli* - Natal Durban, SA
- *Tony Giffard* - Washington, USA
- *Heidi Saliba* - Indiana/Purdue (Fort Wayne), USA
- *Eli Pollack* - Jerusalem, IS

Und auch wird wiederum deutlich, daß Wissenschaft sich nicht auf eine akademische Enklave zurückziehen sollte. Eine Welt in der Phase der Globalisierung verlangt nach Erkenntnissen, die zwar nach exakten wissenschaftlichen Methoden gewonnen, jedoch aus der Praxis kommen und für die Praxis fruchtbar gemacht werden. Erkenntnisse z.B. darüber, in welchem Ausmaß sich die Medien denn wirklich den Anforderungen einer Informationsvermittlung in einer sich globalisierenden Gesellschaft stellen:

- Wird über supranationale Entscheidungsinstanzen - wie z.B. die EU - in ausreichendem Maße berichtet?
- Werden die Akteure, die in diesem Zusammenhang von Bedeutung sind, von den Medien angesprochen?
- Über welche Themen wird berichtet?
- Und wie gehen die traditionellen Medien mit dem Thema Internet um?.

Um solches in Erfahrung zu bringen, ist das Gespräch mit Politikern und Managern und deren Sichtweise eine dringende Notwendigkeit. Denn ihre Erfahrung und ihr Wissen setzt Maßstäbe für das, was von den Medien beachtet werden sollte und welches - vielleicht - eben nicht beachtet wird. Gerade solch eine Betrachtungsweise kann Wissenschaftlern, Politikern, Managern und auch Journalisten verdeutlichen, was eine Berichterstattung leistet und wo Verbesserungen wünschenswert wären.

Es gibt eine dritte grundsätzliche Anforderung, die an eine Konferenz über Agenda-Setting und Massenmedien gestellt werden muß. In seinem bekannten Werk über den Zusammenprall der Kulturen hat Samuel Huntington ausgeführt, daß die Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen *kulturellen Weltanschauungen* eine der wichtigsten zukünftigen Konfliktfelder in Wirtschaft und Politik darstellen wird. Mit Huntington ist anzunehmen, daß die Kultur immer mehr an Bedeutung im Umgang der verschiedenen Nationen untereinander gewinnt. In diesem Zusammenhang nehmen die Medien eine wichtige Vermittlerrolle ein. Hier ist es von besonderer Bedeutung zu analysieren, wie Medien kulturelle Schemata aufbauen und in welchem Ausmaß sie konfliktfördernd agieren. Diese kulturelle Dimension zu berücksichtigen läßt sich als eine weitere wichtige Anforderung an eine Konferenz über Agenda-Setting und Massenmedien formulieren.

2. Forschungsstand zu Agenda-Setting

Im ersten Teil wurden bisher die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen genannt, in der eine Konferenz über Agenda-Setting und Massenmedien in der heutigen Zeit stattfindet. Aus diesen Rahmenbedingungen wurden wichtige Schlußfolgerungen für

die Konzeption einer Tagung zu diesem Thema gezogen, die mit den Begriffen Praxisnähe, Internationalität und kulturelle Sensibilität am besten beschrieben werden können. Im folgenden sollen die Forschungen zum Agenda-Setting Ansatz als des zentralen Themas der Tagung näher betrachtet und hieraus weitere Folgerungen für den Aufbau einer internationalen Konferenz gezogen werden.

2.1 Die Entstehung der Forschung über Agenda-Setting und Massenmedien

Betrachtet man die Geschichte der Forschung zum Thema Massenmedien, so ist sie zu einem großen Teil eine Geschichte, die sich mit der Frage nach der Wirkung der Massenmedien auf die Bevölkerung und ihre Einstellungen und Meinungen auseinandersetzt. So kommt Walter Lippmann (1922) in seiner einflußreichen Studie über die öffentliche Meinung zu dem Schluß, daß es die Medien - bei ihm noch beschränkt auf die Zeitungen - sind, die die öffentliche Meinung aufbauen. Dieses Diktum über die Macht der Massenmedien in ihrem Einfluß auf die Bevölkerung ist in den zwanziger und dreißiger Jahren des letzten Jahrhunderts das vorherrschende Paradigma in der Betrachtung der Bedeutung der Massenmedien.

Diese Betrachtungsweise änderte sich jedoch radikal mit der von Paul F. Lazarsfeld, Bernard R. Berelson und Hazel Gaudet durchgeführten empirischen Untersuchung über das Wahlverhalten der Bevölkerung ("The peoples choice") im Jahre 1944. Sie kamen zu dem Ergebnis, daß die Massenmedien keinen eigenständigen Einfluß auf die politische Meinungsbildung ausüben, sondern daß sie nur die in der sozialen Gruppenzugehörigkeit verankerten Einstellungen bewußt werden lassen und verstärken. Diese Wirkungslosigkeit der Massenmedien wurde seit Klappers (1960) einflußreicher Veröffentlichung über die Effekte von Massenkommunikation zu einem „gesicherten“ Forschungsergebnis; auch er kam zu dem Schluß, daß Massenmedien gegebene Einstellungen bestenfalls be- und verstärken, daß sie jedoch keine eigenständige Bedeutung für politische Einstellungsänderungen haben.

Mit diesem vorherrschenden Ansatz in den fünfziger und sechziger Jahren, in der eine geringe Bedeutung der Medien für die Einstellungen der Bevölkerung postuliert wird, brach eine Untersuchung von Maxwell E. McCombs und Donald L. Shaw (1972) über die Agenda-Setting Funktion der Massenmedien. Mit dieser empirisch fundierten Untersuchung wurde eine neue Forschungstradition eingeleitet, die seitdem unter der Bezeichnung des 'Agenda-Setting' Ansatzes läuft. Das besondere dieses Ansatzes ist, daß nicht, wie in vielen Vorgängeruntersuchungen, versucht wurde, die zumeist kurzfristig gemessene Wirkung der Medien auf die *politischen Einstellungen* nachzuweisen. In den Mittelpunkt des Forschungsinteresses rückte vielmehr die Frage nach der Fähigkeit der Medien, *Themen* für die Bevölkerung und den politischen Prozeß relevant

werden zu lassen. Die alles beherrschende Frage, beeinflussen die Medien - zumeist politische - Einstellungen wird fallengelassen zugunsten der Untersuchung, inwieweit Medien die Themen, über die in der Bevölkerung und im politischen Prozeß kommuniziert wird, setzen und strukturieren. Erst im Rahmen dieses Forschungsansatzes kam es zu einer Vielzahl von empirisch fundierten Untersuchungen, in der tatsächlich die Wirkung von Medien darauf, was von der Bevölkerung gedacht und für wichtig gehalten wird, nachgewiesen werden konnte.

Im folgenden soll ein kurzer Überblick über die Entwicklung der Agenda-Setting Forschung gegeben werden, um das besondere Anliegen der von Medien Tenor veranstalteten Konferenzreihe zu verdeutlichen.

2.2 Die Forschungen zu Agenda-Setting und ihre Entwicklung

Die Arbeit von McComb und Shaw (1972) untersuchte in einer relativ einfachen methodischen Anlage, in welchem Ausmaße im amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf 1968 die von den Medien gesetzten Themen von den Bewohnern einer kleinen Stadt - Chapel Hill - übernommen wurden. Hierbei wurde auf der Aggregatebene Korrelationen zwischen den Themenschwerpunkten der Medien, die über eine Inhaltsanalyse erhoben wurden, und den Themenschwerpunkten der Bürger vorgenommen (Bevölkerungsbefragung), die sehr hoch ausfielen. Gerade die Anlage der Studie war es, die kritisiert wurde und die zu methodisch erweiterten Untersuchungen Anlaß gab.

a) Berücksichtigung der Rezipientenmerkmale. Eine der Hauptkritikpunkte war, daß wichtige Merkmale der Rezipienten massenmedialer Berichterstattung nicht erhoben wurden. Diese Rezipientenmerkmale standen in Nachfolgeuntersuchungen verstärkt im Mittelpunkt. So wurden die Intensität der Mediennutzung, das Interesse für bestimmte Themen, die Struktur der interpersonalen Kommunikation als intervenierende Publikumsvariablen in den Erhebungen mit berücksichtigt (McLeod/Becker/Byrnes 1974; Ehlers 1983; Erbring/Goldenberg/Müller 1980; Weaver 1980; zusammenfassend Rössler 1997). Die Untersuchungen ergaben, daß die Berücksichtigung solche intervenierenden Variablen zur genauen Bestimmung einer Agenda-Setting Funktion der Massenmedien unumgänglich waren. Je nach der Stärke des Interesses, der selektiven Zuwendung als auch der Struktur der interpersonalen Kommunikation verändert sich der Einfluß der Medien als Akteur von Themensetzung entscheidend. War das generelle Ergebnis vieler Studien, daß es ein Agenda-Setting der Massenmedien gab, so konnte zur genauen Bestimmung der Stärke dieser Wirkung auf diese Rezipientenmerkmale nicht verzichtet werden.

b) Berücksichtigung spezifischer Merkmale von Medien. War die Berücksichtigung der Rezipientenmerkmale der eine Focus in der Weiterentwicklung des Agenda-Setting Ansatzes, so lag ein weiterer Schwerpunkt in der Berücksichtigung der Formate und Präsentationsmerkmale der Medien selber. Dieser Weiterentwicklung lag die These zu Grunde, daß in Abhängigkeit vom Medium und den spezifischen Präsentationsmerkmalen auch von einer unterschiedlichen Wirkung auf das Publikum auszugehen sei. Diese Annahme konnte in verschiedenen Untersuchungen bestätigt werden (Colin Seymour-Ure 1974; McClure/Patterson 1976; Shaw/McCombs 1977; Miller/Goldenberg/Erbring 1979; Cook u.a. 1983; Behr/Iyengar 1985). Zeitungen weisen andere Agenda-Setting Effekte auf als das Fernsehen oder Kurzmeldungen, Live Berichte und Hintergrundreportagen wiederum führen ebenfalls zu einem unterschiedlichem Thematisierungseffekt.

c) Berücksichtigung der Entstehung der Medienagenden. Stellt der Bezug der Medien auf die Bevölkerung den klassischen Kernbereich der Agenda-Setting Forschung dar (und hierzu gehören auch die gerade skizzierten Erweiterungen), so ist in neueren Untersuchungen doch in erweitertem Umfang die Entstehung der Medienagenden selber in den Blickpunkt geraten. Diese Frage der Entstehung der Medienagenden ist von nicht zu vernachlässigender Bedeutung für den gesamten Agenda-Setting Ansatz. Falls es nicht die Medien und die Journalisten selber sind, die die Medieninhalte bestimmen, dann beeinflussen sie auch nicht die Themenstruktur der Bevölkerung. Verschiedene Untersuchungen widmen sich diesem Thema zu (Sigal 1973; Rose 1974; Blumler 1979; McQuail 1983; Lang/Lang 1981; Weaver/Elliott 1985; Baerns 1991; Mathes/ Freisens 1990; Ruß-Mohl 1991; Fröhlich 1992). Sie führen aus, daß die Gestaltung der Medieninhalte zu einem nicht unerheblichen Ausmaße von verschiedenen gesellschaftlichen Akteuren wie Politikern, Verbänden und Wirtschaftsunternehmen abhängig ist. Allerdings ist jedoch auch kritisch anzumerken, daß viele der im Bereich des Zustandekommens der Medienagenda vorgelegten Untersuchungen, wie z.B. Untersuchungen zum Nachrichtenwert, sich darauf beschränken, die Kriterien für das Zustandekommen von Medieninhalten inwendig aus der Analyse der Medieninhalte selber zu rekonstruieren (Schulz 1976, Staab 1990). In der Regel werden in solchen Analysen externe Quellen des Nachrichteninputs wie z.B. die verschiedenen politischen Akteure und deren Öffentlichkeitsarbeit nicht systematisch berücksichtigt. Und weiterhin ist ein kritischer Einwand gegen die bisher vorgelegten Untersuchungen, daß - wie auch in den meisten Forschungen zu Agenda-Setting - der Bereich der Politik und der Berichterstattung über Politik im Mittelpunkt der Untersuchungen steht. Aufgrund der Zentralität der Frage der Entstehung von Medien Agenden für den gesamten Agenda-Setting Ansatz ist dies ein um so größerer Mangel.

d) *Berücksichtigung der Entstehung Policy Agenda.* Rogers und Dearing (1988) unterscheiden in ihrem systematischen Aufsatz über Agenda-Setting drei Bereiche. Die public Agenda-Setting Forschung, d.h. den klassischen Kernbereich (einschließlich der Erweiterungen in a und b), die media agenda-setting Forschung (siehe c) und die policy agenda-setting Forschung. Dieser dritte Zweig geht der Frage nach, wie die Probleme definiert werden, mit denen sich das politische System auseinandersetzt und welchen Anteil hieran die Medien haben. In verschiedenen Untersuchungen konnte aufgezeigt werden, daß entgegen allgemeinen Annahmen Politiker in der Ausbildung ihrer Agenden weniger auf die Bevölkerungsmeinung Bezug nehmen als denn vielmehr auf die durch die Medien veröffentlichte Meinung (Cohen 1983; Linsky 1986; Reese 1991). Allerdings ist hier jedoch wiederum keine einfache Beziehung zu postulieren. Medien, Politik und Öffentlichkeit sind nicht aufgrund einfacher Kausalbeziehungen miteinander verbunden, sondern stehen in einem noch viel stärker von der Forschung zu beleuchtendem komplexen Beziehungsgeflecht. Hier ist insbesondere der Mangel an fundierten Langzeituntersuchungen zu beklagen. Darüber hinaus gibt es jedoch einen zweiten wichtigen Kritikpunkt der bisherigen Untersuchungen. Wie in anderen Feldern auch, so ist hier der Primat der Politik eindeutig vorherrschend. Keine Berücksichtigung findet die Entstehung von Agenden in anderen Bereichen wie z.B. der Wirtschaft. In welchem Ausmaß das Handeln der Entscheidungsträger der Wirtschaft abhängig von der Medienberichterstattung ist z.B. eine bisher viel zu wenig beachtete Frage.

e) *Präzisierung der theoretischen Zusammenhänge.* Ungeklärt ist nach wie vor der theoretische Zusammenhang der verschiedenen Studien zur Agenda-Setting Funktion der Massenmedien. Man hat den Studien vorgeworfen, ein Sammelsurium von nicht integrierten Teiluntersuchungen darzustellen. Dem kann jedoch entgegengehalten werden, daß über den allgemeinen Befund des Einflusses der Medien auf die Themenstrukturierung auf Bevölkerung und Politik hinaus Studien vorliegen, die eine theoretische und empirische Präzisierung des Agenda-Setting Effektes vornehmen. Die bekannteste ist wohl die Studie von Iyengar und Kinder (1987) über den Priming Effekt der Medien. Hier wird ausgeführt, daß über die Setzung bestimmter Themen in der Bevölkerung auch die hierzu bei den Personen existierenden Einstellungen aktualisiert und relevant werden. Weitere Untersuchungen führen darüber hinaus den Begriff des Framings ein (Iyengar 1991; McCombs/Shaw 1993), d.h. der Rahmung einer Nachricht und des Einflusses dieser Rahmung auf die Beurteilung von politischen Sachverhalten. Insgesamt ist jedoch festzuhalten, daß die theoretische Stringenz des Agenda-Setting Ansatzes und auch seine Implikationen für andere Forschungsrich-

tungen (z.B. dynamisch-transaktionaler Ansatz; Nachrichtenwert-Forschung; Wissensklufthypothese; Schweigespiral-Modell) bisher nur ungenügend geklärt ist.

f) Berücksichtigung des Zusammenhangs von Agenda-Setting und des in der Elitentheorie verankerten Opinion-Leader Konzeptes: Nur mangelnde Berücksichtigung finden in der Agenda-Setting Forschung elitentheoretische Ansätze. Dies ist um so erstaunlicher, als Lazarsfeld aus den Indizien, die ihm seine Wahlstudie von 1940 lieferte, den Schluß zog, daß massenkommunikative Aussagen über Meinungsführer zum Individuum gelangen (Lazarsfeld 1986). Der „opinion leader“ vermittelt zwischen diesen beiden Ebenen. Differenziert wurde dieses Ergebnis noch durch die Decatur-Studie (Eurich 1976). Danach werden Meinungsführer nicht unbedingt direkt von den Massenmedien erreicht, sondern orientieren sich ihrerseits an übergeordneten Meinungsführern und stehen in einem Konkurrenzverhältnis mit den Massenmedien. Die empirische Rolle des Opinion Leaders ist eine doppelte: Im Diffusionsprozeß vermittelt er „demnach besonders massenmediale Inhalte von extrem hohem Nachrichtenwert“ (Eurich, S.41), weniger jedoch die von geringem. Im Persuasionsprozeß bietet seine Rolle den Gruppenmitgliedern („opinion avoiders“) (I) „soziale Orientierungshilfe“, (II) eine Normenaktivierung und (III) die Kontaktherstellung zur Außenwelt. Die an sich schon hohe Interaktionsrate eines Meinungsführers scheint dadurch noch zu steigen, was wiederum in einer Art „spill off effect“ seine Bedeutung als Opinion-Former stärkt (Noelle-Neumann 1982). Der gesellschaftliche Status (Geschlecht, Bildung, Klasse, Rasse etc.) scheint nur insofern von Bedeutung zu sein, als er eine überdurchschnittliche Partizipation (als Voraussetzung dieses Wissens) fördert (vgl. die von Eurich speziell hierzu durchgeführte Nienberg-Studie).

Die Funktion des Meinungsführers resultiert aus seiner „gate keeper“-Rolle zwischen Kommunikationsgruppe und Umwelt/Medien. Seine durch überdurchschnittliche Information und Normenwissen entstandene Fähigkeit, „neue Aspekte der Umgebung aufzunehmen, zu reflektieren und in seiner Entscheidung wirksam werden zu lassen“ (Steinbach) machen ihn zu Lerner „emphatischer Persönlichkeit“ (Lerner 1969). Er ist der Vermittler zwischen beharrenden, „konservativen“ Gruppentendenzen (Klapper 1960) und der heutigen Modernisierungsgesellschaft.

Die Bedeutung der Opinion-Leader Theorie als Elitenkonzept und ihre Innovation für den Kommunikationsprozess der Gesellschaft hat Langenbucher (Langenbucher 1983) dargestellt. Er weist darauf hin, daß Politik aufgrund der Entwicklung der Massenmedien immer mehr kommunikative Züge annimmt und Politik daher bestimmten Standards an Kommunikationsprofessionalität entsprechen muß. Die kommunikative Vermittlung von Politik erfolgt dabei über opinion-leader, die kom-

munikativen Eliten der Gesellschaft. Langenbacher sieht in dieser Entwicklung insbesondere zwei Gefahren: die wachsende Personifizierung der öffentlichen Kommunikation und damit einhergehend einen zunehmenden Autonomieverlust der Medien.

Nachdem die Theorienbildung zur Korrelation von Eliten- und Kommunikationsstrukturen und der sich daraus ergebenden Behandlung von Issues und Agenden in den 60er und 70er Jahren primär von kommunikationswissenschaftlichen Ansätzen bestimmt wurde, konzentrierte sich das wissenschaftliche Interesse in den Folgejahren auf die Anwendungs- und Erklärungsmöglichkeiten dieses Ansatzes, entweder als Erklärungshilfe oder Handlungsvorgabe, für praktische Beispiele: (I) In Westeuropa gab es eine Anzahl von Studien zum Zusammenhang von lokalen Eliten und kommunalen Medien (Kurp 1994; Arzberger 1980); (II) ausgehend von Gellners Theorie zum „nation-building“ wurde insbesondere in den achtziger Jahren ausgiebig zur Rolle regionaler Eliten und „neuer“ Medien (wobei kaum ans Internet sondern vielmehr an Radio und Fernsehen gedacht wurde) in der Dritten Welt geforscht (Komolsiri 1996; Benhaddou 1997); (III) auch in der historischen Forschung wurde der geschilderte theoretische Ansatz vermehrt genutzt, um Wirkungszusammenhänge sinnvoll erklären zu können (Stone/Stone 1986; De Bats 1990); (IV) und schließlich eröffnete der Umbruch Osteuropas ein ungeahntes Experimentierfeld für Theoretiker und Anwender gleichermaßen (Müller 1995; Eimermacher 1997).

Wirklich neue theoriebildende und umfassende Ansätze gilt es erst wieder in den letzten Jahren zu konstatieren. Im Zentrum dieser Überlegungen steht der Elitenwandel in Deutschland wie in den westlichen Staaten im allgemeinen als Antwort auf eine sich ständig wandelnde Kommunikations- und Medienlandschaft. Bereits 1992 stand in einem populärwissenschaftlichen Werk von Peter Glotz, Rita Süßmuth und Konrad Seitz (1992) die Frage im Mittelpunkt, ob angesichts einer entstehenden Kommunikationsgesellschaft die deutschen Eliten – gerade auch die Kommunikationseliten – überhaupt zukunftsfähig seien. In seiner Analyse der Grünen Partei hatte Wilhelm Bürklin den Einfluß einer sich wandelnden Medienwelt, ihrer Anforderungen und Agenden, auf die Führungsselektion der Eliten nachweisen können. Daraus entwickelte er ein Postulat für die Elitenrekrutierung in Deutschland im allgemeinen (Bürklin/Rebenstorf u.a. 1997). Wie stark die Rekrutierung gerade der politischen Elite heute von der Mediengesellschaft abhängig geworden ist, zeigt die im letzten Jahr veröffentlichte Untersuchung von Peter Winterhoff-Spurk (1999).

Kommunikationsprofessionalität ist heute eine unabdingbare, wenn nicht gar alleinige Voraussetzung zumindest politischer Karrieren: ein genaues Wissen über das

Anspruchs- und Themenprofil nicht nur von Mediengattungen (Fernsehen, Tages-, Wochen-, Regionalpresse, Internet usw.), sondern auch jedes Einzelmediums. Was sind die positiv belegten Wirtschaftsthemen etwa der Frankfurter Rundschau? Kann ich diese Themen bedienen? Wie wichtig sind diese Themen für den Rezipientenkreis des Politik-, Wirtschaft- oder Lokalteiles? Gibt es ein bestimmtes Persönlichkeitsprofil, das mit diesen Themen und Wertungen kongruent ist? Und nicht zuletzt: Welche neuen Themen kann ich in diesem Umfeld in bezug auf Wertung und Multiplikation erfolgreich kommunizieren – und welche nicht?

Praktisch existiert natürlich nicht eine homogene Kommunikations- oder Funktionselite, sondern eine Vielzahl von Eliten nach spezifischen Fachbereichen. Fragt Agenda-Setting Forschung danach, wie ein bestimmtes Issue oder gar ein ganzer Themenbereich im öffentlichen Bewußtsein verankert wird, dann stellt sich daher immer auch die Frage nach den verschiedenen Eliten und ihres Interesses an medialer Öffentlichkeit. Dieses ordnet der Elitentheorie einen besonderen Stellenwert in der Agenda-Setting Forschung ein, der zuletzt stark vernachlässigt wurde. Über die Integration dieses Ansatzes lassen sich nicht nur Fragen der Entstehung von Medienagenden exakter beantworten (siehe Unterpunkt c.), sondern auch die Entstehung von Policy Agenden (Unterpunkt d.) erhält durch diesen Ansatz eine wichtige Verankerung. Die empirische Behandlung der unter Bezug auf die Elitentheorie aufgeworfenen Fragen kann, dies sollte auch erwähnt werden, jedoch nur durch eine detaillierte und zugleich langfristig angelegte Analyse geleistet werden. Bereits 1983 attestierte Denis McQuail der damals noch in den Anfängen steckenden qualitativen Inhaltsanalyse, allein dieses Lösungspotential zu besitzen.

2.3 Schlußfolgerungen für eine Konferenz zu Agenda-Setting und Massenmedien

Zieht man ein Fazit über die Agenda-Setting Forschung und deren Entwicklung für die Konzeption einer Konferenz zu Agenda-Setting und Massenmedien, so sind verschiedene Punkte festzuhalten:

1. Die Agenda-Setting Forschung konzentriert sich in ihren Untersuchungen zu einem großen Teil auf die Politikberichterstattung und deren Implikationen für die politische Themensetzung. Dies ist insofern gerechtfertigt, als die Politik für die massenmediale Berichterstattung und die Gesellschaft eine große Bedeutung hat. Sich allein auf die Politik und ihre Berichterstattung zu beschränken, würde jedoch zu kurz greifen. Es ist daher zu kritisieren, daß es in der Agenda-Setting Forschung nur am Rande eine Beschäftigung mit der *Wirtschafts- und Unternehmensberichterstattung der Medien* und deren Bedeutung für wirtschaftliche Akteure im einzelnen und das Wirtschafts-

system im ganzen gibt. Dies ist angesichts der enormen Bedeutung, die Globalisierungsprozesse gerade in der Wirtschaft für die gesellschaftliche Entwicklung aufweisen, nicht zu rechtfertigen. Eine Konferenz zu Agenda-Setting und Massenmedien sollte es sich zur unbedingten Aufgabe machen, der medialen Vermittlung wirtschaftlicher Prozesse einen zentralen Stellenwert zukommen zu lassen.

2. Es ist ein gravierender Mangel an *Zeitreihenuntersuchungen* in der bisherigen Forschung zu Agenda-Setting zu konstatieren. Dies beschränkt die Aussagekraft vieler der bisherigen Untersuchungen. Hierbei besteht ein Mangel an Langzeituntersuchungen weniger auf der Ebene von Bevölkerungsumfragen. In diesem Bereich gibt es inzwischen eine Fülle von empirischem Material, auch wenn die Schnittstelle zum Agenda-Setting Ansatz in vielen Umfragen nicht optimal gestaltet sein mag. Ein gravierender Mangel an Zeitreihenuntersuchungen ist vor allem im Bereich der Medienberichterstattung selber festzustellen. Die zentrale Bedeutung solcher Zeitreihenuntersuchungen liegt auf der Hand. Ohne sie ist weder die Bedeutung der Medien für die Themenbildung der Bevölkerung noch die Verbindung der Medien zu den Entscheidern in Politik und Wirtschaft sinnvoll zu untersuchen. Eine Konferenz zu Agenda-Setting sollte daher solchen Langzeituntersuchungen auf der empirischen Ebene eine Priorität einräumen.

3. Kaum eine Beachtung hat in der Agenda-Setting Forschung bisher die Entstehung und Verbreitung des *Internet* erhalten. Dieses Manko ist der Forschung nicht anzulasten, handelt es sich hier doch um ein noch sehr junges Medium. Dennoch ist das Internet für das Informationsverhalten von Bevölkerung und Entscheidungsträgern in Politik und Wirtschaft von zunehmender Bedeutung. Eine Konferenz sollte sich dieser Veränderung in ihrer inhaltlichen Konzeption stellen und stärker Themen zum Internet einbeziehen.

4. In der Forschung zu Agenda-Setting fanden bisher viel zu wenig Untersuchungen zur *Entstehung der Medienagenden* selber Berücksichtigung. Welchen Einfluß haben Wirtschaftsunternehmen oder Parteien – hier jenseits des Wahlkampfes – auf die Agenda der Massenmedien und wie ist – wenn er denn vorhanden ist – solch ein Einfluß unter medienpolitischen Gesichtspunkten zu beurteilen? Eine Agenda-Setting Forschung, die sich allein der Frage der Wirkung der Medienagenden auf die Meinungsbildung der Bevölkerung verschreibt, ohne nach den Faktoren des Agenda-building der Medienagenden selber zu fragen, bleibt auf einem Auge blind. Um diese Entstehung der Medienagenden zu beleuchten, ist auf einer Konferenz im verstärkten Ausmaß der Kontakt von Wissenschaftlern mit Journalisten, Politikern und Wirtschaftsmanagern zu fördern.

5. Zu wenig Berücksichtigung findet in der aktuellen Forschung auch, welche Bedeutung die *Berichterstattung der Medien für die Politiker und Manager* aufweist. Bestätigen sich die bisherigen Untersuchungen in diesem Feld, dann ist die Verbindung Medien - gesellschaftliche Eliten für den Problemlösungshaushalt von Politik und Wirtschaft von zentraler Bedeutung. Diesen Bereich zu beleuchten, ist daher eine weitere vordringliche Aufgabe einer Konferenz. Auch hierzu bedarf es auf einer Konferenz zu Agenda-Setting und Medien des stärkeren Einbezugs der Entscheidungsträger aus Politik und Wirtschaft.

6. In der bisherigen Forschung besteht ohne Zweifel ein Mangel an *theoretischer Integration* der verschiedenen Untersuchungen zu Agenda-Setting als auch an Integration der außerhalb dieses Ansatzes stehenden Forschungsrichtungen. Der Mangel an Integration beruht oft auf abgeschlossenen Wissenschaftlergemeinschaften, die häufig ihre nationenspezifische Verankerungen haben. Die theoretische Integration über einen Austausch von Wissenschaftlern über die Landesgrenzen hinweg voranzutreiben sollte daher ein weiterer Ansatzpunkt einer Konferenz zu Agenda-Setting und Massenmedien darstellen.

3. Struktur der Tagung

Nachdem in den vorangegangenen Ausführungen die wesentlichen Anforderungen an eine Konferenz zu Agenda-Setting und Massenmedien formuliert wurden, soll im folgenden die Struktur der von Medien Tenor und der Universität Leipzig veranstalteten Tagung im September 2000 dargestellt werden. Ziel ist es zu verdeutlichen, wie die Konferenz diese Anforderungen in ihrem Aufbau umsetzt. Die Konferenz unterteilt sich in vier Themengruppen. Die Themengruppen umfassen

1. den Bereich Wahlen und politische Meinungsbildung,
2. die mediale Resonanz von Wirtschaft und Unternehmen sowie
3. die Bildung von Länderimages,
4. Rassismus und Ausländerfeindlichkeit.

Über diese vier Themengruppen hinaus werden drei weitere Veranstaltungsfelder behandelt.

5. der Bereich Internet,
6. die Inhaltsanalyse als Methode und
7. Journalismus und Ethik.

In allen genannten Bereichen werden die neuesten Forschungsergebnisse vorgestellt und diskutiert.

1. Einen zentralen Stellenwert auf der Konferenz hat, wie in der Agenda-Setting Forschung allgemein, der Bereich *Politik und Wahlen*. Allerdings ergibt sich ein entscheidender Mehrwert, den dieser Themenbereich auf der Konferenz erzielen wird, aus den von Medien Tenor eingebrachten systematischen Zeitreihenuntersuchungen der Medienberichterstattung. Dies ermöglicht fundierte Analysen über eng begrenzte Zeiträume und Regionen hinaus, ein bisher in der Medienwissenschaft kaum realisiertes Projekt. Auch wenn die Datenlage für verschiedene Länder unterschiedlich ist - für Deutschland, England und die Tschechei sind die weitreichendsten Datenreihen vorhanden, für die USA, Israel und Südafrika ist die Datenerhebung erst seit 1.1.2000 vorhanden - so steht mit diesen Erhebungen doch ein einmaliger Fundus für die Analyse von Agenda-Setting Prozessen der Medienberichterstattung zur Verfügung. Dies gilt nicht nur für den Bereich der Politik, sondern gerade auch für die im nachfolgenden behandelten Bereiche Wirtschaft, Länderimages und Rassismus.

2. Neben der Politik nehmen *Wirtschaft und Unternehmen* in der Konzeption der Tagung einen zentralen Stellenwert ein. Hiermit trägt die Konferenz der mangelnden Beachtung von Agenda-Setting Prozessen im Bereich der Wirtschaft Rechnung. Hierbei wird es um die Frage gehen, inwieweit die Medien Meinung und Einstellung der Bevölkerung zu wesentlichen Themen, wie zum Beispiel Konsum, Arbeitslosigkeit, Innovationen oder Staatsverschuldung oder Steuerpolitik beeinflussen. Ein besonderer Aspekt kommt der Untersuchung der Rolle der Wertpapieranalysten zu, deren Einfluß, darauf deuten bisher durchgeführte Untersuchungen von Medien Tenor hin, in den letzten Jahren gestiegen ist. Besondere Beachtung wird auch der Frage zukommen, welchen Einfluß die wirtschaftlichen Unternehmen auf die Entstehung von Medienagenden nehmen (können) und welche Bedeutung wiederum die mediale Berichterstattung für die Entscheidungsträger der Wirtschaft aufweist.

3. Die *Bildung von Länderimages* als ein weiterer Themenschwerpunkt der Konferenz nimmt verstärkt auf Prozesse der Globalisierung Bezug. Betrachtet werden soll, mit welchen Inhalten Journalisten die Darstellung verschiedener Nationen verknüpfen und welches Länderbild so für die Bürger eines Landes konstruiert wird. Ein besonderer Fall wird auf der Konferenz das Verhältnis zwischen Israel und Palästina bilden. Anhand dieses interessanten Beispiels wird auch deutlich, daß das Aufeinandertreffen unterschiedlicher kultureller Erfahrungen und Traditionen unmittelbar in die Untersuchung der Konstruktion von medialen Länderbildern hineinspielt.

4. *Rassismus und Ausländerfeindlichkeit* als weiterer Themenblock wendet sich explizit der Bedeutung zu, die das Aufeinandertreffen unterschiedlicher Kulturen in der heutigen Zeit einnimmt. Von einigen Wissenschaftlern überhaupt als das Thema der Zukunft

betrachtet, soll auf der Tagung näher darauf eingegangen werden, wie die Berichterstattung über andere Kulturen in den Medien erfolgt und welche Bedeutung solch eine Berichterstattung über ‚das Fremde‘ für den Umgang mit Ausländern einnimmt. Ein besonderer Themenkomplex auf der Konferenz soll die Diskussion der aktuellen Rassismus-Vorwürfe sein, denen sich die südafrikanischen Medien stellen müssen sowie die Betrachtung der Entstehung von Antisemitismus angesichts der internationalen Berichterstattung über den Umgang mit den Entschädigungsforderungen.

5. Weitere eigenständige Schwerpunkte, die quer zu den bisher genannten Themenkomplexen stehen und daher auch teilweise in ihnen behandelt werden, vervollständigen die Konferenz. Einer dieser Schwerpunkte ist das *Internet*. Dieses Medium nimmt in allen gesellschaftlichen Bereichen eine wachsende Bedeutung ein. Ob in Politik oder Wirtschaft, in der Bildung von Länderimages oder der Ausbildung von Rassismus, nichts geht mehr ohne Internet. Um dieser Bedeutung und den sich hier herausbildenden Prozessen der Informationsvermittlung gerecht zu werden, wird der Bereich Internet ein eigener Schwerpunkt auf der Konferenz bilden.

6. Ein weiterer Schwerpunkt der Tagung zu Agenda-Setting wird die *Inhaltsanalyse* als Methode sein. Für den Ansatz der Agenda-Setting Forschung, der seinen Ausgangspunkt explizit in der medialen Berichterstattung und ihrer Analyse hat, ist es unbedingt notwendig, die eigenen Methoden zu reflektieren. Möglichkeiten und Grenzen der Inhaltsanalyse von elektronischen und Printmedien als auch des Internet werden daher in einem eigenem Konferenzblock behandelt. Ein besonderer Schwerpunkt bei der Behandlung der Inhaltsanalyse wird die Analyse von Bildern einnehmen. Die *Bildanalyse* der Medienberichterstattung war in der bisherigen Forschung einer systematischen Behandlung entzogen. Es ist jedoch davon auszugehen, daß die Wirkung von Bildern gerade auf die Rezipienten von Fernsehsendungen von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist. Da Medien Tenor mit Beginn des Jahres 2000 systematische Bildanalysen von Fernsehsendungen durchführt, sind umfassende Forschungen zu diesem Thema möglich. Ergebnisse dieser Forschungen sollen auf der Konferenz vorgestellt werden.

7. Ein letzter Schwerpunkt beschäftigt sich mit den Konsequenzen der Forschungen zum Agenda-Setting Ansatz für die *ethischen Grenzen und Regeln medialer Berichterstattung*. In Zeiten des zunehmenden globalen Wettbewerbs, des steigenden Informationsangebots und der Entwicklung völlig neuer Vermittlungs- und Vertriebswege ist die Frage nach der journalistischen Verantwortung verstärkt zu stellen. Wo hört die Freiheit des Journalisten auf, wo beginnt die Verantwortung für die, über die berichtet

wird und was darf an Informationen überhaupt an die Öffentlichkeit gebracht werden? Dies sind nur einige der Fragen, die auf der Konferenz behandelt werden.

Um die genannten Schwerpunkte der Konferenz sinnvoll behandeln zu können, ist es Ziel der Konferenz, den Austausch zwischen Wissenschaft und Praxis einerseits, zwischen verschiedenen Nationen und ihren Erfahrungen andererseits zu fördern. In der Überzeugung, daß die wachsenden Anforderungen und Probleme einer zunehmenden Informationsvielfalt in einer sich globalisierenden Welt nur in gemeinsamen Verständnis gelöst werden können, setzt die Konferenz dezidiert diesen Austausch in den Mittelpunkt ihrer Konzeption. Dies dient der Erkenntnis des behandelten Gegenstandes und läßt darüber hinaus die an der medialen Entwicklung Beteiligten einander besser verstehen. Aus diesem Grunde ist es den Veranstaltern wichtig, daß international renommierte Wissenschaftler und Politiker, Manager und Journalisten aus Europa und Übersee an der Tagung teilnehmen.

Diese Konzeption konnte bisher sehr gut umgesetzt werden, haben doch namhafte Wissenschaftler und Experten aus unterschiedlichen Ländern bereits ihre Teilnahme zugesagt. Wissenschaftler der London School of Economics, des Balliol College Oxford und der University of Potchefstroom werden an der Tagung ebenso teilnehmen wie namhafte Vertreter der Columbia University, der University of Indiana und der Jerusalem University, wie oben schon ausgeführt. Desgleichen haben Politiker, Manager und Journalisten unterschiedlicher Nationen und unterschiedlicher gesellschaftlicher Bereiche ihr Erscheinen angekündigt.

Um dem Problem der fehlenden Zeitreihen auf dem Gebiet der Medieninhaltsanalyse begegnen zu können, bietet Medien Tenor – Institut für Medienanalysen interessierten Wissenschaftlern die seit 1994 kontinuierlich in Deutschland, seit 1996 in Tschechien, seit 1999 in England und seit 2000 in Südafrika und USA erhobenen Daten zur Fundierung des jeweiligen Kongreßpapers an. Dies gilt insbesondere für die aktuell erhobenen Medienanalysen zum amerikanischen Wahlkampf 2000. Wer Daten für sein Paper benötigt, kann sich direkt an Dr. Rolf Hackenbroch (r.hackenbroch@innovatio.de), Medien Tenor Büro Leipzig, wenden. Die Meldefrist für Call for paper läuft am 15.7.2000 aus, der Beitrag zur Konferenz muß druckfertig bearbeitet am 31.8.2000 als Worddatei vorliegen, damit den Konferenzteilnehmern die gesammelten Papers rechtzeitig im Vorfeld der Tagung zur Vorbereitung zugesandt werden können. Wer Daten von MT-Institut wünscht, sollte dies bis zum 30.6.00 bei r.hackenbroch@innovatio.de melden.

Das Medien Tenor-Institut für Medienanalysen analysiert seit August 1994 kontinuierlich den Politik- und Wirtschaftsteil folgender Tageszeitungen, Wochenmedien und TV-Nachrichtensendungen in Deutschland:

Tageszeitungen: BILD, Berliner Zeitung, Frankfurter Allgemeine, Frankfurter Rundschau, Sächsische Zeitung, Süddeutsche Zeitung (bis 1996 Wochenpost), taz, WELT; *Wochenmedien:* Focus, Spiegel, Rheinischer Merkur, Woche, Zeit; *TV-Nachrichtensendungen:* ARD-Tagesschau, ARD-Tagesthemen, ZDF-Heute, ZDF-Heute-Journal, RTL-Aktuell, SAT.1 18:30, seit 1998 PRO7 19:30.

Bis auf Ausnahmen bedeutet dies, daß alle Beiträge, die im Politik- und Wirtschaftsteil erschienen sind und einen Bezug zu Deutschland oder Europa haben, inhaltsanalytisch nach folgenden Kriterien codiert wurden: *Fundstelle, Stilform, Quelle, Bezugsgebiet, Hauptthema, Personen bzw. Institutionen*, die länger als 5 Zeilen/5 Sekunden dargestellt wurden, *zitierte Medien, Meinungsforschungsinstitute, Wirtschaftsinstitute*. Wenn in den einzelnen Beiträgen Aussagen über Parteivorsitzende oder Fraktionsvorsitzende bzw. Parteien publiziert wurden, wurden diese Aussagen nach *Thema, Urheber, Bewertung, Zeitbezug* Aussage für Aussage seit August 1994 codiert. Wer also wissen möchte, wie der SPIEGEL über Gerhard Schröder oder die ARD-Tagesthemen über die Grünen seit August 1994 berichtet haben, findet diese Daten ohne Unterbrechung im Medien Tenor Archiv. Darüber hinaus wurden und werden alle Beiträge, die Passagen über die soziale oder wirtschaftliche Lage Deutschlands, die politische Werte enthalten, die über die EU, Gewerkschaften, Verbände, Unternehmen, Technologien informieren oder die über den Stand der deutschen Einheit bzw. die ehemalige DDR bzw. das Dritte Reich berichten, nach *Thema, Urheber, Bewertung und Zeitbezug* analysiert und sind ebenfalls im Medien Tenor Archiv erhältlich.

Seit 1996 hat der Medien Tenor diese Analyse auf Tageszeitungen, Wochenmedien und TV-Nachrichten in Tschechien ausgeweitet. Seit 1999 wird das gleiche Programm in England und seit 2000 in USA und Südafrika erhoben. Wer also aktuelle Daten zur Berichterstattung der amerikanischen tonangebenden Medien im US Wahlkampf 2000 erhalten möchte, findet die Daten unter medien-tenor.de/english jeden Freitag im wochenaktuellen update. Wer über die Rassismus-Vorwürfe gegen Medien in Südafrika forschen möchte, findet unter der gleichen Adresse ebenfalls aktuelle Daten.

Einmal im Monat publiziert der Medien Tenor in seinem Forschungsdienst Ergebnisse seiner Analysen zu deutschen und internationalen Medien. Einmal pro Quartal werden die Daten in englischer Sprache veröffentlicht. Das Jahres-Abonnement kostet 440 Mark, für Wissenschaftler 100 Mark.

Wer mit den Daten des Medien Tenor forschen möchte und diese nicht kommerziell einsetzt, kann gegen Nachweis seiner Fakultät kostenfrei Daten beim Medien Tenor bestellen.

Kontaktperson: Dr. Rolf Hackenbroch, Medien Tenor, Universitätsstraße 14, 04109 Leipzig, Tel.: 0341-1409087, Fax: 0341-1409069, E-Mail: r.hackenbroch@innovatio.de.

Ausführliche Hintergrundinformationen und ein umfangreiches Archiv sind im Internet unter www.medien-tenor.de zugänglich.

Korrespondenzadresse

*Roland Schatz
Friesdorfer Str. 100
53173 Bonn
E-Mail: r.schatz@innovatio.de
Tel.: 0228-384877
Fax: 0228-319471*

Literatur

Arzberger, K., 1980: Bürger und Eliten in der Kommunalpolitik. Stuttgart.

Baerns, B., 1991: Öffentlichkeitsarbeit oder Journalismus? Zum Einfluß im Mediensystem. Köln.

Behr, R.L./Shanto I., 1985: Television News, Real-World Cues and Changes in the Public Agenda. *Public Opinion Quarterly* 49: 38-57.

Benhaddou, A., 1997: Maroc: les élites du royaume – essai sur l'organisation du pouvoir au Maroc. Paris.

Blumler, J.G., 1979: Communicating to Voters. Television in the First European Parliamentary Elections (International Institute of Communications Project). London.

Bürklin, W./Hilke R. u.a., 1997: Eliten in Deutschland: Rekrutierung und Integration, Opladen.

Cohen, B.C., 1983: The Publics Impact on Foreign Policy. Lanham.

Cook, F.L. et.al. 1983: Media and Agenda Setting: Effects on the Public, Interest Group Leaders, Policy Makers and Policy. *Public Opinion Quarterly* 47: 16-35.

De Bats, D.A., 1990: Elites and Masses – political structure, communication and behavior in ante-bellum Georgia. New York.

- Ehlers, R., 1983: Themenstrukturierung durch Massenmedien. Zum Stand der empirischen Agenda-Setting-Forschung. *Publizistik* 28: 167-186.
- Eimermacher, K., u.a. (Hrsg.) 1997: *Innovative Ausbildung, neue Eliten? Bildungsprozesse in Rußland*. Bochum.
- Erbring, L./E.N. Goldenberg/A.H. Miller 1980: Front-Page News and Real World Cues: A New Look of Agenda-Setting by the Media. *American Journal of Political Science* 24: 16-49.
- Eurich, C., 1976: Politische Meinungsführer – theoretische Konzeptionen und empirische Analysen der Bedingungen persönlicher Einflußnahme im Kommunikationsprozeß. *Kommunikation und Politik*, Bd. 9, München.
- Fröhlich, R., 1992: Qualitativer Einfluß von Pressearbeit auf die Berichterstattung: Die „geheime Verführung“ der Presse? *Publizistik* 37: 37-49.
- Glutz, P./Süßmuth R./Seitz, K., 1992: *Die planlosen Eliten: Versäumen wir Deutschen die Zukunft?* München.
- Iyengar, S./Kinder, D.R., 1987: *News that Matters. Television and American Opinion*. Chicago.
- Iyengar, S., 1991: *Is Anyone Responsible? How Television Frames Political Issues*. Chicago, London.
- Klapper, J.T., 1960: *The Effects of Mass Communication*. New York.
- Komolsiri, C., 1996: *Globalization and Local Voices – Globalists, fusionists, and resisters among Thai intellectual-elites*. Dissertation Ann Arbor.
- Kurp, M., 1994: *Lokale Medien und kommunale Eliten – partizipatorische Potentiale des Lokaljournalismus bei Printmedien und Hörfunk in Nordrhein Westfalen*. Dissertation Opladen.
- Lang, G.E./Lang, K., 1981: Watergate: An Exploration of the Agenda-Building Process. S. 447-468 in: *Mass Communication Review Yearbook* 2.
- Langenbucher, W.R., 1983: Gegenwärtige Trends in der politischen Kommunikation. S. 38-41 in: U. Saxer (Hrsg.), *Politik und Kommunikation. Neue Forschungsansätze*. München.
- Lazarsfeld, P.F./Berelson, B.R./Gaudet H., 1944: *The Peoples Choice*. New York.
- Lazarsfeld, P.F., 1986: Die öffentliche Meinung und die klassische Tradition. In: W.R. Langenbucher (Hrsg.), *Politische Kommunikation – Grundlagen, Strukturen, Prozesse*. Studienbücher für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, Bd. 2, Wien.
- Lerner, D., 1969: Die Modernisierung des Lebensstils: eine Theorie. S. 362-381 in: W. Zapf (Hrsg.), *Theorien*. Köln.

- Linsky, M., 1986: *How the Press Affects Federal Policymaking: 6 Case Studies*. New York et al.
- Lippmann, W., 1922: *Public Opinion*. New York.
- Mathes, R./Freisens, U., 1990: 'Kommunikationsstrategien der Parteien und ihr Erfolg. Eine Analyse der aktuellen Berichterstattung in den Nachrichtenmagazinen der öffentlich-rechtlichen und privaten Rundfunkanstalten im Bundestagswahlkampf 1987'. In: Kaase, M./Klingemann, H.-D., *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1987*. Opladen.
- McClure, R.D./Th.E. Patterson 1976: Setting the Political Agenda: Print vs. Network News. *Journal of Communication* 26: 23-28.
- McCombs, M.E./D.L. Shaw 1972: The agenda-setting function of mass media. *Public Opinion Quarterly* 36: 176-184.
- McCombs, M.E./D.L. Shaw 1993: The Evolution of Agenda-Setting Research: Twenty-Five Years in the Marketplace of Ideas. *Journal of Communication* 43: 58-67.
- McLeod, J.M./L.B. Becker/J.E. Byrnes 1974: Another Look at the Agenda-Setting Function of the Press. *Communication Research* 2: 131-167.
- McQuail, D., 1983: *Mass Communication Theory. An Introduction*. London.
- McQuail, D., 1983: Content Analysis in the Service of Political Communication Research: A not too Hopeless Case of Arrested Development. S. 99-110 in: U. Saxer (Hrsg.), *Politik und Kommunikation – Neue Forschungsansätze*. München.
- Miller, A.H./E.N. Goldenberg/L. Erbring 1979: Type-Set Politics: Impact of Newspapers on Public Confidence. *American Political Science Review* 73: 67-84.
- Müller, M.G., (Hrsg.) 1995: *Elitenwandel und Modernisierung in Osteuropa*. Berliner Jahrbuch für osteuropäische Geschichte 1995, Berlin.
- Noelle-Neumann, E., 1982: Menschen unter Konformitätsdruck – eine Theorie der öffentlichen Meinung. S. 402-409 in: H. Decker (Hrsg.), *Einführung in die Kommunikationswissenschaft. Der Prozeß der politischen Meinungs- und Willensbildung*. München.
- Reese, S.D., 1991: Setting the Media's Agenda: A Power Balance Perspective. *Communication Yearbook* 14: 309-340.
- Rettich, M./Schatz, R., 1998: *Amerikanisierung oder Macht der Themen*. Bonn.
- Rogers, E.M./J.W. Dearing 1988: Agenda-Setting Research: Where has it been, Where is it going. *Communication Yearbook* 11: 555-594.
- Rose, R., 1974: *Electoral Behaviour. A Comparative Handbook*. London/New York.

- Rössler, P., 1997: *Agenda-Setting. Theoretische Annahmen und empirische Evidenzen einer Medienwirkungshypothese*. Opladen.
- Ruß-Mohl, S., 1991: Ferngelenkte Medienberichterstattung. Gefährdung der Berichterstattung in den USA, Aus Politik und Zeitgeschichte B51: 23-31.
- Schulz, W., 1976: *Die Konstruktion von Realität in den Nachrichtenmedien. Analyse der aktuellen Berichterstattung*. Freiburg/München.
- Seymour-Ure, C., 1974: *The Political Impact of Mass Media. Communication and Society*, vol. 4, London.
- Shaw, D.L., 1977: *The Emergence of American Political Issues. The Agenda-Setting Function of the Press*. St. Paul.
- Sigal, Leon V., 1973: *Reporters and Officials: The organization and politics of news-making*. Lexington.
- Staab, J.F., 1990: *Nachrichtenwert-Theorie. Formale Struktur und empirischer Gehalt*. Freiburg/München.
- Steinbach, P., 1983: Deutungsmuster der historischen Modernisierungstheorie für die Analyse westeuropäischer Wahlen. S. 158-248 in: P. Steinbach/O. Büsch, *Wahlgeschichte*.
- Stone, L./J.C. Stone 1986, *An Open Elite? England 1540-1880*. Oxford.
- Weaver, D., 1980: Audience Need for Orientation and media Effects. *Communication Research* 7: 361-376.
- Weaver, D./S. Elliott 1985: Who sets the Agenda for the Media? A Study of Local Agenda-Building. *Journalism Quarterly* 62: 87-94.
- Winterhoff-Spurk, P., (Hrsg.) 1999: *Politische Eliten in der Mediengesellschaft: Rekrutierung – Darstellung – Wirkung*. München.

EMPIRISCHE SOZIOLOGIE IM DRITTEN REICH UND IN DER NACHKRIEGSZEIT.

Eine Stellungnahme zu Erwin K. Scheuch*

CARSTEN KLINGEMANN

Es ist nicht das erste Mal, daß Erwin K. Scheuch die Existenz von Soziologie und empirischer Sozialforschung während des Nationalsozialismus in der ihm eigenen Art bestreitet. Vor etwa zehn Jahren empörte er sich über „einige Nonsensveröffentlichungen“, die behaupten, „daß insbesondere die empirische Soziologie und der Nationalsozialismus gut miteinander ausgekommen seien.“ Wenn darüber hinaus gesagt werde, die empirische Sozialforschung habe während des Nationalsozialismus sogar einen Modernisierungsschub erfahren, dann werde der „Beweis von Ignoranz zum Skandal“, indem dies auch noch eine Fachzeitschrift publiziere. Obwohl Scheuch erläutert, warum Mitte der fünfziger Jahre eine „bittere Trennungslinie verlief zwischen den in Deutschland verbliebenen oder ausgebildeten Ordinarien und solchen, die aus dem Ausland zurückkamen“, hat es für ihn gleichwohl keine Soziologie nach 1933 gegeben. „Alle anerkannten Wissenschaftler, die sich mit dieser Zeit zwischen 1930 und 1936 befaßt haben, stimmen überein: Zwischen 1933 und 1936 wurde die Soziologie in Deutschland hingerichtet.“¹

In dem Aufsatz über die Entwicklung der Umfrageforschung in der Bundesrepublik in den siebziger und achtziger Jahren heißt es nun, gefördert von den Besatzungsmächten „lernten Deutsche die Techniken der Forschung als Importe.“ Diese Feststellung wird

* Redaktionelle Anmerkung: Der Beitrag von Carsten Klingemann bezieht sich auf den Aufsatz von Erwin K. Scheuch: Die Entwicklung der Umfrageforschung in der Bundesrepublik Deutschland in den siebziger und achtziger Jahren. ZUMA-Nachrichten 45: 7-22.

¹ Erwin K. Scheuch: Von der deutschen Soziologie zur Soziologie in der Bundesrepublik Deutschland, in: Österreichische Zeitschrift für Soziologie, 15. Jg., H. 1, 1990, S. 40f.

nochmals verallgemeinernd bekräftigt: „Sozialforschung wurde als Importe rezipiert.“ Diese Aussage wird wiederum dahingehend präzisiert, daß von einer „eigentlichen Entwicklung“ der empirischen Sozialforschung erst seit der Weinheimer Tagung Ende 1951 gesprochen werden könne. Personelle, institutionelle oder forschungspraktische Kontinuitäten gibt es bis auf eine Ausnahme nicht: „Bis auf Helmut Schelsky haben Personen mit NS-Kontakten nach 1945 in der Entwicklung der Empirie an Universitäten keine Rolle gespielt.“² Nun ist es Schelsky selbst, der in seinem Vortrag über „Lage und Aufgaben der angewandten Soziologie in Deutschland“, den er im Sommer 1950 auf der Tagung der *Arbeitsgemeinschaft sozialwissenschaftlicher Institute* hielt, darauf aufmerksam machte, „daß in den Jahren vor dem Kriege sich gerade sehr viele junge Kräfte der angewandten sozialwissenschaftlichen Feldarbeit zugewandt hatten, allerdings nicht in dem Bewußtsein, Soziologen zu sein und zu werden und vor allem nicht bis zu dem Stadium, bereits akademische Bestätigungen und Würden damit zu erringen.“ Gleich im Anschluß daran stellt Schelsky ergänzend fest, es habe sich „die unter dem Nationalsozialismus aufgerissene Kluft zwischen den theoretisch-spekulativen Rückzugsgebieten der Universitätswissenschaft und der unter anderer Etikette getriebenen angewandten Soziologie in den letzten Jahren dahin ausgewirkt, daß die offizielle Universitätswissenschaft vom Vorhandensein dieser Nachwuchskräfte überhaupt keine Kenntnis hatte und, mit ganz wenigen Ausnahmen, ihnen überhaupt keine Ansatzmöglichkeiten zu weiterer wissenschaftlicher Tätigkeit bot.“³

Diese Position wird beispielsweise dadurch gestützt, daß an der *Sozialforschungsstelle Dortmund* mit Wilhelm Brepohl, Walter Christaller, Helmut Croon, Gunther Ipsen, Carl Jantke, Richard Korherr, Hans Linde, Wilhelm Mitze, Dietrich von Oppen, Karl Heinz Pfeffer, Elisabeth Pfeil, Helmut Schelsky, Kurt Utermann und Eduard Willeke vierzehn Mitarbeiter beschäftigt waren, die bereits vor 1945 in der einen oder anderen Weise fachwissenschaftlich tätig waren.⁴ Wilhelm Brepohls Buch „Der Aufbau des

² Erwin K. Scheuch: Die Entwicklung der Umfrageforschung in der Bundesrepublik Deutschland in den siebziger und achtziger Jahren, in: ZUMA Nachrichten 45, 23. Jg., November 1999, S. 8.

³ Helmut Schelsky: Lage und Aufgaben der angewandten Soziologie in Deutschland, in: *Soziale Welt*, 2. Jg., 1950/51, S. 9f.

⁴ Vgl. Carsten Klingemann: Reichssoziologie und Nachkriegssoziologie: Zur Kontinuität einer Wissenschaft in zwei politischen Systemen, in: Renate Knigge-Tesche (Hrsg.): *Berater der braunen Macht. Wissenschaft und Wissenschaftler im NS-Staat*. Frankfurt am Main 1999. Zu erwähnen ist noch, daß Hans Lindes Frau Margot 1961 im Auftrag der Stadt Dortmund für ein Gutachten eine empirische Untersuchung der Voraussetzungen zur Einrichtung von Ganztags- oder Tagesheimschulen durchführte; vgl. *Berichte der Sozialforschungsstelle*, 1961, H. 2, S. 9. Als

Ruhrvolks im Zuge der Ost-West-Wanderung“ aus dem Jahr 1948 beruht auf den empirischen Studien der von ihm während des Dritten Reichs gegründeten und geleiteten *Forschungsstelle für das Volkstum im Ruhrgebiet* und trug nach Meinung des Gründers der *Sozialforschungsstelle*, Otto Neuloh, „dazu bei, die Forschungsstelle auf eine etwas stabilere Grundlage zu stellen.“⁵ Als René König 1952 den Band „Praktische Sozialforschung. Das Interview“ herausgab, war Brepohl einer der drei Mitherausgeber. Aber auch Wilhelm Mitze (*Die strukturtypologische Gliederung einer westdeutschen Großstadt*. Leipzig 1941) und Eduard Willeke haben empirische Forschungserfahrung vor 1945 gesammelt. Willeke führte empirische Erhebungen über Aussiedlungsmöglichkeiten im Regierungsbezirk Wiesbaden im Auftrag des *Reichsnährstandes* und der *Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung* durch. Die *Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung*, deren wissenschaftlicher Leiter der spätere Berliner Soziologe Friedrich Bülow war, koordinierte die Forschungsarbeiten von 52 interdisziplinär zusammengesetzten Hochschularbeitsgemeinschaften, deren Projekte der wissenschaftlichen Vorbereitung und Planung der NS-„Neuordnungs“- und Expansionspolitik dienten, was millionenfache Vertreibung, Unterwerfung und Völkermord bedeutete. An diesen von der *Deutschen Forschungsgemeinschaft* und diversen NS-Institutionen mit zum Teil sehr großen Summen finanzierten empirischen Forschungsprojekten waren etliche auch später in der Bundesrepublik tätige Soziologen beteiligt. Willeke arbeitete auch im Auftrag des *Reichskommissariats für die Festigung deutschen Volkstums*, das als eigenständige Behörde zur Durchführung der Siedlungspolitik (vornehmlich „im Osten“) dem Reichsführer SS Heinrich Himmler unterstand, in einer Studienkommission mit, die eine kreisweise Bestandsaufnahme und Beschreibung der gewerblichen Struktur und der Industrie des okkupierten Elsaß durchführte.

Gunther Ipsen betrieb bereits vor 1933 empirische Agrarsoziologie, die von dem bekannten amerikanischen Soziologen Charles P. Loomis, der 1935/36 an den Dorfforschungen teilgenommen hatte, als innovativ bewertet wurde.⁶ Ipsen regte eine Reihe von agrarsoziologischen Studien und Dissertationen an, die nach seinem Weggang von

Margot Ehlerding hatte sie in Leipzig Soziologie und Zeitungswissenschaft studiert und 1937 im Auftrag des *Reichsnährstandes* Dorfuntersuchungen durchgeführt. Im Folgejahr wurde sie vom *Forschungsdienst der Landbauwissenschaften* angestellt; vgl. Dokumente Hans Linde, Bundesarchiv Berlin, Bestand: ehemaliges Document Center Berlin.

⁵ Otto Neuloh: Organisation und Entwicklung der Gesellschaft Sozialforschungsstelle an der Universität Münster e.V., in: *Sozialforschungsstelle an der Universität Münster*, Dortmund, 1946-1956, S. 16.

⁶ Charles P. Loomis: *The Group Method in Rural Studies, Based on German Techniques*, in: *Sociology and Social Research*, Vol. XX, 1935/36.

Leipzig nach Königsberg bei Hans Freyer eingereicht wurden. Seit 1934 hatten Freyer und Karl Heinz Pfeffer Kontakte zum *Sonderbeauftragten für Landarbeiterfragen des Reichsbauernführers*. Die Durchführung der reichsweit angelegten empirischen Erhebung über die Lage der Landarbeiter ermöglichte weitgehend der mit Pfeffer befreundete Erlanger Soziologe Karl Seiler, der zu der Zeit selbst zwei große Erhebungen zur Landflucht und sozialen Lage der Landbevölkerung in Franken für die *Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumerforschung* durchführte und dabei von Pfeffers Assistenten, dem bei Freyer promovierten späteren Bielefelder Soziologen Walter Hildebrandt unterstützt wurde. Hans Linde, der an Pfeffers Landarbeiteruntersuchung mitgewirkt hatte und *Sachbearbeiter der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumerforschung an der Universität Leipzig* war, wurde *Unterabteilungsleiter im Stabsamt des Reichsbauernführers* und erstellte dort in Kooperation mit der *Reichsarbeitsgemeinschaft* und dem *Forschungsdienst der Landbauwissenschaften* eine größere Studie über die strukturellen Ursachen der Arbeitseinsatzschwierigkeiten in der Landwirtschaft.⁷ Die als Planungsbehörde 1935 eingerichtete *Reichsstelle für Raumordnung* förderte von 1936 bis 1938 empirische Untersuchungen der Leipziger Soziologen über die unterbäuerliche Bevölkerung der sächsischen Oberlausitz, den Landesausbau im Drömling, die Notstandsgebiete der Oberlausitz und die Bevölkerungs- und Berufsgliederung im Arbeitsamtsbezirk Leipzig. In ihrer für die *Reichsstelle für Raumordnung* 1937 angefertigten Denkschrift „Die unterbäuerliche Schicht in den Dörfern der sächsischen Oberlausitz“ kamen Pfeffer und Theodor-Andreas Michael, der bei Freyer mit einer Fallstudie über „Dorf und Industrie“ promoviert hatte, zu ganz anderen Schlußfolgerungen über die Ursachen der viel beklagten Landflucht als die heute regelmäßig zitierten Blut-und-Boden-Theoretiker: Im Gegenteil, gewerblicher Landesausbau und Industrienähe bewirken demnach die Landbindung unterbäuerlicher Schichten.

Mit Elisabeth Pfeil hatte die *Sozialforschungsstelle* eine gelernte Stadtsoziologin in ihren Reihen, deren Standardwerk „Großstadtsoziologie“ aus dem Jahr 1950 weithin von der Stadtforschung, die während des Nationalsozialismus betrieben worden war, profitierte. Hans Paul Bahrdt, der von dem ehemaligen Reichssoziologen Wilhelm Emil Mühlmann habilitiert wurde, berichtet, daß er von Heinrich Popitz als studentische Hilfskraft an die *Sozialforschungsstelle* geholt wurde. „Unter der Leitung von G. Ipsen und Elisabeth Pfeil fand damals eine Wohnungswunsch-Befragung unter Bergleuten statt. Als Interviewer und später auch durch Hilfsarbeiten bei der Auswertung hatte ich

⁷ Hans Linde: Ausmaß und Ursachen der landwirtschaftlichen Arbeitseinsatzschwierigkeiten in Mitteldeutschland (Land und Provinz Sachsen), in: Berichte über Landwirtschaft, N.F., Bd. XXV, 1939.

zum ersten Mal Gelegenheit, empirische Sozialforschung kennenzulernen. (...) Uns fehlte Routine in der empirischen Forschung. Zwar versuchten wir uns mit den damals in Deutschland wenig bekannten Methoden der Sozialforschung vertraut zu machen. Aber unter dem Zeitdruck erfanden wir manches selbst und behielten dann auch unsere hausgemachten Termini bei. Wir sprachen z. B. weiterhin von 'Freilauffragen' und 'Nachhakfragen', nachdem wir in der Literatur die Begriffe 'offene Frage' und 'Sondierungsfrage' gefunden hatten. Unsere Ausdrücke waren auch plastischer.“⁸

Mit Ipsen, Linde und insbesondere Carl Jantke waren an der *Sozialforschungsstelle* drei Soziologen tätig, die unter der Ägide von Werner Conze mit Otto Brunner und anderen die moderne Sozialgeschichtsschreibung in der Bundesrepublik etablierten. Ausgehend von der ursprünglich ideologisch hochgradig kontaminierten NS-Volksgeschichte, entwickelte sich die Sozialgeschichtsschreibung, indem die Volksgeschichte durch ihre Hinwendung zu den konkreten sozialen Verhältnissen der bislang in der traditionellen Historiographie marginalisierten bürgerlichen und unterbürgerlichen Schichten empirisiert und soziologisiert wurde. In Ihren Dissertationen pfl egten Linde und Conze keine Volkwerdungsphraseologie, sondern untersuchten ihren Gegenstand historisch-realsoziologisch. Im Gegensatz zur Auffassung von Erwin K. Scheuch, die Leipziger Soziologie sei durch das Etikett „deutsche Soziologie“ als weltanschauliche Heilslehre zu definieren, ist die dort tatsächlich praktizierte empirische Soziologie dadurch gekennzeichnet, daß gerade jene Sozialforscher, die sich mit dem NS-Regime identifizierten, ihm nur dienen konnten, wenn sie eine realitätstüchtige empirische Soziologie betrieben.⁹

Exemplarisch steht dafür das von Ludwig Neundörfer geleitete *Soziographische Institut an der Universität Frankfurt am Main*.¹⁰ Es ist kein Zufall, daß auf der von Erwin K. Scheuch als Beginn der empirischen Sozialforschung in der Bundesrepublik herausge-

⁸ Hans Paul Bahrdt: Selbst-Darstellung, Autobiographisches, in: Ders.: Himmlische Planungsfehler. Essays zu Kultur und Gesellschaft. München 1996, S. 37, 38.

⁹ Die These der Entstehung der modernen Sozialgeschichtsschreibung aus der empirischen Wende der NS-Volksgeschichte und ihrer damit erfolgten Soziologisierung habe ich im Herbst 1999 vor dem *Arbeitskreis für moderne Sozialgeschichte* auf seiner Tagung über „Die Anfänge des Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte“ in der Werner Reimers Stiftung (Bad Homburg) in meinem Referat „Symbiotische Verschmelzung: Volksgeschichte - Soziologie - Sozialgeschichte und ihre empirische Wende zum Sozialen unter politischen Vorzeichen“ vorgetragen. Es wird in diesem Jahr in einem Sammelband erscheinen, der von Lutz Raphael herausgegeben wird.

¹⁰ Alle Angaben zum *Soziographischen Institut*, soweit nicht anders angegeben, nach dem Kapitel „V. Das Soziographische Institut an der Universität Frankfurt am Main“, in: Carsten Klingemann: Soziologie im Dritten Reich. Baden-Baden 1996, S. 87-102.

stellten *Weinheimer Tagung* vom Ende des Jahres 1951 Neundörfer sein „soziographisches Erhebungsverfahren“ vorstellte, was Theodor W. Adorno bis auf das Fehlen der Totalitätserfassung nur zu loben mußte.¹¹ Die Grundzüge seiner Soziographie hatte Neundörfer bereits 1933 dem damaligen Präsidenten der *Deutschen Gesellschaft für Soziologie*, Ferdinand Tönnies, vorgestellt, der dessen Präsentation auf dem für dasselbe Jahr geplanten, aber bekanntlich wegen der Stilllegung der *DGS* ausgefallenen Soziologentag sehr befürwortete. Ab 1940 war Neundörfer vom *Reichsnährstand* beauftragt worden, finanziert durch Sondermittel des *Reichsfinanzministeriums* die Agrarstruktur Deutschlands aufgeteilt „in 250 Räume gleicher Art“ anhand von 4500 „Richtgemeinden“ in Bestand und „Wunschbild“ darzustellen, um unter anderem auch die Siedlerreserve für „den Osten“ ermitteln zu können. Für die empirischen Erhebungen standen drei „Arbeitsstellen Bestandspläne“ in Berlin, Wien und Frankfurt am Main zur Verfügung, die mit den Landesbauernschaften und allen in Frage kommenden Behörden kooperierten, während für die weitergehende Auswertung das *Soziographische Institut* gegründet wurde, das von der *Stiftung zur Erforschung des deutschen Volksaufbaus* getragen wurde. Forschungsaufträge erhielt das *Soziographische Institut* auch von verschiedenen staatlichen Stellen und von der *Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung*, die von der *Deutschen Forschungsgemeinschaft* finanziert wurden und vom *Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums*, der ab 1944 auch Arbeiten zur Wiederaufbauplanung vergab. 1945 erhielt das *Soziographische Institut* unter anderem von der amerikanischen Militärregierung den Auftrag, „Wohnungshaushaltskarteien“ zur Wohnraumlenkung und Steuerung der Einweisung von Flüchtlingen für Großhessen zu erstellen. Damit setzte das *Soziographische Institut*, in dem auch der aus Königsberg geflüchtete Carl Jantke unterkam, seine wohl einzigartige Tätigkeit in der sozialwissenschaftlichen Politikberatung, deren enorme Entfaltung in den fünfziger und sechziger Jahren hier aus Platzmangel nicht geschildert werden kann, fort.

An der *Weinheimer Tagung* nahmen unter anderem auch teil: Der bereits erwähnte Wilhelm Brepohl, neben Otto Neuloh Schriftleiter der *Sozialen Welt*. Vom *Statistischen Bundesamt* Willi Hüfner, der 1936 am *Institut für Sozial- und Staatswissenschaften an der Universität Heidelberg* von Carl Brinkmann promoviert worden war.¹² Karl Valentin Müller

¹¹ Vgl. Institut zur Förderung öffentlicher Angelegenheiten e. V. (Hrsg.): *Empirische Sozialforschung. Meinungs- und Marktforschung, Methoden und Probleme*. Frankfurt am Main 1952, S. 157ff.

¹² Vgl. zu den umfangreichen empirischen Arbeiten des Instituts für Sozial- und Staatswissenschaften das Kapitel „VII. Das ‘Institut für Sozial- und Staatswissenschaften’ an der Universität Heidelberg zum Ende der Weimarer Republik und während des Nationalsozialismus“, in: C. Klingemann (wie Anm. 10), S. 120-158. Bei dessen Direktor Carl Brinkmann promovierte der

trat als Leiter des *Instituts für empirische Soziologie, Hannover* auf. Dieses Institut gründete er bereits 1945 als *Institut für Begabtenforschung am Niedersächsischen Kultusministerium* auf Veranlassung des Ministers Adolf Grimme. Das Institut führte großangelegte Untersuchungen durch. Bei dessen späterer Umwandlung half ihm eine positive Begutachtung von Max Horkheimer, den er durch seine Besuche im *Institut für Sozialforschung* seit 1950 kannte. In der *Akademie für Raumforschung und Landesplanung* in Hannover, der Nachfolgerin der *Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung*, leitete Müller den mit empirischen Projekten befaßten Forschungsausschuß „Raum und Gesellschaft“, Elisabeth Pfeil jenen für „Großstadtprobleme“. Heinz Maus nahm als Mitglied des *Instituts für Sozialforschung* teil. Bemerkenswert ist in Bezug auf Maus, daß das von René König herausgegebene *Handbuch der empirischen Sozialforschung* als wichtiges Symbol des Neuanfangs der westdeutschen empirischen Soziologie gilt. Nun ist es aber so, daß Heinz Maus René König nach Karl Gustav Specht als Juniorpartner in sein Projekt eines *Handbuchs der empirischen Sozialforschung* aufgenommen hatte. Dieses Projekt geht zurück auf das Vorhaben von Maus, sich bei dem Hamburger Soziologen Andreas Walther, wie er 1940 sagte, mit „einer Art Handbuch soziologischer Arbeitsmethoden“ zu habilitieren.¹³

Maus war der Meinung, daß die Stellung der Soziologie durch die Demonstration ihrer Verwendbarkeit verbessert werden könnte. Dies steht in diametralem Gegensatz zu Erwin K. Scheuchs Auffassung, im Dritten Reich habe es prinzipiell keine empirische Sozialforschung geben können: „Tatsächlich kann kein totalitäres Regime eine unabhängige Auskunft über die ‘real existierenden’ Verhältnisse dulden.“¹⁴ Es ist kein Zu-

spätere Göttinger Soziologe Max Ernst Graf zu Solms-Roedelheim mit der empirischen stadtlandsoziologischen Arbeit „Die Einflüsse der Industrialisierung auf 14 Landgemeinden bei Karlsruhe“ (Heidelberg-Handschuhsheim 1939). Sie nahm gut ein Dutzend Jahre die Erkenntnis, daß eine isolierte Landsoziologie nicht mehr zu betreiben war, vorweg, die als eine Entdeckung der im Rahmen der Darmstadt-Studie von Herbert Kötter geschriebenen Dissertation „Struktur und Funktion von Landgemeinden im Einflußbereich einer deutschen Mittelstadt“ (Darmstadt 1952) gilt.

¹³ Heinz Maus an Andreas Walther, 13.9.1940; Nachlaß 340 Heinz Maus, Nr. 20, Hessisches Staatsarchiv Marburg.

¹⁴ E. K. Scheuch (wie Anm. 1), S. 40. An Gerhard Wurzbachers historisch-empirischer Dissertation „Die Entwicklung der Sozialstruktur des Kreises Flatow von 1773 bis 1937 und die Auswirkungen auf die völkische Zusammensetzung der Bevölkerung“ (Berlin 1938) kann man gut zeigen, daß totalitäre Regime sehr wohl an unabhängiger Auskunft interessiert sind, die aber nicht unbedingt auch öffentlich verbreitet werden darf. So wurde Wurzbachers Dissertation aus außenpolitischen Gründen erst für „Geheim“ erklärt, unterlag später aber nur noch den Vorschriften über die Sekretierung. Sie konnte in der *Deutschen Nationalbibliographie* bekanntgegeben,

fall, daß Maus die Nützlichkeit der empirischen Sozialforschung insbesondere am Beispiel der empirischen Stadtsoziologie unter Beweis stellen wollte. Deren sozialtechnische Brauchbarkeit hatte Walther, der in den zwanziger Jahren die empirische Sozialforschung vor Ort am Beispiel der Chicagoer Stadtsoziologie kennengelernt hatte, bereits 1934/35 mit dem von der *Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft* (wenig später in *Deutsche Forschungsgemeinschaft* umbenannt) großzügig geförderten Projekt einer Sozialkartographie Hamburger Slumgebiete zur sozialhygienischen Vorbereitung von Flächenanierungen nachgewiesen.¹⁵ Es ist eine politische (und selbstverständlich moralische) Frage, ob soziale Probleme auf dem Wege sozialpolitischer Reformen bekämpft werden, ob man sich ihrer durch soziale Exklusion und Unsichtbarmachung oder wie im Dritten Reich durch „Ausmerzen“ der Merkmalsträger entledigt.

Empirische Sozialforschung ist nicht per se inkompatibel mit totalitären Regimen. Diese haben vielmehr ein existenzielles Interesse an unabhängiger Auskunft über die tatsächlichen sozialen und gesellschaftlichen Verhältnisse, was zum Beispiel für das Gebiet der Sozialstruktur- und Sozialraumforschung ebenso materialreich wie überzeugend von Jörg Gutberger dokumentiert wurde. Von den sechzig Hauptakteuren des von ihm rekonstruierten Netzwerks der Sozialstruktur- und Sozialraumforscher waren nach 1945 etwa zwei Dutzend in Westdeutschland fachwissenschaftlich tätig.¹⁶ Sie gehören zu den etwa 120 Fachvertretern, von denen viele sowohl vor wie nach 1945 als empirische Sozialforscher tätig waren.

Ob seine Hinrichtungstheorie wirklich stimmt, hätte Erwin K. Scheuch anhand seiner eigenen Wissenschaftlerbiographie überprüfen können. In seinen jüngst veröffentlichten Erinnerungen an seine „drei Leben als Sozialwissenschaftler“ teilt er mit, daß ihn im Studium neben René König „nachhaltig beeinflusst“ haben Alfred Müller-Armack, „der eigentliche theoretische Kopf der Konzeption ‘soziale Marktwirtschaft‘“,

durfte aber nicht ausgeliehen werden. Vgl. Universitäts-Bibliothek Berlin an Deutsche Bücherei Leipzig, 7.5.1941; Bundesarchiv Berlin, R 21/331, Bl. 66. Wurzbachers Dissertation wurde jüngst als „grundlegende Arbeit“ bewertet. Mathias Niendorf: Minderheiten an der Grenze. Deutsche und Polen in den Kreisen Flatow (Złotów) und Zempelburg (Sepólno Krajeskie) 1900-1939. Wiesbaden 1997, S. 18.

¹⁵ Vgl. Karl Heinz Roth: Städtesanierung und „ausmerzende Soziologie“. Der Fall Andreas Walther und die „Notarbeit 51“ der „Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft“ 1934-1935 in Hamburg, in: Carsten Klingemann (Hrsg.): Rassenmythos und Sozialwissenschaften in Deutschland. Ein verdrängtes Kapitel sozialwissenschaftlicher Wirkungsgeschichte. Opladen 1987.

¹⁶ Vgl. Jörg Gutberger: Volk, Raum und Sozialstruktur. Sozialstruktur- und Sozialraumforschung im „Dritten Reich“. Münster 1996.

der ihn auch als Religionssoziologe beeindruckte, und Walter Eucken, dessen Konzeption ihn „faszinierte“, weil sie „Wirtschaften innerhalb eines Datenkranzes“ deutete, „der seinerseits auch politisch gesetzt wird“. Weiter heißt es, daß es daneben Günter Schmölders gab, „der Finanzwissenschaft als Sozialwissenschaft betrieb“ und Scheuch für den Vorläufer des heute weithin bekannten *Zentralarchivs für Empirische Sozialforschung* an der Universität Köln „adoptierte“. Und es war Leopold von Wiese¹⁷, dem ein Seminar-Vortrag von Scheuch so gut gefiel, daß er ihm ein Stipendium für ein Studium in den USA vermittelte.¹⁸ Alle vier Sozialwissenschaftler waren während des Nationalsozialismus äußerst erfolgreich tätig, wobei Müller-Armack und Eucken die Grundlagen ihrer einflußreichen Konzepte bereits vor 1945 unter anderem in Auseinandersetzung mit Max Weber entwickelten, der angeblich noch posthum bei den Nazis persona non grata war.¹⁹ Schließlich war Erwin K. Scheuch Assistent am UNESCO-Institut für Sozialwissenschaften in Köln unter dem Forschungsleiter Gerhard Wurzbacher²⁰, der, wie bereits berichtet, seine ersten empirischen Forschungs-

¹⁷ Selbst Leopold von Wiese, der vor 1933 nicht gerade als empirischer Sozialforscher hervorgetreten war, übernahm 1939 einen Forschungsauftrag des Regierungspräsidenten des Regierungsbezirks Trier bei dem von Wiese eine Gruppe von fünf Studenten leitete, die Untersuchungen über die Lage des landwirtschaftlichen Nachwuchses in Dörfern des südlichen Regierungsbezirks Trier durchführte, woraus zwei Seminararbeiten und zwei Dissertationen resultierten. Vgl. Das Kapitel „III. Kölner Soziologie während des Nationalsozialismus“, in: C. Klingemann (wie Anm. 10), S. 52-70.

¹⁸ Erwin K. Scheuch: *Wissenschaft - Anwendung - Publizistik: Drei Leben als Sozialwissenschaftler*, in: Karl Martin Bolte/Friedhelm Neidhardt (Hrsg.): *Soziologie als Beruf. Erinnerungen westdeutscher Hochschulprofessoren der Nachkriegsgeneration*. Baden-Baden 1998, S. 236, 240f. Auch Müller-Armack hat für die *Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung* gearbeitet; vgl. Alfred Müller-Armack: *Die gewerblichen Umsiedlungsmöglichkeiten in Westfalen. Untersuchungen zur künftigen West-Ost-Siedlung*. Bearbeitet im Institut für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften und der Forschungsstelle für Siedlungs- und Wohnungswesen an der Universität Münster. Nur für den Dienstgebrauch, ohne Ort und Erscheinungsjahr, ca. 1942.

¹⁹ Vgl. dagegen das Kapitel „IX. Max Weber in der Reichssoziologie 1933 - 1945“, in: C. Klingemann (wie Anm. 10), S.171-216.

²⁰ Vgl. Erwin K. Scheuch: *Von der Pioniertat zur Institution - Beobachtungen zur Entwicklung der empirischen Sozialforschung*, in: Dieter Franke/Joachim Scharioth (Hrsg.): *40 Jahre Markt- und Sozialforschung in der Bundesrepublik Deutschland*. München 1990, S. 53. Erich Reigrotzki, ebenfalls Forschungsleiter am UNESCO-Institut, hatte vor 1945 Soziologie bei dem an die Universität Berlin gewechselten Carl Brinkmann studiert und wurde im Rigorosum vom Marburger Soziologen Max Graf zu Solms geprüft. Vgl. Carsten Klingemann: „Da bekanntlich die Soziologie unter dem nationalsozialistischen Regime in keiner Weise gefördert wurde ...“. Max Graf zu Solms' Stellung zur Soziologie im Dritten Reich, in: Rolf Fechner/Herbert Claas (Hrsg.): *Verschüttete Soziologie. Zum Beispiel: Max Graf zu Solms*. Berlin 1996.

fahrungen im Zuge der Arbeit an seiner Dissertation über „Die Entwicklung der Sozialstruktur des Kreises Flatow von 1773-1937 und die Auswirkungen auf die völkische Zusammensetzung der Bevölkerung“ gewonnen hatte.²¹ Wie man bei Wurzbacher nachlesen kann, ist im Gegensatz zu einer im eigenen Volkwerdungspathos untergehenden „deutschen Soziologie“ nur eine empirische *Realsoziologie* in der Lage, die Daten und Erkenntnisse zu liefern, die einer in letzter Konsequenz verbrecherischen *Volkstumspolitik* nützlich sein können. Daher kam es vor 1945 zu einer empirischen Wende, die von vielen Soziologen vollzogen wurde, die auch in der Bundesrepublik Deutschland empirische Soziologie betrieben. Hierfür kann Wurzbachers Familien-, Jugend-, Gemeinde- und Berufssoziologie stellvertretend angeführt werden.

Korrespondenzadresse

*Prof. Dr. Carsten Klingemann
Wiesenbach 20
49152 Bad Essen
E-Mail: cklingem@uni-osnabrueck.de*

²¹ Vgl. Anm. 14. 1979 steht Wurzbacher hinter Schelsky, König, Stammer, Mühlmann und Claessens an sechster Stelle der Doktorväter, deren Schüler Soziologie-Professoren an westdeutschen Hochschulen geworden waren. Vgl. Heinz Sahner: Theorie und Forschung. Zur paradigmatischen Struktur der westdeutschen Soziologie und zu ihrem Einfluß auf die Forschung. Opladen 1982, S. 75.

ANTWORT ZUM BEITRAG VON CARSTEN KLINGMANN

ERWIN K. SCHEUCH

1) Bisher habe ich keine Notwendigkeit gesehen, auf den Ein-Themen-Autor Klingemann unmittelbar einzugehen. Es ist einfach nicht seriös, das Thema Vereinbarkeit einer empirisch begründeten Soziologie mit totalitären Regimen an einigen zurechtgeschusterten Biographien während der NS-Zeit einzugehen. Mindestens müßte man die Probleme der Kollegen, die sich in den Ländern des real existierenden Sozialismus verhüllend „konkrete Sozialforscher“ nannten, vergleichend heranziehen.

Bemerkenswert ist doch, daß die Sozialbeobachtung, die der SS-Führer Ohlendorf im Stile der Soziographie in den späteren dreißiger Jahren aufbaute, auf Befehl Hitlers eingestellt werden sollte, nachdem diese Stimmungsberichte für die Reichsführung zu unerfreulich wurden. Nicht einmal mit bloßer Meinungsforschung können totalitäre Regime wie der NS-Staat oder die vormalige DDR leben - geschweige denn mit einer empirischen Soziologie, die selbst ihre Themen formuliert und Sachverhalte mit dem Ziel von Verallgemeinerung zu erklären versucht. Warum aber sollte ich mir für einen Disput hierüber als Partner einen Klingemann wählen? Jetzt gibt es einen Grund: den Abdruck eines desinformierenden Textes in den ZUMA-Nachrichten. Weil ich Mitglied im Trägerverein für ZUMA bin, schulde ich Aufklärung - wie sehr auch immer ich die damit zuzubringende Zeit bedauern mag.

2) Alle bekannten oder vom Establishment des Faches als vielversprechend beurteilten angehenden Soziologen emigrierten nach der Machtergreifung der Nazis oder tauchten ab. Für letzteres sind Beispiele Ferdinand Tönnies und Leopold von Wiese. Von dieser Verallgemeinerung gibt es nur zwei Ausnahmen von Sozialphilosophen, die den NS-Staat begrüßten: Hans Freyer, der dann in Leipzig eine „Deutsche Soziologie“ begründete, und der weniger bekannte Andreas Wälther. Es ist beschämend, wie konsequent Klingemann diese NS-Nähe (mindestens dies!) der „Deutschen Soziologie“ des Sozialphilosophen in seinen Beschuldigungen ausspart.

Dabei war diese geisteswissenschaftliche Soziologie in den Machtkämpfen anlässlich der Wiedereinführung des Faches nach 1945 von Belang. Für den Freyer-Adlatus Ar-

nold Gehlen gilt das eher intellektuell, aber für den Gehlen-Freund Helmuth Schelsky vor allem für Machtkämpfe im Fach. Der war bemerkenswerterweise während der NS-Zeit als Regime-Anhänger ein lupenreiner Philosoph und mutierte erst zum Empiriker, nachdem er sich bei Teilen des protestantischen Establishments und der Gewerkschaften von seiner früheren Bräunung reinwaschen konnte. Ich erkläre mir die Diffamierungskampagnen von Otthein Ramstedt und Carsten Klingemann als einen Vertuschungsversuch für ihr Schülerverhältnis zu Helmut Schelsky.

3) Schelsky verstand es, in der Sozialforschungsstelle Dortmund eine ganze Anzahl von Sozialwissenschaftlern im weiten Sinne des Wortes um sich zu sammeln, die sich als Widersacher einer westlich-liberalen Gesellschaft verstanden. Dazu gehörten auch ausgesprochene NS-Anhänger wie Gunther Ipsen und Karl-Heinz Pfeffer. Daß eine Reihe davon aus der Nazi-orientierten Volksgeschichte kamen, wird nach Antifa-Klingemann dadurch gut gemacht, daß sie sich den „unterbürgerlichen“ Schichten widmeten. Es fehlt bei Klingemann jeglicher Hinweis, daß Karl Valentin Müller, bezeichnenderweise gefördert durch den Volkserzieher Adolf Grimme, als Volkstumsforscher ein übler Rassist war.

Diese Clique um Helmut Schelsky versuchte dann in den fünfziger Jahren den Aufstand gegen die Deutsche Gesellschaft für Soziologie, die von Gegnern des NS-Regimes dominiert war, indem sie sich von dem italienischen Faschisten-Freund Corrado Gini als Präsident des Institut International de Sociologi (IIS) die Autorität zu einem Gegenkongreß der DGS und einer Gegenorganisation zur „International Sociological Association“ borgen ließ. Nachdem dies gemeinsam von René König und Theodor W. Adorno 1958 gestoppt wurde, war die Möglichkeit einer nachhaltigen Beeinflussung der Soziologie nach 1945 in Deutschland durch „Volkstums-Sozialwissenschaftler“ aus dem Dunstkreis der „Deutschen Soziologie“ Hans Freyers gebannt. Kein Wort davon bei den Freyer-Enkeln Rammstedt und Klingemann.

4) Statt das Weiterwirken der Volkstums-Sozialwissenschaftler zu entlarven, diffamiert Klingemann Sozialwissenschaftler, die anders als die Freyer Adepten auf Distanz zu dem NS-Regime hielten. So schreibt er über von Wiese, er sei während des Nationalsozialismus „äußerst erfolgreich“ gewesen, was blühender Unsinn ist. Im Vergleich zu seinem Wirken vor 1933 als damaliger „Großordinarius“ mußte er sich doch nach dem Aufgeben seiner Pläne zur Emigration fortan mit einer wissenschaftlichen Kümmerexistenz und Vorlesungen vorwiegend über Volkswirtschaftslehre begnügen. Hermann Müller-Armack und Walter Eucken, von Antifa-Klingemann ebenfalls lediglich als während des NS-Regimes äußerst erfolgreich gekennzeichnet, entwickelten die Konzeption der sozialen Marktwirtschaft in Tuchfühlung zum Widerstandszirkel

des Kreisauer Kreises. Grundlage war eine Totalkritik des Wirtschaftssystems der Nazis, das von ihnen als Zentralverwaltungswirtschaft mit Ähnlichkeiten zum System des Sowjet-Staates charakterisiert wurde. Von Max Weber heißt es bei Klingemann, er sei bei den Nazis nur „angeblich“ *persona non grata* gewesen.

Die Schmiertechnik von Klingemann wird auch bei dem Verweis auf meine Person deutlich. „Schließlich war Erwin K. Scheuch Assistent am UNESCO-Institut für Sozialwissenschaften unter dem Forschungsleiter Gerhard Wurzbacher.“ Nach meiner Graduierung in den USA 1950 war ich in der Tat bis 1953 an jenem UNESCO-Institut tätig, aber bei der Auswahl eines Wurzbacher mit dessen „völkischer“ Vergangenheit bin ich bedauerlicherweise nie gefragt worden. Zwar war der bei seiner Anstellung kein Nazi mehr, aber mit seiner von der bündischen Jugend geprägten Mentalität auch sicherlich niemand, der sich in einer liberalen Gesellschaft wohl fühlte. So nahm ich die erst-beste Gelegenheit zum Abschied vom UNESCO-Institut wahr, um Assistent bei René König zu werden. Immerhin hatte diese Arbeit unter der Leitung von Nels Anderson - er war der Vorgesetzte - den Vorteil, daß ich aus eigener Erfahrung berichten konnte, daß sich die Kenntnisse von Wurzbacher in Methoden der Sozialforschung auf dem Kümmerniveau deutscher Soziographie hielten.

5) Viele Irrtümer und Auslassungen bei Klingemann können sicherlich seiner dreifachen Ignoranz zugeschrieben werden: (1) der fehlenden Information über Alltag im NS-Staat (siehe hierzu z. B. Detlev Peukert und Jürgen Reulecke (Hg.): „Die Reihen fast geschlossen“. Wuppertal 1981); (2) der fehlenden Kenntnisse über quantitative Sozialforschung; (3) dem Unwissen über einschlägige Literatur zum Thema. Für letzteres ist schlichtweg empörend die Unkenntnis des Berichtes, den Earle Edward Eubanks im Auftrag der American Sociological Association über den Zustand der Soziologie und der Soziologen in Deutschland nach der Machtergreifung Hitlers vorlegte.

Das alles reicht aber nicht zur Erklärung aus, daß Grundlage der Desinformation über das angebliche Gedeihen einer empirischen Soziologie während der NS-Zeit Klingemanns willkürliche Ernennungen zu empirischen Soziologen ist. Das geschieht ungeachtet des Zitats aus einem Vortrag von Schelsky vor der ASI im Sommer 1950: „...daß in den Jahren vor dem Kriege sich gerade sehr viele junge Kräfte der angewandten sozialwissenschaftlichen Feldarbeit zugewandt hatten, allerdings nicht (!) in dem Bewußtsein, Soziologen zu sein und zu werden...“ Eben!!

Man wird nicht empirischer Soziologe, indem man für die Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung Tabellen erstellt oder Untersuchungen bei Landarbeitern anstellt. Wer mit der Sammlung von Fakten dem Reichskommissariat für die Festigung des deutschen Volkstums dessen national-sozialistische Siedlungspolitik unterstützt, ist

damit selbstverständlich kein empirischer Soziologe ebenso wenig wie ein Volks- oder Verkehrszähler. Empirischer Soziologe ist selbstverständlich nur jemand, der ein Forschungsthema bestimmt in der Erwartung, aus den Beobachtungen Verallgemeinerungen abzuleiten oder diese solchen Verallgemeinerungen zuzuordnen, die in eine Disziplin Soziologie einzuordnen sind. Selbstverständlich wurden auch bei den Nazis Konsumenten untersucht, ohne daß dies als Beleg dafür gedeutet werden kann, es habe Marktwirtschaft gegeben. Soziologen, Psychologen und Konsumforscher benutzen alle bei Analysen Chi-Quadrat oder Korrespondenzanalysen; die Differenzen zwischen den Disziplinen bleiben dennoch bestehen.

6. Der nach 1945 tatsächlich als empirischer Sozialforscher arbeitende Hans Paul Bahrtd wird von Klingemann als Beleg für die Kontinuität einer empirischen Soziologie auch während des NS-Staates angeführt, weil er bei dem „Reichssoziologen Wilhelm Emil Mühlmann“ habilitiert worden sei. Abgesehen davon, daß ich nicht weiß, was ein Reichssoziologe gewesen sein soll, weiß ich aber doch, daß Mühlmann während der NS-Zeit immer als Ethnologe mit einer Ausrichtung auf Völkerkundliche Museen arbeitete. Als außerplanmäßiger Professor für Völkerpsychologie und Soziologie wird er erstmalig 1950 an der Neugründung Mainz angeführt. Hans Paul Bahrtd hatte bis dahin keine akademische Verbindung zum Ethnologen Mühlmann und wurde von diesem erst 1958 (!) habilitiert. Als er zunächst 1952 an die Schelsky'sche Sozialforschungsstelle Dortmund kam, hatte er nach eigenem Bekenntnis keine Ahnung von Sozialforschung. Nur durch Unterschlagen von Zeitpunkten kann mithin Klingemann Bahrtd als Zeugen für die Kontinuität empirischer Soziologie während der NS-Zeit umdichten.

Ein weiteres Beispiel für das Umdichten: Das soziographische Institut von Ludwig Neundörfer. Dieses wird von Klingemann als Beispiel dafür angeführt, es habe - so die Formulierung von Klingemann für empirisches Vorgehen in der NS-Zeit - eine „realitätstüchtige empirische Soziologie“ vor der Weinheimer Tagung 1951 gegeben. Begründung: Theodor W. Adorno habe das „soziographische Erhebungsverfahren“ „...nur zu loben“ gewußt. Dieses Lob von Adorno als Ausweis für kenntnisreiches empirisches Vorgehen ist ein Beleg, daß Klingemann die „Autoritäre Persönlichkeit“ nicht gelesen hat oder seinen Leser täuschen will. Mit der quantitativen Forschung im Rahmen des Projekts hatte Adorno ja nichts zu tun. Ich selbst wurde gegen 1954 von König an Adorno ausgeliehen, um das Frankfurter Institut in quantitativer Sozialforschung à jour zu bringen. Auf der Grundlage vieler Gespräche kann ich versichern: Adorno hatte von dieser Sozialforschung keine Ahnung, und sie interessierte ihn auch nicht.

7. Nach dem Text von Klingemann ist nicht zu entscheiden, ob seine Darstellung der Geschichte des Handbuchs für empirische Sozialforschung Folge von Unwissenheit oder Versuche einer Irreführung ist; möglicherweise ist es eine Mischung von beidem. Bei Klingemann heißt es, Heinz Maus habe nach Karl Gustav Specht René König „als Juniorpartner in sein Projekt eines Handbuchs der empirischen Sozialforschung“ aufgenommen...“. Tatsächlich hatte Maus den Wunsch, ein solches Handbuch herauszugeben und zunächst auch einen Verlagsvertrag. Er sah aber ein, daß ihm dazu die Kenntnisse fehlten, weil er während der NS-Zeit in Deutschland geblieben war. So übergab er die Aufgabe an René König und begnügte sich mit einem Beitrag, für den er den Titel wählte: „Zur Vorgeschichte (!) der empirischen Sozialforschung“. Über Deutschland schrieb er für die Zeit nach 1933: „...diese Studien (von Tönnies, Heberle, Salomon) mußten allesamt abgebrochen werden, als 1933 das nationalsozialistische Regime die freie Forschung unterband... Wohl gab es dann noch eine Reihe sozialstatistischer und soziographischer Arbeiten, die indes nicht als soziologische angelegt worden waren und eher als ein Ausweichen in die Wirtschaftsgeschichte anzusehen sind, soweit sie nicht der Raumforschung zugute kamen.“

Die Herausgabe des zweibändigen Handbuchs wurde dann allein von René König verwirklicht; Karl Gustav Specht hatte damit nichts zu tun, und Heinz Maus kommt nicht einmal mehr als einer der Bearbeiter auf dem Titelblatt vor. Die Konzeption des von König herausgegebenen Handbuchs hat überhaupt nichts mit Maus zu tun; vielmehr hatte René König seine wissenschaftlichen Assistenten Dietrich Rüschemeyer und mich mit einer entsprechenden Ausarbeitung betraut. Wir beide wiederum ließen uns vom zweibändigen Handbook of Social Psychology von Gardner Lindzey anregen. Was immer diese unsinnige Behauptung verursacht haben mag, das Handbuch sei das Werk eines Juniorpartners von Maus, ist für sich allein nicht so wichtig. Systematisch wichtiger ist der Aufweis, daß ein solches Werk ohne sehr gute Kenntnisse der Entwicklung außerhalb Deutschlands nach 1933 nicht möglich war.

8. An Klingemanns Behandlung seines Dauerthemas ist nicht nur vielfältige Unkenntnis auszusetzen. Irritierend ist seine Parteilichkeit, bei der Nazi-Sympathisanten wie die Cliquen zunächst um Freyer und später um Schelsky sanft, Freunde in der westlich-liberalen Gesellschaft und einer eben nicht nur technokratischen Faktensammlung, sondern wirklicher Sozialforschung verleumderisch behandelt werden. Grob irreführend ist sein Ansatz: Totalitäre Regime hätten „... vielmehr ein existentielles Interesse an unabhängiger (!) Auskunft über die tatsächlichen (!) sozialen und gesellschaftlichen Verhältnisse.“

Es ist sicherlich schwierig, an einer Neugründung wie Osnabrück eine diskutabile Sozialwissenschaft aufzubauen. Aber so etwas wie Klingemann muß deshalb doch nicht sein.

Korrespondenzadresse

*Prof. Dr. Erwin K. Scheuch
Kölner Gesellschaft für Sozialforschung e.V.
Lillencronstraße 6
E-Mail: scheuch.partner@t-online.de*

BUCHBESPRECHUNG

NETZWERKE UND DER SOZIALE KOSMOS

Zehn interessant zu lesende Kapitel zur Netzwerkperspektive finden sich im Buch der Autorin. Es handelt von der Erklärungs“gewalt“ und Theorievielfalt der Netzwerkperspektive, vom Beispiel des Aufstiegs der Medici im mittelalterlichen Florenz, über Triaden und Quadrupel, die „strukturellen Löcher“ und den Concor-Algorithmus in der Theorie der strukturellen Äquivalenz von Burt bis zur Beschreibung der spezifischen Analyseprogramme UCINET oder SONIS reichend.

DOROTHEA JANSEN

Einführung in die Netzwerkanalyse: Grundlagen, Methoden, Anwendungen

Leske + Budrich, Opladen, 1999

285 S., 36 Mark, ISBN 3-8100-2262-4

Damit wird der Anspruch der Autorin deutlich: Auf 285 Seiten in die Netzwerkperspektive mit all ihren Schattierungen, Varianten und all ihrer Komplexität einzuführen. Dazu bedarf es zunächst einer klaren Didaktik und sodann einer überschaubaren Gliederung. Die Didaktik ist reflexiv, denn das Lehrbuch entstand aus einer Seminarreihe zur Netzwerkanalyse und im Kontext der Erstellung eines Lehrbriefes für die Fernuniversität Hagen. Ein Lehrbuch, das sich auf die Berücksichtigung von Seminar Diskussionen und deren Reflexion durch die Dozentin bezieht, verdient in der Tat das Attribut Lehrbuch. Es hebt sich dadurch wohltuend von anderer Einführungslektüre in die „komplexe Welt“ der Netzwerkanalyse wie z.B. von Pappi (1987) ab.

Die Gliederung umfaßt eine theoretische, analytische und chronologische Konzeptualisierung der Netzwerkperspektive, einen ausführlichen methodisch-mathematischen Teil, die Beschreibung von Merkmalen, Erhebungsmethoden und Analyseverfahren umfassend und endet mit Anwendungen der Netzwerkanalyse/-theorie/-perspektive auf zentrale soziologische Kategorien wie Macht, individuelle Autono-

mie und soziale Ungleichheit. Es fehlt auch nicht das Schlußkapitel mit dem obligatorischen Ausblick auf die Perspektiven der Analyse sozialer Netzwerke.

In allen Kapiteln dokumentiert die Autorin ihre Belesenheit und Kompetenz in der fachlichen Materie und versucht in der Darstellung von Beispielen Klarheit und Verständlichkeit für den Leser zu schaffen, wo dies die abstrakte Netzwerkperspektive selbst nicht leisten kann. Ein Lehrbuch soll (und tut es auch nicht) keine theoretische oder analytische Innovation leisten, sondern beschreiben was es wozu von wem gibt und diesen Wissensbestand der Soziologie möglichst klassifizieren und/oder typologisieren. Ersteres leistet das Lehrbuch m.E. in sehr guter Weise, das Letztere jedoch leider nicht in Gänze.

Es beginnt interessant: Die Netzwerkanalyse als soziologischer Januskopf, die zugleich gleichermaßen Instrument und Theorie ist. Hervorgehoben wird die theoretische Bedeutung der Netzwerkperspektive zur Erfassung der sozialen Integration und Eingebundenheit der Individuen in sozialen Umwelten (Makro-Mikro-Link) und inversiv deren Reproduktion und deren Wandel durch die relationalen Verbindungen der Individuen in sozialen Einheiten, eben Netzwerken. Eine der zentralen und ontologischen Fragestellungen der Soziologie.

Weiterhin fokussiert die Autorin auf die Bedeutung sozialen Kapitals der Individuen, das sich mittels der Netzwerkanalyse für die soziologische Theorie operational erschließt. In Verbindung mit Kapitel 2 zur Geschichte der Netzwerkanalyse erhält der Leser so einen interessanten Überblick über das Netzwerkkonzept und soziologische Theorievarianten.

Ein kleines Defizit der Darstellungen liegt in einer unklar bleibenden Definition sozialer Netzwerke (vgl. S. 52ff.). Die Autorin nennt formale, eher technizistische Nominaldefinitionen ohne Bezug auf das Attribut „sozial“ (vgl. z.B. Mitchell 1969), die Benennung bzw. Spezifikation der Akteure erscheint eher unbedeutend und variabel. Deren Benennung und Spezifikation ist aber unabdingbar, um das zu erhebbende soziale Netzwerk im Kontext von Raum (Ort) und Zeit (sozialer Prozeß) und immanenten Elementen zu positionieren (vgl. S. 65ff.). Aussagen wie „Beziehungen sind eine Eigenschaft von Dyaden und nicht von einzelnen Akteuren“ sind nahe einer Tautologie und wenig hilfreich für eine Abgrenzung des Netzwerkkonzeptes vom klassischen soziologischen Begriff der Gruppe. Die zentrale und zugegebenermaßen schwierige Frage der sozial geteilten Interaktionstypen, die ein soziales Netzwerk konstituieren, wird nicht eingehend erörtert, gleichwohl sich punktuelle Aussagen hierüber finden.

Es bleibt letztlich unklar, warum die Autorin der konventionellen Typologisierung und Definition sozialer Netzwerke in totale und partielle Gesamtnetzwerke, egozentrierte Netzwerke und Organisationsnetzwerke nicht folgt (vgl. Pappi 1987, Pfenning 1995).

Für den praktischen Anwender sehr interessant und sicherlich sehr hilfreich sind die methodenorientierten Aussagen über relationale und kontextuelle Merkmalsformen, Bedingungen der Stichprobenziehung, der Datenerhebung und die Beschreibung der Analyseverfahren. Dieser Teil bildet m.E. den Schwerpunkt der Arbeit und hebt das Lehrbuch gegenüber anderer Einführungsliteratur deutlich und positiv hervor.

Es ist eine Konsequenz der zuvor beschriebenen fehlenden Präzision in der Definition sozialer Netzwerke, daß die Autorin die Relevanz egozentrierter Netzwerke unterschätzt. Denn derweil Gesamtnetzwerke eher einer sozialen Positionierungsanalyse im Sinne der Soziometrie in einer räumlich, zeitlich und strukturell abgegrenzten Netzwerkeinheit dienen, erfassen egozentrierte Netzwerke in vergleichender Weise die sozialen Umwelten von Individuen und geben damit Ausblick (Burts „window“) auf die soziale Integration von Individuen. Dies macht egozentrierte Netzwerke zentral für die Netzwerkperspektive hinsichtlich der auch von der Autorin gemachten Betonung der theoretischen Relevanz des Netzwerkkonzeptes für den soziologischen Makro-Mikro-Link.

Als einziges Manko verbleibt hier anzumerken, daß alte und neuere Ergebnisse zur Reliabilität und Validität von egozentrierten Namensgeneratoren nicht berücksichtigt wurden (Katz 1965; Fischer, C.S., 1972; Knipscheer et al. 1990; Sonderer et al. 1990; Pfenning 1995).

Positiv ergänzt werden die vorhergehenden Kapitel durch Anwendungsbeispiele der Netzwerkanalyse sowie die ausführliche Darstellung der theoretischen und empirischen Assoziation zwischen dem Netzwerkkonzept und den soziologischen Konzepten von Macht und sozialer Ungleichheit. Ein klein wenig störend wirkt hierbei das eingeschobene Kapitel 8 über die Analyse von Teilgruppen in Netzwerken.

Den Leser erwartet ein interessantes, detailliertes Lehrbuch, in dem die theoretische Konzeptualisierung, die analytische Handhabung, die empirische Anwendung und die praktischen Konnotationen der Netzwerkperspektive miteinander in nachvollziehbarer Weise assoziiert werden. Eindeutige Stärken sind die vielfältigen Informationen, die ausführlichen methodischen Darstellungen und die interessante theoretische Diskussion. Schwächen finden sich in einigen Details der Darstellung von ego-

zentrierten Netzwerken. Ein deutliches Manko ist die fehlende Präzision und nicht eindeutige Typologisierung sozialer Netzwerke.

Ein gutes Buch für alle Studierenden, die einen Überblick über soziale Netzwerke suchen. Ein empfehlenswertes Buch für Netzwerk-Interessierte und Netzwerk-Kenner, die Details zu Methoden und Verfahrensweisen suchen.

Dr. Uwe Pfenning, Akademie für Technikfolgenabschätzung in Baden-Württemberg